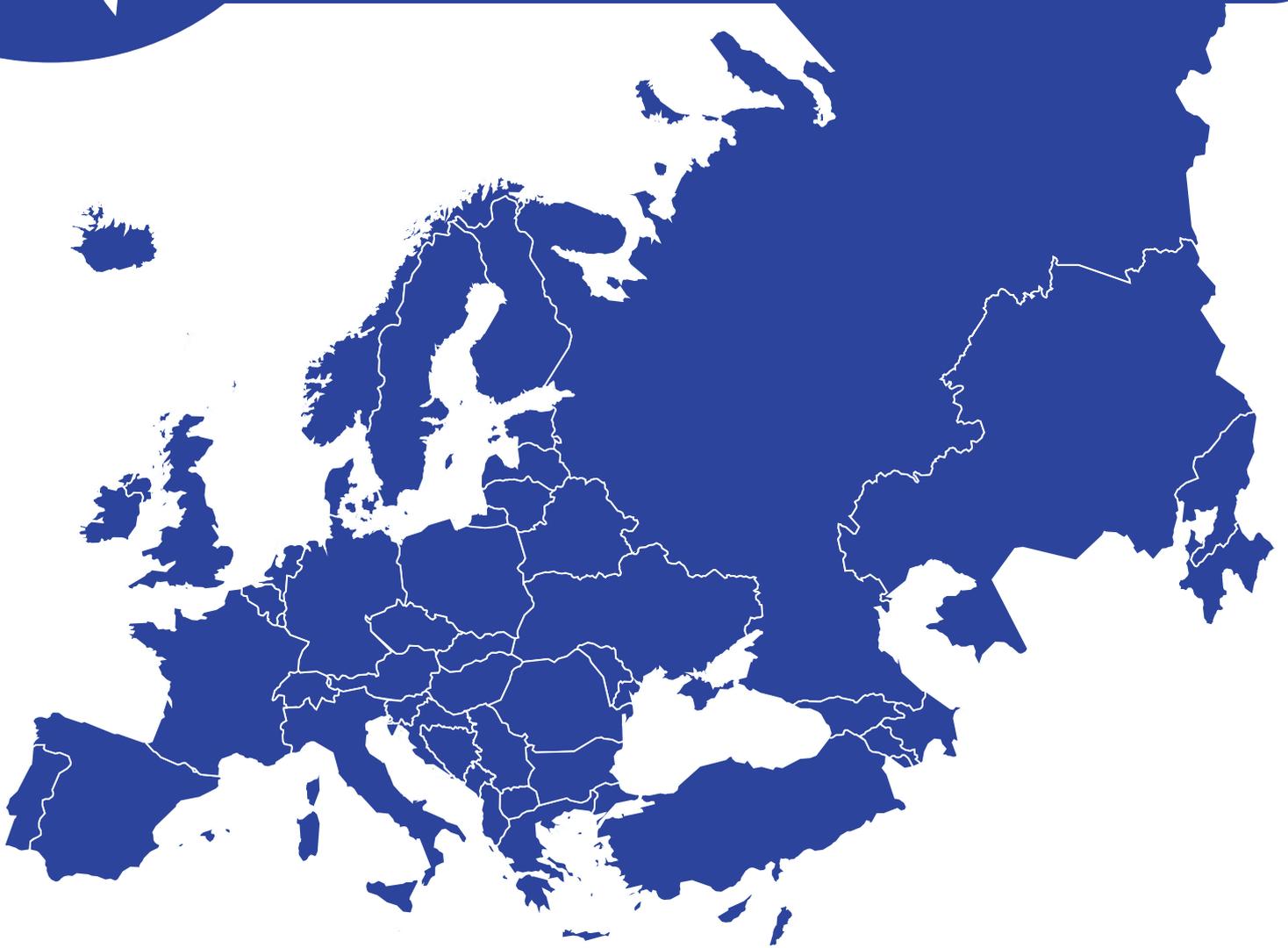




Europäische Region der Bildungsinternationale - EGBW



Geschäftsbericht

2012-2016





*Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von
Qualität in der Bildung*



*Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von
Qualität in der Bildung*

Nur der englische Text ist verbindlich

Die vollständige oder teilweise Vervielfältigung dieser Veröffentlichung oder Teilen davon ist ohne Zustimmung gestattet. Allerdings ist auf das EGBW zu verweisen und es sind Kopien an das EGBW-Sekretariat zu schicken.

Veröffentlicht durch das Europäische Gewerkschaftskomitee für Bildung und Wissenschaft - Brüssel 2016

*Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von
Qualität in der Bildung*

Inhalt

Vorwort	7
Einleitung	9
1. Wirtschaft: Krise, Privatisierung, Einfluss von Unternehmen	11
1.1 Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf die Bildung	11
Europaweite Kampagne 'Vereint für gute Bildung'	12
Laufende Aktivitäten	14
1.2 Wirtschaftspolitik und Wirtschaftspolitische Steuerung (Europäisches Semester)	15
1.3 Bildungsfinanzierung	18
1.4 Privatisierungskampagne	20
2. Bildungspolitik	22
2.1 Allgemeine Bildung, Bildungsqualität und der EU 2020-Prozess	22
Hochrangige Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission in Fragen der allgemeinen und beruflichen Bildung	22
Vertretung in Gremien der Europäischen Kommission.....	23
Überarbeitung der Strategie für ‚EU 2020‘ und ‚Aus- und Weiterbildung 2020‘ für 2015-2020 .	24
Qualitätssicherung, Qualifikationen und Qualifizierung	25
Verstärkte Zusammenarbeit in Bildungsbelangen	27
2.2 Frühkindliche Bildung (FkB)	28
2.3 Vorzeitiger Schulabbruch	29
2.4 Berufsbildung	29
Verstärkte Zusammenarbeit in der Berufsbildung: Strategien und Projekte.....	29
Rigaer Schlussfolgerungen	30
Europäische Ausbildungsallianz (EAfA)	31
Schulungsseminare.....	31
2.5 Leitung schulischer Einrichtungen	32
2.6 Hochschulbildung und Forschung	33
Der Bologna-Prozess.....	33
Europäische Hochschulpolitik	34
Forscher	35
2.7 Lebenslanges Lernen	37
Erasmus+	37
Erwachsenenbildung	38
2.8 Neue Technologien und Fernunterricht	38
Digitale Agenda für Europa	39
Die Bildung öffnen.....	39
Thematische Arbeitsgruppe „IKT und Bildung“	40
Große Koalition für digitale Arbeitsplätze.....	40
EGBW-Arbeitsgruppe zur Entwicklung einer EGBW-Strategie zum Lehrberuf im 21. Jahrhundert und zur Nutzung von IKT	41
Vermeidung vorzeitigen Schulabbruchs durch Nutzung von IKT in der Bildung.....	42

*Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von
Qualität in der Bildung*

3. Handel und Bildung	43
Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP)	43
Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (TiSA)	45
Umfassendes Wirtschafts- und Handelsabkommen EU-Kanada (CETA).....	46
Investitionsschutzabkommen	46
Investitionsabkommen mit China	47
Mitteilung ‚Handel für alle‘	47
Nachhaltigkeitsüberprüfung.....	47
4. Ausbildung, Qualifikationen und -Mobilität von Lehrkräften	48
Berufliche Entwicklung von Lehrkräften	48
Anerkennung der Qualifikationen von Lehrkräften	49
5. Arbeitsbedingungen, soziale Sicherung und Gesundheit und Sicherheit von Lehrkräften	51
Förderung gesunder und sicherer Arbeitsplätze im Bildungssektor	51
Prävention von arbeitsbedingtem Stress bei Lehrkräften	52
Strategischer Rahmen der EU zu Sicherheit und Gesundheitsschutz	53
Kampagne für gesunde Arbeitsplätze der Europäischen Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (EU-OSHA).....	53
Work-Life-Balance	54
Mutterschutzrichtlinie.....	54
Arbeitszeitrichtlinie	55
6. Menschen- und gewerkschaftsrechtliche Angelegenheiten	56
Zypern.....	57
Griechenland	57
Türkei.....	58
Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien.....	59
Litauen	59
Ukraine	60
Europaweite Demonstrationen.....	61
Aktivitäten zur Friedenserziehung	61
Rundtischgespräche Mittel- und Osteuropa	62
Mittel- und osteuropäisches Netzwerk.....	63
Konsortialprojekt Zentralasien	63
Agentur der Europäischen Union für Grundrechte.....	64
Programm ‚Europa für Bürgerinnen und Bürger‘	65
7. Chancengleichheit	66
EU-Gleichstellungspolitik.....	66
Antidiskriminierung	67
Migration.....	69
Bildung und Flüchtende.....	70
Gleichstellung von Frauen und Männern in der Europäischen Union	71
Geschlechtergleichstellung	72
Frauen in Gewerkschaften und Stärkung der Teilhabe von Frauen.....	73



*Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von
Qualität in der Bildung*

Lohngleichheit	74
Gewalt gegen Frauen	74
Europäisches Institut für Gleichstellungsfragen (EIGE).....	75
8. Sozialer Dialog	75
8.1 Der europäische soziale Dialog Bildung (ESSDE)	75
Aufnahme und Entwicklung des ESSDE.....	75
ESSDE-Plenarsitzungen.....	77
ESSDE-Lenkungsgruppe	77
ESSDE-Arbeitsgruppen	78
8.2 Europäische Projekte für den Sozialen Dialog	79
Unterstützung von Nachwuchsforschern in der Hochschulbildung in Europa	79
Berufliche Autonomie, Verantwortlichkeit und effiziente Führung und die Rolle von ArbeitgeberInnenorganisationen, Gewerkschaften und SchulleiterInnen	80
Die Entwicklung des Lehrberufs in Zeiten der Wirtschaftskrise.....	81
Selbstevaluation von Schulen und Lehrkräften als Instrument zur Identifikation künftiger beruflicher Erfordernisse.....	82
Förderung des Potenzials des europäischen sektoralen sozialen Dialogs im Bildungswesen durch Auseinandersetzung mit neuen Herausforderungen und Auswertung von Erfahrung und Wissen	83
Europäische sektorale Sozialpartner in der Bildung fördern das Potenzial ihres Dialogs durch Wissenstransfer und Schulung. Das ESSDE-Projekt zum Ausbau von Fähigkeiten II	83
8.3 Sektorübergreifender sozialer Dialog	84
9. Europarat.....	86
10. Europäische Projekte	87
11. Leitung, Verwaltung und Informationen	90
11.1 Finanzbericht 2012 – 2015	90
BI-Europa (2012 – 2015).....	90
EGBW-Stiftung (2012 -2015)	93
11.2 Informationen	93
Informationsveranstaltungen.....	93
EGBW-Newsletter.....	94
EGBW-Pressemitteilungen	94
EGBW-Berichte	94
EGBW-Broschüren.....	94
EGBW-Website	94
EGBW-App.....	95
12. Anhänge	96
12.1 Liste der Abkürzungen	96
12.2 Liste der Mitglieder des EGBW-Ausschusses 2012 -2016	100
12.3 Liste der internen Sitzungen und Konferenzen	104
12.4 Arbeitsprogramm für den Europäischen Sektoralen Sozialen Dialog im Bildungswesen	114
2014-2015	114
2016-2017	119



*Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von
Qualität in der Bildung*

12.5 Liste der EGBW-Stellungnahmen, Richtlinien und Empfehlungen	124
EGBW-Stellungnahmen	124
EGBW-Richtlinien und Empfehlungen.....	125
12.6 Liste externer EGBW-Vertretung	127
EUROPÄISCHE KOMMISSION.....	127
BOLOGNA-PROZESS.....	127
EGB	127
Verschiedenes	128
12.7 Liste der EGBW-Berichte	129
12.8 Liste der EGBW-Projekte 2013 - 2015	131
Projekte, die bewilligt wurden und bei denen das EGBW ein führender Projektpartner ist.	131
EGBW-Projektpartnerschaften.....	142
12.9 Arbeitsprogramm 2013 – 2016	160



Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von Qualität in der Bildung

Vorwort

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

dieser Bericht deckt den ersten vollen Vierjahreszeitraum von 2013 bis 2016 ab, über den das EGBW als Europäische Regionalstruktur der Bildungsinternationalen tätig war. Für das EGBW und seine Mitgliedsorganisationen war es eine arbeitsreiche Zeit.

Benennen und in Angriff nehmen der Herausforderungen, mit denen der Bildungssektor zu kämpfen hat, wenn es um Qualität in der Bildung für alle geht, bildeten während der vergangenen vier Jahre den roten Faden in der Arbeit des EGBW. Die Mitgliedsorganisationen engagierten sich aktiv in der Arbeit für die GEMEINSAM-Kampagne der BI und des EGBW, indem sie eine bessere öffentliche Finanzierung der Bildung forderten und sich gegen die Tendenz zur Privatisierung und Kommerzialisierung in der Bildung aussprachen. Ganz besonders möchte ich den VertreterInnen der Mitgliedsorganisationen danken, die in zahlreichen Arbeitsgruppen EGBW in seinen Bemühungen unterstützen, Entscheidungen auf europäischer Ebene zu beeinflussen.

Der Bildungssektor und die dort arbeitenden Menschen haben in den vergangenen Jahren einen deutlich geringeren Einsatz von Instrumenten des sozialen Dialogs, eine sinkende Achtung vor Gewerkschaftsrechten auf nationaler Ebene und eine mangelnde Anerkennung der Bildungsgewerkschaften als Berufsorganisationen erlebt, was durch die Wirtschaftskrise und die von einigen europäischen Regierungen verhängten Sparmaßnahmen noch verschärft wurde. In der Tat haben die Mitgliedsorganisationen in Bezug auf Menschen- und Gewerkschaftsrechte in dieser Zeit deutlich verstärkt solidarische Unterstützung durch das EGBW angefordert. Der Druck auf die Bildungsgewerkschaften in Europa steigt, und die Länder Europas laufen Gefahr, die Errungenschaften sozialer Rechte, angemessener Arbeitsbedingungen und sozialer Leistungen wieder zu verlieren, ganz besonders im Bildungssektor.

Die beispiellose Welle von MigrantInnen und Flüchtlingen, die 2015 in Europa Schutz und Sicherheit vor Verfolgung und Krieg suchten, hat die Notwendigkeit der Solidarität zwischen europäischen Spitzenpolitikern, Gewerkschaften und Bürgern klar aufgezeigt. Bildung und Bildungsbeschäftigten kommt eine wesentliche Rolle dabei zu, jungen Menschen Lebenschancen zu eröffnen, und das EGBW samt seinen Mitgliedsorganisationen hat hart dafür gearbeitet und ist auch weiter bestrebt, diese Chancen über alle Bildungsebenen hinweg bereitstellen zu können. Zudem standen Bildungsgewerkschaften, Lehrkräfte und andere Bildungsbeschäftigte an vorderster Front, wenn es darum ging, sich mit der aufkommenden Gefahr gewaltsamer, extremistischer und terroristischer Angriffe auf europäische Bürger und die Demokratie im Allgemeinen auseinanderzusetzen und sie zu verhindern.

Das ist der letzte Bericht für den ich verantwortlich bin, da ich in Rente gehe und meine Arbeit beim EGBW niederlege. Ich möchte deshalb allen danken, mit denen ich in den vergangenen Jahren zusammengearbeitet habe, Mitgliedsorganisationen, Partnern und Partnern auf der Gegenseite, nicht zuletzt auch den EGBW Mitarbeitern/innen für ihr großes Engagement und ihre Professionalität.

17. Juli 2016

Martin Rømer, Europadirektor des EGBW



*Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von
Qualität in der Bildung*

*Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von
Qualität in der Bildung*

Einleitung

Dieser Bericht behandelt die verschiedenen Aktivitäten, die das EGBW von 2013 bis 2016 als Europäische Regionalstruktur der BI vorangetrieben hat. Während dieser Zeit bemühte sich das EGBW um die Umsetzung des auf der Regionalkonferenz im November 2012 verabschiedeten Aktionsprogramms. Daher orientiert der Bericht sich weitgehend an der Reihenfolge des Aktionsprogramms, das in den Anhängen des Berichts vorgestellt wird.

In den Hauptkapiteln geht es um die vorrangigen Arbeitsgebiete des EGBW in ganz Europa, während in den Unterkapiteln jeder Arbeitsbereich und die jeweils erreichten Erfolge näher erläutert werden. Zwar liegt der Schwerpunkt auf der Bildungs- und Beschäftigungspolitik innerhalb der Europäischen Union, doch beleuchtet der Bericht auch Errungenschaften, die die gesamte europäische Region betreffen.

Zu Beginn behandelt der Bericht die Aktivitäten und Veranstaltungen, die mit dem Ziel organisiert wurden, der Wirtschaftskrise entgegenzutreten und die regierungsseitig verhängten, den Bildungssektor stark beeinträchtigenden Sparmaßnahmen infrage zu stellen, sowie den Einfluss der Wirtschaft auf die Bildung und den Beitrag des EGBW und seiner Mitgliedsorganisationen zur Privatisierungskampagne der BI. Anschließend werden die wesentlichen Themen erläutert, die für die Förderung der Qualität in sämtlichen Bildungsbereichen eine Rolle spielen, wobei auch die Fortbildung und Mobilität von Lehrkräften und sonstigen Bildungsbeschäftigten ebenso wie die Themen lebenslanges Lernen und Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologie in der Bildung angesprochen werden. Im weiteren Verlauf behandelt der Bericht die spezifischen Herausforderungen, mit denen das EGBW im Hinblick auf Handel und Bildung zu kämpfen hatte und die von TTIP über CETA bis hin zu TiSA reichen. In den darauf folgenden Abschnitten geht es um speziell den Bildungssektor betreffende gewerkschaftliche Fragen im Hinblick auf Arbeitsbedingungen, sozialen Dialog und Chancengleichheit. Darüber hinaus gibt der Bericht mit der Erklärung der Entwicklungen im Umfeld der EU-Institutionen und des Europarats auch einen Überblick über die verschiedenen Projekte, die das EGBW umsetzt oder in die es bislang als Projektpartner eingebunden ist. Der Bericht endet mit einem kurzen Finanzbericht und einer Erläuterung der Informationen, Quellen und Materialien, die den Mitgliedsorganisationen durch das EGBW-Sekretariat zur Verfügung gestellt wurden.



*Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von
Qualität in der Bildung*

*Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von
Qualität in der Bildung*

1. Wirtschaft: Krise, Privatisierung, Einfluss von Unternehmen

1.1 Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf die Bildung

Seit Ausbruch der Wirtschaftskrise 2008 in Europa wurde das Prinzip der Bildung als öffentliches Gut und Menschenrecht durch die Regierungen und Bildungsbehörden vieler Länder infrage gestellt und arg strapaziert. Sowohl der Zugang zu kostenloser, qualitativ hochwertiger Bildung für alle als auch die Qualität der Systeme allgemeiner und beruflicher Bildung als solche haben sich verschlechtert, was verheerende Auswirkungen auf das berufliche und persönliche Wohlbefinden der Lehrkräfte zur Folge hatte. Nach Auffassung des EGBW waren von der Wirtschaftskrise zumeist diejenigen SchülerInnen und Studierenden betroffen, die durch die Vermögenssituation ihrer Eltern oder ihren Migrationshintergrund am stärksten benachteiligt waren, was zu einer Verfestigung der Ungleichheiten und Unterschiede in Europa beitrug.

Im Nachgang zu dem *BI/EGBW-initiierten Aktions- und Kampagnenrahmen zur Wirtschaftskrise* fuhr das EGBW über den gesamten Zeitraum 2013-2016 damit fort, derlei Auswirkungen auf nationaler wie europäischer Ebene zu beobachten, seine Mitgliedsorganisationen zu mobilisieren, Umfragen und Studien durchzuführen, Botschaften und Erklärungen an die europäischen Institutionen zu richten, durch Konferenzen und Veranstaltungen aufzuklären und den auf der Website des EGBW eingerichteten Bereich zu den Auswirkungen der Krise auf die Lehrkräfte regelmäßig zu aktualisieren. Im ständigen Bemühen, die ideologisch motivierte Sparpolitik anzuprangern und sich gegen sie zu stellen sowie Alternativlösungen zu fördern und zu befürworten, hat sich das EGBW an verschiedenen EGB-Initiativen und der Arbeit mit anderen europäischen Gewerkschaftsverbänden beteiligt. Zudem hat das EGBW an Veranstaltungen und Konferenzen des Alter Summit¹-Netzwerks mitgewirkt, einer Plattform, die gesellschaftliche Bewegungen und Gewerkschaften zusammenführt, um zur Bekämpfung einer unsozialen und ökologiefeindlichen Sparpolitik beizutragen.

Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf die Bildung wurden von den Mitgliedsorganisationen während des EGBW-Seminars *Alternativen zu Sparmaßnahmen im Bildungssektor* (Februar 2013) und der Zusatzveranstaltung *Auswirkungen der Wirtschaftskrise*, die im Rahmen der EGBW-Sonderkonferenz *Die Zukunft des Lehrberufs* in Wien (November 2014) stattfand, erörtert.

Um das öffentliche Bewusstsein im Hinblick auf die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf das Bildungswesen im Auge zu behalten und zu schärfen, veröffentlichte das EGBW den EGBW-Umfragevergleich. *Die Krise und ihre langanhaltenden Auswirkungen für die Bildung seit 2008.*² Die Studie, welche die Ergebnisse der zahlreichen, vom EGBW zwischen 2008 und 2013 durchgeführten Umfragen miteinander vergleicht, wurde den 2014 zur Wahl des Europäischen Parlaments aufgestellten Kandidaten vorgelegt. Sie ließ keinerlei Anzeichen einer Abschwächung oder eines Endes der Krise erkennen. Vielmehr war man auf Seiten der Lehrkräfte und ErzieherInnen sowie im

¹ <http://www.altersummit.eu/>

² https://csee-etuice.org/images/Statements2014/ANNEX_TO_ETUCE_PLEDGE_Crisis_comparison.pdf.

Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von Qualität in der Bildung

schulischen Umfeld mit einer noch dramatischeren Situation konfrontiert. 2015 erarbeitete das EGBW einen umfassenden Überblick zum Stand der Dinge, der die Auswirkungen von acht Jahren Wirtschaftskrise und Haushaltskonsolidierung auf die öffentliche Finanzierung von Bildungssystemen, die Arbeitsbedingungen von Lehrkräften, die Rolle der Bildungsgewerkschaften und die wichtigsten Tendenzen in den Bereichen Sozialdialog und Tarifverhandlungen in Europa beleuchtet. Die Umfrage zum *Stand der Bildungsfinanzierung, den Arbeitsbedingungen von Lehrkräften, dem sozialen Dialog und Gewerkschaftsrechten*³ deckte zudem auf, dass in den meisten Ländern die Folgen der Sparprogramme nach wie vor ihren Tribut fordern und die Bildungshaushalte weiterhin unter Druck sind. Betroffen hiervon sind die Gehälter und Leistungen für Bildungsbeschäftigte, deren Arbeitsbedingungen und die Verfügbarkeit und Qualität der Ausbildung und der beruflichen Weiterentwicklung. Die Analyse gab außerdem Aufschluss über die zunehmende Tendenz zur Privatisierung innerhalb Europas und die Herausforderungen für Lehrkräfte, andere Bildungsbeschäftigte und ihre Gewerkschaften. Bei der Studie, an der 36 EGBW-Mitgliedsorganisationen in 10 EU- und 14 Nicht-EU-Ländern in Mittel- und Osteuropa (MOE) sowie 41 Bildungsgewerkschaften in 15 EU-Ländern, 2 EWR-Ländern und der Schweiz teilnahmen, wurden in den Zeiträumen April-Juni und Juni-Oktober 2015 54 Fragen beantwortet. Der erste, mittel- und osteuropäische Länder erfassende Teil der Studie wurde beim MOE-Rundtischgespräch im Oktober 2015 vorgelegt. Der zweite Teil, der westeuropäische Länder behandelte und überdies deren Ergebnisse mit denen der mittel- und osteuropäischen Länder verglich, wurde bei der EGBW-Ausschusssitzung im April 2016 vorgestellt.

Während des Zeitraums 2013-2016 – unter anderem bei den jährlichen Veranstaltungen der Europäischen Kommission wie dem Forum für allgemeine und berufliche Bildung und für Jugend (Oktober 2014) und dem Jährlichen Konvent für inklusives Wachstum (März 2016) – hat der EGBW die das Bewusstsein der europäischen Institutionen für die Verschlechterungen bei den Aus- und Fortbildungssystemen und den Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte und den schwindenden Zugang zu Bildung infolge der Wirtschaftskrise, ebenso wie für die Notwendigkeit höherer Investitionen in die inklusive Bildung, gestärkt.

Europaweite Kampagne 'Vereint für gute Bildung'

Angesichts der schädigenden Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf das Bildungswesen in Europa fand in Rom eine Konferenz mit hochrangigen VertreterInnen der EGBW-Mitgliedsorganisationen statt, um regionale Kampagnen-Netzwerke zur Bekämpfung der Krise zu erörtern und Prioritäten abzugleichen. Anlass war das hochrangige EGBW/EGB-Seminar *Qualität in der Bildung: Ein Kampagnen-Netzwerk des EGBW*⁴ (März 2013). Von Mai bis Juni 2013 führte der EGBW unter seinen Mitgliedsorganisationen eine Umfrage zu den Auswirkungen der Krise auf die Lehrkräfte in Europa durch. Als Startschuss für die Kampagnenarbeit wurden bei der EGBW-Ausschusssitzung im Oktober

³ Studie für mittel- und osteuropäische Länder: https://www.csee-etu.org/images/attachments/CEE_Survey_Report_EN_Final.pdf; Studie für westeuropäische Länder: https://www.csee-etu.org/images/attachments/RP_PrivatisationSurvey_WesternEurope.pdf.

⁴ http://fc.runo.se/~jel/etu_1252_70.

Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von Qualität in der Bildung

2013 die Schlüsselergebnisse der EGBW-Umfrage *Die anhaltenden Auswirkungen der Krise für Lehrkräfte in Europa*⁵ vorgelegt.

Vor dem Hintergrund der BI-Initiative *Vereint für gute Bildung - bessere Bildung für eine bessere Welt*⁶ und der 2012 vom EGBW, der BI-Regionalorganisation in Europa, abgehaltenen Konferenz, bei der eine Reihe wichtiger Beschlüsse zu den Auswirkungen der Krise auf den Bildungssektor und die Arbeitsbedingungen von Lehrkräften verabschiedet wurden, trafen sich VertreterInnen der EGBW-Mitgliedsorganisationen und andere an Bildung und Beschäftigung in Europa Interessierte am 23. Oktober 2013 zu der Sondersitzung⁷ 'Was ist notwendig, um die Qualität von Bildung in Europa zu verbessern?'. Ausgehend von den in der Sitzung zusammengetragenen Konzepten formulierten die Mitglieder des EGBW-Ausschusses 10 Schlüsselbotschaften zu der Frage *Was ist notwendig, um die Qualität von Bildung in Europa zu verbessern?*⁸ und bekräftigten ihre Unterstützung der BI-Initiative ‚Vereint für hochwertigere Bildung‘ in der Absicht, sich für gemeinsame Aktionen für Qualität in der Bildung einzusetzen. Seither ist die ‚Qualität in der Bildung‘-Kampagne im Raum Europa ein Querschnittsthema, das auf jedem Treffen satzungsgemäßer Gremien und auf verschiedenen EGBW-Veranstaltungen angesprochen wird.

Die EGBW-Kampagnen- Initiative der 10 Schlüsselbotschaften war in der Tat erfolgreich, wobei die Mitgliedsorganisationen großen Einsatz zeigten und das zur Auswahl stehende Instrumentarium voll ausschöpften. Auf Grundlage der 10 Schlüsselbotschaften erstellten die EGBW-Mitgliedsorganisationen eine Liste nationaler Prioritäten und Aktionen. Das EGBW widmete dieser bedeutenden Initiative eine eigene Website⁹, von der die 10 Schlüsselbotschaften in 28 Sprachen abgerufen werden können und erfolgreiche einzelstaatliche Maßnahmen der Mitgliedsorganisationen veröffentlicht wurden¹⁰. Zum Austausch von Informationen und von bewährten Methoden bei der Mobilisierung von Mitgliedsorganisationen wurden zudem besondere Newsletter¹¹ verschickt. Die meisten EGBW-Mitgliedsorganisationen traten mit nationalen Interessengruppen auf allen Ebenen in den Dialog und verbreiteten die BI/EGBW-Vision von Qualität in der Bildung für alle unter den Gewerkschaftsmitgliedern und der allgemeinen Öffentlichkeit. Auf europäischer Ebene rief das EGBW eine an die Kandidaten der Wahl zum Europaparlament gerichtete *Wahlversprechens-Kampagne* ins Leben, die um Unterstützung für die 10 EGBW-Schlüsselbotschaften warb. Nahezu hundert hochrangige EP-Kandidaten waren bereit, sich einer auf Qualität in der Bildung setzenden Europäischen Union zu verpflichten. Mit ihrem Wahlversprechen zu den 10 Schlüsselbotschaften

⁵ https://csee-etuice.org/images/Publications/Survey_Analysis_CONTINUED_IMPACT_OF_THE_CRISIS_ON_TEACHERS_IN_EUROPE.pdf .

⁶ <http://www.unite4education.org/>.

⁷

http://etuice.homestead.com/Documents/11.a.Draft_Minutes_ETUCE_Special_Meeting_23_October_2013.pdf.

⁸ http://etuice.homestead.com/Statements/2013/10_key_messages_EN.pdf.

⁹ <https://csee-etuice.org/en/actions/campaigns/unite-for-quality-education-en/269-introduction-to-the-campaign> .

¹⁰ <https://csee-etuice.org/en/actions/campaigns/unite-for-quality-education-en/258-second>.

¹¹ <https://csee-etuice.org/images/attachments/SendingCampaignspedition.pdf>.

Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von Qualität in der Bildung

verpflichteten sie sich, sich während ihrer Amtszeit kurzfristigen, der Austeritätspolitik geschuldeten Lösungen zu widersetzen, die die Folgekosten der Krise auf den Bildungssektor abwälzen..

Im Jahr 2014 organisierte das EGBW im Rahmen seiner Kampagnentätigkeit das Projekt *Entwicklung von Expertenwissen bei den Bildungsgewerkschaften über die Bewältigung der Krise durch hochwertige Bildung*. Während der Projektlaufzeit produzierte das EGBW den Dokumentarfilm *When Europe forgot its homework: Education in crisis*¹², der eingehend untersucht, wie die Haushaltskürzungen im Bildungssektor sich tatsächlich auf Schulen, Lehrkräfte, SchülerInnen und Studierende sowie Familien in Griechenland, Irland, Spanien, Italien und Portugal ausgewirkt haben. Er beschreibt außerdem die Alternativlösungen der Bildungsgewerkschaften zur Krisenbewältigung durch Qualität in der Bildung. Den Höhepunkt der Schlusskonferenz des Projekts im September 2014 bildete die *Vereint für gute Bildung*-Kampagne zusammen mit einer öffentlichen Anhörung vor dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) in Brüssel. Dabei wurde die Zukunft hochwertiger Bildung in Europa unter dem Einfluss der Wirtschaftskrise von Gewerkschaftsmitgliedern, politischen Führungskräften und Abgeordneten des Europaparlaments, aber auch von VertreterInnen der Regierungen und der Europäischen Kommission, diskutiert.

Laufende Aktivitäten

Europa erlebt gerade eine sehr langsame wirtschaftliche Erholung. Die tiefgreifenden Auswirkungen der Wirtschaftskrise bleiben jedoch bestehen. Hartnäckige Herausforderungen in Gestalt schrumpfender Bildungsinvestitionen, sich verschlechternder Arbeitsbedingungen für Lehrkräfte und ErzieherInnen, der Kommerzialisierung und Privatisierung von Bildung, des demografischen Wandels und migrationsbedingter Probleme beeinträchtigen weiterhin vor allem sozial benachteiligte SchülerInnen und Studierende und verstärken die Ungleichheit in Europa. Bildung ist ein zentraler Hebel für soziale Mobilität, die Eindämmung sowohl von Ungleichheiten und auch der Folgen, die der sozio-ökonomische Status für die Lernergebnisse hat, und für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung Europas geht.

Das EGBW verurteilt weiterhin die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf das Umfeld von Lehrkräften und Schulen und tritt für einen breiteren Zugang zu einer integrativen, allgemeinen, öffentlichen und hochwertigen Bildung ein, die allen in Europa offensteht. Dies beinhaltet die fortgesetzte Arbeit in puncto Bildungsfinanzierung im Zeichen der Budgetkonsolidierungspolitik sowie weitere Maßnahmen, um Alternativkonzepte für ein nachhaltiges und integratives Wirtschaftswachstum einer breiteren Öffentlichkeit näherzubringen. In diesem Zusammenhang spricht sich das EGBW nach wie vor gegen eine ideologisch motivierte Privatisierung und Marktorientierung von Bildung aus, die zu verstärkter Diskriminierung, sozialer Fragmentierung und einer Ausweitung der Ungleichheit führt.

¹² <https://vimeo.com/109198380> und <https://csee-etuice.org/en/actions/campaigns/education-in-crisis/360-etuice-documentary>.

Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von Qualität in der Bildung

1.2 Wirtschaftspolitik und Wirtschaftspolitische Steuerung (Europäisches Semester)

Als Reaktion auf die Wirtschaftskrise schuf die Europäische Kommission 2011 ein System zur Koordinierung der europäischen wirtschaftspolitischen Steuerung (Europäisches Semester). Seit dessen Gründung nehmen das EGBW und seine Mitgliedsorganisationen im Rahmen des Europäischen Semesters in wichtigen Bildungsfragen Einfluss auf einzelstaatliche Regierungen und europäische Politikentscheider. Das EGBW hat die Mitgliedsorganisationen über die zentralen Dokumente des Europäischen Semesters zur allgemeinen und beruflichen Bildung (wie etwa den jährlichen Jahreswachstumsbericht, die Länderberichte und die 'Länderspezifischen Empfehlungen') informiert, hierfür sensibilisiert und sie aufgerufen, auf nationaler Ebene, nämlich bei ihren Bildungs-, Arbeits- und Finanzministerien, auf die Reformen und Investitionen in der allgemeinen und beruflichen Bildung Einfluss zu nehmen. Was das weitreichendste Element des Europäischen Semesters betrifft, nämlich die 'Länderspezifischen Empfehlungen', die jährlich an alle EU-Mitgliedstaaten abgegeben werden, so hat das EGBW mehrfach betont, wie einschneidend sie sich auf die allgemeine und berufliche Bildung auswirken. Bildung ist eigentlich eine nationalstaatliche Angelegenheit, und die Tätigkeit der Europäischen Kommission in Form der jährlichen Empfehlungen in diesem Bereich ist nach wie vor umstritten.

In den letzten Jahren orientiert das Europäische Semester sich bei der wirtschaftspolitischen Koordinierung weg von einer reinen Haushaltsüberwachung und mehr zu einer sozialorientierten wirtschaftspolitischen Steuerung hin, wie in verschiedenen Grundsatzmitteilungen der Europäischen Kommission vorgesehen. Diese Neuausrichtung erfolgt durch eine stärkere Einbindung der Europa 2020-Strategie in den Rahmen des Europäischen Semesters, was auch EU-spezifische sowie einzelstaatliche Ziele zur allgemeinen und beruflichen Bildung umfasst. Den EU-Mitgliedstaaten wurden wachstumsfördernde Investitionen im Bildungsbereich ans Herz gelegt. Durch die von der Wirtschaftskrise und den Budgeteinschnitten des Europäischen Semesters verursachte finanzielle Lage wurden jedoch zahlreiche Mitgliedstaaten, die ihre Bildungshaushalte gekürzt haben, dazu ermutigt, nach anderen Möglichkeiten zur Finanzierung ihrer Bildungssysteme zu suchen, indem sie z.B. öffentlich-private Partnerschaften und die Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft fördern.

Im Jahr 2013 ermunterte das EGBW seine Mitgliedsorganisationen, in den Rahmen der ‚Vereint für gute Bildung‘-Kampagne eine Liste mit nationalen Prioritäten aufzustellen. Ausgehend von den nationalen Prioritäten setzten die EGBW-Mitgliedsorganisationen sich bei den nationalen Regierungen dafür ein, die Belange der Qualität in der Bildung bei den Länderspezifischen Empfehlungen des Europäischen Semesters zu berücksichtigen. Auf europäischer Ebene ermutigte das EGBW den Präsidenten der Europäischen Kommission und die Mitglieder des Europaparlaments in einem Schreiben dazu, dringende Bildungsaufgaben anzugehen.

Neben seinem Positionspapier zu künftigen Zielen der EU2020-Strategie¹³ zu allgemeiner und beruflicher Bildung übersandte das EGBW im Jahr 2014 den europäischen Institutionen eine

¹³ <https://csee-etuice.org/images/attachments/ETUCEpositionEU2020.pdf>.

Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von Qualität in der Bildung

Stellungnahme zu den im selben Jahr zur allgemeinen und beruflichen Bildung herausgegebenen Länderspezifischen Empfehlungen (*Country Specific Recommendations (CSR)*)¹⁴, welche die äußerst weitreichenden Auswirkungen der CSR auf die Bildung betont, sowie eine EGBW-Mitteilung zu Investitionen in der Bildung¹⁵, welche die europäischen Spitzenpolitiker dazu auffordert, die Bildung im Rahmen des Europäischen Semesters nicht länger als einfaches Ziel zur Haushaltskonsolidierung zu betrachten und sie aus der Berechnung des Staatsdefizits und der Staatsverschuldung innerhalb des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes herauszunehmen. Was das EGBW betrifft, wurden in den CSR während der letzten Jahre zwei verschiedene Arten von politischen Reformen angesprochen: Teils ging es in den CSR um die stärkere Ausrichtung von Bildung und sozialer Inklusion auf den Arbeitsmarkt, teils um konkretere Reformen in den Bereichen Hochschulbildung und Forschung, berufliche Entwicklung von Lehrkräften, Lehre und Berufsbildung, Einführung von Bewertungsrahmen, Schaffung von Qualitätssicherungsmechanismen, Verabschiedung und Umsetzung schulischer Reformen und dergleichen mehr. Sofern die EGBW-Mitgliedsorganisationen frühzeitig eingebunden waren, haben diese Reformen sich als erfolgreich erwiesen. Bei den konkreten Reformen der Bildungs- und Weiterbildungssysteme, welche die CSR in der Slowakei, Bulgarien, Estland, Portugal, Malta und einer Reihe anderer Länder ausgelöst haben, ist dies der Fall. Die Einbindung der Bildungsgewerkschaften variierte dabei von Land zu Land: EGBW-Mitgliedsorganisationen in Estland, Malta und der Slowakei berichteten von einer hohen Erfolgsquote aufgrund ihrer Teilnahme an Ad-Hoc-Arbeitsgruppen und -ausschüssen auf Ministerialebene, die etwa mit Reformen der Grund- und Sekundarschulbildung (Estland) und/oder der Verbesserung der beruflichen Ausbildung und Weiterentwicklung von Lehrkräften (Malta) befasst waren. So waren EGBW-Mitgliedsorganisationen in der Slowakei an der Umsetzung von Projekten zur Verbesserung des Zugangs von Randgruppen zu hochwertiger Bildung wie auch an speziellen Arbeitsgruppen beteiligt, die das Bildungsministerium zur Reformierung der Berufsbildung im Einklang mit den einzelstaatlichen CSR gegründet hatte. In Portugal bauten die Bildungsgewerkschaften ihre proaktive Beteiligung aus, indem sie den nationalen Gewerkschaftsverband im Hinblick auf Reformen zur Verbesserung der Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung mit wesentlichem Input versorgten.

2014 hat der EGBW-Ausschuss einen Aktionsplan zum Europäischen Semester, das zunehmend Einfluss auf die nationalen Reformen und die Finanzierung von Bildungssystemen in ganz Europa nimmt, verabschiedet.. Dieser richtet sich hauptsächlich darauf, den alljährlichen Verlauf des Europäischen Semesters genau zu verfolgen und die Beteiligung, Sichtbarkeit und Einflussnahme der Bildungsgewerkschaften zu steigern. Hierzu gehört die Gründung der EGBW-Plattform innerhalb des Europäischen Semesters. Für eine engere Zusammenarbeit in Bezug auf das Europäische Semester hat das EGBW im Oktober 2014 eine Liste der von den Mitgliedsorganisationen nominierten AnsprechpartnerInnen erstellt.

Während des Jahres 2015 hat das EGBW die Mitglieder der EGBW-Plattform über Entwicklungen auf europäischer Ebene, die das Europäische Semester betrafen, durchgehend informiert. Parallel dazu gaben die Mitglieder Feedback über ihre Forderungen und ihre Einbeziehung in Reformen,

¹⁴ <https://csee-etuice.org/images/attachments/positioncsrsEN.pdf>.

¹⁵ https://csee-etuice.org/images/Statements2014/message_on_investing_in_education.pdf.

Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von Qualität in der Bildung

Politikgestaltung und Investitionen in die allgemeine und berufliche Bildung. Das EGBW hat sich in Zusammenarbeit mit dem EGB dafür eingesetzt, dass Bildungsgewerkschaften in Fragen zu Reformen im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung einbezogen werden, die im Rahmen des Europäischen Semesters durch die CSR angestoßen wurden, dass Bildungsinvestitionen erhöht werden und dass die Bildung innerhalb des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes aus der Berechnung staatlicher Schulden und Defizite als Faktor herausgenommen wird.

Im November 2015 gelang es dem EGBW, einen Zuschuss zu dem Projekt *„In Bildung investieren: Stärkung der Einbeziehung von Bildungsgewerkschaften in das Europäische Semester zu allgemeiner und beruflicher Bildung“* zu bekommen. Hierzu gehören fünf subregionale Schulungen, die für alle EGBW-Mitglieder angeboten werden, um deren Einfluss auf das Europäische Semester zu stärken, aber auch das Erforschen der Einbindung von Bildungsgewerkschaften in die Politikgestaltung des Europäischen Semesters und des durch das Europäische Semester verursachten Wandels von Bildungsinvestitionen, wobei insbesondere die Frage eine Rolle spielt, ob damit eine verstärkte Privatisierung im Bildungssektor einherging. Im Februar und September 2016 gab es zwei Schulungen, von denen eine auf Malta für die Region Südeuropa und eine in Litauen für die nordischen und angelsächsischen Regionen und Nord-, Mittel- und Osteuropa stattfand.

Im Frühling 2016 nahm das EGBW am Europäischen Seminar *„Ermöglichung der Einflussnahme von Gewerkschaften auf das Europäische Semester des EGB“* teil. Das Seminar fand in Madrid mit dem Ziel statt, die verschiedenen Phasen des Europäischen Semesters zu bewerten und eine Gewerkschaftsstrategie auszuarbeiten, um auf die Länderberichte und die „Länderspezifischen Empfehlungen“ Einfluss nehmen zu können. Rund 60 VertreterInnen aus Gewerkschaftsverbänden und anderen Bereichen in ganz Europa hatten Gelegenheit, den EGB-Ansatz zur Einflussnahme auf den alljährlichen Prozess der wirtschaftspolitischen Koordinierung (das Europäische Semester) zu erörtern, daran mitzuwirken und ihn abschließend zu bestätigen.

2015 und 2016 setzte sich das EGBW in Zusammenarbeit mit dem EGB und anderen europäischen Gewerkschaftsverbänden beim Europäischen Rat, dem EP und der Europäischen Kommission dafür ein, die Sichtweise der Bildungsgewerkschaften bezüglich des Europäischen Semesters zu allgemeiner und beruflicher Bildung zu berücksichtigen. 2016 beschlossen die VertreterInnen des Ausschusses des Europäischen Sektoralen Sozialen Dialogs Bildung (ESSDE), im Rahmen der Zusammenarbeit mit den Generaldirektionen (GD) für Bildung und Kultur (DG EAC) und für Beschäftigung, Soziales und Integration (DG EMPL) in das Arbeitsprogramm 2016/2017 eine Debatte zur Einbindung der europäischen (sektoralen) Sozialpartner in das Europäische Semester aufzunehmen. Im Juni 2016 forderten die Bildungssozialpartner (EGBW und EFEE) von der DG EAC der Europäischen Kommission vertiefte Konsultationen zum Europäischen Semester hinsichtlich allgemeiner und beruflicher Bildung.

Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von Qualität in der Bildung

1.3 Bildungsfinanzierung

Die Förderung freier, umfassender und öffentlicher Bildung als Menschenrecht für alle hat für das EGBW nach wie vor hohe Priorität. EGBW hat verschiedene Aktionen unternommen, um die neoliberale Bildungspolitik und die vom Sparzwang getriebenen Reformen in Europa weiterhin zu bekämpfen. Dabei hat EGBW Alternativen zum Ausweg aus der Krise aufgezeigt und ihre Mitgliedsorganisationen unterstützt. Parallel hierzu wurde die Forderung einer nachhaltigen, hinreichenden und überschaubaren öffentlichen Finanzierung von Bildung, die dem wirtschaftlichen Abschwung, den Budgeteinschnitten und dem ständigen Ruf nach Rückführung der öffentlichen Schulden zum Trotz erfolgen muss, in verschiedenen EGWB-Aktivitäten einbezogen. Das EGBW hat die europäischen Institutionen und Regierungen aufgefordert, alles Nötige zu tun, um sicherzustellen, dass für Bildungsinvestitionen hinreichend Mittel zur Verfügung stehen. Hierbei ist zur Eintreibung zusätzlicher angemessener Einnahmen von multinationalen Unternehmen auch die Unterbindung der Steuerflucht und Steuervermeidung durch Konzerne erforderlich. Diese Ansicht hat das EGBW bei verschiedenen Debatten über Kampagnen (z.B. über die EGB-Kampagne zum Marshallplan für Europa und die BI/EGBW-Kampagne ‚Gemeinsam für gute Bildung‘) geäußert, ebenso wie auf Sitzungen des Europaparlaments, der Globalen Allianz für Steuergerechtigkeit und des Alter Summit-Netzwerks und bei Konferenzen (EGBW-Sonderkonferenz 2014, MOE-Rundtischgespräch 2015), EGB-Arbeitsgruppentreffen zu Wirtschafts- und Arbeitsmarktfragen und bei EGBW-Veranstaltungen zur Hochschulbildung (HERSC). Das EGBW hat außerdem die FTS-Kampagne Financial Transaction Tax Now! (Finanztransaktionssteuer jetzt!)¹⁶ mitgetragen, deren Ziel die Regulierung des Finanzmarktes und die Generierung öffentlicher Einnahmen ist, und hat auf Initiative der Europäischen Kommission zur Schaffung einer 'Gemeinsamen Konsolidierten Körperschaftssteuer-Bemessungsgrundlage'¹⁷ den EGB zusammen mit anderen Gewerkschaftsverbänden durch Beiträge unterstützt.

Seit 2013 werden die EGBW-Mitgliedsorganisationen durch Newsletter und Schreiben an die Mitglieder über Entwicklungen beim Thema Bildungsfinanzierung regelmäßig informiert.

Im Juli 2014 übersandte das EGBW eine „Botschaft zur Investition in Bildung an das neue Europaparlament, die neue Europäischen Kommission und den Rat der Europäischen Union“¹⁸, in der es sich dafür aussprach, die Investition in Bildung als einzigen Weg zur Steigerung des wirtschaftlichen Potenzials und zum Abbau von Ungleichheiten vorrangig zu behandeln. Die Mitteilung wurde positiv aufgenommen und machte den Weg frei für den Dialog zur öffentlichen Finanzierung zum Schutz einer Bildung für alle mit Qualität, der im November 2014 mit dem Bildungsausschuss des Europäischen Rates stattfand.

Im Dezember 2014 verabschiedete das EGBW-Büro die *EGBW-Position zum Investitionsplan für Europa*¹⁹, den die Europäische Kommission mit dem Ziel eines Investitionsanschubs in Europa angestoßen hatte und der auch die Bildung betraf. Mit dieser Stellungnahme rief das EGBW die

¹⁶ <http://www.financialtransactiontax.eu/de/>.

¹⁷ <https://csee-etuice.org/en/news/archive/1317-education-needs-quality-public-investment-combating-tax-fraud-evasion-and-avoidance-to-offset-austerity>.

¹⁸ https://csee-etuice.org/images/Statements2014/message_on_investing_in_education.pdf.

¹⁹ <https://csee-etuice.org/images/attachments/Position-investment-en.pdf>.

Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von Qualität in der Bildung

europäischen Institutionen dazu auf, die Frage der Bildungsinvestitionen in Europa eher ganzheitlich als fragmentarisch anzugehen und die öffentliche Verantwortung sowie öffentliche Investitionen in Bildung zu erhalten, zu fördern und zu erweitern. Nach Auffassung des EGBW wird der Bildungssektor durch den Investitionsplan vor erhebliche Herausforderungen gestellt, was den öffentlichen Charakter von Bildungsinvestitionen und das mögliche Hineindrängen von Regierungen in öffentlich-private Partnerschaften betrifft. Damit gefährdet der Plan den freien Zugang zu Bildung mit hoher Qualität für alle. Seit Verabschiedung des Plans fordert das EGBW, dass die europäischen Institutionen die Rolle, die öffentlich-private Partnerschaften beim Einsatz neuer Mittel für Bildungsinfrastruktur, Forschung, Schulung von Bildungsbeschäftigten und Studiendarlehen spielen, klarstellt. Im Sinne dieser Position suchte man im Februar 2016²⁰ auch den Rat der Bildungsminister der Europäischen Union zu beeinflussen und anzusprechen, und sie wurde bei allen beratenden Treffen mit europäischen Institutionen vorgetragen. Mehreren EGBW-Mitgliedsorganisationen diente sie als Grundlage zur Überwachung der nationalen Umsetzung des Investitionsplans.

2015 nahm das EGBW an mehreren Sitzungen der Europäischen Kommission, der Europäischen Investitionsbank (EIB) und des Europaparlaments teil, um die oben genannten Grundsätze bei der Ausarbeitung des Investitionsplans für Europa vorzutragen. Als Alternative sprach sich das EGBW vor allem bei den Beratungen im Rahmen des Europäischen Semesters dafür aus, den Faktor Bildung bei der Berechnung des Staatsdefizits und der Staatsverschuldung innerhalb des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts (SWP) auszuklammern und bekräftigte, dass Bildung einen Wert für die Gesellschaft bedeutet, der über die als Aufwand messbaren Aspekte weit hinausgeht und nicht einer vom Sparzwang geprägten Haushaltspolitik unterliegen kann. Dieses Prinzip sollte auch in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung korrekt wiedergegeben sein, wo statt einer Ausgabe eher eine Investition verbucht werden sollte.

Bei den MOE-Rundtischgesprächen in Bukarest im November 2015 hatten die Delegierten der Bildungsgewerkschaften mittel- und osteuropäischer Länder Gelegenheit, dringende Fragen und künftige Herausforderungen ihrer jeweiligen Region auch in Zusammenhang mit den nachteiligen Folgen zu erörtern, die eine neoliberale Politik für Investitionen im Bildungswesen hat (siehe Kapitel 6).

Im Jahr 2015 führte das EGBW eine Studie zum *Finanzierungsstand in den Bereichen Bildungswesen, Arbeitsbedingungen von Lehrkräften, sozialer Dialog und Gewerkschaftsrechte*²¹ durch (siehe Kapitel 1.1), die die finanzielle Lage der Bildungssysteme in ganz Europa (in mittel- wie auch in ost- und westeuropäischen Ländern) seit 2008, vor allem während der letzten zwei Jahre, abbilden sollte. Die Studienergebnisse waren ein Alarmsignal im Hinblick auf den Finanzierungsstand in der Bildung. Sie offenbarten den zunehmenden Druck, der erzeugt wird durch eine unangebrachte, von neoliberalen

²⁰ https://csee-etuice.org/images/attachments/PR_Financing_education_key_to_promote_more_inclusive_and_equal_societies.pdf.

²¹ <https://csee-etuice.org/en/news/archive/1184-etuice-survey-reveals-increasing-privatisation-in-education-in-cee-countries?highlight=WyJzdXJ2ZXkiLCJzdXJ2ZXkncylsInJlcG9ydCIsInJlcG9ydCdzliwiZnVuZGluZyIsInN1cnZleSBYXBXcnQiXQ==> .

Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von Qualität in der Bildung

Markt- und Geschäftsdenken geprägte Ideologie sowie durch Lösungswege im Bildungswesen, die die Privatisierung in Europa verstärken, und auch die Herausforderungen für die Bildungsgewerkschaften. Nachdem die Ergebnisse bei den MOE-Rundtischgesprächen 2015 und im April 2016 dem EGBW-Ausschuss vorlagen, wurden die Mitgliedsorganisationen ermutigt, sie auf nationaler Ebene dafür zu nutzen, den Finanzierungsstand in der Bildung anzuprangern und die schädlichen Auswirkungen der Privatisierung auf die Bildung zu bekämpfen. In der Auseinandersetzung mit europäischen Institutionen hat das EGBW die Studienergebnisse außerdem als Argument für die nachhaltige, verlässliche und hinreichende Finanzierung von Bildung verwendet²².

Im Rahmen des gerade bewilligten Projekts *In Bildung investieren*²³ hat das EGBW neue Forschungen (2015-2016) zum sich verändernden Charakter von Bildungsinvestitionen initiiert, der durch die Wirtschaftskrise und die wirtschaftspolitische Koordinierung des Europäischen Semesters sowie durch dessen Mechanismus zur Budgetüberwachung/Haushaltskonsolidierung verursacht wurde. Die Forschungen untersuchen auch, ob dies zur Privatisierung von Bildung geführt hat. Ergebnisse werden voraussichtlich 2017 vorliegen.

1.4 Privatisierungskampagne

Während der letzten vier Jahre fanden sich in ganz Europa Anhaltspunkte für eine ideologisch motivierte Privatisierung und Marktorientierung der Bildung. Besonders in den am stärksten von der Wirtschaftskrise betroffenen Ländern wurden die Regierungen ermuntert, nach alternativen Wegen zur Finanzierung ihrer Bildungssysteme zu suchen, z.B. in Form von öffentlich-privaten Partnerschaften bzw. engerer Zusammenarbeit von Bildungseinrichtungen mit Privatunternehmen und Kapitalgesellschaften, oder in Gestalt einer erfolgsabhängigen Bildungsfinanzierung und Lehrkräftevergütung. Dieser Trend entspringt eindeutig den CSR des Europäischen Semesters. In diesem Zusammenhang hat das EGBW seine Mitgliedsorganisationen ermutigt, Maßnahmen zur Verurteilung solcher Empfehlungen zu ergreifen und alternative Lösungen für eine nachhaltige, verlässliche und hinreichende öffentliche Finanzierung vorzuschlagen.

Die EGBW-Kampagne von 2013-2014 zur Qualität der Bildung in Europa hat wiederholt den Anspruch formuliert, dass - wie auch in den *10 Schlüsselbotschaften zu ‚Was ist notwendig, um die Qualität von Bildung in Europa zu verbessern?‘* dargelegt, die der EGBW-Ausschuss am 23.-24. Oktober 2013 verabschiedet hat²⁴. Bildung hoher Qualität für alle kostenlos und allen zugänglich sein sollte.

Die Privatisierung der Bildung ist für das EGBW ein Querschnittsthema, das auf mehreren Sitzungen und Veranstaltungen erörtert wurde, die das EGBW zu Bildungsbereichen wie der Hochschulbildung (HERSC), dem EGBW-Beratungsgremium für das Bildungswesen (Education Advisory Panel) und der Berufsbildung (Schulungsseminare) organisiert hat. Zudem waren *öffentliche/private Entwicklungen im Bildungswesen* ein ständiges Thema beim jedes zweite Jahr stattfindenden ESSDE-Arbeitsprogramm (2014-2015 und 2016-2017), das fortlaufende Gespräche mit Arbeitgebern im Bildungsbereich zum

²² https://csee-etuice.org/images/attachments/PR_SurveyReportsStateofFundingInEducation.pdf.

²³ <https://www.csee-etuice.org/en/policy-issues/31-trade-and-economic-governance/economic-governance/1305-2015-17-project-on-investing-in-education>.

²⁴ <https://csee-etuice.org/images/attachments/keymessages-DE.pdf>.

Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von Qualität in der Bildung

Aufbau eines gemeinsamen Verständnisses ebenso ermöglichte wie Gespräche mit der Europäischen Kommission zu Entwicklungen in der Politik.

Um Investitionsengpässe in Europa zu beseitigen, verabschiedete die Europäische Kommission 2014 den Investitionsplan für Europa. Das EGBW äußerte im Dezember 2014 mit seiner *Position zum Investitionsplan für Europa*²⁵ (siehe hierzu Kapitel 1.3) die Sorge, dass der Investitionsplan Regierungen im Rahmen zielgerichteter und profitabler künftiger Bildungsprojekte möglicherweise in öffentlich-private Partnerschaften zwingt. Seither beobachtet das EGBW ständig den von der EU/EIB durch den Investitionsplan für Europa (Europäischer Fonds für strategische Investitionen/EFSI) geschaffenen neuen Investitionsmechanismus, ebenso wie dessen Wechselwirkungen mit dem Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI) und die Umsetzung der vom Europäischen Struktur- und Investitionsfonds zu finanzierenden CSR des Europäischen Semesters. Die Mitgliedsorganisationen haben auf den Sitzungen des EGBW-Ausschusses und anderen Veranstaltungen (z. B. HERSC, Advisory Panel und ESSDE) über diese besorgniserregenden Entwicklungen berichtet. Das EGBW hat Kommission und Rat der Europäischen Union mehrfach angesprochen und sich gegen öffentlich-private Partnerschaften im Bildungswesen sowie gegen die Privatisierung potenziell profitabler Bildungsdienstleistungen ausgesprochen, da hierdurch der freie Zugang zu Qualität in der Bildung für alle gefährdet wird.

Im Nachgang zu der BI-Kampagne wurde durch den EGBW-Ausschuss im April 2015 der ergänzende EGBW-Strategieplan zur Globalantwort der BI auf Kommerzialisierung und Privatisierung im Bildungswesen verabschiedet, der die Prioritäten darlegt, die sich aus besonderen in der Region Europa beobachteten Erscheinungsformen von Privatisierung ergeben. Diese Schwerpunktbereiche haben Querschnittscharakter, und die EGBW-Mitgliedsorganisationen haben sich verpflichtet, das öffentliche Bildungswesen gegen eine zunehmende Einmischung von Unternehmen in Bildungsinfrastruktur, -dienstleistungen und -politik sowie in die Entwicklung von Lehrplänen in Europa zu verteidigen. Das Hauptaugenmerk des Strategieplans lag insbesondere auf den Punkten Sozialdialog und Tarifverhandlungen, öffentliche Verantwortlichkeit und Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, ethnischer Herkunft, Behinderung, sexueller Orientierung, Religion oder Zahlungsfähigkeit - die Felder, auf die sich Kommerzialisierung und Privatisierung am negativsten auswirken - , gefolgt von den Punkten Länderspezifische Empfehlungen des Europäischen Semesters, Handelsabkommen, externe Entwicklungszusammenarbeit und Strategien zur sozialen Unternehmensverantwortung.

Das EGBW hat zum Stand der Dinge bezüglich Kommerzialisierung und Privatisierung von Bildung in der Region Europa eine Einschätzung mittels zweier Umfragen²⁶ vorgenommen, die 119 EGBW-Mitgliedsorganisationen erfassten. Bei der Umfrage, an der 36 EGBW-Mitgliedsorganisationen in 10 EU- und 14 Nicht-EU-Ländern in Mittel- und Osteuropa sowie 41 Bildungsgewerkschaften in 15 EU-Ländern, zwei EWR-Ländern und der Schweiz teilnahmen, wurden in den Zeiträumen April-Juni und Juni-Oktober 54 Fragen beantwortet. Die Umfrageergebnisse legten entscheidende in Europa

²⁵ <https://csee-etuice.org/images/attachments/Position-investment-en.pdf>.

²⁶ Umfragebericht für mittel- und osteuropäische Länder: https://www.csee-etuice.org/images/attachments/CEE_Survey_Report_EN_Final.pdf; Umfragebericht für westeuropäische Länder: https://www.csee-etuice.org/images/attachments/RP_PrivatisationSurvey_WesternEurope.pdf.

Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von Qualität in der Bildung

aufkommende Trends offen. In Zusammenhang mit dem Bestreben, die Staatsverschuldung zu senken, sind europäische Länder zunehmend von Privatisierung und Kommerzialisierung im Bildungswesen betroffen. Die Studie kam unter anderem zu folgenden problematischen Erkenntnissen: Reformen der einzelstaatlichen Aus- und Weiterbildungssysteme erfolgten fast überall in Europa und führten zu stärkerer Privatisierung; hierbei verzeichneten die MOE-Länder einen Anstieg der Anzahl privat finanzierter Bildungseinrichtungen (vor allem in der frühkindlichen und der Hochschulbildung), wohingegen öffentlich bezuschusste Bildungseinrichtungen sich am stärksten in westeuropäischen Ländern ausbreiteten. Letztendlich sind globale Konzerne/Beratungsunternehmen, die Einfluss auf die Bildungspolitik und die Bereitstellung von Bildungsprodukten bzw. Schulbildung haben, in der Mehrzahl europäischer Länder vertreten. Die Studie wurde in den verschiedenen EGBW-Beratungs- und Entscheidungsgremien, die verschiedene Bildungsstufen repräsentieren, erörtert. Sie wurde an alle EGBW-Mitgliedsorganisationen, Abonnenten der EGBW-Website und des EGBW-Newsletters, Politikentscheider auf europäischer und einzelstaatlicher Ebene, Journalisten und sonstige Interessengruppen, wie z.B. Nichtregierungsorganisationen, verteilt. Durch den Austausch von Informationen zu diesen entscheidenden Fragen will das EGBW auf gegenwärtige und künftige Herausforderungen aufmerksam machen, darunter auch die Unterstützung der EGBW-Mitgliedsorganisationen bei politischen Aktionen auf nationaler oder europäischer Ebene.

2. Bildungspolitik

2.1 Allgemeine Bildung, Bildungsqualität und der EU 2020-Prozess

Hochrangige Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission in Fragen der allgemeinen und beruflichen Bildung

Das EGBW hat sich stets dafür eingesetzt, die Generaldirektion Bildung und Kultur der Europäischen Kommission bei der Entwicklung der politischen Strategie hinsichtlich der allgemeinen und beruflichen Bildung direkt beraten zu dürfen. Zwar war der informelle Dialog erfolgreich, doch wollte das EGBW immer auch Teil einer formalen politischen Plattform mit einer begrenzten Anzahl von Organisationen sein - eine derartige Struktur existiert jedoch nicht. Infolge der Lobbyarbeit des EGBW initiierte die Generaldirektion Bildung und Kultur der Europäischen Kommission im Jahr 2013 eine Debatte mit Sozialpartnern auf sektorenübergreifender (EGBW, BusinessEurope, UEAPME, CEEP) und sektoreninterner Ebene (EGBW und EFEE) über eine verstärkte Zusammenarbeit der Sozialpartner. Bei diesem Anlass wurde Androulla Vassiliou, der Kommissarin für Bildung, Kultur und Jugend (2010-14), ein *Vorschlag der Sozialpartner auf höchster Ebene* vorgelegt (16. Oktober 2013)²⁷, der mehrere Aspekte einer verstärkten Zusammenarbeit enthielt. Im Anschluss daran begann ein erfolgreicher Prozess mit vierteljährlichen Zusammentreffen der Europäischen Kommission und der Sozialpartner. Ziel der Zusammentreffen war es, die technische Umsetzung des Vorschlags und politische Initiativen, z.B. die Überarbeitung des strategischen Rahmens von ‚Aus- und Weiterbildung 2020‘, zu erörtern.

²⁷ [http://etuce.homestead.com/Policies/Document_for_cooperation_COMM - SPs version 8-10-2013_final.pdf](http://etuce.homestead.com/Policies/Document_for_cooperation_COMM_-_SPs_version_8-10-2013_final.pdf).

Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von Qualität in der Bildung

Im Herbst 2014 wurden die Treffen für ein Jahr ausgesetzt, was auf die neue Mandatsperiode (2014-2019) der neuen Kommission, strukturelle Veränderungen bei den Generaldirektoren und die Verlegung der mit Berufsbildung, Erwachsenenbildung und Kompetenzen und Qualifikationen befassten Abteilungen in die Generaldirektion für Beschäftigung zurückzuführen war. 2016 wurden die Treffen wieder aufgenommen; Schwerpunkt waren dabei die Umsetzung der Erklärung von Paris (*Erklärung zur Förderung von politischer Bildung und der gemeinsamen Werte von Freiheit, Toleranz und Nichtdiskriminierung, 2015*²⁸) und der Europäische Fonds für strategische Investitionen (EFSI)²⁹.

Vertretung in Gremien der Europäischen Kommission

Abgesehen von der erfolgreichen Einführung der hochrangigen Treffen für Zusammenarbeit hat das EGBW zwischen 2012 und 2016 daran gearbeitet, sich Möglichkeiten zu erhalten und zu eröffnen, in den strategischen, politisch gestaltenden Gremien der Europäischen Kommission ständig vertreten zu sein.

Im Handlungsrahmen der Offenen Koordinierungsmethode der Europäischen Kommission wurden zu verschiedenen Themen Arbeitsgruppen für zwei Jahre eingerichtet, die mit RegierungsvertreterInnen und VertreterInnen einer begrenzten Zahl von Sozialpartnern besetzt waren. Ziel der Gruppenarbeit ist es, die politischen Vorgaben des strategischen Rahmens von ‚Aus- und Weiterbildung 2020‘ umzusetzen und Richtlinien, Berichte und Vorschläge zu erarbeiten, die sich an die Europäische Kommission wenden. Die Ergebnisse der Gruppenarbeit können neben weiteren Informationen im Internet abgerufen werden³⁰. Trotz verschiedener Versuche, die Sozialpartner von diesen Arbeitsgruppen auszuschließen, einigte sich das EGBW mit den Kommissaren für Bildung, Kultur und Jugend und den Generaldirektoren für Bildung und Kultur darauf, die Sitze, die Fachleute aus nationalen Gewerkschaften als VertreterInnen des EGBW in den Gruppen innehaben, zu erhalten. Die VertreterInnen, die durch das EGBW-Büro nominiert wurden und in engem Kontakt mit dem EGBW-Sekretariat stehen, sind dem EGBW-Beratungsgremium für das Bildungswesen unterstellt und bekommen Rat im Hinblick darauf, wie die politischen Grundsätze des EGBW in die Arbeitsgruppen eingebracht werden können und welche Ergebnisse im Sinne der Bildungsgewerkschaften zu erwarten wären.

Von 2009 bis 2013 war das EGBW in den folgenden 13 Arbeitsgruppen vertreten: 1: Modernisierung der Hochschulbildung, 2: Bewertung von Kernkompetenzen, 3: Berufliche Entwicklung von Lehrkräften, 4: Mathematik, Naturwissenschaften und Technologie, 5: Sprachen und Beschäftigungschancen, 6 Heranbildung unternehmerischer Kompetenz, 7: IKT und Bildung, 8: Berufliche Entwicklung von Berufsausbildern 9: Qualitätssicherung in der Erwachsenenbildung, 10: Finanzierung der Erwachsenenbildung, 11: Vorzeitiger Schulabbruch, 12: Frühkindliche Bildung und Betreuung, 13: Interessengruppe in Bezug auf vorzeitigen Schulabbruch und frühkindliche Bildung und Betreuung.

²⁸ http://ec.europa.eu/education/news/2015/documents/citizenship-education-declaration_de.pdf.

²⁹ <http://www.eib.org/efsi/>.

³⁰ http://ec.europa.eu/education/policy/strategic-framework/expert-groups_en.htm.

Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von Qualität in der Bildung

Von 2014 bis 2016 war das EGBW in den folgenden sechs Arbeitsgruppen und Arbeitsuntergruppen vertreten: 1: Berufsausbildung, 2: Erwachsenenbildung, 3: Arbeitsgruppe zur Schulpolitik, die sich in die beiden Untergruppen ‚Vorzeitiger Schulabbruch‘ und ‚Ausbildung von Lehrkräften‘ gliedert, 4: Modernisierung der Hochschulbildung, 5: Arbeitsgruppe zu Querschnittskompetenzen, die sich in die beiden Untergruppen ‚Unternehmertum‘ und ‚IKT-basiertes Lernen und Spracherwerb‘ gliedert, 6: Digitales und internetbasiertes Lernen.

Seit 2016 ist das EGBW in folgenden Arbeitsgruppen vertreten: 1: Schulen und schulisches Umfeld, 2: Modernisierung der Hochschulbildung, 3: Lehrkräfte und Ausbildung für die Berufsausbildung, 4: Erwachsenenbildung am Arbeitsplatz, 5: Digitale Qualifikationen und Kompetenzen, 6: Förderung von politischer Bildung und der gemeinsamen Werte von Freiheit, Toleranz und Nichtdiskriminierung (im Nachgang zur Erklärung von Paris).

Darüber hinaus war das EGBW zwischen 2012 und 2015 auch in der *Arbeitsgruppe zur Vierten Kohorte der Institutionellen Gruppe für Human Resources-Strategie* der Europäischen Kommission vertreten, deren Schwerpunkt die Umsetzung der Europäischen Charta und der Verhaltensempfehlungen für die Anwerbung von Forschern war³¹.

Das EGBW war Mitglied im Ausschuss für das Programm 'Lebenslanges Lernen' der Europäischen Kommission, der im Rahmen dieses die Jahre 2007 bis 2013 umspannenden Programms über das Arbeitsprogramm und die Zuweisung von Mitteln entschied. Obwohl das EGBW mehrfach die Erhaltung der Sitze der Sozialpartner für das neu aufgelegte Programm Erasmus+ gefordert und hierfür mit den Arbeitgeberorganisationen und den sektorenübergreifenden Sozialpartnern zusammengearbeitet hat, wurde dem EGBW-Sekretariat im November 2014 durch die Europäische Kommission mitgeteilt, man habe auf Seiten der RegierungsvertreterInnen beschlossen, den Sozialpartnern keine Sitze im Ausschuss zu gewähren.

Überarbeitung der Strategie für ‚EU 2020‘ und ‚Aus- und Weiterbildung 2020‘ für 2015-2020

Die Ziele des *Strategischen Rahmens für Allgemeine und berufliche Bildung 2020* (2009) und die bildungsbezogenen Ziele der *Strategie Europa 2020* (2010) mussten an die neuen Ziele in der allgemeinen und beruflichen Bildung angepasst werden. Zudem erfolgt alle 3 Jahre eine Bestandsaufnahme zur Umsetzung des ‚Aus- und Weiterbildung 2020‘-Prozesses aufgrund von Berichten der Mitgliedstaaten, um die Fortschritte bei der Umsetzung zu messen und künftige Schwerpunktbereiche abzustecken. Im Rahmen seiner Zusammenarbeit auf höchster Ebene mit der Europäischen Kommission hatte das EGBW mehrfach Gelegenheit, sich mit der Kommission über Zielvorstellungen der Lehrkräfte auszutauschen.

Zwischen Mai und Oktober 2014 führte die Europäische Kommission eine öffentliche Konsultation zum EU2020-Prozess durch, und das EGBW ermunterte die Mitgliedsorganisationen, sich an der Umfrage zu beteiligen. Als Beitrag zu der Konsultation wurde eine *Gemeinsame EGBW und EGB-Position*³²

³¹ <http://ec.europa.eu/euraxess/index.cfm/rights/whatIsAREsearcher>.

³² <http://www.csee-etuice.org/documents/statements/127-joint-etuc-and-etuice-position-on-et2020>.

Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von Qualität in der Bildung

verabschiedet, und das EGBW veröffentlichte im Juni 2014 zudem seine *Stellungnahme zu künftigen Zielsetzungen der EU2020-Strategie zu allgemeiner und beruflicher Bildung*.³³

Das EGBW fuhr mit seiner Lobbyarbeit fort und gab am 5. November 2014 die Pressemitteilung *Das Investieren in Bildung ist Voraussetzung zum Erreichen der Ziele von ‚EU2020‘ und ‚ET2020‘*³⁴ heraus, um bei der Sitzung des Rates der Bildungsminister zu den neuen Zielsetzungen von ET2020 Einfluss auf die Debatte der Bildungsminister zu nehmen. Im Anschluss an die Veröffentlichung des Berichtsentwurfs der Kommission zu den neuen Zielsetzungen gab das EGBW im Oktober 2015 seine *Ansichten zum Entwurf eines gemeinsamen Berichts über ET 2020*³⁵ heraus. Dies hatte zur Folge, dass den Themen Lehrkräfte, Bildung für mehr Gleichstellung und stärkere Einbindung der Sozialpartner in den Prozess mehr Aufmerksamkeit zuteil wird. Das EGBW beobachtet weiterhin die Umsetzung der Ziele und befürwortet die Einbindung der Bildungsgewerkschaften in den Prozess.

Qualitätssicherung, Qualifikationen und Qualifizierung

Gemäß der zwischen EGBW und EGB geschlossenen Vereinbarung hat das EGBW die Gewerkschaften in mehreren ständigen Gremien der Europäischen Kommission vertreten. Wo es erforderlich war, gelang es dem EGBW, die Aufmerksamkeit in der Beratungsgruppe für den Europäischen Qualifikationsrahmen (EQR) stärker auf die Belange der Lehrkräfte zu lenken und die Teilnahme an Debatten über nationale Qualifikationen, am europäischen Netzwerk für Qualitätssicherung in der beruflichen Bildung (EQAVET) und am Europäischen Leistungspunktesystem für Berufsbildung (ECVET) zu erreichen. Die EGBW-Beratungsgruppe (Advisory Panel) hat bei mehreren Anlässen die künftige Überarbeitung des Europäischen Qualifikationsrahmens besprochen. Wie ECVET und EQAVET durch Lehrkräfte in der Berufsbildung genutzt werden und ob die Nutzung für sie sinnvoll ist, wurde bei den jährlichen gemeinsamen EGBW/EGB-Seminaren zur Berufsbildung ebenfalls erörtert.

Im November 2012 veröffentlichte die Europäische Kommission eine *Mitteilung über neue Denkansätze für die Bildung: bessere sozioökonomische Ergebnisse durch Investitionen in Qualifikationen*³⁶. Der Mitteilung waren sieben Arbeitspapiere der Kommissionsdienststellen³⁷ beigefügt, darunter eines zur *Förderung des Lehrberufs*, das 10 Schlüsselaktionen zur Förderung des Lehrberufs vorstellte. Darin ging es um die Kompetenzanforderungen an Lehrkräfte, eine Neugestaltung der Einstellungsverfahren, die fortgesetzte Unterstützung während der Berufseinmündungsphase und verbesserte Möglichkeiten zur beruflichen Entwicklung. Im Vorfeld zur Unterbreitung der Vorschläge veranstaltete das EGBW mehrere informelle Zusammentreffen mit der Europäischen Kommission, um in die politische Botschaft auch die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise für Bildung und Lehrkräfte aufzunehmen und für nachhaltige Bildungshaushalte zu werben.

³³ <http://www.csee-etuice.org/documents/statements/82-etuice-position-on-future-objectives-of-eu2020-strategy-on-education-and-training>.

³⁴ http://www.csee-etuice.org/images/attachments/PRESS_RELEASE_Invest_in_education_is_essential_to_achieve_EU2020_and_ET2020_targets.pdf.

³⁵ <http://www.csee-etuice.org/en/documents/statements/1161-etuice-views-on-the-draft-joint-report-on-et2020-of-the-european-commission-october-2015>.

³⁶ <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX:52012DC0669>.

³⁷ http://europa.eu/rapid/press-release_IP-12-1233_de.htm.

Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von Qualität in der Bildung

Um der Europäischen Kommission Daten zur Verfügung stellen zu können, führte das EGBW unter den Mitgliedsorganisationen eine Mini-Umfrage zu den Auswirkungen der Krise auf das Bildungswesen und den Lehrberuf durch. Dass der Politikvorschlag der Europäischen Kommission die *EGBW-Analyse einer Mini-Umfrage zu den Auswirkungen der Krise auf die Ausbildung von Lehrkräften in der Europäischen Union*³⁸ aufgriff, ist in der Tat ein Erfolg.

Im Mai 2014 verabschiedete der Rat der Bildungsminister *Schlussfolgerungen des Rates zu Qualitätssicherung zur Unterstützung von allgemeiner und beruflicher Bildung*³⁹. Das EGBW beriet sich mit dem EGBW-Büro und Mitgliedern der Beratungsgruppe und gab eine Stellungnahme⁴⁰ heraus, die die Notwendigkeit des sozialen Dialogs mit den Bildungsgewerkschaften über gerechte Systeme zur Qualitätssicherung unterstrich.

Das EGBW beobachtet, wie sich die Arbeit der Europäischen Kommission zu *Europäische Fähigkeiten, Kompetenzen, Qualifikationen und Berufe* (ESCO) entwickelt.⁴¹ Im November und Dezember 2015 beteiligte sich das EGBW an einer ESCO-Online-Konsultation zur Festlegung von Berufsbezeichnungen für Bildungsberufe. Da die Arbeit von ESCO bezüglich Qualifikationen umstritten ist, wurde ESCO auch im Europäischen Sectoralen Sozialen Dialog Bildung diskutiert.

Entsprechend den Forderungen der Sozialpartner führte die Europäische Kommission im Dezember 2013 eine viermonatige öffentliche Konsultation zu einer neuen Initiative namens *Europäischer Kompetenz- und Qualifikationsraum*⁴² durch. Die Kommission wollte eine politische Initiative vorschlagen, um zwischen 17 in der Aus- und Weiterbildung auf europäischer Ebene vorhandenen Instrumenten, z.B. Qualifikationen, Lebensläufe, Zertifizierung, Leistungspunkte, Kompetenzen, Berufsbezeichnungen und Qualitätssicherung, mögliche Synergien und Verflechtungen aufzudecken. Das Ergebnis zeigte, dass die EU-Bürger die Instrumente, vom Europass abgesehen, nicht kennen und nicht nutzen.

Unter Koordination durch das EGBW entstand eine gemeinsame Antwort auf die öffentliche Konsultation, die im Februar 2014⁴³ veröffentlicht wurde und die Bedeutung einer Einbindung der Sozialpartner in die Gestaltung und Umsetzung der Instrumente auf EU-Ebene unterstrich. Die Europäische Kommission forderte das EGBW auf, ein Brainstorming zu Verbesserungen der Transparenz- und Qualifikationsinstrumente der EU durchzuführen, und das EGBW machte in

³⁸

http://etuce.homestead.com/Crisis/Crisis_survey/Results_of_ETUCE_Minisurvey_on_Crisis_effecting_teacher_education_.pdf.

³⁹ http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/educ/142694.pdf.

⁴⁰

http://etuce.homestead.com/Statements/2014/2014_05_Final_ETUCE_Position_on_CC_on_Quality_Assurance_.pdf.

⁴¹ <https://ec.europa.eu/esco/home;jsessionid=IHL7TyJYGRGtnWBvnFH9TpG2Dsx2VTJLtdzJBR81BDSgFfBFSp2r!1690608523!1395132696374>.

⁴² http://ec.europa.eu/dgs/education_culture/more_info/consultations/skills_en.htm.

⁴³ http://etuce.homestead.com/Statements/2014/2014_03_Joint_ETUC-ETUCE_position_on_Public_consultation_on_EASQ.pdf.

Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von Qualität in der Bildung

mehreren Umfragen und Interviews Angaben zur Nutzung dieser Instrumente durch Lehrkräfte und Bildungsgewerkschaften.

Die Diskussion über die Initiative hält an und findet nun im Rahmen einer neuen Initiative namens *Kompetenzen-Agenda für Europa* statt, die im Juni 2016 ins Leben gerufen wurde. Am 21./22. Januar 2016 nahm das EGBW an einer Anhörung der Sozialpartner zur Initiative ‚Kompetenzen-Agenda für Europa‘ und zur Überarbeitung des EQF teil. Nach Gesprächen mit der EGBW-Beratungsgruppe und dem EGBW-Büro veröffentlichte das EGBW im Februar 2016 als Ergänzung zur EGB-Position⁴⁴ ein Positionspapier⁴⁵ zur Kompetenzen-Agenda für Europa, zusammen mit der Pressemitteilung *Ansichten der Lehrkräfte zur Neue Kompetenzen-Agenda für Europa*⁴⁶. In diesem Positionspapier forderte das EGBW eine klare Ausrichtung auf die Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte, eine gerechte Vergütung und berufliche Entwicklungsmöglichkeiten, die mit der Vermittlung von Kompetenzen verknüpft sind.

Verstärkte Zusammenarbeit in Bildungsbelangen

Auf Grundlage der Vereinbarung zwischen EGBW und EGB konnte das EGBW dort, wo die Gewerkschaften in verschiedenen ständigen Gremien der Europäischen Kommission durch ein Mitglied des EGBW-Sekretariats vertreten waren, die Belange von Lehrkräften stärker ins Zentrum der Aufmerksamkeit rücken. In diesem Zusammenhang setzte das EGBW seine Teilnahme an der EGB-Arbeitsgruppe für Lebenslanges Lernen fort. 2015 verabschiedete der Ordentliche Kongress des EGB das *EGB-Aktionsprogramm für 2015-2020*⁴⁷, das eine verstärkte Zusammenarbeit mit dem EGBW in Strategien zu allgemeiner und beruflicher Bildung in fünf Bereichen betont: Europäisches Semester, hochrangige Zusammenarbeit mit der DG EAC, Ausbildungsverhältnisse und Beteiligung an Gremien, Arbeitsgruppen, Programmen und Initiativen zu Aus- und Weiterbildung auf europäischer Ebene.

Bei den Strategien zur Aus- und Weiterbildung setzte das EGBW seine Zusammenarbeit mit den SchülerInnen-/Studierendenverbänden ESU und OBESSU, der *Europäischen Elternvereinigung* (EPA) und dem *Verband für Ausbildung von Lehrkräften in Europa* (ATEE) fort. Im Bereich der Hochschulbildung wurde unter anderem die Zusammenarbeit mit dem *Europäischen Verband der Einrichtungen in der Hochschulbildung* (EURASHE), dem *Europäischen Universitätsverband* (EUA) und dem Eurydice-Netzwerk der *Exekutivagentur Bildung, Audiovisuelles und Kultur* (EACEA) weitergeführt. Bezüglich der Leitung schulischer Einrichtungen arbeitete das EGBW weiterhin mit mehreren Organisationen im Rahmen des *Europäischen Politiknetzwerks über Leitung schulischer Einrichtungen* zusammen (siehe Kapitel 2.5).

Im Hinblick auf die Rolle von Lehrkräften in der Berufsbildung und Lehrlingsausbildung wurde eine Zusammenarbeit mit der Europäischen Föderation der Gewerkschaften für Nahrungsmittel, Landwirtschaft und Tourismus (EFFAT) begonnen. Die Belange von Lehrkräften in der Berufsbildung

⁴⁴ <https://www.etuc.org/documents/etuc-position-new-skills-agenda-improving-training-opportunities-workers-europe#.V02GtzWPac0>.

⁴⁵ <https://www.etuc.org/documents/etuc-position-new-skills-agenda-improving-training-opportunities-workers-europe#.V02GtzWPac0>.

⁴⁶ <https://www.csee-etuice.org/en/news/archive/1366-teachers-views-on-the-new-skills-agenda-for-europe>.

⁴⁷ https://www.etuc.org/sites/www.etuc.org/files/other/files/20151007_action_programme_en-consolidated_0.pdf.

Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von Qualität in der Bildung

und Lehrlingsausbildern wurden in der EU-Politikentwicklung stärker wahrgenommen, was dem Einsatz des EGBW und der nationalen Bildungsgewerkschaften in der Europäischen Ausbildungsallianz und der Priorisierung von Lehrkräften in den Rigaer Schlussfolgerungen (2015) zu verdanken ist. Dieser Umstand ebnete den Weg für eine weitergehende Zusammenarbeit zwischen dem EGBW und den Agenturen der Europäischen Kommission, z.B. dem CEDEFOP und der Europäischen Stiftung für Berufsbildung (ETF). Beide Agenturen befassten sich schwerpunktmäßig mit Studien und Projekten zu Lehrkräften in der Berufsbildung. Zudem organisierte das EGBW ein bis dahin beispielloses Seminar einschließlich einer Betriebsbesichtigung für Bildungsgewerkschaften, in denen in der Berufsbildung tätige Lehrkräfte und Ausbilder organisiert sind. Erstmals diskutierte das EGBW mit der Firma Nestlé über die Rolle von Lehrkräften und Ausbildern in der betrieblichen Ausbildung. Mit dem Vorhaben, die Zahl der Auszubildenden in seinen Betrieben von 2013 bis 2016 um 10.000 zu erhöhen, war Nestlé das in der Europäischen Ausbildungsallianz am stärksten engagierte Unternehmen. Die Unternehmensbesichtigung machte deutlich, dass der Grundsatz einer „sozialen Corporate Responsibility“ der Unternehmen beim Bereitstellen praxisbezogener Ausbildungsmöglichkeiten, die jungen Arbeitssuchenden angemessene und gerechte Arbeitsbedingungen bieten, im Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit unverzichtbar ist, auch für die beschäftigten Lehrkräfte und Mentoren.

2.2 Frühkindliche Bildung (FkB)

Nach der Verabschiedung des *EGBW-Strategiepapiers zur frühkindlichen Bildung*⁴⁸ 2012 wurde mit dem globalen FkB-Arbeitskreis der BI eine Konsultation zur Umsetzung des Strategiepapiers organisiert. Daraufhin entstand im Februar 2013 die interne EGBW-Online-Plattform für Mitgliedsorganisationen, die den Austausch von Strategien, Erfahrungen und Projekten mit anderen europäischen Bildungsgewerkschaften ermöglichen sollte, um zur Umsetzung der Empfehlungen des Strategiepapiers beizutragen.

Das ebenfalls im Februar 2013 veröffentlichte Papier *Investitionen in Kinder: Den Kreislauf der Benachteiligung durchbrechen*⁴⁹ der Europäischen Kommission wurde in der EGBW-Beratungsgruppe und auf der FkB-Online-Plattform erörtert. Am 24./25. November 2014 fand in Wien eine gemeinsame Konferenz von BI und EGBW zur Erörterung der IAO-Empfehlungen zur FkB und zur Umsetzung des EGBW-Strategiepapiers statt.

Bis 2014 befasste sich eine Thematische Arbeitsgruppe der Europäischen Kommission namens „Frühkindliche Bildung und Betreuung“ unter Beteiligung des EGBW mit Strategien in der FkB, die damit die Arbeit der Gruppe von Interessenverbänden weiterführte, die von der Europäischen Kommission im Juni 2012 gegründet worden war. Seit 2015 hat die Europäische Kommission eigens für die FkB keine Arbeitsgruppe mehr eingerichtet. Der Luxemburgische Ratsvorsitz organisierte die *Konferenz - Diversität und Mehrsprachigkeit in den Einrichtungen frühkindlicher Bildung*⁵⁰, an der das EGBW aktiv beteiligt war. Darüber hinaus lud der Netzwerkverbund des Europäischen Parlaments zur FkB-

⁴⁸ <https://www.csee-etuice.org/images/attachments/ETUCEPolicyPaperonECEEN.pdf>.

⁴⁹ http://ec.europa.eu/justice/fundamental-rights/files/c_2013_778_en.pdf.

⁵⁰ <http://www.eu2015lu.eu/de/agenda/2015/09/10-11-conf-education-petite-enfance/index.html>.

Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von Qualität in der Bildung

Allianz, der von verschiedenen MdEP ausgerichtet wird, das EGBW mehrmals dazu ein, sich zur Sichtweise der Lehrkräfte zur FkB-Politik der EU zu äußern .

2.3 Vorzeitiger Schulabbruch

In den Debatten über verschiedene Strategien und Aktionen des EGBW und der EU, z.B. im Hinblick auf Berufsbildung und Ausbildungsgänge, Hochschulbildung, frühkindliche Bildung, Gleichstellung und schulisches Umfeld, ebenso wie auf IKT-basiertes Lernen, ist vorzeitiger Schulabbruch ein Querschnittsthema. Im Rahmen eines von der EU kofinanzierten Projekts gelang es dem EGBW, ein Bündel von Empfehlungen zur Verhinderung vorzeitigen Schulabbruchs und zur Nutzung von IKT in der Bildung⁵¹ zu entwickeln. Überdies übernimmt das EGBW seit 2010 in den Thematischen Arbeitsgruppen zu vorzeitigem Schulabbruch der Europäischen Kommission eine aktive Rolle. Im Juni 2012 gründete die Europäische Kommission eine Gruppe von Interessenverbänden, die sich mit frühkindlicher Bildung, Betreuung und vorzeitigem Schulabbruch befasste⁵². Seit 2016 wird das Thema vorzeitiger Schulabbruch mit Regierungen und Sozialpartnern in der Thematischen Arbeitsgruppe der Europäischen Kommission *Förderung von politischer Bildung und der gemeinsamen Werte von Freiheit, Toleranz und Nichtdiskriminierung* diskutiert (als Folge der Erklärung von Paris).

Am 09./10. Juni 2015 war das EGBW Mitdiskutant beim *Symposium zur Luxemburgischen EU-Ratspräsidentschaft - In der Spur bleiben - frühzeitigen Schulabbruch bekämpfen und Schulerfolg fördern*⁵³.

2.4 Berufsbildung

Verstärkte Zusammenarbeit in der Berufsbildung: Strategien und Projekte

Nach Verabschiedung des *EGBW-Strategiepapiers über Berufsbildung im Jahr 2012* schuf das EGBW eine europäische Online-Plattform für Berufsbildung, die den Austausch von Strategien, Erfahrungen und Projekten mit anderen europäischen Bildungsgewerkschaften ermöglichen sollte, um zur Umsetzung der Empfehlungen des Strategiepapiers beizutragen. Die Mitglieder der Plattform wurden zu den jährlichen gemeinsamen EGBW/EGB-Seminaren zur Berufsbildung eingeladen.

Im Zeitraum 2012-2016 war das EGBW weiterhin in den thematischen Arbeitsgruppen zur Berufsbildung der Europäischen Kommission vertreten und war an den Ergebnissen und der Verbreitung der *Leitlinien zur beruflichen Entwicklung von Ausbildern in der Berufsbildung*⁵⁴ (2014) beteiligt.

Das EGBW leistete durch Pressemitteilungen einen Beitrag zu den Debatten auf den Sitzungen des Generaldirektors für Berufsbildung der Ministerien (DGVT), die halbjährlich von der Europäischen Kommission und dem EU-Ratsvorsitz veranstaltet werden. Im Oktober 2014 rief das EGBW den DGVT dazu auf, den sozialen Dialog zur beruflichen Entwicklung von Lehrkräften in der Berufsbildung und

⁵¹ Detaillierte Projektbeschreibung in Kapitel 2.8 Neue Technologien und Fernunterricht.

⁵² http://ec.europa.eu/education/policy/strategic-framework/expert-groups/documents/et2020-presentation_en.pdf.

⁵³ <http://www.eu2015lu.eu/de/agenda/2015/07/09-10-conf-education-decrochage/index.html>.

⁵⁴ <http://www.cedefop.europa.eu/en/news-and-press/news/guiding-principles-professional-development-trainers-vet>.

Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von Qualität in der Bildung

von betrieblichen AusbilderInnen⁵⁵ zu stärken, und im April wurde der DGVT seitens des EGBW zur verstärkten Zusammenarbeit mit Lehrkräften aufgefordert als eine notwendige Voraussetzung, um in Europa eine hochwertige Berufsbildung und Lehrlingsausbildung zu erreichen⁵⁶.

Durch die weitere Zusammenarbeit mit dem EGB konnte die Berufsbildungspolitik der Europäischen Kommission (z.B. *Rigaer Schlussfolgerungen* und *Europäische Ausbildungsallianz*) zusätzlich beeinflusst werden. Darüber hinaus versorgte das EGBW die ständigen Gruppen der Europäischen Kommission zu ECVET und EQAVET mit zusätzlichem Input. Zudem beteiligte das EGBW sich an Strategien des EGB, die dazu dienen, die Maßnahmen der Europäischen Kommission und der Sozialpartner im Bereich Berufsbildung und Lehrlingsausbildung umzusetzen. Von 2012 bis 2014 wirkte das EGBW bei dem EGB-Projekt „*Hin zu einem europäischen qualitativen Rahmen für die Lehrlingsausbildung und arbeitsplatzbezogenes Lernen: Bewährte Praktiken und Beiträge der Gewerkschaften*“ mit und stellte fachlichen Input für das Endergebnis des Projekts bereit, das in eine EGB-Resolution⁵⁷ mündete und die Rolle der Lehrkräfte in der Berufsbildung besonders hervorhob. Eine aktive Rolle übernahm das EGBW auch beim Nachfolgeprojekt *Schaffung eines europäischen qualitativen Rahmens für die Lehrlingsausbildung und arbeitsplatzbezogenes Lernen (2014-2016)*. Im Rahmen des Projekts wurde den Sozialpartnern im Bildungssektor ein Seminar zur Erörterung der Rolle von SchulleiterInnen und Lehrkräften in der Lehrlingsausbildung geboten. Das Seminar klang aus mit dem Beschluss eines gemeinsamen Gelöbnisses von EGBW und EFEE, die Europäische Ausbildungsallianz (EAfA) in Gang zu setzen.

Rigaer Schlussfolgerungen

Im Juni 2015 wurden von den Ländern der EU und der Europäischen Kommission in Zusammenarbeit mit der lettischen EU-Ratspräsidentschaft und mit sektorenübergreifenden Sozialpartnern für den Zeitraum 2015-2020 neue Ziele unter dem Namen *Rigaer Schlussfolgerungen* vereinbart.⁵⁸ Sie erneuern das Engagement der EU-Mitgliedstaaten im Rahmen des *Kopenhagen-Prozesses (2002)*⁵⁹ und des *Kommuniqués von Brügge (2010)*⁶⁰, das 22 kurzfristige Ziele umreißt, welche die EU-Länder bis 2020 erreichen sollen. Das EGBW war in eine EGB-Konsultation zu den Zielvorgaben eingebunden und auch am Redaktionsteam beteiligt. Während in der Berufsbildung tätige Lehrkräfte und Ausbilder in früheren Politikempfehlungen nicht viel Beachtung fanden, sorgte das EGBW erfolgreich dafür, dass das fünfte Ziel der Rigaer Schlussfolgerungen eine auf Lehrkräfte bezogene Empfehlung ausspricht: „*Die Einführung systematischer Vorgehensweisen und Möglichkeiten für die berufliche Ausbildung und Weiterentwicklung von in der Berufsbildung tätigen Lehrkräften, AusbilderInnen und MentorInnen im schulischen wie im betrieblichen Umfeld.*“ Seither arbeitet das EGBW zusammen mit dem CEDEFOP und der ETF an weiteren Aktionen zur Unterstützung von Lehrkräften und AusbilderInnen in der Berufsbildung.

⁵⁵ <https://www.csee-etuice.org/images/attachments/PRESSRELEASEStrengthenSDforPDofVETteachersandtrainers.pdf>.

⁵⁶ https://www.csee-etuice.org/images/attachments/PR_Stronger_cooperation_VET_apprenticeship.pdf.

⁵⁷ https://www.etuc.org/sites/www.etuc.org/files/publication/files/ces-brochure_unionlearn-d-rouge.pdf.

⁵⁸ http://ec.europa.eu/education/policy/vocational-policy/doc/2015-riga-conclusions_en.pdf.

⁵⁹ <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/en/TXT/?uri=URISERV%3Aef0018>.

⁶⁰ http://ec.europa.eu/education/policy/vocational-policy/doc/brugescom_de.pdf.

Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von Qualität in der Bildung

Europäische Ausbildungsallianz (EAfA)

Die *Europäische Ausbildungsallianz (EAfA)* wurde von den sektorenübergreifenden Sozialpartnern initiiert und 2013 durch den lettischen Ratsvorsitz, die Europäische Kommission und die sektorenübergreifenden Sozialpartner (EGBW, BusinessEurope, UEAPME, CEEP) mit dem Ziel unterzeichnet, Behörden, Unternehmen, Sozialpartner, BerufsbildungsanbieterInnen und JugendvertreterInnen an einen Tisch zu bringen, um Ausbildungsprogramme und -initiativen in ganz Europa voranzubringen. Gemeinsames Ziel ist es, die Qualität, Verfügbarkeit und das Image der Lehrlingsausbildung in Europa zu verbessern.

Das EGBW-Büro und der EGBW- **Ausschuss** stimmten zu, dass das EGBW die erste gewerkschaftliche Zusicherung unterzeichnen und der Initiative beitreten solle. Die Zusicherung des EGBW⁶¹ legt besonderes Augenmerk auf die Sensibilisierung der Lehrkräfte für die Wichtigkeit der Lehrlingsausbildung. Auch viele EGBW-Mitgliedsorganisationen beteiligten sich an der Allianz⁶². Diese Zusicherungen bewertete die Europäische Kommission als außergewöhnlichen Einsatz der Bildungsgewerkschaften für die Verbesserung der Berufsausbildung, zumal keine anderen sektoralen Gewerkschaften sich so aktiv einsetzten wie die Bildungsgewerkschaften. Diese Aktion half, die Aufmerksamkeit auf die Lehrkräfte in der EU zu lenken, vor allem im Zusammenhang mit der Politik im Bereich Berufsbildung und Lehrlingsausbildung. In seinen Verpflichtungen zur Umsetzung betonte das EGBW bei den jährlichen gemeinsamen EGBW/EGB-Schulungsseminaren die Rolle der Lehrkräfte und AusbilderInnen in der Lehrlingsausbildung und stellte das Konzept der Besichtigung von Schulen, Bildungsstätten für Lehrkräfte in der Berufsbildung und Unternehmen vor, das von den TeilnehmerInnen positiv aufgenommen wurde. Als Beitrag zum Neustart der Allianz im Juni 2015 unterzeichnete das EGBW eine gemeinsame Verpflichtungserklärung⁶³ mit dem EFEE. Das Thema Lehrlingsausbildung wurde daraufhin in das *Arbeitsprogramm 2016/2017 der europäischen sektoralen Sozialpartner zum Bildungswesen*⁶⁴ aufgenommen.

Schulungsseminare

Entsprechend den Forderungen mehrerer Mitgliedsorganisationen, das Augenmerk stärker auf den Berufsbildungssektor zu legen, veranstaltet das EGBW, unterstützt vom Europäischen Gewerkschaftsinstitut (ETUI)⁶⁵, seit 2011 jährlich Schulungsseminare für BildungsgewerkschafterInnen, die Fachleute für Berufsbildung und Lehrlingsausbildung sind und noch immer als Lehrkräfte/Ausbilder in der Berufsbildung arbeiten. Im Durchschnitt werden die Seminare von 25 TeilnehmerInnen aus EU-Ländern (mit Finanzierung durch das ETUI) und von 10 TeilnehmerInnen aus Nicht-EU-Ländern (mit Finanzierung durch das EGBW) besucht. Es wurden folgende Seminare veranstaltet:

2012: „Inklusive Berufsbildung in Krisenzeiten“, Sesimbra

2013: „Die Einstellung und Bindung sowie die berufliche Entwicklung von Lehrkräften und Ausbildern in der Berufsbildung verbessern“, Ljubljana

⁶¹ <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=1149&langId=de&idPledge=54>.

⁶² <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=1147&langId=de>.

⁶³ <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=1149&langId=de&idDataTable=85>.

⁶⁴ http://csee-etu.org/images/attachments/FINAL_ESSDE_WP_2016-2017.pdf.

⁶⁵ <http://www.etui.org/>.

Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von Qualität in der Bildung

2014: „Die Rolle der Bildungsgewerkschaften bei der Qualitätssicherung in allen Formen der Berufsbildung“, Wien

2015: „Verbesserung der Kompetenzen von Lehrkräften und Ausbildern in der Berufsbildung“, Barcelona. Im Seminar enthalten war ein Besuch des Nestlé-eigenen Dolce Gusto-Werks in Girona bezüglich des Berufsausbildungsprogramms von Nestlé, das mit Vollzeit-Lehrkräften und -Ausbildern arbeitet und von den spanischen Gewerkschaften unterstützt wird.

2016: „Verbesserung der beruflichen Ausbildung von Lehrkräften und Ausbildern in der Berufsbildung für eine hochwertige Berufsbildung und Lehrlingsausbildung“, Helsinki.

2.5 Leitung schulischer Einrichtungen

Nach Verabschiedung des EGBW-Strategiepapiers zur Leitung schulischer Einrichtungen im Jahr 2012 schuf das EGBW eine Online-Plattform für Mitgliedsorganisationen, die den Austausch von Strategien, Erfahrungen und Projekten mit anderen europäischen Bildungsgewerkschaften ermöglichen sollte, um zur Umsetzung der Empfehlungen des Strategiepapiers beizutragen.

Das Thema Schulleitung wurde auch auf mehreren anderen EGBW-Veranstaltungen erörtert, so z.B. bei Seminaren zur Berufsbildung, HERSC-Sitzungen und ESSDE-Treffen mit den Arbeitgebern im Bildungsbereich.

Von 2012-2016 beteiligte sich das EGBW an dem Projekt *Europäisches Politiknetzwerk über Leitung schulischer Einrichtungen (EPNoSL)*⁶⁶, das verschiedene Strategietreffen mit dem EFEE, dem Verband Europäischer Schulleiter (ESHA) und anderen Interessengruppen beinhaltete. Das Partnerschaftsprojekt, das von der Forschungs- und Evaluationsgruppe ‚Bildung‘ des kretischen Instituts für angewandte und computergestützte Mathematik angestoßen worden war, umfasste Akademien für Schulleiter, Bildungsministerien und weitere bildungspolitische Einrichtungen/Forschungseinrichtungen. Gesamtziel des Netzwerks war die Unterstützung einzelstaatlicher Bildungsministerien bei ihren Überlegungen zur Festlegung einer Politik in Bezug auf die Leitung schulischer Einrichtungen. Zu den durchgeführten Aktivitäten gehörten Gespräche mit Sachverständigengruppen zu politischen Richtungsvorgaben, die Identifizierung ‚bewährter Praktiken‘ - einschließlich der Probleme und Herausforderungen der Erarbeitung oder Übertragung politischer Vorgaben an die Zielgruppe-, ‚Peer Learning‘ der Bildungsministerien voneinander, was die Mitwirkung sowohl des EGBW als auch der Sachverständigen erforderte, und die Formulierung von Politikempfehlungen für einzelstaatliche und EU-weite Perspektiven. Das Netzwerk arbeitete eine Reihe von *Empfehlungen zu Führungsaufgaben im Bildungswesen*⁶⁷ aus. 2013 entwickelten EGBW und ESHA einen gemeinsamen Fragebogen zu verteilter Führung und den Folgen der Krise für die Leitung schulischer Einrichtungen, der im selben Jahr mit dem Titel *Verteilte*

⁶⁶ <http://www.schoolleadership.eu/>.

⁶⁷ http://www.schoolleadership.eu/sites/default/files/en_recommendations.pdf.

Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von Qualität in der Bildung

*Führung in der Praxis: Eine beschreibende Analyse des Konzepts der Verteilten Führung an europäischen Schulen*⁶⁸ veröffentlicht wurde.

Am 03./04. März 2015 fand in Amsterdam eine von AOb und CNV-O ausgerichtete gemeinsame BI/EGBW-Konferenz zu ‚Educational Leadership‘ (Führung im Bildungsbereich) statt. Dabei wurden die wichtigsten Grundsätze des BI-Strategiekonzepts zu ‚Educational Leadership‘ erörtert, die beim 7. BI-Weltkongress in Ottawa zur Annahme vorgelegt wurden.

2.6 Hochschulbildung und Forschung

Der Bologna-Prozess

Um die Umsetzung der einzelnen Schritte des Bologna-Prozesses im europäischen Hochschulraum (EHR) sicherzustellen, wurde als wichtigste Nachverfolgungsstruktur die Follow-up Gruppe von Bologna (BFUG) geschaffen, der alle Mitglieder des Bologna-Prozesses sowie die Europäische Kommission, der Europarat und eine Reihe von Interessengruppen, Berufsorganisationen und Sozialpartnern⁶⁹ als beratende Mitglieder angehören.

Zwischen 2012 und 2015 war die BI/das EGBW durch den *Ständigen Ausschuss für Hochschulbildung und Forschung* (HERSC) in den BFUG-Sitzungen und -Arbeitsgruppen vertreten. Bis 2015 war die BI/das EGBW in der *BFUG-Lenkungsgruppe zur Überarbeitung europäischer Standards und Richtlinien*, der *BFUG-Ad-Hoc-Arbeitsgruppe zum Dritten Zyklus* und in den *BFUG-Arbeitsgruppen Mobilität und Internationalisierung, Berichterstattung über die Umsetzung des Bologna-Prozesses und Strukturreformen* vertreten.

Von 2015 bis 2018 werden die BI/das EGBW weiterhin an den BFUG-Beratungsgruppen *Internationale Zusammenarbeit im EHR*, *Unterstützung für den Weißrussland - Plan*, *Umgang mit Nichtumsetzung und Überarbeitung des Diplom-Anhangs (Europass)* beteiligt sein. Weiterhin fortgesetzt wird die Teilnahme von BI und EGBW an den BFUG-Arbeitsgruppen *1. Überwachung*, *2. Förderung der Umsetzung vereinbarter zentraler Verpflichtungen*, und *3. Politikentwicklung für neue EHR-Ziele*.

BI/EGBW-VertreterInnen nahmen im Mai 2015 an der Bologna-Ministerkonferenz in Jerewan teil und konnten dort beim Kommuniqué der Minister zur Geschlechtergleichstellung bei Studierenden und Personal Änderungen durchsetzen. In den BFUG-Sitzungen im Vorfeld zur Konferenz verhandelten BI/EGBW über den Grundsatz öffentlicher Finanzierung (statt nur über eine öffentliche Verantwortlichkeit für die Systeme) und über Unterstützung für die Beschäftigten (und zwar nicht nur für Institutionen), indem sie hervorhoben, dass die berufliche Weiterentwicklung im Statement des Vierten Bologna Policy Forum und im Jerewan-Kommuniqué verankert werden müsse. Beide dieser zentralen Grundsätze fanden Eingang in die von den Ministern gebilligte Endfassung. Das EGBW drängt die nationalen Mitgliedsorganisationen nachzuhaken und die Minister daran zu erinnern, dass sie sich

⁶⁸ <http://www.schoolleadership.eu/portal/resource/distributed-leadership-practice-descriptive-analysis-distributed-leadership-european-school>.

⁶⁹ BI, EUA, EURASHE, ESU, ENQA, EQAR, BUSINESSEUROPE.

Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von Qualität in der Bildung

dem Grundsatz einer intensiven staatlichen Finanzierung der Hochschulbildung in Europa verpflichtet haben.

Zudem führte die BI zur Vorbereitung auf die Jerewan-Konferenz mit Unterstützung von HERSC-Mitgliedern eine Umfrage zur *Schaffung eines unterstützenden Arbeitsumfeldes in der europäischen Hochschulbildung* (April 2015)⁷⁰ durch. Das EGBW veröffentlichte eine Pressemitteilung und eine *Aufforderung an die Minister, den Status von Beschäftigten in der europäischen Hochschulbildung und Forschung zu verbessern*⁷¹. Hierin enthalten war auch die Forderung einer nachhaltigen staatlichen Finanzierung der Hochschulbildung und der Schaffung eines unterstützenden Umfelds für Akademiker im Einklang mit den Empfehlungen der Bologna-Ministerkonferenz. Den Schwerpunkt legten die BI/EGBW-VertreterInnen bei der Konferenz auf die Notwendigkeit, die Arbeitsbedingungen zu verbessern, die Zahl der befristeten Verträge zu verringern und die Ausgewogenheit im Verhältnis der Geschlechter zu verbessern.

Um stärkeren politischen Druck bei der Verfolgung der Strategien von BI und EGBW auszuüben, wurde die gemeinsame Arbeit unter anderem mit der ESU, dem Europäischen Universitätsverband, dem Europäischen Verband für Qualitätssicherung in der Hochschulbildung (ENQA) und EURYDICE fortgesetzt. Herausforderungen für die künftige Arbeit des EGBW an den Bologna-Fragen liegen in Bereichen wie Finanzierung, Widerstand gegen steigende Studiengebühren und wachsenden Vorherrschaft der Managerdenkweise, Schaffung und Pflege eines unterstützenden Umfelds und Förderung von Kollegialität.

Europäische Hochschulpolitik

Der Ständige Ausschuss für Hochschulbildung und Forschung (HERSC) traf sich zweimal im Jahr. Er debattierte über Umsetzungsstrategien für die *EGBW-Resolution zur Bekämpfung der Krise - ein entscheidender Beitrag von Hochschulbildung und Forschung*⁷² und über BI/EGBW-Reaktionen auf die internationale und EU-Hochschulpolitik. Auch verfolgte er die Entwicklungen in der Bologna-Fortschreibungsgruppe (BFUG). Die EGBW-Sonderkonferenz in Wien verabschiedete ein *Strategiepapier* mit dem Titel *Qualitätssicherung in der Hochschulbildung* (2014)⁷³.

Erheblich beeinflusst wird die Hochschulpolitik der Europäischen Union durch die Strategien zur Umsetzung der Benchmarks und Ziele des *ET2020-Strategierahmens* und durch den Prozess zu dessen wirtschaftlicher Umsetzung, nämlich den jährlichen Prozess der *Länderspezifischen Empfehlungen des Europäischen Semesters*.

⁷⁰ <https://issuu.com/educationinternational/docs/highereducation>.

⁷¹ <https://www.csee-etuice.org/en/news/archive/889-etuice-calls-ministers-to-improve-the-status-of-employees-in-higher-education-and-research-in-europe>.

⁷²

http://www.fenprof.pt/Download/FENPROF/SM_Doc/Mid_132/Doc_7018/Anexos/CSEE_Resolucao_Ensino_Superior.pdf.

⁷³ https://www.csee-etuice.org/images/attachments/Policy_paper_on_Quality_Assurance_in_Higher_Education-DE.pdf.

Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von Qualität in der Bildung

Im September 2011 gab die Europäische Kommission die Mitteilung *Wachstum und Beschäftigung unterstützen - eine Agenda zur Modernisierung von Europas Hochschulsystemen*⁷⁴ heraus. Seitdem ist das EGBW an den Thematischen Arbeitsgruppen der Europäischen Kommission zur Umsetzung dieser Initiative aktiv beteiligt.

Im Jahr 2013 hob die Europäische Kommission das Projekt U-Multirank⁷⁵ für Universitäten in Europa aus der Taufe. Dieser und weitere Aspekte, etwa der Sozialdialog in der Hochschulbildung, die Bekämpfung von befristeten Verträgen und eine nachhaltige Finanzierung, waren Themen bei den HERSC-Sitzungen zur Hochschulbildung.

2014 und 2015 erfolgte die Überarbeitung der Standards und *Leitlinien für Qualitätssicherung im Europäischen Hochschulraum (ESG)*⁷⁶ unter Einbindung der BI/des EGBW. In den neuen Leitlinien liegt das Augenmerk stärker auf studierendenzentriertes Lernen und der Bedeutung der Lehre, ebenso wie auf dem Bedarf an ausreichenden finanziellen Mitteln und der Gewährleistung eines unterstützenden Umfelds für Hochschulpersonal. Seit 2015 ist die BI/das EGBW zusammen mit anderen beratenden Mitgliedern der BFUG an dem Projekt *Qualitätsverbesserung durch innovative politische Strategien und praktische Umsetzung (EQUIP)* beteiligt. Dessen Ziel ist eine an der Basis erfolgende Umsetzung der Standards und Leitlinien für Qualitätssicherung im europäischen Hochschulraum (ESG).

Zudem ist das EGBW Partner bei der *Machbarkeitsstudie zu einem Europäischen Forum für verbesserte Zusammenarbeit in der Lehre (EFFECT)*. Das im Dezember 2015 gestartete Projekt wird vom Europäischen Universitätsverband koordiniert. Zu den Projektzielen gehört: die Erleichterung des Austauschs und der Zusammenarbeit zwischen den europäischen Akteuren und Interessengruppen für eine verbesserte Hochschullehre, die Identifizierung bewährter Praktiken und die Entwicklung neuer, innovativer Ansätze bei der Förderung des Lernens und Lehrens, die Unterstützung von Institutionen beim Entwickeln strategischer Verfahren zur Förderung des Lernens und Lehrens und auch die Entwicklung eines Modells für eine nachhaltige europäische Struktur zur Förderung des Lernens und Lehrens. Das Projekt ist problemorientiert und sucht Antworten auf Herausforderungen im Hochschulunterricht, wie z.B.: die wachsende und heterogenere Studierendenschaft, Stagnation bei Personal und finanziellen Mitteln, Studienabbruch und Eingliederung, Maximierung von Möglichkeiten und Bewältigung von Herausforderungen im Bereich IKT-basiertes Lernen, Anerkennung von Exzellenz in der Lehre und deren Verknüpfung mit dem Erfolg von Studierenden. Es könnte aus einer europäischen Perspektive heraus auch politische Empfehlungen zur Verbesserung des Hochschulunterrichts an Institutionen aussprechen.

Forscher

Die Kommission hat in den letzten Jahren verschiedene Initiativen und Vorschläge zu Forschung und Innovation in der europäischen Hochschulbildung vorgelegt. Das EGBW betont nach wie vor, dass der Sinn von Forschung über volkswirtschaftliche und unternehmenswirtschaftliche Interessen hinausgeht. Die Europäische Kommission wird vom EGBW weiterhin daran erinnert, dass auch die

⁷⁴ http://ec.europa.eu/education/higher-education/doc/com0911_en.pdf.

⁷⁵ <http://eu2013.ie/news/news-items/20130130newuniversityrankingslaunched/>.

⁷⁶ http://www.engq.eu/indirme/esg/ESG%20in%20German_by%20HRK.pdf.

Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von Qualität in der Bildung

Mitgliedstaaten allen diesen Bereichen hohe Priorität einräumen, so dass nicht-marktbezogene Forschung, wie im Bildungssektor, insgesamt nachrangig behandelt wird, sowohl auf einzelstaatlicher als auch auf EU-Ebene. Außerdem fährt das EGBW damit fort, sowohl die EU-Institutionen als auch die Mitgliedstaaten zu ermahnen, dass sie der vom Wissensdrang motivierten Grundlagenforschung in allen Bereichen und Fächern höhere Priorität einräumen sollten.

Am 30. November 2011 gab die Europäische Kommission eine Mitteilung zu ‚Horizont 2020‘⁷⁷, dem neuen Rahmenprogramm für Forschung und Innovation 2014-2020, heraus. Seitdem behält das EGBW die Entwicklung der Prioritäten von ‚Horizont 2020‘ im Auge.

Zwischen 2012 und 2015 war das EGBW auch in der *Arbeitsgruppe zur Vierten Kohorte der Institutionellen Gruppe für HR-Strategie* der Europäischen Kommission vertreten, deren Schwerpunkt die Umsetzung der Europäischen Charta und der Verhaltensgrundsätze für die Anstellung von Forschern war⁷⁸.

Neben der Beobachtung der Forschungspolitik der Europäischen Kommission hat das EGBW zum Thema Nachwuchsforscher mit dem EFEE zusammengearbeitet. Ein gemeinsames Projekt mit den Arbeitgebern führte zu der gemeinsamen EFEE/ETUCE-Erklärung über die Unterstützung von Nachwuchsforschern in der europäischen Hochschulbildung⁷⁹, die auch in das ESSDE-Arbeitsprogramm aufgenommen wurde. Außerdem verabschiedete die EGBW-Sonderkonferenz zum Thema Nachwuchsforscher ein Strategiepapier⁸⁰ (2014).

2012 gründete der HERSC eine Arbeitsgruppe zur gewerkschaftlichen Organisierung von Forschern, und nach Durchführung einer Umfrage unter HERSC-Mitgliedern wurde im April 2013 eine Liste mit Empfehlungen hierzu verabschiedet⁸¹.

Im Zuge dieser Entwicklung begannen mehrere internationale Organisationen die Forderung zu äußern, dass das EGBW den Sozialdialog nur für Forscher im öffentlichen Bildungswesen organisieren soll, da nur dieses durch den Europäischen Sektoralen Sozialen Dialog erfasst wird.

Das EGBW wurde von der Europäischen Kommission eingeladen, an einer Sitzung zur Initiative des Pensionsfonds für europäische Forschungsinstitute (RESAVER) am 20. November 2014 teilzunehmen. Um hierzu Verhandlungen vorbereiten zu können, bat das EGBW-Sekretariat die Mitglieder des HERSC zwischen dem 14. November 2014 und dem 20. Januar 2015 mehrfach darum, Informationen dazu zur Verfügung zu stellen, wie viele Forscher sich unter ihren Mitgliedern finden und in welchen Sektoren sie organisiert sind. Später gab das EGBW im Februar 2015 den internen Bericht *Den forscherbefugten Sozialdialog verbessern – ein Bericht über die Mitgliedschaft von Forschern bei*

⁷⁷ http://ec.europa.eu/research/horizon2020/pdf/proposals/communication_from_the_commission_-_horizon_2020_-_the_framework_programme_for_research_and_innovation.pdf#view=fit&pagemode=none

⁷⁸ <http://ec.europa.eu/euraxess/index.cfm/rights/whatIsAResearcher>.

⁷⁹ http://www.csee-etuice.org/images/attachments/Joint_Declaration_EFEE-ETUCE_on_Early_Career_Researchers.pdf.

⁸⁰ <https://www.csee-etuice.org/en/documents/policy-papers/488-etuice-policy-paper-on-early-stage-researchers-doctoral-candidates-2014>.

⁸¹ https://www.csee-etuice.org/images/attachments/Organising_ResearchersEN.pdf.

Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von Qualität in der Bildung

EGBW-Mitgliedsorganisationen heraus, der bewies, dass Mitgliedsorganisationen des HERSC aktiv am Sozialdialog im privaten wie auch im öffentlichen Forschungssektor teilnehmen und auch außerhalb von Bildungseinrichtungen Mitglieder organisieren.

Am 20. November 2014 legte die GD Forschung der Europäischen Kommission den Sozialpartnern und Interessengruppen das Projekt RESAVER vor. Die Teilnahme an der Sitzung stand einer begrenzten Zahl von VertreterInnen der Sozialpartner und verschiedener anderer Interessengruppen offen. Ziel der Sitzung war es, den Sozialpartnern und Interessengruppen das RESAVER-Projekt zwecks weiterer Verbreitung vorzustellen. Die RESAVER-Initiative war - ohne Einbindung der Sozialpartner - mit dem Ziel in Gang gesetzt worden, die Schwierigkeiten, die sich für örtlich ungebundene Forscher durch die Zahlung von Rentenversicherungsbeiträgen in verschiedenen Ländern ergeben können, zu verringern, doch nun zeigt sich, dass die Initiative womöglich größere Auswirkungen für alle in Hochschul- und Forschungsinstituten Beschäftigten haben wird. Das Problem wurde auf mehreren HERSC-Sitzungen erörtert, da aufgrund der unterschiedlichen Alterssicherungssysteme in Europa die Meinungen darüber, ob die Initiative aus Sicht der Forscher zu begrüßen ist oder nicht, auseinandergehen.

Im Anschluss an das erste Treffen mit der Europäischen Kommission stand das EGBW im Jahr 2015 mit der GD FORSCHUNG und dem RESAVER-Konsortium durchgehend in Verhandlungen darüber, welche Verwaltungsstruktur RESAVER haben soll und ob es notwendig ist, in diese auch Gewerkschaften, die Forscher vertreten, einzubeziehen. Das RESAVER-Konsortium bot für die Einbindung der Gewerkschaften in die Verwaltung Möglichkeiten zur Auswahl an. Die HERSC-Mitglieder beschlossen jedoch, zwischen Oktober 2015 und April 2016 eine Arbeitsgruppe einzurichten. Während des Wartens auf die Ergebnisse der HERSC-Online-Arbeitsgruppe in der Absicht, eine Lösungsalternative für RESAVER vorschlagen zu können, wurden die Verhandlungen zwischen EGBW, Konsortium und Europäischer Kommission ausgesetzt. Die von der HERSC-Online-Arbeitsgruppe vorgelegte Antwort bestand in Fragen an die Europäische Kommission. Die Fragen wurden vom EGBW-Sekretariat an die Europäische Kommission und das RESAVER-Konsortium weitergeleitet. Statt bis zum 1. Mai 2016 schriftlich dazu Stellung zu nehmen, worum das EGBW-Sekretariat gebeten hatte, berief das Konsortium das EGBW und sämtliche europäischen Gewerkschaftsverbände zu einer Sitzung im September 2016 ein. Es wurde vereinbart, die Fragen des HERSC bei der HERSC-Sitzung im September 2016 zu erörtern.

2.7 Lebenslanges Lernen

Erasmus+

Als das Programm Lebenslanges Lernen (2007-2014) ausgelaufen war, begannen die EU-Institutionen, die nächste Phase des Finanzierungsprogramms vorzubereiten. EGBW und EGB arbeiteten eng zusammen, was öffentliche Konsultationen und die Lobbyarbeit beim Europäischen Parlament betrifft, mit der man unter anderem dafür warb, die Sozialpartner weiter im Boot zu behalten, sich die Aufteilung der Programme nach Sektoren vorzubehalten, von der Einführung von Erasmus-Master-Darlehen abzusehen und den ursprünglichen Namen des Programms beizubehalten. Während die meisten Anliegen berücksichtigt wurden, schloss man die Sozialpartner vom Erasmus+-Ausschuss trotz massiver Lobbyarbeit aus.

Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von Qualität in der Bildung

Erwachsenenbildung

Die EGBW-Stellungnahme zum Entschließungsentwurf des Rates bezüglich einer erneuerten europäischen Agenda für die Erwachsenenbildung (2011) fordert den Rat nachdrücklich auf, ein intensiveres Investieren in die berufliche Entwicklung von Lehrkräften in der Erwachsenenbildung zu empfehlen. Von 2012-2016 fuhr das EGBW fort, die Politik der Europäischen Union zur Erwachsenenbildung und zur Validierung nicht formalen und informellen Lernens zu verfolgen und zu beeinflussen. 2012 erzielte der Rat eine politische Einigung über den Vorschlag einer Empfehlung bezüglich der Validierung nicht formalen und informellen Lernens, und die EGBW-Beratungsgruppe betonte die Einbeziehung der Sozialpartner in den Prozess. Das EGBW verfolgt die Umsetzung in Zusammenarbeit mit dem EGB in der EGB-Arbeitsgruppe ‚Lebenslanges Lernen‘.

Bei der umstrittenen Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP), die zwischen der Europäischen Union und den USA gerade verhandelt wird, wurde der Versuch unternommen, zumindest Dienstleistungen zur „privaten Erwachsenenbildung“ und „andere Bildungsdienstleistungen“ in das Handelsabkommen aufzunehmen. Das EGBW setzte sich bei der Europäischen Kommission gegen diese Aufnahme in das Abkommen ein.

VertreterInnen des EGBW waren aktiv an den Thematischen Arbeitsgruppen der Europäischen Kommission zur Erwachsenenbildung beteiligt, vor allem an den Thematischen Arbeitsgruppen „Qualitätssicherung in der Erwachsenenbildung“ und „Finanzierung von Erwachsenenbildung“. Um für Qualitätsverbesserungen in Bildung und Erwachsenenbildung zu werben, bediente sich das EGBW der Ergebnisse der OECD-PIAAC-Studie, die 2014 als erste Studie zu Kompetenzen bei Erwachsenen gestartet wurde.

2.8 Neue Technologien und Fernunterricht

IKT im Bildungsbereich sind für das EGBW ein ständiges und sehr wichtiges Thema. Bildung bereitet SchülerInnen und Studierende auf das lebenslange Lernen in einer globalisierten und stark vernetzten Arbeitswelt vor, in der IKT-Kompetenzen großen Einfluss haben. Zwar bleiben für die Bildung die Mitgliedstaaten der Europäischen Union zuständig, doch die Europäische Kommission erarbeitet derzeit mehrere politische Initiativen, so z.B.:- die Agenda für neue Kompetenzen und Beschäftigungsmöglichkeiten⁸², die Teil der Europa2020-Strategie der EU ist, die Mitteilung über Neue Denkansätze für die Bildung: bessere sozioökonomische Ergebnisse durch Investitionen in Qualifikationen⁸³, die Mitteilung ‚Die Bildung öffnen‘⁸⁴ zur Mobilisierung aller Interessengruppen, eine europäische Agenda für neue Formen des Lernens ins Leben zu rufen, ‚Lernen und Kompetenzen für junge Leute‘⁸⁵ und die Digitale Agenda: Aktion 68⁸⁶.

⁸² <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=de&catId=958>.

⁸³ <https://ec.europa.eu/digital-single-market/en/news/communication-rethinking-education>.

⁸⁴ http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-859_de.htm.

⁸⁵ <https://ec.europa.eu/digital-single-market/dg-connect>.

⁸⁶ <https://ec.europa.eu/digital-single-market/content/action-68-member-states-mainstream-elearning-national-policies>.

Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von Qualität in der Bildung

Digitale Agenda für Europa

Die von der Europäischen Kommission vorgelegte Digitale Agenda⁸⁷ ist eine der sieben Säulen der Europa2020-Strategie, welche die Wachstumsziele für die Europäische Union bis 2020 absteckt. Seit 2014 wird diese Säule durch den Vizepräsidenten für den Digitalen Binnenmarkt, Andrus Ansip, weiter ausgebaut. Die Digitale Agenda zielt darauf ab, das Potenzial von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) besser auszuschöpfen, um Innovationen, Wirtschaftswachstum und Fortschritt zu fördern. Hauptziel ist dabei die Entwicklung eines digitalen Binnenmarktes zur Schaffung eines intelligenten, nachhaltigen und integrativen Wachstums in Europa. Das Konzept ruht auf sieben Säulen, z.B.: - Steigerung von Vertrauen und Sicherheit im Internet, Förderung eines schnellen Internet-Zugangs für alle, Investition in Forschung und Innovation und, was das Bildungswesen betrifft, digitale Kompetenzen und digitale Integration. Aufgrund der Erkenntnis, dass immer mehr alltägliche Aufgaben im Internet erledigt werden, will die Europäische Kommission für eine uneingeschränkte Teilhabe der Menschen an der Gesellschaft digitale Kompetenzen stärken und der digitalen Kluft entgegenwirken. Das EGBW hat die jüngsten Entwicklungen bei der Digitalen Agenda genau mitverfolgt und seine Mitgliedsorganisationen entsprechend informiert. Die Agenda wird zwar vor allem durch die Generaldirektionen Kommunikationsnetze und Binnenmarkt vorangetrieben, hat aber massive Auswirkungen auf den Bildungssektor, da sie für die Bildung Herausforderungen in puncto Privatisierung und Kommerzialisierung, aber auch im Hinblick auf Arbeitsbedingungen, Gesundheit und Wohlbefinden sowie Kompetenzen und Qualifizierung der Bildungsbeschäftigten mit sich bringt. Vom 19.-20. Juni 2013 beteiligte sich das EGBW an der Versammlung zur Digitalen Agenda (Digital Agenda Assembly), bei der es vor allem um den digitalen Lebenszyklus unter Betonung von digitalen Kompetenzen, Unternehmertum und Wachstum ging. Schwerpunktmäßig behandelte der Workshop im Bereich IKT die Themen Kompetenzen und Beschäftigungsmöglichkeiten, öffentliche Dienste für Bürger, Forschung und Innovation, technische Voraussetzungen, Vertrauen und Sicherheit, Unternehmertum und den Binnenmarkt. Es gelang dem EGBW, Podiumsredner und TeilnehmerInnen für die Veranstaltung zu gewinnen, die nicht nur die Chancen, sondern auch die Herausforderungen beleuchteten, welche die Digitalisierung für den Bildungssektor und dessen Beschäftigten mit sich bringt.

Im Rahmen seines Engagements in der breiteren Gewerkschaftsbewegung beteiligt sich das EGBW aktiv an verschiedenen sektorenübergreifenden Initiativen im Hinblick auf die Digitalisierung des Arbeitsmarktes. Beispielsweise engagiert sich das EGBW in den EGB-Workshops zu diesem Thema und bemüht sich, die Entwicklung im Sinne von Qualität in der Bildung und gleichen Bildungszugangschancen für alle zu beeinflussen.

Die Bildung öffnen

Im September 2013 startete die Europäische Kommission die Initiative „Die Bildung öffnen“, um Innovationen und digitale Kompetenzen in Schulen und Universitäten zu steigern und digitale Probleme zu bekämpfen, die Schulen und Universitäten daran hindern, hochwertige Bildung und digitale Kompetenzen zu vermitteln, die 2020 auf 90 % der Arbeitsstellen unverzichtbar sein werden. Im Dezember 2013 verabschiedete das EGBW-Büro zu dieser Initiative eine Stellungnahme, in der die

⁸⁷ <https://ec.europa.eu/digital-single-market/en/europe-2020-strategy>.

Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von Qualität in der Bildung

Ansicht vertreten wurde, dass Innovation durch Nutzung digitaler Technik in der allgemeinen und beruflichen Bildung einen breiteren Zugang zu Bildung bewirken und dazu beitragen kann, das durch die wirtschaftliche Rezession verursachte Problem der steigenden Arbeitslosigkeit zu lösen. Die EGBW-Stellungnahme war sich darin einig, dass die Bildungsinfrastruktur, ebenso wie das Personal in der allgemeinen und beruflichen Bildung, nachhaltiger Investitionen aus europäischen Mitteln bedarf. Das EGBW kritisierte heftig das Fehlen der Sozialpartner im Verständigungsprozess wie auch die wirtschaftlichen Aussichten dieses Prozesses, der ein klares Bekenntnis zu Qualität in der Bildung vermissen ließ und gravierende Fragen wie Datenschutz und -sicherheit übergang. Das EGBW vertrat seine Position erfolgreich auch bei zahlreichen Anhörungen des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses sowie gegenüber Sachverständigengruppen des Europaparlaments, deren Berichte im Großen und Ganzen die Position des EGBW widerspiegeln.

In diesem Zusammenhang ist das EGBW seit 2013 Teil des LACE-Konsortiums für Learning Analytics, das Workshops zu Strategien für die Datengewinnung im Bildungsbereich und für Learning Analytics anbietet, die von der Europäischen Kommission organisiert werden. Zum sogenannten „LACE-Manifest zu Learning Analytics am Arbeitsplatz“⁸⁸, das im Juli 2015 verabschiedet wurde, leistete das EGBW einen wesentlichen Beitrag, indem es den gewerkschaftlichen Blickwinkel und die Forderung nach Bildung und beruflicher Weiterentwicklung für Lehrkräfte stärker auf die Nutzung von IKT in der Bildung und das Kennenlernen der mit Learning Analytics verbundenen Vor- und Nachteile richtete.

Thematische Arbeitsgruppe „IKT und Bildung“

Für den Zyklus der im Rahmen der Offenen Koordinierungsmethode stattfindenden Thematischen Arbeitsgruppen der Europäischen Kommission zu Lebenslangem Lernen und IKT in der Bildung leistet das EGBW als Mitglied dieser Arbeitsgruppen einen aktiven Beitrag. Das EGBW beteiligt sich an folgenden Aktivitäten: an der 2013 Peer Learning-Aktivität zu digitalen Lernmaterialien (freie Lern- und Lehrmittel [open education resources] und Learning Analytics sowie deren Anbindung an die EK-Mitteilung ‚Die Bildung öffnen‘, Peer Review ‚Medienkompetenz und IKT in der flämischen Bildungspolitik und digitale Kompetenzen für Lehrkräfte‘. Bei der Peer Learning-Aktivität vom September 2013 beteiligte sich das EGBW an Überlegungen darüber, worin die zentralen Fragen eines systematischen Ansatzes für Innovation in der Bildung liegen, damit im 21. Jahrhundert die Schaffung hochwertiger Bildung für alle, einschließlich digitaler Kompetenzen, leichter fällt. Zudem beteiligte sich das EGBW aktiv an der Sitzung zu den jüngsten EU-Bildungsinitiativen, darunter die Mitteilung ‚Neue Denkansätze für die Bildung‘ und die Schlussfolgerungen des Rates zu nicht formalem und informellem Lernen (siehe Kapitel 2). Drängende Fragen zu Bildung und Bildungsbeschäftigten wurden vom EGBW erfolgreich hervorgehoben.

Große Koalition für digitale Arbeitsplätze

Unter der Schirmherrschaft der Digitalen Agenda gründete die Europäische Kommission im März 2013 eine interessengruppenübergreifende Partnerschaft, die Große Koalition für digitale Arbeitsplätze⁸⁹, um dem Problem fehlender digitaler Kompetenzen in Europa und Tausender vakanter IKT-Arbeitsplätze über alle Branchen hinweg zu begegnen. Sie strebt eine erleichterte Zusammenarbeit

⁸⁸ <http://www.laceproject.eu/blog/a-manifesto-for-learning-analytics-in-the-workplace-law/>.

⁸⁹ <https://ec.europa.eu/digital-single-market/en/grand-coalition-digital-jobs>.

Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von Qualität in der Bildung

zwischen Wirtschaft, Bildungsanbietern und öffentlichen wie privaten Akteuren an, um aktiv sowohl das Interesse junger Menschen an IKT-Bildung zu wecken als auch arbeitslose Menschen umzuschulen. Die Große Koalition zielt darauf ab, vermehrt gemeinsam mit der gewerblichen Wirtschaft entwickelte IKT-Bildung bereitzustellen, Arbeitsvermittlungsprogramme aufzulegen, auf allen Stufen und für alle Arten von Aus- und Weiterbildung Abschlüsse und Lehrpläne mit stärkerer digitaler Ausrichtung anzubieten und junge Leute zu motivieren, IKT-bezogene Fächer zu studieren und entsprechende Berufe zu ergreifen.

Als Antwort auf die Herausforderungen dieses Jahrhunderts, wie etwa den sich wandelnden Arbeitsmarkt mit wachsendem Bedarf an IKT-Kompetenzen und die zunehmenden Erwartungen an Lehrkräfte, den SchülerInnen in einer digitalisierten Gesellschaft beratend und schützend zur Seite zu stehen, will das EGBW dafür sorgen, dass in puncto Innovation in der Bildung und im Lehrberuf Bildungsgewerkschaften und Bildungsbeschäftigte auch weiterhin an der Spitze der Entwicklungen stehen. Im Oktober 2015 verpflichtete sich das EGBW der Großen Koalition für digitale Arbeitsplätze gegenüber, zum Thema Bildungsinnovation und digitale Arbeitsplätze einen gewerkschaftlichen Denkansatz und einen Beitrag des öffentlichen Sektors zu vertreten, wie hochwertigen Unterricht, akademische Freiheit und integrative wie kostenlose hochwertige Bildung für alle. Die Europäische Kommission nahm diese Verpflichtung an, die das EGBW bei der Konferenz wichtiger InteressenvertreterInnen zur *Umgestaltung Europas in Richtung digitales Zeitalter* vorstellte, die am 14./15. Dezember vom Luxemburgischen EU-Ratsvorsitz ausgerichtet wurde. Tatsächlich ist das EGBW der erste Sozialpartner des öffentlichen Sektors, der die Bezuschussung dieser Verpflichtung erfolgreich beantragt hat. Das oberste Ziel der Verpflichtung, die Maßnahmen zu innovativem Lernen und Lehren beinhaltet, ist die Identifizierung der Instrumente und Vorbedingungen, die im Lehrberuf zur Sicherstellung hochwertiger Bildung benötigt werden, damit SchülerInnen und Studierende die für lebenslanges Lernen erforderlichen Kompetenzen erwerben. In der Praxis beinhaltet dies die Formulierung des Strategiepapiers ‚Der Lehrberuf im 21. Jahrhundert und die Nutzung von IKT‘ durch die EGBW-Arbeitsgruppe sowie dessen Umsetzung und Anwendung über die EGBW-Mitgliedsorganisationen.

EGBW-Arbeitsgruppe zur Entwicklung einer EGBW-Strategie zum Lehrberuf im 21. Jahrhundert und zur Nutzung von IKT

Auf Grundlage der Resolution zur Zukunft des Lehrberufs und des BI-Strategiepapiers zur Bildung, die 2011 vom 6. BI-Kongress in Kapstadt verabschiedet wurden, und auf Grundlage der 2012 auf der EGBW-Konferenz in Budapest verabschiedeten *Resolution zum Lehrberuf*⁹⁰, des EGBW-Strategiepapiers ‚Ausbildung von Lehrkräften in Europa‘ und anderer bisheriger EGBW-Strategiepapiere wurde auf der am 26./27. November in Wien stattfindenden EGBW-Sonderkonferenz die Resolution zur *Gestaltung des Lehrberufs im 21. Jahrhundert*⁹¹ verabschiedet. Zusammen mit der Resolution beschloss die EGBW-Sonderkonferenz die Einrichtung einer Arbeitsgruppe, die zum Lehrberuf im 21. Jahrhundert und zur Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologie EGBW-Grundsätze zur Vorlage bei der EGBW-Konferenz 2016 entwickeln soll. Die Arbeit der Gruppe

⁹⁰ <https://www.csee-etuice.org/en/documents/resolutions/94-resolution-on-the-teaching-profession>.

⁹¹ <https://www.csee-etuice.org/en/documents/resolutions/486-resolution-on-teaching-profession-of-the-21st-century-2014>.

Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von Qualität in der Bildung

wurde auf zwei Jahre angesetzt, nämlich vom 28. November 2014 bis zur EGBW-Konferenz 2016, bei der die Arbeitsgruppe die Grundsätze vorstellen wird. Die Arbeitsgruppe trat fünfmal zusammen, um Struktur, Hauptargumentationslinien und Empfehlungen an die Akteure im Bildungswesen auf europäischer, einzelstaatlicher und regionaler/lokaler Ebene zu erstellen. Dies umfasste die Bereiche hochwertiges Arbeitsumfeld, hochwertiger Unterricht, Qualifikationen und Kompetenzen, hochwertige Instrumente und Arbeitsbedingungen von Bildungsbeschäftigten. Nach Verabschiedung der Grundsätze werden die EGBW-Mitgliedsorganisationen sich verpflichten, diese auf allen Bildungsebenen und -sektoren umzusetzen. Sie werden das Engagement dafür aufbringen, dass Bildungsgewerkschaften und Bildungsbeschäftigte auch weiterhin an der Spitze der zukünftigen Entwicklungen stehen, wenn es um Innovation in der Bildung und im Lehrberuf geht. Dies betrifft verschiedene Aspekte, z.B. die akademische Freiheit, aber auch inklusive und kostenfreie Bildung für alle.

Vermeidung vorzeitigen Schulabbruchs durch Nutzung von IKT in der Bildung

Das EGBW beantragte im Rahmen des Programms Lebenslanges Lernen der Generaldirektion Bildung und Kultur erfolgreich EU-Mittel für ein Projekt, das von 2011-2014 zum Thema ‚Nutzung von IKT in der Bildung zwecks Vermeidung vorzeitigen Schulabbruchs‘ durchgeführt werden soll⁹². Das Projektmanagement erfolgte durch ein internationales Konsortium, an dem sieben VertreterInnen von Bildungsgewerkschaften aus Dänemark, den Niederlanden, Portugal, Griechenland, der Slowakei, Aserbaidschan und Russland, ein EGBW-VertreterInnen und zwei Forscher beteiligt waren, die Fachleute im Hinblick auf IKT-Nutzung in der Bildung und vorzeitigen Schulabbruch in Europa sind. Mit dem Ziel, besonders Lehrkräfte und SchülerInnen/Studierende an der Basis zu erreichen, wurden vier Fallstudien in vier Partnerländern (Dänemark, Niederlande, Portugal und Aserbaidschan) durchgeführt. Eine Delegation aus einem Forscher und drei BildungsgewerkschaftsvertreterInnen (von einer lokalen und zwei Projektpartner-Gewerkschaften) befragte SchulleiterInnen, Personal und SchülerInnen/Studierende an einer Einrichtung zur Ausbildung von Lehrkräften und zwei Schulen unter Nutzung des von der Beratungsgruppe entwickelten Fragebogens. Die vier englischsprachigen Fallstudienberichte wurden ins Dänische, Holländische, Portugiesische und Russische übersetzt und an die befragten Einrichtungen gesandt, um ihnen den Austausch bewährter Praktiken untereinander zu ermöglichen. Zum Projekt gehörte auch ein an SchülerInnen/Studierende, Lehrkräfte, Schulleiter, Bildungsgewerkschaften und Arbeitgeber im Bildungsbereich gerichteter Workshop zur Formulierung konkreter und praxisbezogener Leitlinien dazu, wie IKT und innovativer, IKT-gestützter Unterricht bei der Motivation und Zurückgewinnung von Personen, deren Zugang zur formalen Bildung gefährdet ist (SchulabbrecherInnen, ethnische Minderheiten und ImmigrantInnen), helfen kann. Die Leitlinien⁹³ wurden bei der Schlusskonferenz durch Erörterung seitens der jeweiligen Bildungsakteure in Europa bewertet. Sie richten sich an sämtliche an der Bildung beteiligte Personen und Institutionen (Lehrkräfte, Schulen, Einrichtungen zur Ausbildung von Lehrkräften, ArbeitgeberInnen im Bildungsbereich, PolitikentscheiderInnen und Behörden auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene). Außerdem dienen sie als Grundlage für die politische Arbeit im Komitee für den europäischen sektoralen sozialen Dialog Bildung. Die Ergebnisse des Projekts und die Studien-, Workshop- und

⁹² <https://www.csee-etuice.org/en/policy-issues/innovation-and-education/636-elfe-esl>.

⁹³ https://www.csee-etuice.org/images/attachments/ICT_ESL_Practical_Guidelines_EN.pdf.

Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von Qualität in der Bildung

Konferenzberichte sowie die Projektbroschüre wurden über die Partnerorganisationen und das umfassendere Netzwerk des EGBW samt angeschlossenen Partnerorganisationen (EFEE und OBESSU) weiterverteilt.

3. Handel und Bildung

Das EGBW hat die von der EU derzeit angestrebten internationalen Handels- und Investitionsabkommen, durch die der Bildungssektor womöglich unter Privatisierungs- und Kommerzialisierungsdruck gerät, ständig genau beobachtet. Das EGBW ist im EGB-Ausschuss für Internationale Angelegenheiten, Handel und internationale Entwicklung vertreten, der regelmäßig zur Erörterung neuer Entwicklungen tagt. Außerdem arbeitet das EGBW eng zusammen mit VertreterInnen der Bildungsinternationalen, die für internationale Handelsfragen zuständig sind.

Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP)

Im Anschluss an den Schlussbericht der Hochrangigen Arbeitsgruppe für Arbeitsplätze und Wachstum⁹⁴ traten die EU und die USA⁹⁵ im Februar 2013 in Verhandlungen zu TTIP ein. TTIP ist als breites und umfassendes Handels- und Investitionsabkommen gedacht, das alle Sektoren und alle Wege des grenzüberschreitenden Waren- und Dienstleistungsverkehrs erfasst. TTIP will Zölle auf industrielle und landwirtschaftliche Erzeugnisse abbauen oder abschaffen und Subventionen und Vorschriften einschränken, die als handelsverzerrend oder -hemmend betrachtet werden. Zusätzlich soll das Abkommen für alle Dienstleistungsbereiche gelten, was potenziell auch sensible Bereiche wie die Bildung einschließt. Und schließlich soll das Abkommen auch einen rechtlich bindenden Investorenschutz enthalten, der der staatlichen Politik Zwänge auferlegen könnte. Das EGBW beobachtet die Verhandlungen genau und nimmt an einschlägigen Sitzungen, Workshops und Konferenzen teil. Das EGBW fordert, dass Bildung speziell und öffentliche Dienstleistungen generell von den Verhandlungen vollständig ausgenommen werden. Zwar besteht die Europäische Kommission weiterhin darauf, dass ihre Haltung zu öffentlichen Dienstleistungen⁹⁶ in Handelsabkommen für den Schutz von Dienstleistungen ausreicht, doch hat das EGBW eine Verbesserung bei der Definition der Abgrenzungskriterien für öffentliche Bildung im EU-Dienstleistungsvorschlag erreicht: Erst war im Vorschlag die Rede von „öffentlich finanzierten Bildungsdienstleistungen“, wohingegen es nun heißt „Bildungsdienstleistungen, die öffentliche Mittel oder staatliche Unterstützung gleich welcher Form erhalten und daher nicht als privatfinanziert gelten“. Dies wurde in den Dienstleistungsvorschlag⁹⁷ aufgenommen, der am 31. Juli 2013 veröffentlicht wurde. Das EGBW ist gegen die Einführung von Investor-Staat-Streitschlichtungsmechanismen, die ausländischen Investoren Exklusivrechte einräumen. Durch Einschränkung des politischen Spielraums beinhaltet TTIP erhebliche Gefahren für das öffentliche Bildungswesen und führt womöglich dazu, dass der Privatisierungs- und Kommerzialisierungsdruck gefestigt und intensiviert wird. Am 15. April 2014 verabschiedete der

⁹⁴ http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2013/february/tradoc_150519.pdf.

⁹⁵ <http://trade.ec.europa.eu/doclib/press/index.cfm?id=869>.

⁹⁶ <http://trade.ec.europa.eu/doclib/press/index.cfm?id=1115>.

⁹⁷ http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2015/july/tradoc_153670.pdf.

Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von Qualität in der Bildung

EGBW-Ausschuss die EGBW-Stellungnahme⁹⁸ zur Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft.

Das EGBW verfolgt in Bezug auf TTIP auch die Entwicklungen im Europäischen Parlament, und zwar besonders während der Ausarbeitung der EP-Empfehlungen für TTIP⁹⁹. Sowohl mit den Mitgliedsorganisationen als auch mit anderen Partnern hat das EGBW eng zusammengearbeitet, um sicherzustellen, dass der Bericht die Forderung enthält, öffentliche Dienstleistungen von TTIP auszunehmen. Die Endversion der EP-Empfehlungen zu TTIP fordert die Ausklammerung sämtlicher gegenwärtigen und künftigen öffentlichen Dienstleistungen.

Die EK beschloss die Durchführung einer öffentlichen Konsultation zu Investitionsschutz und Investor-Staat-Streitbeilegung (ISDS) in TTIP, nachdem deren potenzielle Aufnahme in das Abkommen für heftige Kritik gesorgt hatte. Als Beitrag zur öffentlichen Konsultation der EK zu Investitionsschutz und ISDS erarbeitete das EGBW eine Reihe von Leitlinien¹⁰⁰ und ermunterte alle Mitgliedsorganisationen, bei der öffentlichen Konsultation mitzuwirken. Die EK erhielt auf ihre öffentliche Konsultation zu Investitionsschutz und ISDS nahezu 150.000 Antworten und veröffentlichte im Januar 2015 den Bericht¹⁰¹ zu der Konsultation.

Im Oktober 2014 führte der Europäische Bürgerbeauftragte eine öffentliche Konsultation zur Transparenz von TTIP mit dem Ziel durch, der Europäischen Kommission eine Reihe weiterer Vorschläge vorzulegen, wie es mit den TTIP-Verhandlungen weitergehen soll. Das EGBW hat die Europäische Kommission wiederholt aufgefordert, für mehr Transparenz bei den TTIP-Verhandlungen und für eine sinnvolle und aktive Einbindung der Interessengruppen zu sorgen. Die Antwort des EGBW¹⁰² auf die öffentliche Konsultation zeigt deutlich die Unterschiede zwischen früheren Handelsverhandlungen und den TTIP-Verhandlungen, die ein ganz anderes und viel transparenteres Vorgehen erfordern. Transparenz ist beim Zugang zu den Dokumenten vonnöten, doch sollten die Dokumente auch in verschiedenen EU-Sprachen und nicht, wie bislang, nur auf Englisch zur Verfügung stehen. Auch die Form der Konsultationen könnte verbessert werden, indem man für einen echten Dialog sorgt. Und schließlich verurteilt das EGBW die Vorzugsbehandlung für Wirtschaftsorganisationen. Den Wirtschaftsorganisationen gewährte Zugangs- und Informationsmöglichkeiten sollten in gleicher Weise auch den Sozialpartnern und anderen Interessengruppen offenstehen.

⁹⁸ <https://www.csee-etuice.org/en/documents/statements/87-statement-on-the-transatlantic-trade-and-investment-partnership>.

⁹⁹ <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P8-TA-2015-0252+0+DOC+XML+V0//DE>.

¹⁰⁰ <https://www.csee-etuice.org/en/documents/recommendations/206-etuice-guidelines-to-the-ec-s-public-consultation-on-modalities-for-investment-protection-and-isds-in-ttip?highlight=WyJwdWJsaWMiLCJwdWJsaWMncylslidwdWJsaWMiLCJjb25zdWx0YXRpb24iLCJvbiBslidmZHMiLCJwdWJsaWMgY29uc3VsdGF0aW9uIiwicHVibGlicGljIGNvbN1bHRhdGlvbiBvbiBslmNvbN1bHRhdGlvbiBvbiBslmNvbN1bHRhdGlvbiBvbiBpc2Rzliwib24gaXNkcyJd>.

¹⁰¹ http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2015/january/tradoc_153044.pdf.

¹⁰² https://www.csee-etuice.org/images/Statements2014/ETUCE_reponse_European_Ombudsman_Public_Consultation.pdf.

Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von Qualität in der Bildung

Die Europäische Kommission ist verpflichtet, für alle von ihr durchgeführten Handels- und Investitionsabkommen eine handelsbezogene Nachhaltigkeitsprüfung (TSIA) vorzunehmen. Bei der Nachhaltigkeitsprüfung für TTIP kam es zu Verzögerungen. Zwar wurde der Anfangsbericht¹⁰³ im April 2014 veröffentlicht, der Entwurf des technischen Zwischenberichts¹⁰⁴ erschien jedoch erst im Mai 2016. Der endgültige Bericht ist für November 2016 vorgesehen. Nach Erscheinen sowohl des Anfangs- als auch des Zwischenberichts nahm das EGBW unter Abgabe von Stellungnahmen an der Sitzung des Zivilgesellschaftlichen Dialogs teil, bei der die Beratungsfirma Ecorys die beiden erwähnten Berichte vorlegte. Zu den Kapiteln über öffentliche Dienstleistungen und Bildung als Menschenrecht wurden zudem schriftliche Stellungnahmen abgegeben. Das EGBW verfolgt den Prozess weiter und leistet seine Beiträge dazu.

Auch an von den EGBW-Mitgliedsorganisationen zu TTIP veranstalteten Sitzungen und Seminaren hat das EGBW teilgenommen.

Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (TiSA)

Formell begannen die Verhandlungen zum Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (TiSA) im März 2013. Die TiSA-Verhandlungen entstanden infolge des dauerhaften Stillstands bei den WTO-Handelsgesprächen, einschließlich der Gespräche zur Erweiterung des Allgemeinen Abkommens über den Dienstleistungsverkehr (GATS). Die TeilnehmerInnen bezeichnen sich selbst als „wirklich gute Freunde der Dienstleistungen (really good friends of services)“ und sind die stärksten Befürworter der Deregulierung von Dienstleistungen. Folgende Länder nehmen an den TiSA-Verhandlungen teil: Australien, Kanada, Chile, Taiwan, Kolumbien, Costa Rica, Europäische Union, Hongkong, Island, Israel, Japan, Korea, Liechtenstein, Mauritius, Mexiko, Neuseeland, Norwegen, Pakistan, Panama, Peru, Schweiz, Türkei und USA. Das Abkommen soll den Handel mit Dienstleistungen weiter deregulieren und rechtlich bindende Regeln für Bereiche wie etwa Zulassungsverfahren, Finanzdienstleistungen, Telekommunikation, E-Commerce, Seetransport und freiberufliche Dienstleistungen schaffen, was ausländischen Investoren und Unternehmen freien Zugang zu den Märkten der TiSA-Parteien gewähren und sicherstellen würde, dass Regierungen nicht zwischen Dienstleistern des öffentlichen und des privaten Sektors unterscheiden. Das EGBW beobachtet die Verhandlungen genau und nimmt an einschlägigen Sitzungen, Workshops und Konferenzen teil. Das EGBW fordert, dass Bildung speziell und öffentliche Dienstleistungen generell von den Verhandlungen vollständig ausgenommen werden. Durch Einschränkung des politischen Spielraums beinhaltet TiSA erhebliche Gefahren für das öffentliche Bildungswesen und könnte zu einer Verfestigung und Intensivierung des Privatisierungs- und Kommerzialisierungsdrucks führen. Das EGBW verfolgt in Bezug auf TiSA auch die Entwicklungen im Europäischen Parlament, und zwar besonders während der Ausarbeitung der EP-Empfehlungen für TiSA¹⁰⁵. Sowohl mit den Mitgliedsorganisationen als auch mit anderen Partnern hat das EGBW eng zusammengearbeitet, um sicherzustellen, dass der Bericht die Forderung enthält, öffentliche

¹⁰³ http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2014/may/tradoc_152512.pdf.

¹⁰⁴ <http://www.trade-sia.com/ttip/wp-content/uploads/sites/6/2014/02/TSIA-TTIP-draft-Interim-Technical-Report.pdf>.

¹⁰⁵ <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+TA+P8-TA-2016-0041+0+DOC+PDF+V0//DE>.

Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von Qualität in der Bildung

Dienstleistungen von TiSA auszunehmen. Die Endversion der EP-Empfehlungen zu TiSA fordert die Ausklammerung sämtlicher gegenwärtigen und künftigen öffentlichen Dienstleistungen.

Die Europäische Kommission, die verpflichtet ist, für alle von ihr durchgeführten Handels- und Investitionsabkommen eine handelsbezogene Nachhaltigkeitsprüfung (TSIA) vorzunehmen, ist diesbezüglich bei TiSA in Rückstand. Zwar wurde der Anfangsbericht¹⁰⁶ im Juli 2014 veröffentlicht, der Entwurf des technischen Zwischenberichts ist jedoch noch immer nicht erschienen. Das EGBW verfolgt den Prozess weiter und leistet seine Beiträge dazu .

Umfassendes Wirtschafts- und Handelsabkommen EU-Kanada (CETA)

Die Verhandlungen zwischen Kanada und der Europäischen Union zu CETA (Comprehensive Economic and Trade Agreement) wurden im Mai 2009 aufgenommen, woraufhin im Oktober 2014 ein Übereinkommen geschlossen wurde. Es ist vorgesehen, dass CETA auf dem EU-Kanada-Gipfel im Oktober 2016 in Brüssel unterzeichnet wird. Die konsolidierte, rechtlich geprüfte Fassung des CETA-Textes¹⁰⁷ wurde auf der Internetseite der Europäischen Kommission veröffentlicht. Die Europäische Kommission wird CETA dem Rat voraussichtlich im Sommer oder Frühherbst zur Genehmigung vorlegen und anschließend im Herbst dem EP; eine Abstimmung erfolgt möglicherweise zu Beginn des Jahres 2017. CETA beinhaltet unter anderem den umstrittenen ISDS-(Investor-Staat-Streitbeilegungs-)Mechanismus (umbenannt in Investitionsgerichtssystem (ICS)), die Unumkehrbarkeits- und Bindungsklausel (standstill and ratchet clause), die bestehende Deregulierungen festschreibt, neue Beschränkungen für Regulierungsmaßnahmen und neue Regeln zum öffentlichen Beschaffungswesen. Dienstleistungen sind ein wesentlicher Bestandteil von CETA und umfassen auch sensible Bereiche, unter anderem den Bildungsbereich. Das EGBW beobachtet die Entwicklungen genau und nimmt an einschlägigen Sitzungen, Workshops und Konferenzen teil. Das EGBW fordert, dass Bildung speziell und öffentliche Dienstleistungen generell von den Verhandlungen vollständig ausgenommen werden. Das EGBW ist gegen die Einführung von Investor-Staat-Streitbeilegungsmechanismen, die ausländischen Investoren Exklusivrechte einräumen. Durch Einschränkung des politischen Spielraums beinhaltet CETA erhebliche Gefahren für das öffentliche Bildungswesen und führt womöglich dazu, dass der Privatisierungs- und Kommerzialisierungsdruck verfestigt und intensiviert wird.

Investitionsschutzabkommen

Die Europäische Kommission handelt derzeit eine Reihe von Investitions- und Handelsabkommen aus, die die Einbeziehung des umstrittenen Investor-Staat-Streitbeilegungsmechanismus (ISDS) oder des ähnlichen Investitionsgerichtssystems (ICS) vorsehen. Das EGBW ist gegen den ISDS-Mechanismus wie auch gegen das Investitionsgerichtssystem, da mit beiden Mechanismen erhebliche Gefahren für den Bildungssektor und für die demokratische Entscheidungen generell verbunden sind. Die Anwendung von ISDS in der Vergangenheit hat deutlich gemacht, dass das Reglementierungsrecht oftmals ausgehöhlt wird, weil Investoren Regelungen infrage stellen können, die ihrer Meinung nach ihre Marktzugangsrechte oder ihre künftigen Gewinne beschneiden. Zudem räumt ISDS per definitionem ausländischen Investoren Sonderrechte ein, die Bürgern und inländischen Investoren verwehrt

¹⁰⁶ http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2014/july/tradoc_152702.PDF.

¹⁰⁷ http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2014/september/tradoc_152806.pdf.

Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von Qualität in der Bildung

bleiben. Das EGBW hat am 13. Oktober die EGBW-Stellungnahme¹⁰⁸ zum Investitionsschutz in EU-Investitionsabkommen verabschiedet, die hervorhebt, dass die Investor-Staat-Streitbeilegung (ISDS) ein mangelhafter Mechanismus ist, der dem Reglementierungsrecht zuwiderläuft und es einschränkt. Das führt zu besonderen Bedenken hinsichtlich des Bildungssektors. In Zukunft könnten private Unternehmen Qualitäts- und Zulassungsstandards über ISDS anfechten, wenn diese Standards ihrer Meinung nach „verkappte Handelshemmnisse“ oder „belastender als notwendig“ sind. Das EGBW verfolgt die Entwicklungen genau und arbeitet mit einer Reihe von Partnern daran, gegen die Einbeziehung von ISDS-Mechanismen zu argumentieren.

Investitionsabkommen mit China

Im Januar 2014 nahmen die EU und China Verhandlungen¹⁰⁹ über ein Investitionsabkommen zwischen der EU und China auf. Das EGBW beobachtet die Entwicklungen und war Teil der Lenkungsgruppe des EU/China-Projekts des EGB. Als Folge des Projekts entstand die Studie Investitionspolitik *China - Konsequenzen für ArbeitnehmerInnen*.¹¹⁰

Mitteilung ‚Handel für alle‘

Am 14. Oktober 2015 veröffentlichte die EK die Mitteilung ‚Handel für alle‘¹¹¹. Nach Angaben der EK ist der mit der Mitteilung verfolgte Ansatz verantwortungsvoller und geht im Einklang mit der EU-Außenpolitik auf neue wirtschaftliche Gegebenheiten ein, getragen von drei zentralen Grundsätzen - Wirksamkeit, Transparenz und Werte. Der Schwerpunkt der Mitteilung liegt auf dem Bedarf an Wachstum und Arbeitsplätzen in der Europäischen Union durch intensivere Handels- und Investitionstätigkeit, wobei nun auch dem Schutz europäischer Werte und der Kohärenz mit anderen außenpolitischen Strategien der EU, insbesondere im Hinblick auf nachhaltige Entwicklung und die kürzlich vereinbarten ‚Ziele für nachhaltige Entwicklung‘ (SDG), etwas Betonung gewidmet wird. Die Mitteilung macht jedoch keine Angaben dazu, wie sie für den Schutz europäischer Werte und für Kohärenz zwischen den Politikbereichen sorgen wird. Die Mitteilung propagiert weiterhin die fortgesetzte Deregulierung von Dienstleistungen im In- und Ausland und erwähnt sogar TiSA, sagt dabei aber nichts zur Gefahr der Verfestigung und Intensivierung des Privatisierungs- und Kommerzialisierungsdrucks, die dem Dienstleistungssektor als Folge von weiteren Deregulierungen droht. Das EGBW nahm vor der Veröffentlichung der Mitteilung an einer Reihe von Sitzungen des Zivilgesellschaftlichen Dialogs teil und gab beim Tag der Handelspolitik (Trade Policy Day) zusammen mit dem EGÖD die Pressemitteilung¹¹² „Feiert den Tag der öffentlichen Dienstleistung! Opfert sie nicht dem Handel!“ heraus.

Nachhaltigkeitsüberprüfung

Als Teil der Verpflichtung zu einer verantwortungsvolleren Handels- und Investitionspolitik in der ‚Handel für alle‘-Mitteilung¹¹³ führte die Europäische Kommission eine öffentliche Konsultation zum

¹⁰⁸ <https://www.csee-etu.org/images/Statements2014/StatementonInvestmentProtectioninEUInvestmentAgreements.pdf>.

¹⁰⁹ <http://trade.ec.europa.eu/doclib/press/index.cfm?id=1013>.

¹¹⁰ https://www.etuc.org/sites/www.etuc.org/files/publication/files/eu_china_workers_de.pdf.

¹¹¹ http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2015/october/tradoc_153846.pdf.

¹¹² <https://www.csee-etu.org/en/news/archive/1038-celebrate-public-services-day-do-not-trade-them-away>.

¹¹³ http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2015/october/tradoc_153846.pdf.

Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von Qualität in der Bildung

Handbuch für die Überprüfung der Nachhaltigkeit der EU-Handelsgespräche durch. Die EU ist verpflichtet, für alle Handels- und Investitionsabkommen Nachhaltigkeitsüberprüfungen (SIA) vorzunehmen. Durchgeführt werden die SIA von angeblich unabhängigen Beratern. Bislang ist nicht sicher, ob die Ergebnisse von der EK bei den Verhandlungen berücksichtigt werden. Ein Beispiel ist das CETA-Abkommen, aus dem laut SIA-Vorschlag der ISDS-Mechanismus gestrichen werden sollte. Das EGBW nahm an einer Sitzung des Zivilgesellschaftlichen Dialogs zur Überarbeitung des SIA-Handbuchs teil; zudem beteiligte es sich an der öffentlichen Konsultation und ermunterte die Mitgliedsorganisationen, dies ebenfalls zu tun. Eine überarbeitete Version des Handbuchs¹¹⁴ erschien im April 2016.

4. Ausbildung, Qualifikationen und -Mobilität von Lehrkräften

Berufliche Entwicklung von Lehrkräften

Nach Annahme der EGBW-Resolution zum Lehrberuf¹¹⁵ (2012) war die berufliche Entwicklung von Lehrkräften ein Querschnittsthema, mit dem sich das EGBW auf allen ordentlichen Sitzungen und sonstigen Veranstaltungen auseinandersetzte, z. B. den Berufsbildungsseminaren (2011-2016), der FkK-Konferenz (2014), den HERSC-Sitzungen und den Treffen der EGBW-Beratungsgruppe,.

Um die politische Initiative ‚Neue Denkansätze für die Bildung‘¹¹⁶ der Europäischen Kommission zu beeinflussen, führte das EGBW 2012 eine Mini-Umfrage zu den Auswirkungen der Krise auf die Ausbildung von Lehrkräften in der Europäischen Union¹¹⁷ durch, welche die negativen Folgen von Budgeteinschnitten im Bildungsbereich für die Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften deutlich machte. Die Umfrage, die zweimal wiederholt wurde, lieferte Ergebnisse, die sowohl beim MOE-Rundtischgespräch im September 2013 in Baku als auch bei den Sitzungen des EGBW-Ausschusses als Diskussionsgrundlage dienten. Im Oktober 2014 rief das EGBW die DGVT dazu auf, den sozialen Dialog zur beruflichen Entwicklung von Lehrkräften in der Berufsbildung und von betrieblichen AusbilderInnen¹¹⁸ zu stärken und sorgte dafür, dass das fünfte Ziel der Rigaer Schlussfolgerungen eine auf Lehrkräfte bezogene Empfehlung ausspricht: „Die Einführung systematischer Vorgehensweisen und Möglichkeiten für die berufliche Ausbildung und Weiterentwicklung von in der Berufsbildung tätigen Lehrkräften, Ausbildern und Mentoren im schulischen wie im betrieblichen Umfeld.“ Seither arbeitet das EGBW zusammen mit dem CEDEFOP und der ETF an weiteren Aktionen zur Unterstützung von Lehrkräften und AusbilderInnen in der Berufsbildung (siehe Kapitel 2.4).

¹¹⁴ http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2016/april/tradoc_154464.PDF.

¹¹⁵ <https://www.csee-etuice.org/en/documents/resolutions/94-resolution-on-the-teaching-profession>.

¹¹⁶ http://ec.europa.eu/languages/policy/strategic-framework/rethinking-education_de.htm.

¹¹⁷

http://etuice.homestead.com/Crisis/Crisis_survey/Results_of_ETUCE_Minisurvey_on_Crisis_effecting_teacher_education_.pdf.

¹¹⁸ <https://www.csee->

etuice.org/images/attachments/PRESSRELEASEStrengthenSDforPDofVETteachersandtrainers.pdf.

Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von Qualität in der Bildung

Zudem ist das EGBW in den Thematischen Arbeitsgruppen zur Ausbildung von Lehrkräften der Europäischen Kommission vertreten und bestrebt, die hierzu auf nationaler wie auf EU-Ebene betriebene Politik zu beeinflussen. Die Thematische Arbeitsgruppe der Europäischen Kommission zur „Beruflichen Entwicklung von Lehrkräften“ war von 2014 bis 2016 tätig, während von 2016 bis 2018 die Arbeitsgruppe zur Berufsbildung sich mit der Ausbildung von Lehrkräften befassen wird.

2014 wurde bei der EGBW-Sonderkonferenz die Resolution zum Lehrberuf im 21. Jahrhundert¹¹⁹ verabschiedet. Seitdem werden bei den Sitzungen des EGBW-Ausschusses und den MOE-Rundtischgesprächen in Bukarest (2015) Möglichkeiten erörtert, die Rolle der Bildungsgewerkschaften bei der beruflichen Entwicklung von Lehrkräften aufzuwerten, da die Vertretung von Lehrkräften in beruflichen Belangen von mehreren NGOs und Nicht-Gewerkschaftsorganisationen beansprucht wird.

Im Mai 2014 verabschiedete der Rat der Europäischen Union *Schlussfolgerungen für eine effektive Lehrerbildung*¹²⁰. Das EGBW legte dem Rat ein Positionspapier¹²¹ vor und sorgte für eine Sensibilisierung seiner Mitgliedsorganisationen für dieses Thema. Außerdem verfolgt das EGBW zum Lehrberuf die internationale Umfrage zu Lehren und Lernen (TALIS-Umfrage) und informiert die Mitgliedsorganisationen weiterhin zu den auf europäischer Ebene stattfindenden Entwicklungen in der LehrerInnenbildung.

Anerkennung der Qualifikationen von Lehrkräften

Von 2010 bis 2013 war das EGBW eng eingebunden in die Revision der Richtlinie über die Anerkennung von Berufsqualifikationen (2005/36/EG)¹²², ebenso wie in die gemeinsame Arbeit mit einer Gruppe von Interessenverbänden zum Vorschlag der Generaldirektion Binnenmarkt der Europäischen Kommission, einen sogenannten Berufsqualifikationspass (oder Mobilitätspass) herauszubringen. Das EGBW war Mitglied der Gruppe von Interessenverbänden der Europäischen Kommission, die in die Revision eingebunden war. Die Richtlinie 2005/36/EG will die Anerkennung der beruflichen Qualifikationen von Personen, die ihren Beruf in einem anderen EU-Land ausüben möchten, erleichtern. Das EGBW ist der Ansicht, dass die Arbeit von LehrerInnen an ausländischen Schulen einen Mehrwert für SchülerInnen darstellen sollte, wobei die Bildungsqualität im aufnehmenden Land durch Akzeptieren der einzelstaatlichen Anforderungen an Lehrkräfte aufrechterhalten werden muss. Das EGBW hat sich zweieinhalb Jahre lang für die Modernisierung der Richtlinie eingesetzt, denn laut Daten der GD MARKT gehörten Lehrkräfte von 2008 bis 2012 in der EU zu einer der mobilsten Berufsgruppen überhaupt.

Gemeinsam mit dem EFEE, dem EGB, dem EGÖD und mit EUROCADRES hat das EGBW bei der Europäischen Kommission Lobbyarbeit geleistet, um den Text der Richtlinie zu beeinflussen. Am 9.

¹¹⁹ <https://www.csee-etuice.org/en/documents/resolutions/486-resolution-on-teaching-profession-of-the-21st-century-2014>.

¹²⁰ http://ec.europa.eu/education/school-education/doc/teachercomp_en.pdf.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/12/st14/st14871-ad04.en12.pdf>.

http://etuice.homestead.com/ETUCE_Newsletter/2012/ETUCE_Newsletter_03.2012_EN.pdf.

¹²¹

http://etuice.homestead.com/Statements/2014/2014_05_etuice_position_on_cc_on_teacher_education_2.pdf.

¹²² <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2005:255:0022:0142:de:PDF>.

Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von Qualität in der Bildung

Oktober 2013 stimmte das Europäische Parlament über den Text eines Gesetzgebungsvorschlags ab, mit dem die Richtlinie 2005/36/EG zur Anerkennung von Berufsqualifikationen geändert werden sollte. Der europäische Berufsqualifikationspass („EPC“) gehört zu den wichtigsten Elementen der revidierten Richtlinie. Dieser Pass soll die Anerkennung beruflicher Qualifikationen von Erwerbstätigen, die einen reglementierten Beruf in anderen Mitgliedstaaten ausüben möchten, erleichtern und das entsprechende Verfahren effektiver machen. Im Rahmen der Umsetzung der Richtlinie rief die Europäische Kommission die berufsständischen Organisationen auf, in entsprechenden Arbeitsgruppen jeweils ihre/n „Europäische/n Berufsqualifikationspass/-bescheinigung“ zu entwickeln, um die Mobilität für Angehörige dieser Berufe in Europa zu verbessern. Im Januar 2014 traf sich das EGBW mit VertreterInnen der GD MARKT und bat die Kommission, als die Genehmigung durch den EGBW-Ausschuss vorlag, den Berufsqualifikationspass für Lehrkräfte unter Einbindung des EGBW in den Mittelpunkt zu stellen.

Im Oktober 2013 forderte die Europäische Kommission die Mitgliedstaaten in einer Mitteilung¹²³ auf, die einzelstaatlichen Berufszugangsregelungen gemäß der neuen Richtlinie über die Anerkennung von Berufsqualifikationen (2005/36/EG) zu überarbeiten. Die Mitgliedstaaten wurden gebeten, den Berufszugang beschränkende Hindernisse einer rigorosen Prüfung zu unterziehen. Da die Vorgaben für die Mitgliedstaaten auch eine Überarbeitung der Regelungen zum Lehrberuf beinhalteten, besprachen EGBW-Ausschuss und -Büro die Angelegenheit, und die Mitgliedsorganisationen wurden vor diesem Vorstoß gewarnt.

Im Februar 2014 sandten EGB, EGBW, EGÖD und EUROCADRES an die DG MARKT einen gemeinsamen Brief zur Einbindung der Sozialpartner in die Einführung des Berufsqualifikationspasses, zur Möglichkeit künftiger gemeinsamer Ausbildungsrahmen und zu davon abgeleiteten rechtlichen Regelungen.

Der Richtlinie wurde, was die Qualifikationsanerkennung mittels anderer Instrumente auf europäischer Ebene betrifft, in den letzten Jahren verstärkte Aufmerksamkeit zuteil. 2014 übersandten EGB, EGBW und EGÖD der Kommissarin Androulla Vassiliou eine Beschwerde mit der Aufforderung, von der Bereitstellung von Mitteln (Projektzuschüsse für ‚Allianzen für branchenspezifische Fertigkeiten‘ (Sectoral Skills Alliances)) für Organisationen ohne Sozialpartnerstatus zur Einrichtung „gemeinsamer Ausbildungsrahmen“ in Europa abzusehen, die Bestandteil der Richtlinie ist.

Gemeinsam mit dem EGB und dem EGÖD beobachtet das EGBW weiterhin, wie sich die Richtlinie zu EQF, ECVET, Qualitätssicherungssystemen, Räten für branchenspezifische Fertigkeiten und Allianzen für branchenspezifische Fertigkeiten verhält.

¹²³ <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2013:0676:FIN:EN:PDF>.

*Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von
Qualität in der Bildung*

5. Arbeitsbedingungen, soziale Sicherung und Gesundheit und Sicherheit von Lehrkräften

Die Sicherheit und Gesundheit von Lehrkräften und anderen Bildungsbeschäftigten hat für das EGBW hohe Priorität. Schulen und Bildungseinrichtungen aller Ebenen sollten ein sicherer, gesundheitsverträglicher Ort zum Lehren und Lernen sein, denn sie sind sowohl Arbeitsplatz für die Lehrkräfte als auch Bildungsstätte für junge Lernende. Zur Verhütung von Problemen in puncto Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz, die nicht nur den Beschäftigten, sondern indirekt auch SchülerInnen und Studierenden schaden und Qualität und Effizienz der vermittelten Bildung gefährden können, setzt das EGBW seine Beteiligung an Aktionen und die Organisation von Veranstaltungen für die Mitgliedsorganisationen zu diesem Thema weiter fort.

Förderung gesunder und sicherer Arbeitsplätze im Bildungssektor

Um die Wichtigkeit der Förderung gesunder und sicherer Arbeitsplätze für Bildungsbeschäftigte zu unterstreichen, hat das EGBW hierzu mehrere Projekte durchgeführt, welche die Arbeit seiner Mitgliedsorganisationen in diesem Bereich weiter unterstützen sollen. Schwerpunkt eines dieser Projekte waren die besonderen Herausforderungen, die hierbei durch Sparmaßnahmen und Budgeteinschnitte im öffentlichen Dienstleistungs-, Gesundheits- und Bildungswesen entstehen. Hauptziel des Projekts namens ‚Bildungsgewerkschaften in Solidarität für gesunde und sichere Arbeitsplätze in der Wirtschaftskrise‘ war die Förderung der Solidarität zwischen den Bildungsgewerkschaften in Europa, die die Erhaltung und Förderung sicherer Arbeitsbedingungen unterstützen, vor allem im Hinblick auf die Verhütung psychosozialer Gefahren und die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben in Zeiten steigenden Drucks infolge der Wirtschaftskrise. Diese Initiative half, das Wohlbefinden und die Sicherheit von Lehrkräften als Voraussetzung für Qualität der Bildung zu fördern. Ziel des Projekts war es, die Auswirkungen und Veränderungen aufzuzeigen, die sich für die Arbeitsbedingungen sowie für Gesundheit und Sicherheit von Lehrkräften aus der Wirtschaftskrise ergeben. Das Projekt endete mit einem Bündel konkreter und praktischer Empfehlungen für Bildungsgewerkschaften auf nationaler wie regionaler Ebene in Europa sowie für Mitglieder an der Basis, wie gesundheitsverträgliche und sichere Arbeitsbedingungen im Zeitalter der Wirtschaftskrise zu fördern sind.

In Verbindung mit einer anderen Initiative aus vergangenen Jahren traf sich das EGBW im September 2013 mit anderen europäischen Sozialpartnern und Unterzeichnern der multilateralen ‚Leitlinien zur Gewalt durch Dritte‘, um sich darüber auszutauschen, wie diese Leitlinien durch die jeweiligen Mitgliedsorganisationen in konkrete Aktionen und Initiativen umgesetzt worden waren und um Beispiele für gute Praxis aus den Reihen der dem Bildungssektor angeschlossenen Akteure vorzustellen.

Zur Verknüpfung des Themas Gesundheit und Sicherheit mit anderen einschlägigen Themen aus der Bildungsgewerkschaftsbewegung beteiligte sich das EGBW zudem aktiv an einer Reihe von Seminaren, die vom Europäischen Gewerkschaftsinstitut (EGI) zu Themen wie Gesundheit und Arbeit von Frauen,

Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von Qualität in der Bildung

die Auswirkungen des Alterns, des Geschlechts oder von berufsbedingten Gefahren auf Arbeitnehmerinnen oder Krise, Sparpolitik und Gesundheit in Europa veranstaltet wurden.

In den Jahren 2013 bis 2016 führte das EGBW seine Mitgliedschaft im Lenkungsausschuss des Europäischen Netzwerks Aus- und Weiterbildung in Sicherheit und Gesundheitsschutz (ENETOSH) erfolgreich fort, indem es mit seiner Präsentation zur ‚Einbindung von Arbeitsschutz in das Bildungswesen über den sozialen Dialog‘ bei der ENETOSH-Jubiläumsfeier am 15. November 2015 aktiv ein Zeichen setzte. Zudem beteiligte sich das EGBW am ENETOSH-Symposium „Schaffung eines sicheren und gesunden Lern- und Arbeitsumfelds“ auf dem XX. Weltkongress für Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit 2014 - Globales Forum Prävention im August 2014 in Frankfurt.

Prävention von arbeitsbedingtem Stress bei Lehrkräften

Im Nachgang zum EGBW-Strategiepapier zur Verhütung von arbeitsbedingtem Stress, das bei der letzten EGBW-Konferenz 2012 verabschiedet wurde, und in Erkenntnis dessen, dass arbeitsbedingter Stress und psychosoziale Risiken negative Folgen für die Gesundheit haben und außerdem für Einzelpersonen, Organisationen und Gesellschaften eine erhebliche finanzielle Belastung darstellen, hat das EGBW mit dem EFEE ein gemeinsames Projekt durchgeführt, das Initiativen der Sozialpartner fördern soll, die der Unterstützung gesundheitsverträglicher, sicherer Arbeitsplätze im Bildungssektor für ein gesünderes Arbeitsleben als Voraussetzung für Qualität in der Bildung dienen. Das Zweijahresprojekt sollte konkrete und praktische Möglichkeiten der Vermeidung und Bekämpfung von arbeitsbedingtem Stress im Bildungswesen aufzeigen, wobei schwerpunktmäßig auf gemeinsame Initiativen der Sozialpartner und auf die Entwicklung konkreter und praktischer Leitlinien dazu abgestellt wurde, wie man gemeinsame Initiativen der Sozialpartner auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene fördern kann, um psychosoziale Risiken im Bildungswesen zu verhüten und zu bekämpfen. Aufbauend auf diesen Richtlinien, arbeiten EGBW und EFEE an einer gemeinsamen Erklärung für die künftige Arbeit der Sozialpartner im Ausschuss des Europäischen Sektoralen Sozialen Dialogs Bildung.

Mit Blick auf eine Ausweitung des EGBW-Tätigkeitsbereichs und um die Aufmerksamkeit anderer relevanter Interessengruppen stärker auf die besonderen Herausforderungen für Bildungsbeschäftigte in diesem Bereich zu lenken, nahm das EGBW an verschiedenen Konferenzen teil, z.B. dem Gipfeltreffen ‚Gesunde Arbeitsplätze 2015: Den Stress managen‘, das, organisiert von der Europäischen Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (EU-OSHA), am 3./4. November 2015 in Bilbao stattfand, dem vom Europäischen Gewerkschaftsinstitut (EGI) durchgeführten Workshop zu psychosozialen Risiken am Arbeitsplatz im September 2015 und einem speziellen ‚Gesundheits- und Sicherheits-Forum‘, das die GD Beschäftigung im Juli 2014 veranstaltete.

Als Zeichen seines Bekenntnisses zu gesundheitsverträglichen Arbeitsplätzen im Bildungswesen unterzeichnete das EGBW im Juni 2015 die Stellungnahme zu ‚Gesundheits- und Sozialprogramme in Bildungssysteme integrieren‘ und trat, zusammen mit der BI, damit dem den globalen Dialog und den europäischen Gesprächen der ‚Vereinigung für Supervision und Lehrplanentwicklung‘ (ASCD) und des ‚Internationalen Netzwerks für Gesundheit in der Schule‘ bei.

Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von Qualität in der Bildung

Strategischer Rahmen der EU zu Sicherheit und Gesundheitsschutz

Unter Ersetzung der ehemaligen europäischen ‚Strategie für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz 2007-2012‘ veröffentlichte die Europäische Kommission am 6. Juni 2016 den neuen ‚Strategischen Rahmen der EU zu Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz für den Zeitraum 2014-2020‘¹²⁴. Die Veröffentlichung ist das Ergebnis des starken Engagements des EGBW und seiner Mitgliedsorganisationen bei der öffentlichen Konsultation von 2013, in deren Rahmen man sowohl die frühere Strategie bewertet als auch einen Beitrag für den neuen Strategierahmen geleistet hatte. Dies mündete in einen Brief an den Kommissar der GD Beschäftigung, Laszlo Andor, in dem kritisiert wurde, dass der Strategierahmen inhaltlich dürftig war, Benchmark-Ziele vermissen ließ und Bildung eher aus SchülerInnen­sicht statt aus Sicht der Bildungsbeschäftigten betrachtete. Dieser neue EU-Strategierahmen enthält ein Minimum an Benchmarks, auf die sich die EU-Mitgliedstaaten einigen konnten, und schafft eine Grundlage für die Arbeit im Bereich Sicherheit und Gesundheitsschutz, die von den EU-Institutionen gefördert werden muss. Während das EGBW den Start einer neuen gemeinsamen Initiative würdigte und die Notwendigkeit, in Rezessionszeiten weiter in Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz zu investieren, unterstrich, bezog es gleichzeitig in seinem Positionspapier¹²⁵ Stellung zu einer Reihe von Fragen.

Die vom EGBW festgestellten Mängel bestanden in einer unzureichenden Einbindung der Sozialpartner bei der Umsetzung der SGA-Strategie, vor allem was die Konsultierung der Sozialpartner durch die nationalen Regierungen anbelangt. Zudem hätte der Strategierahmen der Verhütung von arbeitsbedingtem Stress und der Unterstützung von mentalem Wohlbefinden mehr Bedeutung beimessen sollen, da dies wesentlicher Bestandteil der Gesundheit aller ArbeitnehmerInnen ist. Das EGBW wies darauf hin, dass arbeitsbedingter Stress nicht nur mit demografischem Wandel und alternder Erwerbsbevölkerung zu tun hat und auch nicht spezifisch mit dem Einsatz von Technologien zusammenhängt, wie der Rahmen unterstellt. Zusätzlich kritisierte das EGBW, dass in dem Rahmen eine Geschlechterperspektive fehlt, die in puncto Sicherheit und Gesundheitsschutz männer- und frauenspezifische Aspekte und die damit verbundenen Herausforderungen beleuchten würde. Da der Bildungssektor, wie auch andere Bereiche des öffentlichen Dienstes, eine Frauendomäne ist, stellte das EGBW fest, dass beim Thema Arbeitsschutz eine vorrangige Ausrichtung auf die Verhütung von Risiken, denen Frauen ausgesetzt sind, entscheidend ist.

Kampagne für gesunde Arbeitsplätze der Europäischen Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (EU-OSHA)

Während des gesamten Vier-Jahres-Zeitraums, den dieser Bericht abdeckt, blieb das EGBW Mitglied der Kampagnen für gesunde Arbeitsplätze, die von der EU-OSHA unter der Bezeichnung ‚Den Stress managen‘ (2014-2015) und ‚Gesunde Arbeitsplätze für jedes Alter‘ (2016-2017) organisiert wurden.

¹²⁴ <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=151&langId=de>.

¹²⁵ <https://www.csee-etuice.org/en/news/archive/74-etuice-position-on-the-eu-strategic-framework-on-health-and-safety-at-work-2014-2020?highlight=WyJoZWFsdGgiLCInaGVhbHRoliwiaGVhbHRoJyIsInNhZmV0eSIsInNhZmV0eSciLCJldSIsImV1J3MiLCJldSculiwiJ2V1liwiZXUnLCIsInN0cmF0ZWdpYyIsImZyYW1ld29yayIsIm9uliwiZXUgc3RyYXRIZ2JljiwiZXUgc3RyYXRIZ2JljiGZyYW1ld29yayIsInN0cmF0ZWdpYyBmcmFtZXdvcmSiLCJzdHJhdGVnaWMgZnJhbWV3b3JrIG9uliwiZnJhbWV3b3JrIG9ull0=>.

Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von Qualität in der Bildung

Dank der Kampagnen steht dem EGBW und seinen Mitgliedsorganisationen eine wichtige Plattform zur Verfügung, mit der die Sensibilität für berufliche Herausforderungen in Bezug auf Gesundheit, Sicherheit und Wohlbefinden von Bildungsbeschäftigten sowie für entsprechende Prävention erhöht werden kann. Die Mitwirkung und aktive Teilnahme des EGBW an der Arbeit der EU-OSHA, nicht zuletzt durch Delegierte aus den Mitgliedsorganisationen der Bildungsgewerkschaften, die ihr jeweiliges Land im Sachverständigenrat vertreten, ist für die Agentur in der Tat äußerst wichtig. Das EGBW zählt zu den wenigen europäischen sektoralen Sozialpartnern, die sich aktiv in der Kampagnenarbeit engagieren. Die Unterstützung der EU-OSHA für die Sozialpartner auf sektorenübergreifender wie auch auf Ebene des Bildungssektors ist ständig gewachsen und verspricht weitere Möglichkeiten für eine künftige Zusammenarbeit.

Work-Life-Balance

Auf dem Gebiet der Arbeitsbedingungen ist die Work-Life-Balance ein Thema, das vom EGBW ständig mitverfolgt wurde. Es ist eng verknüpft mit der Vereinbarkeit von Familien- und Berufsleben, die das EGBW in seinen Projekten zu Gesundheitsschutz und Sicherheit sowie zur Geschlechtergleichstellung gezielt angesprochen hat. Nach dem Erscheinen einer Roadmap im August 2015 und der Rücknahme des Vorschlags der Europäischen Kommission zur Revision der Mutterschutzrichtlinie (92/85/EWG) konsultierte die Europäische Kommission am 11. November 2015 die Sozialpartner offiziell dazu, wie EU-seitiges Handeln in Form von gesetzgeberischen Maßnahmen zur Bewältigung der Herausforderungen, mit denen Männer wie Frauen in puncto Work-Life-Balance konfrontiert sind, aussehen könnte. Jüngste Entwicklung ist diesbezüglich die Konsultation der EU-Sozialpartner zum ‚Neubeginn‘ für die Work-Life-Balance im Januar 2016. Das EGBW leistete für das EGB-Positionspapier Beiträge, was z. B. die Verbesserung der Verfügbarkeit, Erreichbarkeit, Zugänglichkeit und Qualität frühkindlicher Bildung sowie Betreuungseinrichtungen für ältere und pflegebedürftige Menschen in allen Mitgliedstaaten anbelangt. Der EGB wurde vom EGBW beauftragt, mit ArbeitgeberInnenverbänden auf EU-Ebene Gespräche und Verhandlungen über die Modalitäten aufzunehmen. Das EGBW ist zudem bereit, die EU-Sozialpartnervereinbarung zum Elternurlaub mit ArbeitgeberInnen auf EU-Ebene gemeinsam zu bewerten und die Bestimmungen u.a. hinsichtlich der Frage der Bezahlung zu verbessern. Sollten die Gespräche und Verhandlungen in diesem Bereich nicht zu konkreten Ergebnissen führen, würde das EGBW die Kommission dringlich auffordern, die notwendige Initiative zu zeigen und Gesetzgebungsvorschläge zu entwickeln.

Mutterschutzrichtlinie

Dieses Thema ist mit der Frage des Elternurlaubs, zu der die europäischen Partner sich bereits 2012 erfolgreich geeinigt hatten, und mit dem Thema Work-Life-Balance eng verknüpft. Im September 2014 hatte der FEMM-Ausschuss des Europäischen Parlaments überzeugende Argumente für eine Änderung der Mutterschutzrichtlinie¹²⁶ vorgelegt, die im Gegensatz zum Vorschlag der Europäischen Kommission standen, die Richtlinie zurückzuziehen. Bevor der Vorschlag zur Rücknahme der Richtlinie im Juli 2014 im Europäischen Parlament erörtert wurde, hatten zahlreiche MdEP, Gewerkschaften und die Europäische Frauenlobby gefordert, dass Kommission und Ministerrat die Gespräche zu der umstrittenen Richtlinie wieder aufnehmen. Die revidierte Richtlinie wurde von der Europäischen

¹²⁶ <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/en/ALL/?uri=CELEX:31992L0085>.

Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von Qualität in der Bildung

Kommission 2008 vorgelegt, und im Anschluss daran versuchten das Europäische Parlament und der Europäische Rat sieben Jahre lang, bezüglich der Mutterschutzrichtlinie eine Entscheidung herbeizuführen. Im Dezember 2014 drohte die Europäische Kommission, die Richtlinie zurückzuziehen und im Rahmen ihres Bürokratieabbau-Plans (REFIT) durch eine „moderne Version“ zu ersetzen. Der REFIT-Plan (Effizienz- und Leistungsfähigkeitsprogramm ‚Bessere Rechtsetzung für bessere Ergebnisse‘¹²⁷) rechtfertigt die Verwässerung sozialer Sicherung mit dem Abbau der „Reglementierungslast“ und der „Erleichterung von Verwaltungsprozessen“.

Die betreffende Richtlinie schlug eine Verlängerung der Mindestdauer des Mutterschutzes von 14 auf 20 Wochen vor. Die geltenden Rechtsvorschriften sehen im Europäischen Wirtschaftsraum beim Mutterschutzurlaub ein Minimum von 14 zusammenhängenden Wochen vor, und die Richtlinie hätte für Millionen von Frauen und deren Familien eine positive Veränderung bedeutet. Darüber hinaus strebte die Richtlinie einen verbesserten Kündigungsschutz für schwangere Arbeitnehmerinnen an.

Im April 2015 kamen das EGBW und seine Mitgliedsorganisationen dem EGB-Aufruf nach, insbesondere an die Regierungen derjenigen Mitgliedstaaten, die die Richtlinie im Europäischen Rat durch Verweigerung von Mindeststandards blockierten, zu appellieren, mehr für die Erhaltung des Mutterschutzes zu tun, denn dies wäre ein Beispiel für Solidarität mit weiblichen Arbeitnehmern gerade in Ländern, die in diesem Bereich weitere Unterstützung benötigen. Die EGB-Aktion war vergebens, und am 1. Juli 2015 zog die Europäische Kommission die Richtlinie zurück, um stattdessen eine Konsultation der Sozialpartner und im Anschluss daran im November 2015 eine öffentliche Konsultation¹²⁸ zum Thema Work-Life-Balance anzusetzen, wobei es im Rahmen des Arbeitsprogramms 2016 *Neuer Start für erwerbstätige Eltern*¹²⁹ der Europäischen Kommission auch um Mutterschafts-, Vaterschafts- und Elternurlaub sowie Urlaub zur Pflege von Familienangehörigen ging.

Arbeitszeitrichtlinie

Das EGBW hat die Entwicklung in diesem Teilbereich der Arbeitsbedingungen in enger Zusammenarbeit mit dem EGB genau verfolgt. Im Juni 2014 kündigte die Kommission in ihrer REFIT-Mitteilung an, den gesetzlichen Rahmen zum Thema Arbeitszeit¹³⁰ klarer und einfacher zu gestalten. Im Dezember 2014 setzte die Europäische Kommission eine öffentliche Konsultation zur Revision der Arbeitszeitrichtlinie an. Das EGBW beauftragte den EGB, diesbezüglich aktiv zu werden und die Antwort auf die Konsultation vorzubereiten. Dies betrifft vor allem den Aufruf an die Mitgliedstaaten, bestehende Gesetzesvorschriften korrekt umzusetzen und neue Gegebenheiten im Berufsleben und im Hinblick auf Work-Life-Balance und Arbeitszeitverkürzungen zu berücksichtigen. Der EGB schlug vor, eine Work-Life-Balance-Richtlinie solle z.B. folgende Themen enthalten: individuelle Wahlfreiheit und mehr Selbstbestimmung in puncto Arbeitszeit und Arbeitsstunden, Lebensweg-Arbeitszeitanalyse (LCWT) für Männer und Frauen, das individuelle Recht auf Arbeitszeitverkürzung, Verantwortung von

¹²⁷ http://ec.europa.eu/info/law-making-process/evaluating-and-improving-existing-laws/refit-making-eu-law-simpler-and-less_de.

¹²⁸ <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=de&catId=89&newsId=2380&furtherNews=yes>.

¹²⁹ <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=de&catId=89&newsId=2388>.

¹³⁰ <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/ALL/?uri=CELEX:32003L0088>.

Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von Qualität in der Bildung

ArbeitgeberInnen für die Begrenzung und Kontrolle von Arbeitszeiten, Recht von ArbeitnehmerInnen, sich außerhalb der vertraglichen Arbeitszeiten abends und an Wochenenden oder Feiertagen abzumelden, und die Abschaffung der Ausnutzung von befristet Beschäftigten. Gegenwärtig ist die Europäische Kommission mit der Durchführung einer ausführlichen Verträglichkeitsprüfung befasst, die soziale und wirtschaftliche Aspekte in vollem Umfang berücksichtigt und auf vorhergegangenen Studien und weiteren Analysen möglicher Optionen samt deren absehbaren Folgen beruht.

6. Menschen- und gewerkschaftsrechtliche Angelegenheiten

Auf dem Gebiet der Menschen- und Gewerkschaftsrechte und bei den Solidarität und Entwicklung betreffenden Aktivitäten hat das EGBW-Sekretariat eng mit dem BI-Hauptbüro zusammengearbeitet, was sich in den Berichten dieses Kapitels niederschlägt. Solidarität ist in der Arbeit des EGBW ein fundamentaler Grundsatz. Sie basiert auf dem traditionellen Gewerkschaftsideal, durch vereinte Kräfte und gegenseitige Unterstützung gerechtere Gesellschaften zu schaffen. Und seit dem Ausbruch der Wirtschaftskrise in Europa ist Solidaritätsarbeit notwendiger und herausfordernder als je zuvor.

Mit verschiedenen Formen von Solidaritätsarbeit lassen sich verschiedene Ziele erreichen. Meist ist Solidaritätsarbeit auf langfristige, nachhaltige Ziele ausgerichtet, doch manche Situationen erfordern unmittelbares solidarisches Handeln. Nachhaltige Solidaritätsarbeit kann durch Projekte, Kampagnen oder die Erstellung von Informationsmaterial stattfinden. Unmittelbares solidarisches Handeln geschieht durch Solidarität, die gegenüber den betroffenen Mitgliedsorganisationen geleistet wird. Diese können daraus für die Arbeit mit ihren Mitgliedern oder mit der breiteren Öffentlichkeit Nutzen ziehen. Zur Aufrechterhaltung des Drucks, der von den Mitgliedsorganisationen auf nationaler Ebene ausgeübt wird, schreibt das EGBW auch Protestnoten an die Sozialpartner, die Regierung oder andere Institutionen. In ernsteren Fällen organisiert das EGBW auch Einsätze, um den Druck vor Ort zu erhöhen, starke Solidarität zu bekunden oder zur Entschärfung einer schwierigen Situation beizutragen. Und nicht zuletzt kann Solidarität auch über Medienarbeit ausgedrückt werden.

Während des letzten Jahres sind die Rufe nach Solidarität erheblich gestiegen. In den allermeisten Fällen baten die Mitgliedsorganisationen bei Problemen mit den ArbeitgeberInnen-/ArbeitnehmerInnenbeziehungen um Unterstützung. Andere Fälle haben mit der Beeinträchtigung von Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen durch die Wirtschaftskrise oder der Missachtung von Gewerkschaftsrechten zu tun. Manchmal fordern die Mitgliedsorganisationen auch bei humanitären oder politischen Problemen oder für Unterstützungsadressen wie Grußbotschaften an nationale Gewerkschaftsversammlungen Hilfe an.

Besonders herausfordernd ist für die EGBW-Mitgliedsorganisationen die Erfahrung, dass in Ländern, in denen der soziale Dialog und die Einbindung der Sozialpartner und Bildungsgewerkschaften ein Grundprinzip war, dies nun ebenfalls unter Druck kommt. Die Aussperrung der dänischen Bildungsbeschäftigten und Bildungsgewerkschaften im Jahr 2013 war für das EGBW und seine Mitgliedsorganisationen eine alarmierende Nachricht. Sie zeigte auf, wie der Bildungssektor als Vorbild

Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von Qualität in der Bildung

für die Gespräche und Tarifverhandlungen in anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes dient und wie wichtig eine dem Anliegen der Gewerkschaften gewogene Medienberichterstattung ist, die den dänischen Gewerkschaften massive Unterstützung durch die Gesellschaft beschert hat, wenn es auch nicht gelang, die Entscheidung der Regierung zu kippen. Die ILO traf ihre Entscheidung in der Angelegenheit und kam zu dem Schluss, dass die dänische Regierung die Verhandlungen über den Tarifvertrag behindert und wesentliche Grundsätze mehrerer ILO-Konventionen missachtet hat. Mit der Feststellung, dass die Regierung ihre Rollen als ArbeitgeberIn und GesetzgeberIn durch Missachtung des „Fremdvergleichsgrundsatzes“ miteinander vermengt habe, stellte die ILO klar, dass die Regierung beide Parteien hätte konsultieren sollen, um herauszufinden, ob beim Verfassen des eingreifenden Gesetzesentwurfs technische Hilfestellung erforderlich gewesen wäre.

Während des durch diesen Bericht abgedeckten Zeitraums erforderten einige Solidaritätsinitiativen dauerhaftes Monitoring und Handeln:

Zypern

Am 10. Januar 2015 unterzeichneten mit Unterstützung durch das EGBW alle der sechs Bildungsgewerkschaften von Zypern, die die griechisch-zypriotische und die türkisch-zypriotische Gemeinschaft vertreten, eine historische Kooperationsvereinbarung. Der Vereinbarung waren mehrere Fehlversuche während der letzten 14 Jahre vorhergegangen.

Die Vereinbarung regelt, dass der Ländersitz im EGBW-Ausschuss zwischen den beiden Gemeinschaften jeweils nach zwei Jahren wechselt. Außerdem haben alle Gewerkschaften der Abhaltung gemeinsamer Vorbereitungs-, Informations- und Follow-up-Treffen beigepflichtet. Vor der Abschlussitzung wurden verschiedene Kontakte geknüpft und mehrere Vorbesprechungen angesetzt. Für die Gebiete Bildung, Kultur und sozialer Bereich wurden einige Punkte für eine mögliche weitere Zusammenarbeit zwischen den Gewerkschaften notiert. Die Gewerkschaften vereinbarten, zum Erstellen einer Prioritätenliste mit möglichen Umsetzungsvorhaben einen Arbeitskreis zu bilden.

Griechenland

Das EGBW rief in den letzten Jahren mehrmals zur Solidarität mit seinen griechischen Mitgliedsorganisationen, OLME und DOE, und den griechischen Lehrkräften auf. Tausende Lehrkräfte und SchülerInnen/Studierende wurden durch die schweren Folgen der drastischen Einschnitte in den Sektor für öffentliche Dienste und in das gesamte Bildungssystem hart getroffen. In Zeiten der vorübergehenden Stilllegung des Bankensystems wurden Gehälter der Lehrkräfte nicht ausgezahlt, Studienkredite nicht gewährt, und Eltern waren außerstande, ihre an ausländischen oder griechischen Universitäten studierenden Kinder zu unterstützen.

Die griechische Regierung und ihre internationalen Gläubiger saßen immer wieder zusammen, um sich zu arrangieren und einen Ausweg aus der verheerenden wirtschaftlichen und sozialen Lage Griechenlands zu finden, deren Ursache hauptsächlich die von der Troika verhängten Sparmaßnahmen waren. Gleichzeitig rief das EGBW die Spitzenpolitiker auf, keine starren Rezepte mehr zu verordnen und notwendige Maßnahmen zu ergreifen, die die Rückkehr eines stetigen Wirtschaftswachstums nach Griechenland fördern würden. Das EGBW betonte in Protestnoten sowohl an die Regierung als

Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von Qualität in der Bildung

auch an die VertreterInnen der Troika, es sei höchste Zeit sei, dass sie zu einer sozial gerechten und wirtschaftlich realisierbaren Einigung kommen, um die Schulden langfristig tragbar zu machen.

Türkei

In der Türkei gestaltete sich die Situation für das EGBW-Mitglied Egitim Sen äußerst schwierig. Die Organisation hat gegen verschiedene Verstöße, die sich in ihrer Branche ereigneten oder gegen Handels- oder Menschenrechte richteten, protestiert. Egitim Sen stand über die Jahre hinweg stets in Kontakt mit dem EGBW, um Unterstützung zu erbitten. Diese Bitten wurden immer positiv beschieden. Das EGBW verfasste Protestnoten an die türkische Regierung, ebenso wie Solidaritätsadressen an Egitim Sen und deren Dachverband KESK. Seit Anfang 2012 hat das EGBW außerdem sieben nach Ankara entsandte internationale Missionen organisiert, einige davon zusammen mit anderen Gewerkschaftsorganisationen wie dem EGB oder EGÖD. Meist ging es darum, Egitim Sen zu unterstützen, als deren Funktionäre und Mitglieder nach ihrer Verhaftung vor Gericht gestellt wurden. Dabei wohnten die Missionsmitglieder den Anhörungen vor Gericht bei und nahmen an den anschließenden Pressekonferenzen teil.

2016 fand eine Mission statt, als Egitim Sen um Entsendung einer dringlichen Mission in den Südosten der Türkei bat, wo sich seit Monaten schwere Verstöße gegen Menschen- und Gewerkschaftsrechte ereigneten. Unter Absprache mit den BI/EGBW-Vorstandsmitgliedern und den Sekretariaten von BI und EGBW wurde eine umfangreiche Mission organisiert, der sowohl VertreterInnen aus den EGBW-Mitgliedsorganisationen als auch der BI/EGBW-Sekretariate angehörten. Die Missionsmitglieder trafen sich mit VertreterInnen von Lehrkräften, die in den betroffenen Gebieten in Ankara lebten. Hierdurch war es der BI/dem EGBW möglich, Informationen aus erster Hand zu erhalten und Solidarität zu zeigen.

Kürzlich wurde in der Türkei gegen über 1.100 Wissenschaftler ermittelt, nachdem sie eine Petition unterzeichnet hatten, die die Regierung aufforderte, den Frieden im kurdischen Südosten wiederherzustellen. Nach deren Veröffentlichung wurden Unterzeichner verhaftet, des Terrorismus und ähnlicher Verbrechen beschuldigt und zur Aufgabe ihres Arbeitsplatzes gezwungen. Mehr als 1.200 Akademiker von 90 türkischen Universitäten, die sich selbst „Akademiker für den Frieden“ nannten, sowie Wissenschaftler aus dem Ausland unterzeichneten die Petition, die ein Ende der Gewalt forderte. Unter dem Motto „Wir machen bei diesem Verbrechen nicht mit“ fordert die Petition Ankara auf, „das vorsätzliche Abschachten und Deportieren von Kurden und anderen Bewohnern der Region zu beenden“.

Wie auch in den meisten Fällen zuvor, rief das EGBW seine Mitgliedsorganisationen auf, aktiv zu werden und Solidarität zu bekunden sowie die Freilassung der Akademiker zu fordern. Mit dem Ziel, auf diesen Fall stärker aufmerksam zu machen, richteten die Mitgliedsorganisationen dementsprechend Protestnoten an die türkische Regierung, indem sie sich sowohl an die türkischen Botschaften ihrer Länder als auch an die jeweils eigene Botschaft in der Türkei und die eigene Regierung wandten.

Das EGBW behält die Situation weiter im Auge und unterstützt Egitim Sen nach Möglichkeit.

Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von Qualität in der Bildung

Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien

Einer ersten Situation, die in einen schweren Arbeitskampf mündete, sah sich die EGBW-Mitgliedsorganisation SONK in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien (EJRM) ausgesetzt. Für etliche Monate gestaltete sich der soziale Dialog über mehrere ausstehende und dringliche Beschäftigungsfragen extrem schwierig. Als die mazedonische EGBW-Mitgliedsorganisation SONK im Herbst 2014 zum Streik aufrief, bot das Ministerium plötzlich Verhandlungen an. SONK zufolge ließ sich das Ministerium dann aber nicht ernsthaft auf Verhandlungen ein, die zu einem tatsächlichen Ergebnis hätten führen können. Dies veranlasste SONK, Anfang 2015 erneut den Streik auszurufen.

Daraufhin berichtete SONK von Unterdrückung und Drohungen, die sich nicht nur gegen die protestierenden Lehrkräfte, sondern auch gegen deren Kinder richteten. Das EGBW hat dem mazedonischen Minister für Bildung und Wissenschaft mehrmals eine Schlichtung in diesem Fall angeboten. Das Ministerium lehnte diese Möglichkeit ab, indem es jegliche Annäherungs- und Kontaktbemühungen vollständig ignorierte. Die von der Regierung offenbar gegen die protestierenden Menschen ergriffenen Maßnahmen sind ein Angriff auf das grundlegendste Menschenrecht überhaupt, nämlich das Streikrecht. Zudem ist der Sozialdialog ein Kernelement des europäischen Sozialmodells, was Mazedonien als EU-Beitragskandidat auch genau hätte wissen müssen. Im Oktober 2014 war ein bedeutendes EU-finanziertes Projekt zur Förderung des Sozialdialogs in Mazedonien aufgelegt worden - dies lässt die Entwicklungen erst recht bestürzend und alarmierend erscheinen.

Das EGBW organisierte drei nach Skopje entsandte Missionen und forderte den völligen Rückzug aus dieser ersten Situation.¹³¹ Der einwöchige Streik endete nach dem dritten Besuch des EGBW in Skopje, zu dem eine Pressekonferenz und Gespräche im Bildungsministerium gehörten. SONK sagte den Streik ab, da das Bildungsministerium versprochen hat, von einer angekündigten Geldbuße für Lehrkräfte, die in einem externen Bewertungsverfahren scheitern, abzusehen. Dies war eine zentrale Forderung, die auch bei dem Gespräch im Ministerium erörtert wurde. Die Verständigung wurde wieder aufgenommen, und SONK und das EGBW bestanden darauf, dass dieses Element aus den neuen Bildungsgesetzen zu streichen sei.

Litauen

Die litauischen Mitgliedsorganisationen haben das EGBW-Sekretariat und die EGBW-Mitgliedsorganisationen im Kampf für angemessene Löhne wiederholt um solidarische Unterstützung gebeten. Begleitend zu der nach Litauen entsandten Mission des Europadirektors gab das EGBW-Sekretariat im Juni 2014 einen Brief zur Bekundung der Solidarität des EGBW mit seiner Mitgliedsorganisation FLESTU im Hinblick auf eine FLESTU-Protestaktion heraus, bei der es um die unzureichende Finanzierung des Bildungs- und Wissenschaftssektors auf Kosten von Qualität in der Bildung ging. Das EGBW drängte die Regierung und die litauischen Sozialpartner im Bildungswesen, ernsthafte Verhandlungen über die Löhne und Arbeitsbedingungen von Lehrkräften aufzunehmen, und konnte ein Abkommen mit der litauischen Regierung und dem Bildungsministerium erzielen. Das EGBW-Sekretariat, das auf der vereinbarungsgemäßen Umsetzung des Abkommens - einer Anhebung

¹³¹ <https://www.csee-etuice.org/en/documents/press-releases/580-etuice-deeply-concerned-about-sharp-labour-conflict-in-macedonia-s-education-sector-23-january-2015>.

Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von Qualität in der Bildung

der Gehälter um 10 % ab 1. Januar 2015 - bestand, musste die Regierung im Januar 2015 erst in einem zweiten Brief an ihre Vereinbarung mit den Sozialpartnern erinnern. Da die Behörden ihre Pflichten vernachlässigten, riefen die sechs Bildungsgewerkschaften im Februar 2016 in einer konzertierten Aktion einen unbefristeten Streik aus und verlangten, dass die Gehälter der Lehrkräfte in Litauen, die seit 2008 eingefroren waren, wieder auf Vorkrisen-Niveau angehoben werden. Sie forderten die Verbesserung der Arbeits- und Sozialbedingungen für Bildungsbeschäftigte mit einer stärkeren Angleichung zwischen Lehrkräften an Primar- und Sekundarschulen sowie eine dauerhafte Erhöhung der Mittel für Bildung. Nach dem Warnstreik 2014 und angesichts der ausgebliebenen Einigung mit der Regierung beschlossen die litauischen Lehrkräfte, ihre Muskeln spielen zu lassen. Nach massiven Protesten schafften die Gewerkschaften und die Regierung die Rückkehr an den Verhandlungstisch und schlossen eine Vereinbarung, die eine Gehaltserhöhung für Lehrkräfte in der allgemeinen Bildung und für BerufsanfängerInnen vorsah. Außerdem regelte die Vereinbarung, dass die Fondsmittel zur Zahlung von Abfindungen für in Ruhestand gehende Lehrkräfte erhöht werden. Die Reihe solidarischer Aktionen für Gewerkschaftsrechte in Litauen, in deren Rahmen neue Verhandlungsrunden für weitere Verbesserungen in diesem Sektor vereinbart wurden, war eindeutig ein Erfolg.

Ukraine

Im Dezember 2013 verfasste das EGBW-Sekretariat ein Solidaritätsschreiben an die ukrainischen Bildungsgewerkschaften zur Unterstützung friedlicher Demonstrationen für demokratische Bürgerrechte, sowie Respektierung des Rechts auf freie Meinungsäußerung, und forderte die ukrainische Regierung zur Aufnahme eines inklusiven Dialogs über die politische und wirtschaftliche Entwicklung des Landes auf. Das instabile politische Umfeld, das durch Proteste gegen die Regierung und gewaltsame Zusammenstöße von Demonstranten und Polizeikräften im Februar 2014 entstanden war, führte zu der besonderen und unglücklichen Situation in der Ukraine und - neben vielen anderen Gräueln - auch zur Zerstörung der Büroräume der Freien Ukrainischen Gewerkschaft für Beschäftigte in Bildung und Wissenschaft (TUESWU), einer der ukrainischen Mitgliedsorganisationen des EGBW, die im Gewerkschaftsgebäude auf dem Maidan untergebracht waren. Bei seiner Sitzung am 24. Februar 2014 beschloss das EGBW-Büro, eine Vertreterin in die Ukraine zu entsenden, um noch mehr über die aktuellen Bedürfnisse dort zu erfahren und zudem Informationen über die Relevanz der Abgabe einer politischen Stellungnahme zu erhalten. Nach dieser ersten Mission wurde am 13./14. März eine EGBW-Delegation auf eine weitere Mission entsandt, der sowohl der Europadirektor als auch der BI-Generalsekretär angehörten. Im Rahmen der Gespräche fanden Treffen statt, an denen die Leitungen der TUESWU, der Freien Gewerkschaft der Ukraine für Bildung und Wissenschaft (VPONU) und des Verbandes der Freien Gewerkschaften der Ukraine (KPVU) sowie Frau *Inna Sovsun*, amtierende Stellvertretende Bildungsministerin, die EU-Delegation in der Ukraine und die US-Botschaft in der Ukraine teilnahmen. Die TUESWU sprach den Mitgliedern der kurz nach den Unruhen nach Kiew gereisten Delegation sowie anderen KollegInnen ihren Dank für deren Unterstützung und Solidarität aus. Der Bericht der Erkundungsdelegation zeigte, dass die demokratische Entwicklung sich aufgrund der politischen und wirtschaftlichen Instabilität des Landes weiterhin im Zerfallsprozess befand. Der Europadirektor, der damit betraut worden war, unter der Schirmherrschaft der BI einen Rettungsplan für die ukrainischen Gewerkschaften aufzustellen, entwickelte in Zusammenarbeit mit Funktionären der BI ein Unterstützungspaket mit dem Ziel, die ordnungsgemäße Funktion der Gewerkschaften als Voraussetzung für eine erfolgreiche Wiederbelebung des demokratischen Prozesses in der Ukraine

Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von Qualität in der Bildung

wiederherzustellen. Das vom EGBW-Ausschuss im April 2014 angenommene Paket beinhaltete finanzielle Unterstützung für die TUESWU, bestehend aus a) der Zahlung der Miete ihrer provisorischen Büroräume für sechs Monate, b) der Übernahme von 50 % der Kosten für eine neue Immobilie als Darlehen von umgerechnet € 200.000, das in Form von Beiträgen der Mitgliedsorganisationen an den BI-Solidaritätsfonds zurückzuzahlen ist (die restlichen € 200.000 wurden von der STESU bereitgestellt), c) Kapazitätsaufbauprojekte der VPONU und der TUESWU zur Unterstützung demokratischer Entwicklungen, die nach den Wahlen im Mai gestartet werden sollen, und d) ständiger Austausch von Informationen, Monitoring und Unterstützung, wann immer erforderlich. Zum Ausdruck seiner Solidarität mit den ukrainischen Gewerkschaften beschloss das EGBW die Mobilisierung der Mitgliedsorganisationen. Nach seinem Besuch des Landes am 23./24. Oktober 2014 und auf mehreren weiteren Missionen bestätigte der Europadirektor unter Berichterstattung gegenüber dem EGBW-Ausschuss die erfolgreiche Ausführung des Auftrags: durch die Unterstützung und Mittelbereitstellung seitens der Mitgliedsorganisationen und des BI-Solidaritätsfonds konnte die TUESWU 2015 neue Büroräume einrichten.

Europaweite Demonstrationen

In den vergangenen Jahren fanden mehrere europaweite Demonstrationen statt. Tausende von Menschen aus ganz Europa gingen auf die Straße, um an den großen Demonstrationen europäischer Gewerkschaften, die das EGBW in Brüssel organisiert hatte, teilzunehmen. Gewerkschaften vieler verschiedener Branchen und aus ganz Europa erhoben ihre Stimme, zumeist gegen weitere Sparmaßnahmen und für Investitionen, hochwertige Arbeitsplätze und Gleichstellung. Das EGBW beteiligte sich an mehreren Kundgebungen mit eigenen starken Delegationen, denen KollegInnen aus den EGBW- und BI-Sekretariaten sowie von mehreren nationalen Mitgliedsorganisationen angehörten. Die Gruppen liefen Seite an Seite und zeigten ihre zentralen Aussagen für Schutz und Förderung öffentlicher Bildung in Zeiten starrer Sparhaushalte. Weitere EGBW-Mitgliedsorganisationen kamen mit ihren nationalen Verbänden nach Brüssel, um die Demonstration zu unterstützen.

Aktivitäten zur Friedenserziehung

Am 17./18. Mai organisierte das EGBW in Famagusta, Zypern, eine internationale Tagung zur „Friedenserziehung an Schulen: Die Rolle der Lehrkräfte bei der Förderung des Friedens durch Sensibilisierung und Information im Hinblick auf die Vorbeugung gegenüber und Lösung von Konflikten in geteilten Gesellschaften“. Die Hauptziele der Tagung bestanden darin, Solidarität mit den drei EGBW-Mitgliedsorganisationen in den besetzten Gebieten, KTÖS, KTOEÖS und DAÜ-SEN zu zeigen und den Bildungsgewerkschaften Informationen zur Rolle der Bildung bei der Entwicklung des Friedens als Teil des Versöhnungsprozesses in Zypern an die Hand zu geben.

Wie wichtig es ist, gegenüber allen EGBW-Mitgliedsorganisationen Solidarität und Unterstützung zu zeigen und die Arbeit des EGBW fortzusetzen, vor allem um den Fortschritt zwischen den beiden Gemeinschaften voranzutreiben wurde bei der Abschlussitzung hervorgehoben. Als zentrales Ergebnis der Tagung wurde das Statement der *“Internationalen Tagung zur Friedenserziehung in Zypern¹³²”* verabschiedet.

¹³² <https://www.csee-etuice.org/images/attachments/StatementpeaceeducationEN.pdf>.

Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von Qualität in der Bildung

Vor dem Hintergrund so bedeutender Fragen zu Friedenserziehung und Konfliktlösung im 21. Jahrhundert und von dem Wunsch getragen, die eigene Arbeit zur Förderung dieser Themen im Bildungssektor fortzusetzen, hat das EGBW die vom 2. bis zum 3. Juni 2016 im aserbaidschanischen Nabran stattfindende Konferenz „Die Fähigkeit von Bildungsgewerkschaften stärken, zur Förderung von Bildung als ein Werkzeug zur Schaffung eines freundlichen, toleranten und friedlichen Bildungsumfeld beizutragen.“ organisiert. Mit der Konferenz wollte man ein besseres Verständnis der beiden zentralen Punkte erreichen. Das Ziel war dabei, die Bildungsgewerkschaften zu ermutigen, Friedenserziehung und Konfliktlösung nicht nur in die Lehrpläne der frühkindlichen Primar-, Sekundar- und Hochschulbildung aufzunehmen, sondern auch in die berufliche Weiterentwicklung von JunglehrerInnen und QuereinsteigerInnen einzugliedern. Wichtige Themen, die bei der Konferenz angesprochen wurden, waren unter anderem die Förderung von Frieden, Toleranz, Gewaltlosigkeit und Wertschätzung im Bildungssektor sowie die Beteiligung der Lehrkräfte und Bildungsgewerkschaften daran. Die EGBW-Mitgliedsorganisationen hatten Gelegenheit, sich über gewonnene Erfahrungen und gute Praktiken auszutauschen. Man kam zu dem Schluss, dass das EGBW den Mitgliedsorganisationen Platz auf der Internetseite einräumen sollte, damit sie ihre besten Praktiken zur Friedenserziehung miteinander teilen können.

Rundtischgespräche Mittel- und Osteuropa

Die Rundtischgespräche Mittel- und Osteuropa waren ursprünglich von der BI mit dem Wunsch begonnen worden, Mitgliedsorganisationen in Ländern außerhalb der Europäischen Union und der Europäischen Freihandelszone eine Diskussionsplattform zu bieten, auf der sie sich über bildungsgewerkschaftliche Fragen, die in ihrer jeweiligen Region von Belang sind, austauschen können. Mit der Osterweiterung der Europäischen Union haben die Rundtischgespräche Mittel- und Osteuropa weiter an Bedeutung gewonnen. Sie sind für das EGBW-Sekretariat eine wichtige Möglichkeit, sich mit der Mitgliedsorganisation in der jeweiligen Region direkt in Verbindung zu setzen. Die Personalbesetzung des EGBW-Sekretariats berücksichtigt die spezifischen Anforderungen der Region.

Vom 26. bis 28. September 2013 veranstaltete das EGBW in Baku den zweiten MOE-Runden Tisch. Zu den bei dieser Konferenz behandelten zentralen Themen gehörten unter anderem die Auswirkungen der Krise auf den Lehrberuf, die Folgen der Krise für die Arbeitsbedingungen von Bildungsbeschäftigten, der Sozialdialog in MOE-Ländern, Herausforderungen für die Bildungsqualität in MOE-Ländern und Alternativen zu Sparmaßnahmen. Eines der wichtigsten Ergebnisse des MOE-Rundtischgesprächs war, dass die Bildungsgewerkschaften der MOE-Länder die *BI-Initiative Gemeinsam für Bildung* unterstützen würden, wie in der bei dem Rundtischgespräch verabschiedeten Erklärung¹³³ umrissen..

Eine Schwerpunktaktivität des mittel- und osteuropäischen Netzwerks war der dritte EGBW-MOE-Runde Tisch, der vom 19. bis 21. Oktober 2015 in Bukarest stattfand. Die EGBW-Mitgliedsorganisationen der MOE-Länder stellten zu verschiedenen Themen Beispiele für gute Praktiken vor und sprachen über drängende Herausforderungen für Lehrkräfte und Bildungsgewerkschaften in MOE-Ländern, z. B. zunehmende Privatisierung im öffentlichen Sektor,

¹³³ https://www.csee-etuice.org/images/attachments/2013CEERoundtableDeclaration_EN.pdf.

Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von Qualität in der Bildung

berufliche Kompetenzen und Entwicklung von Lehrkräften, Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz, Nutzung von IKT in der Bildung und Förderung eines effizienten und wirksamen Sozialdialogs. Die Delegierten der Bildungsgewerkschaften waren sich einig über die MOE-Rundtisch-Erklärung¹³⁴, die die schädlichen Auswirkungen neoliberaler Politik für Investitionen und Reformen im Bildungssektor und ebenso die Vernachlässigung des Sozialdialogs in verschiedenen MOE-Ländern hervorhebt.

Mittel- und osteuropäisches Netzwerk

Bei seiner Sitzung am 13./14. Oktober 2014 beschloss das EGBW, für einen Probezeitraum von 2 Jahren ein BI/EGBW-Netzwerk mittel- und osteuropäischer Länder (CEENET) zu einzurichten. In der Absicht, die BI-Mitgliedsorganisationen im zentralasiatischen Raum zu fördern und weiter zu unterstützen, empfahl das EGBW dem BI-Vorstand gemäß Art. 2.2 (IV) der Satzung außerdem, Kasachstan, Kirgisistan und Tadschikistan aus der BI-Region Asien/Pazifik aus- und in die europäische EGBW-Region einzugliedern. Die Umgruppierung betraf auch die Länder Turkmenistan und Usbekistan, wo die BI derzeit keine Mitgliedsorganisationen hat (Usbekistan war bis 2013 Mitglied). Nachdem der BI-Vorstand dieser Entscheidung zugestimmt hatte, wurde CEENET am 25. November 2014 bei der EGBW-Sonderkonferenz in Wien gestartet. Das Netzwerk wurde ins Leben gerufen, um bessere Chancen beim Zugang zu Ressourcen zu schaffen, eine bessere Zusammenarbeit zwischen den MOE-Ländern (vor allem der russischsprachigen Länder) zu erreichen und die intensivere Arbeit und Beteiligung bei BI und EGBW zu erleichtern. CEENET wurde gegründet, um auch zwischen den MOE-Rundtischgesprächen und den EGBW-Konferenzen den Kontakt, Informationen und den Austausch von und Praktiken zwischen den Organisationen zu ermöglichen, um demokratische Entwicklungen und Strukturen zusammen mit dem Kapazitätsaufbau zu unterstützen, effizientere Verständigung zu erleichtern und dafür zu sorgen, dass Neuigkeiten und gemeinsame Belange, die von Interesse sind, erörtert und sowohl den Mitgliedsorganisationen als auch der BI und dem EGBW zur Kenntnis gebracht werden.

Im Rahmen des CEENET-Starts hat das EGBW-Sekretariat außerdem die Internetseite und den Newsletter auf Russisch herausgebracht und unter anderem Artikel veröffentlicht, die über Belange der MOE-Länder berichten. Im vorangegangenen Zeitraum stieg die Zahl der EGBW-Solidaritätsaktionen für MOE-Länder an, wobei 58 Aktionen in der Umsetzung sind und mehr als die Hälfte der MOE-Länder betreffen.

Konsortialprojekt Zentralasien

Diese Initiative zur Entwicklungszusammenarbeit in Zentralasien war eine Entscheidung im Rahmen des Weltkongresses 2007 in Berlin. Das aktuelle Konsortialprojekt Zentralasien wurde 2011 bei der BI-Konferenz in Südafrika gestartet, wobei unter den Haupt-Projektpartnern die BI/das EGBW, die Australische Bildungsgewerkschaft, der schwedische LehrerInnenverband (Läraryöbundet) und die Bildungsgewerkschaft Norwegen waren. Das Projekt wurde für einen mehrjährigen Zeitraum angesetzt, der 2016 endet. Das EGBW koordiniert dieses Projekt seit dem 22. Oktober 2014, als der BI-Vorstand beschloss, Kasachstan, Kirgisistan und Tadschikistan aus der BI-Region Asien/Pazifik aus- und in die EGBW-Region einzugliedern. Diese Entscheidung fiel angesichts des Starts des oben erwähnten

¹³⁴ https://www.csee-etuice.org/images/attachments/CEE_Roundtable_declaration.pdf.

Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von Qualität in der Bildung

Mittel- und Osteuropäischen Netzwerks des EGBW (CEENET). Mit dem Projekt soll ein Wandel der BI-Mitgliedsorganisationen in zentralasiatischen Ländern von Funktionsträgern der Regierung hin zu demokratischeren, unabhängigeren, transparenteren, stärkeren und nachhaltigeren Organisationen gefördert werden. Gegenwärtig wird das Projekt in Kasachstan und Tadschikistan durchgeführt und umfasst pro Land mehrere Schulungsmaßnahmen für Gewerkschaftsführer auf Gebiets- und Bezirksebene. Sie befassen sich vor allem mit den Themen, die von den Bildungsgewerkschaften und Projektpartnerorganisationen benannt und als vorrangig eingestuft wurden, wie etwa sozialer Dialog, Geschlechtergleichstellung oder Kinderarbeit. Um einen sanften Übergang und eine erfolgreiche Fortsetzung des Projekts zu ermöglichen, blieb das BI-Büro Asien/Pazifik (EIAP) dafür zuständig, in den beiden Ländern sechs bis zehn Schulungseinheiten zu organisieren und durchzuführen. Die Entscheidung über die eventuelle Durchführung eines Nachfolgeprojekts steht noch aus, wobei tatsächliche und mögliche künftige Fortschritte ebenso zu berücksichtigen sind wie die Bereitschaft und Verfügbarkeit der an der Initiative beteiligten Gewerkschaften, und zwar sowohl auf Seiten der Organisationen in den Zielländern als auch auf Seiten der unterstützenden Bildungsgewerkschaften.

Agentur der Europäischen Union für Grundrechte

Die EU-Agentur für Grundrechte (FRA) ist ein 2007 gegründetes Beratungsgremium der Europäischen Union mit Sitz in Wien, Österreich. Die Agentur sorgt mit dafür, dass die Grundrechte der Menschen, die in der Europäischen Union leben, geschützt werden. Sie tut dies, indem sie Befunde zur Grundrechte-Situation in ganz Europa sammelt und auf Grundlage der Befunde Ratschläge zur Verbesserung der Situation gibt. Außerdem informiert die Agentur Menschen über ihre Grundrechte, um Grundrechte für jedermann in der Europäischen Union Wirklichkeit werden zu lassen.

Im Rahmen der Sitzungen des Ständigen Gleichstellungsausschusses berichtet das EGBW seinen Mitgliedsorganisationen regelmäßig über Entwicklungen und Aktivitäten in der EU-Grundrechteagentur. Seit 16. Dezember 2015 hat die Agentur mit Professor Michael O'Flaherty einen neuen Leiter. Ein wesentliches Arbeitsfeld betrifft die Rechte von LGBT-Personen, wozu 2014 eine wichtige Umfrage durchgeführt und ein Bericht¹³⁵ veröffentlicht wurde. Im Hinblick auf den Schutz vor Diskriminierung aufgrund von sexueller Orientierung, geschlechtlicher Identität oder sexueller Kriterien in der EU¹³⁶ erschien zudem eine rechtsvergleichende Analyse, die 2015 aktualisiert wurde. Im September 2015 veröffentlichte die FRA den Bericht ‚Respekt und Vielfalt fördern - Intoleranz und Hass bekämpfen‘¹³⁷.

Ein anderes Feld, das unter anderem eng verknüpft ist mit der Bildung für SchülerInnen mit besonderem Förderbedarf, betrifft Gewalt gegen Kinder mit Behinderungen; hier hat die EU-Agentur die in der EU bestehenden Gesetze, Vorgehensweisen und Programme analysiert.¹³⁸

¹³⁵ <http://fra.europa.eu/en/publication/2014/eu-lgbt-survey-european-union-lesbian-gay-bisexual-and-transgender-survey-main>.

¹³⁶ <http://fra.europa.eu/en/publication/2015/lgbt-comparative-legal-update-2015>.

¹³⁷ <http://fra.europa.eu/en/publication/2015/promoting-respect-and-diversity-combating-intolerance-and-hate>.

¹³⁸ <http://fra.europa.eu/en/publication/2015/children-disabilities-violence>.

Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von Qualität in der Bildung

Im vergangenen Jahr hat die FRA Asyl-, Migrations- und Grenzangelegenheiten zunehmend in den Mittelpunkt gestellt, da die Rechte von Drittstaatsangehörigen, die in die EU kommen oder sich in der EU aufhalten, oft missachtet werden. Der Grund hierfür sind manchmal die unzureichende Umsetzung von Gesetzen, fehlendes Wissen über Menschenrechte oder schlecht ausgebildete Beamte, und manchmal auch Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit. Laufende Projekte der FRA betreffen daher die soziale Inklusion und die gesellschaftliche Teilhabe von MigrantInnen. Hierdurch sollen Politikentscheider auf nationaler und europäischer Ebene Hinweise zur Umsetzung von Maßnahmen für die Integration und soziale Inklusion von MigrantInnen und deren Abkömmlingen erhalten, ebenso wie zur zweiten Phase der EU-Erhebung zu Minderheiten und Diskriminierung (EU-MIDIS), welche die seit der ersten EU-MIDIS-Erhebung im Jahr 2008 erzielten Fortschritte messen soll. Die Ergebnisse dieser Erhebung werden für Ende 2016 erwartet. Das EGBW wird die Entwicklung beobachten und nachverfolgen, um die Mitgliedsorganisationen auf dem Laufenden zu halten.

Programm ‚Europa für Bürgerinnen und Bürger‘

Das EGBW hat seine aktive Beteiligung am Programm ‚Europa für Bürgerinnen und Bürger‘ fortgesetzt und an den jährlichen, von der Europäischen Kommission abgehaltenen Sitzungen zum strukturellen Dialog mitgewirkt, ebenso wie an weiteren einschlägigen Treffen, die von der Europäischen Sozialplattform und dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss sowie anderen entsprechenden Organisationen oder Institutionen veranstaltet wurden. Nach der Wahl zum Europäischen Parlament im Jahr 2014 und dem anschließenden Wechsel der Europäischen Kommission wurde das damalige ‚Europa für Bürgerinnen und Bürger‘-Programm von der GD COM (Generaldirektion Kommunikation) zur GD HOME (Generaldirektion Migration und Inneres), der vormaligen Generaldirektion Justiz und Inneres, verlegt. Im Juni 2013 beteiligte sich das EGBW an einem offenen Brief zur Zukunft des ‚Europa für Bürgerinnen und Bürger‘-Programms und lud die Mitgliedsorganisationen ein, sich der Aktion anzuschließen. Aufgrund der starken Mobilisierung durch die Organisationen der Zivilgesellschaft und die Sozialpartner, die bei den Aktivitäten des Programms mitwirkten, hat die neue Struktur der Europäischen Kommission den Bereich verstärkt, der Aktivitäten zum Gedenken und zur EU als Friedensprojekt betrifft, z. B. Gedenkveranstaltungen zu großen historischen Wendepunkten in der jüngeren europäischen Geschichte, ebenso wie den Bereich ‚Demokratisches Engagement und Bürgerbeteiligung - Bürgerinnen und Bürger einbinden‘, z. B. Ansprechen der Europaskepsis und Förderung des interkulturellen Dialogs. Dennoch war nach der Umgestaltung des ‚Europa für Bürgerinnen und Bürger‘-Programms dessen Budget durch die Sparmaßnahmen stark reduziert. Angesichts der Herausforderungen der Migration sowie der Zunahme des Extremismus, und im Einklang mit der Pariser Erklärung des Bildungsministerrates zur *Förderung von politischer Bildung und der gemeinsamen Werte von Freiheit, Toleranz und Nichtdiskriminierung*, hat die Europäische Kommission Verständnis für die Bedeutung von Denkansätzen signalisiert, die von der Basis ausgehen. Es wird erwogen, das für dieses Programm verfügbare Budget in naher Zukunft zu erhöhen.

Auf diesem Gebiet ist das EGBW außerdem ein aktives Mitglied der Thematischen Arbeitsgruppe zur Unionsbürgerschaft im Rahmen des Programms ‚Allgemeine und berufliche Bildung 2020‘ und trägt zu den Gesprächen über die *Förderung von staatsbürgerlichem Bewusstsein und der gemeinsamen Werte von Freiheit, Toleranz und Nichtdiskriminierung durch Bildung* bei.

*Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von
Qualität in der Bildung*

7. Chancengleichheit

EU-Gleichstellungspolitik

Die EU-Politik zur Gleichstellung im Hinblick auf Bildung und Gesellschaft berührt Themen wie Geschlechtergleichstellung, Antidiskriminierung, Ureinwohner und Rechte von MigrantInnen, Flüchtenden und ethnischen Minderheiten. Das EGBW verfolgt permanent die Entwicklung verschiedener politischer Initiativen zur Gleichstellung und leistet auch Arbeit zur Information der Mitgliedsorganisationen durch Teilnahme an externen Sitzungen und Ausrichtung der jährlichen EGBW-Seminare und -Ausschusssitzungen zur Gleichstellung in der Bildung.

Dem Ständigen Gleichstellungsausschuss des EGBW, der neben dem EGBW-Ausschuss für den Status von Frauen (ESWC) ein ständiger Beratungsausschuss des EGBW-Ausschusses ist, berichtet das EGBW regelmäßig über die EU-Gleichstellungspolitik und über einschlägige Veranstaltungen. Der ESWC, der aus den weiblichen Mitgliedern des EGBW-Ausschusses besteht, kommt vor jeder ordentlichen Sitzung des EGBW-Ausschusses zusammen, um diesen sowie das EGBW-Büro zu Fragen, die Frauen und Mädchen im Bildungswesen betreffen, zu beraten. 2016 unterstützte das EGBW den Vorschlag des Ständigen Gleichstellungsausschusses, das Thema des Workshops zur Chancengleichheit bei der EGBW-Konferenz 2016 solle der Kapazitätsaufbau von Bildungsgewerkschaften zur Anwerbung und Bindung von im Bildungswesen tätigen Frauen und jungen Menschen sein, während ein anderer Workshop sich mit Migration und Flüchtenden befassen solle.

In den Ständigen Gleichstellungsausschuss wird aus jeder Mitgliedsorganisation maximal ein Vertreter/eine Vertreterin entsandt. Aufgabe des Ausschusses ist die Erörterung einschlägiger Entwicklungen zu Gleichstellungsfragen in der Bildung auf einzelstaatlicher und europäischer Ebene und der Austausch guter Praktiken der Bildungsgewerkschaften im Hinblick auf Gleichstellungsfragen. Er verfolgt das Ziel, die im EGBW-Arbeitsprogramm festgelegten Schwerpunkte und Empfehlungen hinsichtlich der Chancengleichheit voranzutreiben. Außerdem gibt er Empfehlungen zu vorrangigen Themen und Arbeitsmethoden im Hinblick auf Chancengleichheit in der Bildung, den Lehrberuf und die Bildungsgewerkschaften. Der Ständige Gleichstellungsausschuss tritt einmal pro Jahr zusammen. Die Mitglieder werden von den nationalen Bildungsgewerkschaften des jeweiligen Landes nominiert. Als Mitglieder dieses Gremiums können Männer wie Frauen gewählt werden. In den Jahren 2013 bis 2015 verabschiedete der EGBW-Ausschuss die Empfehlungen des Ständigen Ausschusses zu sozialem Dialog und Chancengleichheit¹³⁹ (2015), zu Mainstreaming von Vielfalt und Überwindung von Ungleichheiten¹⁴⁰ (2014) und zur Umsetzung der Gleichstellungsempfehlungen von 2011/12¹⁴¹ (2013). Das EGBW verfolgt außerdem den allgemeinen Ansatz, das Gleichstellungsprinzip auch bei EGBW-Veranstaltungen, z. B. den MOE-Rundtischgesprächen oder den FkB- oder Berufsbildungsseminaren, zu etablieren.

¹³⁹ https://www.csee-etuce.org/images/attachments/RC_SCE_2015adopted-EN.pdf.

¹⁴⁰ https://www.csee-etuce.org/images/attachments/Recommendationsmainstreamingdiversity_EN.pdf.

¹⁴¹ <https://www.csee-etuce.org/images/attachments/ETUCESCEGuidelinesImplementationEN.pdf>.

Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von Qualität in der Bildung

Als Mitglied des EGB-Frauenausschusses arbeitet das EGBW zu den verschiedenen EU-Richtlinien mit dem EGB zusammen, der sich nicht nur gegen das unausgewogene Geschlechterverhältnis in Beschlussfassungsorganen der Gewerkschaften auf Verbands-, einzelstaatlicher und europäischer Ebene wendet, sondern auch ein wichtiges Kapitel zur Geschlechtergleichstellung in das für 2015-2019 verabschiedete EGB-Aktionsprogramm¹⁴² aufgenommen hat.

Zudem hält das EGBW die Mitgliedsorganisationen auf dem Laufenden, was die Gleichstellungspolitik internationaler Organisationen, z. B. der OECD, betrifft. 2015 veröffentlichte die OECD *Empfehlungen des Rates zur Geschlechtergleichstellung im öffentlichen Leben*¹⁴³, die auf das Erreichen der Geschlechtergleichstellung im öffentlichen Sektor über drei zentrale Wege abstellen: die Politik, die Funktion als Rollenmodell für den privaten Sektor und die eigene Einstellungspraxis als ArbeitgeberIn.

Antidiskriminierung

Bei seiner Arbeit für die Verhinderung von Diskriminierung im Bildungssektor aufgrund von Rasse, ethnischer Abstammung, Religions- oder Glaubenszugehörigkeit, Behinderung, Alter oder sexueller Ausrichtung und Geschlecht hat das EGBW die einschlägige EU-Politik ständig beobachtet und nachverfolgt. Auf EU-Ebene gibt es zwei zentrale Richtlinien, welche die Arbeit der Mitgliedstaaten und der Europäischen Kommission zur Antidiskriminierung steuern: die Richtlinie zur Rassengleichheit¹⁴⁴ und die Beschäftigungsrahmen-Richtlinie¹⁴⁵. Zusätzlich verabschiedete die Europäische Kommission im Juli 2008 die Mitteilung zu Nichtdiskriminierung und Chancengleichheit¹⁴⁶, die mit dem Beschluss der Kommission, eine Gruppe von Regierungssachverständigen für Nichtdiskriminierung zu schaffen, verknüpft ist. Zu den von der Europäischen Kommission ergriffenen Antidiskriminierungsmaßnahmen gehört die Verbesserung des Wissens über Diskriminierung durch Sensibilisierung der Bevölkerung für ihre Rechte und Pflichten und für die Vorteile von Vielfalt, die Unterstützung von Sozialpartnern, NGOs und Gleichstellungsgremien bei der Verbesserung ihrer Fähigkeit, Diskriminierung zu bekämpfen, die Unterstützung der Entwicklung von Gleichstellungsstrategien auf nationaler Ebene durch die Ermutigung zum Austausch guter Praktiken zwischen EU-Ländern, und Hilfestellung bei der Organisation von Schulungsaktivitäten zur Antidiskriminierung.

Darüber hinaus haben die europäischen Bildungsminister als Reaktion auf die Terrorangriffe in Frankreich und Dänemark im Januar und Februar 2016 eine Erklärung zur ‚Förderung von politischer Bildung und der gemeinsamen Werte von Freiheit, Toleranz und Nichtdiskriminierung‘ verfasst - die

¹⁴² https://www.etuc.org/sites/www.etuc.org/files/other/files/20151007_action_programme_en-consolidated_0.pdf.

¹⁴³ <http://www.oecd.org/gov/2015-oecd-recommendation-of-the-council-on-gender-equality-in-public-life-9789264252820-en.htm>.

¹⁴⁴ http://ec.europa.eu/justice/discrimination/law/index_en.htm.

¹⁴⁵ <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:32000L0078:de:HTML>.

¹⁴⁶ http://eur-lex.europa.eu/legal-content/en/ALL/;ELX_SESSIONID=nSMVJJQMtTcTVT2bzWMJ0SGgzG1gzWv32mYv24HtsK0NMY78hLL!1980783896?uri=CELEX:52008DC0420.

Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von Qualität in der Bildung

Erklärung von Paris, die die Bedeutung von Bildung im Kampf gegen Intoleranz und Diskriminierung hervorhebt und Aktionen auf einzelstaatlicher und europäischer Ebene fördert¹⁴⁷.

In diesem Politikbereich sind außerdem die Anstrengungen hervorzuheben, die zur Unterstützung der Gleichbehandlung der Roma, der größten ethnische Minderheit in der EU, unternommen wurden. Die jüngsten politischen Entwicklungen in Bezug auf die Roma unterstreichen die gemeinsame Verantwortung europäischer Interessengruppen für die Verbesserung der Lebensumstände der Roma-Bevölkerung in der EU. Mit Blick auf die Entwicklung einer nichtdiskriminierenden hochwertigen Bildung für Roma-Kinder beteiligte sich das EGBW an der Antidiskriminierungspolitik der EU, die insbesondere Diskriminierung aufgrund der ethnischen Herkunft oder Rasse verhindern will. Das EGBW und seine Mitgliedsorganisationen spielen eine wichtige Rolle bei der Integration von Roma im Bildungssektor. Aus diesem Grund bekämpfen das EGBW-Sekretariat und die Mitgliedsorganisationen weiterhin die Diskriminierung von Roma und sorgen dafür, dass die Bemühungen in diesem Bereich weitergehen. Das Ziel ist die Unterbindung von Hassverbrechen und Hassreden gegen Sinti und Roma durch den beharrlichen politischen Willen, Gleichstellung zu fördern.

Das EGBW und seine Mitgliedsorganisationen haben auch der Gleichberechtigung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transsexuellen verstärkt Aufmerksamkeit geschenkt, indem sie bei zahlreichen Veranstaltungen teilgenommen und mitgewirkt haben, wie z. B.: Konferenz des Rates der Europäischen Union zur Diskriminierung aufgrund der Geschlechteridentität am 28. Oktober 2014, Konferenz der Internationalen Lesben- und Schwulenvereinigung (ILGA) zum Cyber-Mobbing im Juni 2014, die Internationale Menschenrechtskonferenz „Auf dem Weg zu einer europäischen Roadmap für die Gleichstellung von LGBT“¹⁴⁸ am 26. Juli 2013 und die große Konferenz des irischen EU-Ratsvorsitzes zu homophobem und transphobem Mobbing im Februar 2013. Diesbezüglich ist der Brief zur Unterstützung einer auf Gleichstellung zielenden Erziehung in Polen hervorzuheben, den das EGBW im Februar 2014 an den polnischen Bildungsminister sandte. Bildungsqualität wird demnach durch Gleichstellung erreicht.

Verschiedene EGBW-Umfragen zeigen, dass Diskriminierung sich in allen Bereichen der Beschäftigung - von Einstellungsverfahren über Vergütung bis hin zu Aufstiegsmöglichkeiten - hartnäckig hält, vor allem in Zeiten des wirtschaftlichen Abschwungs. Deswegen führen das EGBW und seine Mitgliedsorganisationen auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene weiterhin zahlreiche Initiativen zur Bekämpfung von Diskriminierung und zur Förderung von Vielfalt durch. Diese Maßnahmen umfassen die Sensibilisierung sowie die Zusammenarbeit und das Verhandeln mit Arbeitgeberinnen mit dem Ziel, Diskriminierung am Arbeitsplatz zu beseitigen und Chancengleichheit zu fördern, wobei die Förderung und Schaffung eines ganzheitlichen Schulkonzepts, ein erleichtertes Melden von diskriminierenden Handlungen und Vorfällen, die Fortbildung für Lehrkräfte zum Thema Antidiskriminierung, die Unterstützung von Diskriminierungsopfern und die Beobachtung, Dokumentierung und Bekanntmachung von Diskriminierung am Arbeitsplatz eine Rolle spielen.

¹⁴⁷ http://ec.europa.eu/education/news/2015/documents/citizenship-education-declaration_en.pdf.

¹⁴⁸ <http://www.eu2013.lt/en/events/political-meetings/conferencesandseminars/international-human-rights-conference-towards-a-european-roadmap-for-lgbt-equality>.

Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von Qualität in der Bildung

Migration

Das EGBW hat die Entwicklungen in der EU-Migration, die sich auf den Bildungssektor auswirken, ständig beobachtet. Um im Rahmen der Europa2020-Strategie effizient zu einem intelligenten, nachhaltigen und inklusiven Wachstum beitragen zu können, braucht Europa eine Migrationspolitik, die für den globalen Wettbewerb neue Talente anlockt. Daher sind Synergien zwischen verschiedenen Politikfeldern, zum Beispiel zwischen Migration und Beschäftigung, Bildung, Entwicklungs- und Handelspolitik, nützlich. Europa versucht, hochqualifizierte Fachkräfte und internationale Studierende anzulocken und zu binden und die Bildung von rechtmäßig ansässigen Migranten zu fördern, um auf diesem Weg dazu beizutragen, dass die Versorgung mit Qualifikationen, die der EU-Arbeitsmarkt künftig benötigt, gewährleistet ist. Die Europäische Union will den Bedarf an Arbeitsmigration und handelsbezogener Mobilität gemeinsam, nämlich über strukturelle Dialoge mit den Mitgliedstaaten, einschätzen.

Im März 2014 veröffentlichte die GD HOME der Europäischen Kommission eine Mitteilung samt dazugehörigem Arbeitspapier der Kommissionsdienststellen¹⁴⁹ an die Adresse des Europäischen Parlaments und des Europäischen Rates, des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses und des Ausschusses der Regionen, die den Titel ‚Ein offenes und sicheres Europa: Praktische Umsetzung‘ trug (COM (2014) 154 final)¹⁵⁰. Im Anschluss an das Stockholmer Programm¹⁵¹, das bis 2014 in den Bereichen Justiz, Freiheit und Sicherheit den Rahmen für die EU-Politik bildete, setzt die Mitteilung für den Zeitraum 2015 bis 2019 Prioritäten im Bereich Migration. Vier der fünf Kapitel beschäftigen sich mit dem Personenverkehr über EU-Grenzen hinweg, unter anderem mit Wirtschaftsmigranten, Asylbewerbern und regulären Reisenden. Im Rahmen ihrer jüngeren Publikationen veröffentlichte die Europäische Kommission am 9. März 2016 eine neue Studie zur Diversität des Lehrberufs in Europa¹⁵², in der es speziell um Lehrkräfte mit Migrations- bzw. Minderheitenhintergrund geht, und im April 2016 einen Bericht zur Rolle der Bildung bei der Förderung der wirtschaftlichen Integration von Migranten¹⁵³. Dieser Bericht zeigt den Bildungsstand, den Zuwanderer der ersten und zweiten Generation im Vergleich mit einheimischen SchülerInnen/Studierenden in Europa erreichen.

Zusätzlich ist das EGBW Mitglied in verschiedenen EGB-Arbeitsgruppen, darunter die Arbeitsgruppe ‚Migration und Inklusion‘, die sich mit der Migration von gewöhnlichen Arbeitskräften und der Inklusion in der EU befasst. Die Schwerpunktsetzung im EGBW-Aktionsplan zur Migration¹⁵⁴ und in der EGB-Resolution für einen effektiveren Schutz von Migranten und Flüchtenden, ihrer Leben und ihrer

¹⁴⁹ http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/e-library/documents/basic-documents/docs/an_open_and_secure_europe_-_making_it_happen_swd_en.pdf.

¹⁵⁰ http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/e-library/documents/basic-documents/docs/an_open_and_secure_europe_-_making_it_happen_de.pdf.

¹⁵¹ <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=URISERV:j10034>.

¹⁵² http://ec.europa.eu/education/library/study/2016/teacher-diversity_en.pdf.

¹⁵³ http://bookshop.europa.eu/en/education-as-a-tool-for-the-economic-integration-of-migrants-pbNC0115468/;pgid=lq1Ekni0.1ISR00OK4MycO9B0000bXKWY6Aj;sid=05v6bjkCo3_6Ym_8uL1kyVsnvjKHHRhZek=?CatalogCategoryID=QN4KABste0YAAAEjFZEY4e5L.

¹⁵⁴ https://www.etuc.org/documents/action-plan-migration#.V2f0_K2PYWJ.

Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von Qualität in der Bildung

Rechte an den EU-Außengrenzen¹⁵⁵ wird vom EGBW unterstützt. Das EGBW hat den EGB mit einer Stellungnahme zu den kürzlich vom Europäischen Rat im Hinblick auf Flüchtlinge gefassten Beschlüssen ermächtigt, die bei der Sitzung des EGB-Exekutivsausschusses im April 2016 verabschiedet wurde. Im Bildungssektor wirkt sich Migration doppelt aus: sie betrifft, wie in der BI-Studie ‚Migration und Mobilität von Lehrkräften‘¹⁵⁶ beschrieben, die Beschäftigten (siehe Kapitel 4) selbst, aber auch die Qualifikationen und Kompetenzen, die Lehrkräfte und andere Bildungsbeschäftigte brauchen, um auf die Bedürfnisse von Kindern und jungen Menschen mit Migrationshintergrund eingehen zu können. In diesem Bereich hat das EGBW eine Reihe von Empfehlungen herausgegeben, die der Ständige Gleichstellungsausschuss des EGBW 2014 vorgeschlagen hatte¹⁵⁷. Darüber hinaus hat das EGBW von 2012 bis 2014 an den Sitzungen des SIRIUS-Netzwerks,¹⁵⁸ ein Europäisches Politiknetzwerk zur Bildung von Kindern und jungen Menschen mit Migrationshintergrund, teilgenommen und mitgewirkt.

Bildung und Flüchtlinge

Mit dem stetigen Wachsen der Zahl der Flüchtlinge, die an den Küsten und Landgrenzen Europas ankommen - unter ihnen Menschen, die Zuflucht und Schutz vor Krieg, Verfolgung und brutalen Menschenrechtsverletzungen in ihren Heimatländern suchen - hat der Zustrom von Männern, Frauen und Kindern aus Syrien, dem Irak, Afghanistan und anderen Orten der Welt, die Hilfe in Europa suchen, um ihr Leben und ihre Freiheit zu bewahren, einen Stand erreicht, der höher ist als je zuvor im Jahr 2015. Das EGBW-Büro reagierte, indem es am 18. September 2015 die Stellungnahme ‚Flüchtlinge & Bildung: Menschenrechte für alle‘¹⁵⁹ verabschiedete, die von den europäischen Regierungen forderte, allen flüchtenden Kindern, Jugendlichen und Erwachsene dringend Zugang zur Bildung zu ermöglichen. Die Stellungnahme ermutigt außerdem die Bildungsgewerkschaften, bei der Bereitstellung von hochwertiger Bildung für alle eine aktive Rolle zu übernehmen. Da das EGBW und seine Mitgliedsorganisationen sich aktiver an der Ermöglichung hochwertiger Bildung für alle beteiligen möchten, werden sie an dem BI-Strategie- und Aktionsplan für Migration und Flüchtlinge¹⁶⁰ mitwirken und durch den Austausch guter Praktiken und politischer Ansätze einen Beitrag leisten, damit Bildung als ein grundlegendes Menschenrecht sichergestellt wird.

Die Familien und unbegleiteten Kinder, die in Europa ankommen, müssen in einem sicheren und mitmenschlichen Umfeld freundlich aufgenommen werden. Bildung hilft ausgegrenzten Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen, wieder auf die Beine zu kommen, sich von der Armut zu befreien und mit dem Ziel, sich eine bessere Zukunft aufzubauen, an der Gemeinschaft und Gesellschaft uneingeschränkt teilzuhaben. Das EGBW und seine Mitgliedsorganisationen weisen auf die wichtige Rolle hin, die den Bildungseinrichtungen, Schulgemeinschaften, Lehrkräften und

¹⁵⁵ <https://www.etuc.org/documents/etuc-resolution-more-effective-protection-migrants-and-refugees-their-lives-and-their#.V2f10q2PYwJ>.

¹⁵⁶ <https://www.migrantteachersrights.org/>.

¹⁵⁷ https://www.csee-etuice.org/images/Recommendations/SCE_Recommendations_EN.pdf.

¹⁵⁸ <http://www.sirius-migrationeducation.org/>.

¹⁵⁹ https://www.csee-etuice.org/images/attachments/ST_Education_Basic_Right_for_Refugees-EN.pdf.

¹⁶⁰ https://download.ei-ie.org/SiteDirectory/Human_and_Trade_Union_Rights_and_Equality/Documents/Refugees%20and%20migrants/2016_migrant_teachers_EN.pdf.

Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von Qualität in der Bildung

Bildungsgewerkschaften dabei zukommt, Flüchtenden zur uneingeschränkten Achtung ihrer Menschenrechte und -würde zu verhelfen, und zwar unabhängig von ihrem Rechtsstatus und gemäß internationalem Recht. Das EGBW hat außerdem den EGB beauftragt, eine Stellungnahme zu den kürzlich vom Europäischen Rat im Hinblick auf Flüchtende gefassten Beschlüssen zu verfassen, die bei der Sitzung des EGB-Exekutivausschusses im April 2016 verabschiedet wurde, und mit den sektorenübergreifenden Sozialpartnern eine Stellungnahme der europäischen Wirtschafts- und Sozialpartner zur Flüchtlingskrise¹⁶¹ zu auszuhandeln, die bei dem Dreigliedrigen Sozialgipfel im März 2016 vorgestellt wurde.

Um die Vertiefung des Austauschs und der Diskussion über das Thema Bildung und Flüchtende zu ermöglichen, wird im Rahmen der EGBW-Konferenz im Dezember 2016 ein Workshop zu Migration und Flüchtenden organisiert.

Gleichstellung von Frauen und Männern in der Europäischen Union

Im Jahr 2010 veröffentlichte die Europäische Kommission die ‚Strategie für Gleichstellung von Frauen und Männern 2010-2015‘¹⁶², die das Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission zur Förderung von Chancengleichheit ist, z. B. in den Bereichen ‚gleiche wirtschaftliche Unabhängigkeit‘, ‚gleiches Entgelt für gleiche und gleichwertige Arbeit‘, ‚Gleichstellung in Entscheidungsprozessen‘ und ‚Würde und Unversehrtheit – der geschlechterbezogenen Gewalt ein Ende setzen‘. Aufgrund des Auslaufens der Strategie im Jahr 2015 lief die Europäische Union Gefahr, ihren rechtlichen Verpflichtungen zur Verwirklichung der Gleichstellung von Frauen und Männern nicht länger nachkommen zu können. Am 20. April 2015 nahm das EGBW an dem Hochrangigen Forum für Geschlechtergleichstellung teil, das die Europäische Kommission zur Vorbereitung der EU-weiten öffentlichen Konsultation zu dieser Strategie organisiert hatte. Das EGBW und seine Mitgliedsorganisationen brachten ihren Beitrag in die Konsultation ein und forderten deren Ausweitung. Nachdem die jährlichen Fortschrittsberichte der Europäischen Kommission zu den Erfolgen der Mitgliedstaaten bei der Umsetzung der Strategie vorlagen, verlegte die Kommission sich darauf, die künftige Strategie zur Gleichstellung von Frauen und Männern von einer offiziellen Mitteilung auf ein Arbeitspapier der Kommissionsdienststellen herunterzustufen, indem sie den für Beschäftigung und Geschlechtergleichstellung zuständigen EU-Ministern, die am 7. Dezember 2015 bei der Tagung des Rates für Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucher (EPSCO) anwesend waren, einen entsprechenden Vorschlag unterbreitete. In Unterstützung des EGB, der einen offiziellen Brief an EU-Präsident Juncker gerichtet hatte, wandten sich die EGBW-Mitgliedsorganisationen an ihre jeweils zuständigen Minister und forderten eine bindende EU-Strategie zur Geschlechtergleichstellung. 2016 veröffentlichte die Europäische Kommission das ‚Strategische Engagement für die Gleichstellung der Geschlechter 2016-2019‘¹⁶³, nicht zuletzt aufgrund des steigenden Drucks der Sozialpartner und Organisationen der Zivilgesellschaft während des Stillstands bei der Mutterschutzrichtlinie. Das strategische Engagement, das die Einführung der Gleichstellungsthematik in die EU2020-Strategie unterstützt, hat fünf Schwerpunkte: die Beteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt und gleiche wirtschaftliche

¹⁶¹ https://www.etuc.org/sites/www.etuc.org/files/press-release/files/14.03.16_final_eco_soc_partners_message_refugee_crisis.pdf.

¹⁶² http://ec.europa.eu/justice/gender-equality/files/documents/strategy_equality_women_men_en.pdf.

¹⁶³ http://ec.europa.eu/justice/gender-equality/document/files/strategic_engagement_en.pdf.

Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von Qualität in der Bildung

Unabhängigkeit erhöhen, das geschlechterspezifische Gefälle bei Löhnen, Einkommen und Renten abbauen und damit Frauenarmut bekämpfen, die Gleichstellung von Frauen und Männern bei Entscheidungsprozessen verbessern, geschlechterbezogene Gewalt bekämpfen und Opfer schützen und unterstützen und die Geschlechtergleichstellung sowie Frauenrechte weltweit fördern. Das EGBW behält die Entwicklung auf diesem Gebiet weiter im Auge.

Was weitere Initiativen auf EU-Ebene zur Geschlechtergleichstellung betrifft, so veranstaltete der litauische EU-Ratsvorsitz am 13. September 2013 eine Konferenz zur Wirksamkeit institutioneller Mechanismen bei der Verwirklichung der Geschlechtergleichstellung, und die Generaldirektion Justiz und Inneres veröffentlichte 2013 einen Forschungsbericht über eine Studie zur Rolle von Männern bei der Geschlechtergleichstellung¹⁶⁴.

Geschlechtergleichstellung

Eine wichtige Aktivität des EGBW war auf diesem Gebiet das von der EU kofinanzierte Projekt *Förderung von Geschlechtergleichstellung in Bildungsgewerkschaften und im Lehrberuf II - Umsetzung und Verstärkung von Aktionen der Bildungsgewerkschaften zur Geschlechtergleichstellung in Zeiten der Sparpolitik*. Auf das Projekt folgten eine Online-Umfrage der EGBW-Mitgliedsorganisationen zur Geschlechtergleichstellung in Bildungsgewerkschaften und im Lehrberuf sowie ein Workshop, Schulungsseminare und eine große Konferenz, auf der die Umfrageergebnisse¹⁶⁵ vorgelegt wurden. Der Bericht zeigt deutlich, dass das EGBW und seine Mitgliedsorganisationen auf dem richtigen Weg sind, wenn auch noch vieles zu tun bleibt, damit Geschlechtergleichstellung sowohl in den Gewerkschaften als auch im Lehrberuf erreicht wird. Obwohl die EGBW-Mitgliedsorganisationen ihre Bemühungen, z. B. in Form von Fortbildungen, intensiviert haben, sind sie im Hinblick auf eine ausgewogene Vertretung und Gleichstellung der Geschlechter in ihren Beschlussfassungsorganen von einer Verwirklichung der Geschlechtergleichstellung nach wie vor weit entfernt. Die Ergebnisse dienen außerdem als Grundlage für das EGBW/EGB-Schulungsseminar zur ‚Förderung von Geschlechtergleichstellung über den sozialen Dialog‘, das im März 2016 auf Malta stattfand, wo Bildungsgewerkschafts-VertreterInnen zusammenkamen, um sich über Wege einer Förderung der Geschlechtergleichstellung durch den sozialen Dialog zu informieren und auszutauschen.

In diesem Zusammenhang sind auch die Ergebnisse des vorhergehenden Genderprojekts des EGBW zu erwähnen, die vom EGBW-Ausschuss im April 2013 verabschiedet wurden: die ‚Richtlinien zu Maßnahmen von Bildungsgewerkschaften zur Bekämpfung von Geschlechterstereotypen im Bildungswesen und Geschlechtertrennung auf dem Arbeitsmarkt‘¹⁶⁶ wurden zusammen mit den Projektberichten als USB-Sticks an die EGBW-Mitgliedsorganisationen verteilt.

¹⁶⁴ http://ec.europa.eu/justice/gender-equality/files/gender_pay_gap/130424_final_report_role_of_men_en.pdf.

¹⁶⁵ https://www.csee-etuice.org/images/attachments/Gender_equality_Survey_report_EN_only.pdf.

¹⁶⁶ https://www.csee-etuice.org/images/attachments/Guidelines_on_how_to_mitigate_gender_stereotypes_segregation_DE.pdf.

Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von Qualität in der Bildung

Das EGB-Seminar ‚Die Geschlechtergleichstellung und die Sparkrise‘ im Januar 2014 war nur eine unter vielen Sitzungen auf EU-Ebene zur Geschlechtergleichstellung, an denen das EGBW teilnahm.

Frauen in Gewerkschaften und Stärkung der Teilhabe von Frauen

Durch die im EGB-Ausschuss für den Status von Frauen und im Ständigen Gleichstellungsausschuss des EGBW geleistete Arbeit kommt der Förderung von Frauen in den Gewerkschaften eine wichtige Rolle zu, besonders wenn es um die Repräsentation von Frauen und Frauen in Führungspositionen in der Bildungsgewerkschaftsbewegung geht. Quotenregelungen für eine bessere Vertretung von Frauen werden bei Gesprächen im EGBW-Ausschuss regelmäßig als Lösungsweg genannt. Die Empfehlungen des Ständigen Gleichstellungsausschusses in Bezug auf ‚Mainstreaming von Vielfalt und Überwindung von Ungleichheiten‘ (2014) und auf ‚Empfehlungen zu sozialem Dialog und Chancengleichheit‘ (2015) wurden vom EGBW-Ausschuss angenommen¹⁶⁷. 2016 verfasste der Ständige Ausschuss für die EGBW-Konferenz einen Resolutionsentwurf zu Gleichstellungsfragen.

Ein Highlight während des in diesem Bericht erfassten Zeitraums war die zweite BI-Weltfrauenkonferenz im April 2014 in Dublin, die unter anderem von den irischen Mitgliedsorganisationen ausgerichtet wurde. Das EGBW und seine Mitgliedsorganisationen wirkten aktiv bei den Gesprächen mit und unterstützten die Entwicklung und Aktualisierung des Gender-Aktionsplans der BI. Das EGBW und seine Mitgliedsorganisationen haben außerdem am Frauengesprächskreis auf dem BI-Weltkongress 2015 in Ottawa teilgenommen und mitgearbeitet.

Abgesehen von ihrer Mitwirkung an den regelmäßigen BI- und EGBW-Umfragen haben das EGBW und seine Mitgliedsorganisationen auch an der ‚8.-März-Umfrage‘ teilgenommen, die der EGB jährlich organisiert, um zu beobachten, wie sich die Vertretung von Frauen in den Gewerkschaften und an der Spitze der Gewerkschaften entwickelt. In der jüngsten Umfrage musste der EGB einen Stillstand oder sogar einen leichten Rückgang beim Anteil von Frauen an Führungspositionen in den Gewerkschaften verzeichnen, wohingegen die Zahl der Frauen unter den Mitgliedern in den letzten Jahren stetig gestiegen ist. Mit seinem erneuerten Aktionsplan zur Geschlechtergleichstellung¹⁶⁸ versucht der EGB dieser Tendenz entgegenzuwirken, vor allem durch Anstreben eines ausgewogenen Geschlechterverhältnisses in den Beschlussfassungsorganen. Das EGBW ist Mitglied im EGB-Frauenausschuss und beteiligt sich aktiv an dessen Debatten; zudem trägt es zur Entwicklung von Strategien in Gleichstellungsfragen bei. Das EGBW und seine Mitgliedsorganisationen haben auch an zahlreichen Veranstaltungen teilgenommen, die der EGB in diesem Bereich organisiert hat, z. B. an der gemeinsam mit dem Europäischen Institut für Gleichstellungsfragen (EIGE) ausgerichteten Konferenz ‚Förderung der Geschlechtergleichstellung als Strategie für wirtschaftliche Unabhängigkeit und berufliche Teilhabe: Wie die Sozialpartner die Beschäftigung von Frauen und Männern erleichtern und die Geschlechtergleichstellung ausbauen‘¹⁶⁹ vom 27. November 2015. Zudem nimmt das EGBW regelmäßig an den Sitzungen für europäische Gewerkschaftsverbände (ETUF) teil, die der EGB zur

¹⁶⁷ <https://www.csee-etuice.org/en/documents/recommendations>.

¹⁶⁸

https://www.etuc.org/sites/www.etuc.org/files/document/files/etuc_action_programme_on_gender_equality_2016-2019.pdf.

¹⁶⁹ <http://eige.europa.eu/news-and-events/events-calendar/event/6056>.

Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von Qualität in der Bildung

Erörterung spezifischer Geschlechtergleichstellungsthemen aus einer europäischen sektorenübergreifenden Gewerkschaftsperspektive veranstaltet.

Lohnleichheit

Lohnleichheit ist ein entscheidendes Thema, das vom EGBW aufmerksam beobachtet und nachverfolgt wird. Am 28. Februar 2013 (Equal Pay Day) berichtete das EGBW seinen Mitgliedsorganisationen über einen Entschließungsantrag im Europäischen Parlament zu den Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf die Gleichstellung von Männern und Frauen und die Rechte der Frauen¹⁷⁰. Das EGBW und mehrere seiner Mitgliedsorganisationen nahmen auch an den Debatten und Veranstaltungen teil, die im Rahmen des EGBW-Projekts ‚Tarifverhandlungen und Gleichstellung‘ - unter Entwicklung eines praktischen Online-Toolkits des EGB mit guten Praktiken¹⁷¹- abgehalten wurden, ergänzt durch das EGI-Seminar ‚Tarifverhandlungen für Gleichstellung‘ im November 2013 in Brüssel.

Unmittelbar verbunden mit dem Thema Lohnleichheit ist das Problem der geschlechtsspezifischen Rentenlücke. Eine interessante Lektüre, auf die das EGBW seine Mitgliedsorganisationen aufmerksam gemacht hat, ist der von der Fondazione Giacomo Brodolini gemeinsam mit dem Istituto per la Ricerca Sociale für die Generaldirektion Justiz und Inneres verfasste Bericht, der im Juni 2013 veröffentlicht wurde¹⁷². Sowohl beim Lohn als auch bei der Rente hat die geschlechterspezifische Lücke mit der Vereinbarkeit von Arbeits-, Privat- und Familienleben zu tun, wo Frauen nach wie vor mehr Verantwortung für die Familienbetreuung übernehmen als Männer. Das EGBW war auch in diesem Bereich aktiv und berichtete den Mitgliedsorganisationen über wichtige Ereignisse, darunter die Veröffentlichung eines Berichts der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen mit dem Titel: ‚Barcelona-Ziele. Ausbau der Betreuungseinrichtungen für Kleinkinder in Europa mit dem Ziel eines nachhaltigen und integrativen Wachstums‘¹⁷³ (Juni 2013) und das EGB-Projekt ‚Who cares‘, an dessen Abschlusskonferenz das EGBW im November 2014 teilnahm.

Gewalt gegen Frauen

Die EGBW-Mitgliedsorganisationen samt den Mitgliedern der EGBW-Arbeitsgruppe für Gleichstellung nehmen als Teil der BI-Delegation jedes Jahr an der Kommission für den Status von Frauen der Vereinten Nationen teil, um die Mitwirkung der Bildungsgewerkschaften an der Debatte zu gewährleisten. 2013 war das Spezialthema der 57. UNO-Frauenstatuskommission (UN CSW) die Beseitigung und Verhinderung jeglicher Form von Gewalt gegen Frauen und Mädchen, wozu die Delegierten der BI einen wesentlichen Beitrag leisteten.

¹⁷⁰ <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+REPORT+A7-2013-0048+0+DOC+XML+V0//DE>.

¹⁷¹ <https://www.etuc.org/press/toolkit-gender-equality-practice-100-best-practices-gender-equality-work#.V2kV7K2PYwl>.

¹⁷² http://ec.europa.eu/justice/gender-equality/files/documents/130530_pensions_en.pdf.

¹⁷³ http://ec.europa.eu/justice/gender-equality/files/documents/130531_barcelona_de.pdf.

Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von Qualität in der Bildung

Eine der wichtigsten Aktivitäten der EU-Agentur für Grundrechte in diesem Bereich war eine europaweite Umfrage zu Gewalt gegen Frauen, deren Ergebnisse am 5. März 2014 bei einer großen Konferenz im Europarat¹⁷⁴, an deren Podiumsdiskussion das EGBW teilnahm, vorgelegt wurden.

Europäisches Institut für Gleichstellungsfragen (EIGE)

Über die letzten vier Jahre hinweg ist die Beziehung zwischen dem Europäischen Institut für Gleichstellungsfragen und den Sozialpartnern gereift. Das EIGE lädt sowohl Sektor spezifisch als auch sektorenübergreifend die Sozialpartner auf nationaler und europäischer Ebene ein, an jährlichen Sitzungen zu bestimmten relevanten Fragen in Bezug auf die Förderung der Geschlechtergleichstellung teilzunehmen, z. B. an einer Schulung zur thematischen Vernetzung, die vom EIGE im Mai 2013 zum Thema Lohnleichheit in Vilnius organisiert wurde. Durch jährliche Treffen zwischen dem EIGE und den europäischen Gewerkschaftsverbänden wird eine engere Zusammenarbeit ermöglicht; so übersandte z. B. das EGBW am 31. Januar 2015 seinen Beitrag zum Entwurf für die EIGE-Arbeitsschwerpunkte 2016-2018, der auch einen Abschnitt über Bildung enthielt, da das EIGE die Bedeutung der Bildung für die Förderung der Geschlechtergleichstellung erkannt hat. Die Europäische Kommission, der das EIGE unterstellt ist und von der seine Mittel abhängen, hat jedoch den EIGE-Vorschlag, bei den Themen Bildung und Gesundheit enger zusammenzuarbeiten, wenn die Geschlechtergleichstellung berührt ist, abgelehnt, da beide Sektoren nach dem Subsidiaritätsprinzip der Europäischen Union in die Zuständigkeit der Mitgliedsstaaten gehören. Da das EIGE die Verbindung zum Bildungssektor aufrechterhalten möchte, ist es bestrebt, das Thema Bildung, z. B. bei Podiumsdiskussionen, in seine Sitzungen einzubeziehen und leistet Beiträge für die großen EGBW-Veranstaltungen, wie die Abschlusskonferenz des EGBW-Genderprojekts 2014 in Sofia.

Ein wichtiges Instrument, mit dem das EIGE die Geschlechtergleichstellung und deren Voranschreiten misst, ist der Index für Geschlechtergleichstellung¹⁷⁵. Er bewertet die Wirksamkeit politischer Strategien zur Geschlechtergleichstellung in der Europäischen Union und in den Mitgliedstaaten im Zeitablauf. Er besteht aus sechs Kernbereichen - Arbeit, Geld, Wissen, Zeit, Macht und Gesundheit - und zwei Randbereichen - Gewalt gegen Frauen und sich damit überlagernde Ungleichheiten - und basiert auf den politischen Prioritäten der EU. Das EGBW hat an der Eröffnungskonferenz sowohl der ersten als auch der letzten Auflage des Index am 25. Juni 2015 und im Juni 2013 teilgenommen.

8. Sozialer Dialog

8.1 Der europäische soziale Dialog Bildung 176 (ESSDE)

Aufnahme und Entwicklung des ESSDE

Die Lancierung des ESSDE im Jahr 2010 kann als historisches Ereignis betrachtet werden, da dadurch der größte öffentliche Sektor Europas in das europäische sektorale System des sozialen Dialogs eingeführt wurde. Seit Beginn des 21. Jahrhunderts und des Starts der Lissabon-Strategie und

¹⁷⁴ <http://fra.europa.eu/en/project/2012/fra-survey-gender-based-violence-against-women>.

¹⁷⁵ <http://eige.europa.eu/gender-statistics/gender-equality-index>.

¹⁷⁶ Das letzte Arbeitsprogramm und das aktuelle Zweijahresprogramm des ESSDE sind in der Anlage 12.8 enthalten.

Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von Qualität in der Bildung

insbesondere seit Einsetzen der Wirtschaftskrise ist Bildung sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene eine zentrale politische Priorität geworden. Der ESSDE trägt entscheidend zur Erreichung der neuen Ziele der EU2020-Strategie bei. Er bringt europäische ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen aus dem Bildungsbereich zusammen, um Ansichten und Erfahrungen in vielen verschiedenen Bereichen, die für den Bildungssektor von Belang sind, auszutauschen und zu sehen, wie sie den an den Sektor gestellten Anforderungen gemeinsam begegnen können.

Der sektorale Ausschuss für den sozialen Dialog setzt sich aus einem Vertreter bzw. einer Vertreterin pro EU-Mitgliedstaat in jeder der beiden Sozialpartnerdelegationen zusammen. Es ist ein Gremium des sozialen Dialogs der zwei Sozialpartner bei dem die Sozialpartner für ihre Agenda und die Führung ihrer Diskussionen verantwortlich sind. Der ESSDE-Ausschuss tritt einmal pro Jahr im Plenum zusammen. Er kann auch in Arbeitsgruppen mit höchstens 15 VertreterInnen pro Seite zusammentreten.

Im Ausschuss für den europäischen sektoralen sozialen Dialog Bildung vertritt das EGBW die Arbeitnehmerinnenseite und hat alle 28 Ländersitze inne, auf EU-Ebene ergänzt durch zwei VertreterInnen vom Europäischen Gewerkschaftsverband für den öffentlichen Dienst (EGÖD) und eine/n VertreterIn des Verbandes der unabhängigen Gewerkschaften (CESI), wobei Letztere kein Stimmrecht im Ausschuss besitzt.

Der ESSDE-Ausschuss deckt den gesamten Bildungssektor ab: Vorschul-, Primarschul-, Sekundarschulbildung, Berufsbildung sowie Hochschulbildung und Forschung. In den EU-Mitgliedstaaten beschäftigt der Bildungssektor 14,7 Millionen ArbeitnehmerInnen, die 93 Millionen SchülerInnen und Studierende unterrichten. Insgesamt belaufen sich die öffentlichen Ausgaben im europäischen Bildungsbereich auf €583 Milliarden pro Jahr, was 5,7 % des gesamten europäischen BIP entspricht.

Es gibt keine rechtsverbindlichen EU-Akte, die die Harmonisierung nationaler Gesetze oder Verordnungen im Bildungsbereich verlangen könnten. ESSDE-Ergebnisse verpflichten die nationalen Sozialpartner zu nichts. Allerdings ist der ESSDE ein zunehmend vielversprechender Kanal für Lobbyarbeit in der Bildungspolitik auf europäischer Ebene. Er befähigt die Sozialpartner dazu, ihre Meinungen und Interessen hinsichtlich der Bildungspolitik auf EU-Ebene vorzubringen und politische Vorhaben Sektor übergreifender Art, die auf nationaler Ebene verbindlich werden können, zu beeinflussen. Die Herausforderung für die Politikgestaltung im Bildungsbereich bleibt ihr derzeitiger Einfluss auf die Situation in den Mitgliedstaaten, was ganz entscheidend ist. Die Hindernisse könnten überwunden werden, wenn die Sozialpartner auf beiden Seiten den Wert der Umsetzung bestehender Strategiepapiere auf EU-Ebene erkennen und erhöhen, indem sie darauf, hinarbeiten.

Die Europäische Kommission unterstützt die Sozialpartner auch in finanzieller Hinsicht bei der Organisation ihrer Sitzungen, mischt sich aber nicht in den Dialog ein.

In diesem Zusammenhang ist auch wichtig zu erklären, dass die Kommission unter Vorsitz von Jean-Claude Juncker ein neues Verfahren mit dem Titel *Neustart für sozialen Dialog* initiiert hat. Am 5. März 2015 veranstaltete die Kommission eine hochrangige Konferenz in Brüssel, bei der die Spitzen der europäischen und nationalen Gewerkschaften und ArbeitgeberInnenorganisationen in offenen

Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von Qualität in der Bildung

Diskussionen ihre Visionen für den künftigen sozialen Dialog darlegten. Die Veranstaltung war die erste konkrete Maßnahme der Kommission zum sozialen Dialog seit der Eröffnungserklärung des Vorsitzenden Jean-Claude Juncker auf der Plenarsitzung des Europäischen Parlaments im Juli 2014. Juncker hatte in seiner Rede insbesondere darauf hingewiesen, dass sozialer Dialog von der Krise betroffen sei und gestärkt werden müsse. Er erklärte diese Einschätzung sogar zu einem Thema höchster Priorität indem er sagte, dass er „gerne ein Vorsitzender des sozialen Dialogs wäre“.

Man kann sagen, dass unter Sozialpartnern verhaltene Hoffnung auf größeren Einfluss im künftigen Prozess der Gestaltung europäischer Politik besteht. 2015 äußerten die EU-Kommissare Dombrovskis und Thyssen, die beide mit sozialem Dialog befasst sind, optimistische Ausblicke zur Stärkung des sozialen Dialogs im Hinblick auf wichtige politische Themen, wie etwa das Paket zur Arbeitskräftemobilität, den digitalen Binnenmarkt, das Europäische Semester und andere. Es kann sein, dass die Europäische Kommission sozialen Dialog nicht nur als eine Option (neben anderen Instrumenten), sondern tatsächlich als wesentliche Voraussetzung für die erfolgreiche politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Europäischen Union betrachtet.

Allerdings gilt es auch zu berücksichtigen, dass die gleichzeitige Verringerung jährlicher europäischer Aktivitäten zum sozialen Dialog in scharfem Kontrast zu der Vision eines gestärkten sozialen Dialogs steht. Dieses Phänomen wurde auf mehreren Veranstaltungen, wie etwa auf regelmäßigen Sitzungen der europäischen Sozialpartner auf Sektor übergreifender Ebene wie auch von VertreterInnen sektoraler europäischer Sozialpartner kritisiert¹⁷⁷.

ESSDE-Plenarsitzungen

Die ESSDE-Plenargruppe tritt normalerweise einmal pro Jahr im November zusammen, um alle Tätigkeiten, die im Rahmen des verabschiedeten Arbeitsprogramms umgesetzt wurden, zu erörtern und zu beschließen, alle gemeinsamen Ergebnisse zu bewerten und zu beschließen und für die künftige Arbeitsperiode geplante Tätigkeiten zu erörtern. Prinzipiell ist die ESSDE-Plenargruppe in einer Position, die ihr ermöglicht, alle bildungsrelevanten Themen, die von gemeinsamem Interesse sind und auf deren Erörterung sich ihre Mitglieder einigen, zu behandeln.

Zudem ist es allgemeine Praxis geworden, VertreterInnen der EU-Kommission dazu einzuladen, die Sitzung mit einer programmatischen Ansprache über wichtige europäische Entwicklungen im Bildungssektor, die für EGBW und EFEE von Belang sind, zu eröffnen.

Die Plenarsitzungen bieten den Sozialpartnern aus dem Bildungsbereich gute Gelegenheit dazu, zusammenzukommen und zu erfahren, worum es sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene geht. Delegierte können netzwerken und ihr Wissen und ihre Erfahrungen zum gegenseitigen Nutzen austauschen. Oft haben nationale Sozialpartner sogar erste Arbeitskontakte hergestellt und dann versucht, regelmäßiger und kontinuierliche Arbeitskontakte in ihren Ländern aufzubauen.

ESSDE-Lenkungsgruppe

¹⁷⁷ Mehr dazu unter: <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=329&langId=de> und <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=88&langId=en&&eventsId=1028>.

Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von Qualität in der Bildung

Die ESSDE-Lenkungsgruppe tritt jedes Jahr im Januar zusammen, um die Tätigkeiten des vorangegangenen Jahres zu erörtern und zu bewerten und Entscheidungen zu Terminen und Inhalten anstehender Tätigkeiten für das neue Arbeitsjahr zu treffen. Die europäischen Sozialpartner werden jeweils vom Leiter oder der Leiterin des jeweiligen Sekretariats sowie auch von drei ESSDE-Delegierten aus jeder Delegation vertreten. Neben anderen Tätigkeiten prüft die Lenkungsgruppe jedes Jahr eingehend den Fortschritt der Umsetzung des Arbeitsprogramms. Dann finden erste Erörterungen entweder zu fortlaufenden oder neuen Schwerpunkten für das nächste Arbeitsprogramm statt.

ESSDE-Arbeitsgruppen

2011 setzten die europäischen sektoralen Sozialpartner auf ihrer zweiten gemeinsamen Sitzung drei Arbeitsgruppen (AGs) zu spezifischen Themen ein:

AG1: Qualität in der Bildung. Diese Arbeitsgruppe konzentrierte sich auf die Entwicklung des gemeinsamen, EFEE-geführten Projekts „*Selbstevaluation von Schulen und Lehrkräften als Instrumente zur Identifikation künftiger beruflicher Erfordernisse*“, das mit der ‘Gemeinsamen Erklärung zur Förderung der Selbstevaluation von Schulen und Lehrkräften’ abgeschlossen wurde. Diese Erklärung ist eine große Hilfe für künftigen Dialog in vielen europäischen Ländern. Das Projektergebnis trug dazu bei, das Bewusstsein für dieses Thema zu schärfen und bot Schulen, nationalen Sozialpartnern in der Bildung und anderen Interessengruppen Anleitung. Mit Beendigung des Projekts endete die regelmäßige Arbeit der AG 1.

AG2: Die demografischen Herausforderungen. Diese Arbeitsgruppe konzentrierte sich auf die Entwicklung und Implementierung des Projekts „*MitarbeiterInnenanwerbung und -bindung im Bildungssektor, ein Thema des sozialen Dialogs*“. Die Zielsetzungen waren die Prüfung der Lage und der bestehenden nationalen Politiken im Hinblick auf Anwerbung und Bindung im europäischen Bildungssektor, um unter den Sozialpartnern im Bildungsbereich eine gemeinsame Herangehensweise zu entwickeln. Auf der Grundlage der aus dem gemeinsamen Projekt resultierenden Beobachtungen und Schlussfolgerungen entwickelten die AG2-Mitglieder und die zwei ESSDE-Sekretariate gemeinsame Empfehlungen. Diese Empfehlungen wurden auf der ESSDE-Plenarsitzung am 8. November 2012 angenommen. Auch die WG2 stellte ihre regelmäßigen Tätigkeiten bei Beendigung des Projekts ein.

AG3: Hochschulbildung und Forschung Die einzige der ehemaligen ESSDE-Arbeitsgruppen, die ihre Arbeit immer noch fortsetzt, ist die WG3. Trotz der Tatsache, dass sich diese Gruppe auch auf ein Projekt konzentriert und es fertiggestellt hat, nämlich *Unterstützung von Nachwuchsforschern in der Hochschulbildung in Europa: die Rolle von ArbeitgeberInnen und Gewerkschaften*, hat die Arbeitsgruppe den Wunsch geäußert, die etwaigen Folgemaßnahmen gemeinsam überwachen zu wollen. Abgesehen davon hat sie den Wert eines regelmäßigen Austausches von Ansichten zu verschiedenen Herausforderungen, vor denen der Sektor Hochschulbildung und Forschung steht, erkannt. Ihr Wunsch nach einer Fortsetzung der gemeinsamen Arbeit ist auch im jüngsten ESSDE-Arbeitsprogramm wiedergegeben. Es wurde vereinbart, dass die AG3 auch weiterhin einmal pro Jahr zusammentreten wird.

Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von Qualität in der Bildung

Zudem wurde eine Reihe von Arbeitsgruppen zu unterschiedlichen Themen aus den vorhergehenden und aktuellen ESSDE-Arbeitsprogrammen eingesetzt. Auf diesen Tagungen kamen Delegierte der ESSDE-Plenarsitzung sowie auch VertreterInnen von EGBW- und EFEE-Mitgliedsorganisationen mit beträchtlicher Sachkenntnis auf dem Gebiet der erörterten Themen zusammen. Alle aus diesen Sitzungen resultierenden Ergebnisse flossen entweder in gemeinsame Projekte ein oder wurden der ESSDE-Plenargruppe zur weiteren Erörterung möglicher Folgeaktivitäten berichtet.

8.2 Europäische Projekte für den Sozialen Dialog

Unterstützung von Nachwuchsforschern in der Hochschulbildung in Europa

Auf der EGBW-Ausschusssitzung am 19. März 2015 legte das EGBW den endgültigen Bericht¹⁷⁸ und eine Erklärung¹⁷⁹ basierend auf den Ergebnissen des Projekts *Unterstützung von Nachwuchsforschern in der Hochschulbildung in Europa: die Rolle von ArbeitgeberInnen und Gewerkschaften* vor. Das erfolgreiche einjährige Projekt wurde gemeinsam von den europäischen Sozialpartnern im Bildungsbereich, EGBW und EFEE durchgeführt. Es war von der ESSDE-Arbeitsgruppe für Hochschulbildung und Forschung (WG3) mit Unterstützung der Europäischen Kommission auf den Weg gebracht worden.

Unter anderem umfassten die Projektaktivitäten auch wichtige Forschungsarbeit, bei der der Schwerpunkt auf die Herausforderungen gelegt wurde, vor denen Nachwuchsforscher und die Universitäten, an denen sie arbeiten und studieren, stehen. Der Bericht enthält Informationen über den politischen und wirtschaftlichen Kontext, den sozialen Dialog in der Hochschulbildung und die Lage von Forschungslaufbahnen innerhalb der Hochschulbildung und darüber hinaus. Er befasst sich mit sieben besonderen Aspekten der Herausforderungen, vor denen wissenschaftlicher Nachwuchs in Europa steht und bezieht die Ergebnisse detaillierterer Fallstudien aus Zypern, Finnland, Deutschland, Italien, Rumänien und dem Vereinigten Königreich ein. Der Bericht führt zu gemeinsamen Empfehlungen,¹⁸⁰ die je nach besonderer Situation in jedem EU-Mitgliedstaat für Sozialpartner auf unterschiedlichen Ebenen nützlich sein könnten. Auch die europäische Politikgestaltung und das politische Handeln könnten von diesen Empfehlungen profitieren. Die Initiative führte zu einer gemeinsamen Erklärung,¹⁸¹ die sich an Sozialpartner in der Bildung wendet, die die Hochschulbildung und den Forschungssektor und ihre nationalen, regionalen und lokalen Mitglieder sowie auch an die europäischen Institutionen und interessierte Stakeholder auf europäischer oder nationaler und lokaler Ebene vertreten.

Die Ergebnisse dieses Projekts zeigen wieder einmal das vielversprechende Potenzial des ESSDE. Die europäischen Sozialpartner in der Bildung hoffen, dass ihre Erklärung Nachwuchsforschern wertvolle Unterstützung bietet, indem das Bewusstsein für ihre Problematik geschärft wird und mögliche

¹⁷⁸ <https://www.csee-etuice.org/en/news/archive/794-essde-higher-education-research-working-group-produces-report-and-declaration-in-support-of-early-career-researchers?highlight=WyJyZXNlYXJjaCJd>.

¹⁷⁹ <https://www.csee-etuice.org/en/documents/statements/712-efee-etuice-joint-declaration-on-supporting-early-career-researchers-in-higher-education-in-europe-2015>.

¹⁸⁰ <https://www.csee-etuice.org/en/news/archive/794-essde-higher-education-research-working-group-produces-report-and-declaration-in-support-of-early-career-researchers?highlight=WyJyZXNlYXJjaCJd>.

¹⁸¹ Siehe oben.

Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von Qualität in der Bildung

Lösungen zur Bewältigung dieser Herausforderungen aufgezeigt werden. EGBW und EFEE haben sich deshalb dazu verpflichtet, ihren sozialen Dialog und diese Erklärung auf allen Ebenen aktiv zu fördern.

Berufliche Autonomie, Verantwortlichkeit und effiziente Führung und die Rolle von ArbeitgeberInnenorganisationen, Gewerkschaften und SchulleiterInnen

Im Anschluss an den erfolgreichen Abschluss eines anderen ESSDE-Projekts veröffentlichte das EGBW den Abschlussbericht¹⁸² und die Erklärung¹⁸³ zu: *Berufliche Autonomie, Verantwortlichkeit und effiziente Führung und die Rolle von ArbeitgeberInnenorganisationen, Gewerkschaften und SchulleiterInnen*. Das einjährige Projekt wurde gemeinsam von den europäischen Sozialpartnern in der Bildung, EGBW und EFEE mit Unterstützung der Europäischen Kommission durchgeführt. Es wurde auf der ESSDE-Plenarsitzung 2014 und auf der EGBW-Ausschusssitzung im März 2015 vorgestellt.

Innerhalb des ESSDE war es wichtig zu erörtern, auf welche Weise in den Schulen in Europa eine starke und effiziente Führung etabliert werden kann, um somit die erforderliche Entwicklung auf Schulebene zugunsten qualitativ hochwertiger Bildungssysteme zu unterstützen, die den derzeitigen wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen, wie etwa der wirtschaftlichen Erholung in Europa und der gesellschaftlichen Kohäsion, gerecht werden können. Für beide Sozialpartnerorganisationen waren SchulleiterInnen stets eine wichtige Interessengruppe als Bindeglied zwischen Schulleitung und Lehrkräften, zwischen verschiedenen Bildungs- und Berufsbildungsebenen, Familien, der lokalen Gemeinschaft und dem Arbeitsmarkt. SchulleiterInnen tragen auch entscheidende Verantwortung dafür, die Herstellung eines sicheren und zuträglichen Umfelds für Unterricht und Lernen und den Erfolg der SchülerInnen zu sichern. Laut internationaler Studien wird von SchulleiterInnen erwartet, dass sie eine Schlüsselrolle bei der Aufrechterhaltung und Verbesserung von Bildungsqualität spielen. Deshalb waren, wie in diesem Bericht dargelegt, die erhöhte Anerkennung der Verantwortung von SchulleiterInnen für die schulische Qualität und Leistung wichtige Ausgangspunkte für dieses Projekt.

Die Forschungsarbeit und die Peer Learning-Besuche in den Niederlanden, Malta und England zeigten, dass der Dialog zwischen und unter Lehrkräften und SchulleiterInnen, zwischen Gewerkschaften und ArbeitgeberInnen und zwischen Schulen und ihrer unmittelbaren Gemeinschaft von extrem großer Bedeutung für die Sicherstellung einer starken Schulleitung, für die Verbesserung des gegenseitigen Vertrauens und des guten Willens im Streben nach Bildungsqualität ist. Deshalb heben die europäischen Sozialpartner im Bildungswesen, EGBW und EFEE, gemeinsam hervor, dass dieses Arbeitsthema eine zentrale Priorität für ihre Mitgliedsorganisationen bleibt.

Die Projektergebnisse sind Teil der wichtigen Arbeit des ESSDE, der das Ziel verfolgt, Bildungsgewerkschaften und ihre Sozialpartner bei der Verbesserung der Wirksamkeit, Verantwortlichkeit und Autonomie von Bildungseinrichtungen und SchulleiterInnen zu unterstützen. EGBW und EFEE haben sich deshalb dazu verpflichtet, ihren sozialen Dialog und diese Erklärung auf allen Ebenen aktiv zu fördern.

¹⁸² https://www.csee-etuice.org/images/attachments/RP_Professional_Autonomy_Accountability.pdf.

¹⁸³ https://www.csee-etuice.org/images/attachments/Joint_Declaration_EFEE_ETUCE_SL.pdf.

Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von Qualität in der Bildung

Die Entwicklung des Lehrberufs in Zeiten der Wirtschaftskrise

Dieses gemeinsame Projekt zur *Entwicklung des Lehrberufs in Zeiten der Wirtschaftskrise als zentrale Aufgabe für Sozialpartner im Bildungswesen. Auffinden gemeinsamer Strategien zur Stärkung der Verbindungen zwischen Bildung und dem Arbeitsmarkt* endete im Dezember 2013. Die Sozialpartner im Bildungswesen hatten ihre Besorgnis über die zunehmenden Engpässe in den Bildungssystemen in vielen europäischen Ländern aufgrund demografischen Wandels und geringerer finanzieller Investitionen geäußert. 2012 hatte die Europäische Kommission einen Bericht über Bildung in Europa veröffentlicht, in dem vor den Gefahren weiteren Fachlehrkräftemangels gewarnt wurde. Gleichzeitig hatte die Kommission Bildung auch als einen der Schlüsselsektoren für konjunkturelle Erholung und Wachstum benannt. Die europäischen Bildungs-Sozialpartner wollten den Eintritt von mehr Fachlehrkräften in den Arbeitsmarkt unterstützen. Deshalb wurde im Rahmen des Projekts berücksichtigt, dass sich Bildungssysteme und wirtschaftliche Entwicklung in Europa mit dem Arbeitskräftemangel im Bildungssektor befassen müssen, als Schlüssel dafür, dass die EU-Mitgliedstaaten die Ziele der EU 2020-Strategie erreichen.,.

Übergreifendes Projektziel war dabei, das Bewusstsein der Öffentlichkeit für die Auswirkungen des dramatischen Mangels an qualifizierten Lehrkräften auf Kernfächer zu schärfen. Der Lehrberuf hat auch unter mangelndem Status gelitten, was sich in den Jahren der Wirtschaftskrise noch verschärft hat. Das Projekt sollte in den Vordergrund rücken, dass solche neuen Trends weit reichende Auswirkungen auf andere Sektoren und auf den gesamten Arbeitsmarkt haben. Das Projekt wandte sich an nationale und europäische Entscheider im Bereich der Beschäftigungspolitik und verwies insbesondere darauf, dass mehr in Bildung investiert werden muss, um die EU 2020-Ziele erreichen zu können.

Zudem sollten im Rahmen dieses Projekts die Ergebnisse des vorhergehenden Projekts mit dem Titel *MitarbeiterInnenanwerbung und -bindung im Bildungssektor, eine Frage des sozialen Dialogs* weiter verfolgt werden, bei dem die europäischen Sozialpartner im Bildungswesen einige zentrale Anliegen, die mit kürzlich aufgetretenen Problemen in diesem Bereich zusammenhängen, erkannt hatten. Diese wurden bei der Schlusskonferenz im September 2012 zusammengefasst, wobei die Projektpartner eine tiefer gehende Analyse der Gründe für das zunehmende Fehlen von Attraktivität des Berufs vornahmen.

Die aktuellen Trends sind sowohl im Bereich der Beschäftigung als auch der Bildung gegenläufig zu den Kernzielen der EU 2020-Strategie für Wachstum und Beschäftigung. Das Projekt kam zu einer Zeit, in der die Jugendarbeitslosigkeit in Europa neue Rekordzahlen erreicht hatte. Viele junge Menschen in Europa waren nicht in Arbeit, Schul- oder Berufsausbildung (NEET). Im Lichte der Ratssitzung im Februar 2012, auf der die Bildungsminister die Beziehung zwischen Bildungsmaßnahmen und Jugendarbeitslosigkeit erörterten, zielte dieses Projekt darauf ab, die Besorgnis von SchülerInnen und Eltern im Hinblick auf die Aussichten für die Zukunft junger Menschen in Europa zu verdeutlichen.

Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von Qualität in der Bildung

Die Projektergebnisse unterstützen die künftige Arbeit von ArbeitgeberInnen im Bildungsbereich und Bildungsgewerkschaften in Europa. Sie wurden aufgefordert, sich für eine Verbesserung des Images und der Attraktivität des Lehrberufs zu engagieren.¹⁸⁴

Selbstevaluation von Schulen und Lehrkräften als Instrument zur Identifikation künftiger beruflicher Erfordernisse

2012 und 2013 führten EFEE und EGBW dieses Projekt gemeinsam durch und setzten damit die Arbeit der ESSDE-Arbeitsgruppe 1 über Qualität in der Bildung fort. Dabei erörterten sie den zunehmenden Trend zu mehr Selbstevaluation von Schulen und Lehrkräften und die sich ändernde Rolle nationaler Schulaufsichtsbehörden. EFEE und EGBW arbeiteten gemeinsam auf ihr gemeinsames Ziel der Verbesserung der Qualität in der Bildung hin, indem sie Daten und Instrumente für den Aufbau der Leistungsfähigkeit von Schulen, für berufliche Entwicklung von Lehrkräften und SchulleiterInnen und für die Entwicklung und das Wachstum von Schulen als Gemeinschaft von Lernenden bereitstellten.

Der Dialog zwischen Sozialpartnern war nicht nur ein Diskussionsthema, sondern auch eines der Hauptziele der im Lichte dieses Projekts organisierten Tätigkeiten. Während der Peer Learning-Besuche tauschten VertreterInnen von ArbeitgeberInnenorganisationen und Gewerkschaften ihre nationalen Erfahrungen aus und nahmen einen konstruktiven Dialog auf. Diese Zusammenarbeit verbesserte das gegenseitige Verständnis zwischen Mitgliedern von EFEE und EGBW. Die Peer Learning-Besuche unterstützten nicht nur den Dialog zwischen Sozialpartnern auf europäischer Ebene, sondern auch auf nationaler Ebene, wie der Studienbesuch in den Niederlanden ganz klar zeigte.

Um die Unterstützung für die Entwicklung einer Kultur der Selbstevaluation auszuweiten, wurden andere EFEE/EGBW-Mitglieder zur abschließenden Projektkonferenz eingeladen. Dabei ging es nicht nur darum, sie über die Projektergebnisse zu informieren, sondern auch darum, ein positives ESSDE-Ergebnis, nämlich die 'Gemeinsame Erklärung' vorzubereiten. Auf diese Weise wurden Synergie und Austausch zwischen verschiedenen ESSDE-Arbeitsgruppen verbessert, wobei das Thema der Selbstevaluation von Schulen und Lehrkräften ganz klar mit dem Thema der ESSDE-Arbeitsgruppe 2, nämlich der demografischen Herausforderungen für Anwerbung und Bindung verknüpft war. Es wurde angemerkt, dass Selbstevaluation von Lehrkräften ein wichtiges Instrument zur Identifikation künftiger beruflicher Erfordernisse von Lehrkräften und anderen, in Schulen tätigen Personen ist.

Die Gemeinsame Erklärung zeigt das Engagement von EFEE und EGBW als Bildungssozialpartner zur aktiven Förderung einer Kultur der Selbstevaluation auf europäischer, nationaler und lokaler Ebene. Mit dieser Erklärung ermutigen EGBW und EFEE nationale Sozialpartner dazu, die europäische Erklärung nachzubearbeiten, beispielsweise durch nationale Workshops oder andere Sensibilisierungsveranstaltungen zur Förderung einer Kultur der Selbstevaluation auf nationaler Ebene.¹⁸⁵

¹⁸⁴ https://www.csee-etuice.org/images/Recommendations/VS_2012_0437FinalSurveyReportEN.pdf und https://www.csee-etuice.org/images/Recommendations/VS_2012_0437Recommendations_final_conference.pdf.

¹⁸⁵ <https://www.csee-etuice.org/en/social-dialogue/29-european-sectoral-social-dialogue-in-education-essde/57-activities>.

Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von Qualität in der Bildung

Förderung des Potenzials des europäischen sektoralen sozialen Dialogs im Bildungswesen durch Auseinandersetzung mit neuen Herausforderungen und Auswertung von Erfahrung und Wissen

Auf der EGBW-Ausschusssitzung am 19. März 2015 stellte das EGBW den Umfragebericht dieses Projekts vor¹⁸⁶. Ziele dieses einjährigen, von der Kommission finanzierten Projekts waren der Aufbau von Fähigkeiten und die Förderung des sozialen Dialogs auf europäischer und nationaler Ebene. Das EGBW hielt Rundtischgespräche in Bukarest, Bratislava, Ljubljana, Zagreb, Podgorica und Vilnius ab, bei denen die Beteiligung seitens der nationalen Sozialpartner in der Bildung hoch war. Die Sozialpartner begrüßten die Initiative des EGBW und die Gelegenheit, zusammenkommen und die Zukunft ihres nationalen Dialogs mit besonderem Bezug zum ESSDE erörtern zu können.

Zusätzlich zu diesen Workshops führte das EGBW mit dieser Umfrage eine Bestandsaufnahme durch. Die vorhergehenden Jahre waren von der Wirtschaftskrise und Sparmaßnahmen gezeichnet. Der Druck auf den sozialen Dialog nahm laufend zu. Ausgehend von der Annahme, dass der soziale Dialog verbessert werden könnte, versuchte das EGBW, die in der Vergangenheit geleistete Arbeit des ESSDE zu bewerten und Verbesserungsmaßnahmen und Wege zur Förderung des europäischen Sozialdialogs zu identifizieren. Der europäische soziale Dialog im Bildungssektor steht derzeit vor drei zentralen Herausforderungen. Es geht um ein besseres Verständnis des europäischen sozialen Dialogs sowie auch um die Erleichterung der Interaktion zwischen der nationalen und der europäischen Ebene und die Identifikation von Wegen zur Förderung des europäischen sozialen Dialogs.

Mit diesem Projekt zum Aufbau von Fähigkeiten wollte das EGBW sich wieder einmal auf die Stärkung der europäischen Strukturen des sozialen Dialogs im Bildungssektor konzentrieren. Sein übergreifendes Ziel war die Ausweitung des Wissens der Sozialpartner im Bereich der industriellen Beziehungen, mit dem langfristigen Ziel der weiteren Förderung des europäischen sozialen Dialogs Bildung. Das EGBW wollte auch das wirksame Funktionieren zwischen dem Sozialdialog auf nationaler und auf europäischer Ebene weiter verbessern. Deshalb konzentrierte sich das EGBW im Rahmen der Zielsetzung dieses Projekts auch auf drei Anliegen, nämlich auf die Analyse der aktuellen Interessengebiete, auf die Maßnahmen und Organisation der nationalen Mitgliedsorganisationen, das Erkennen des vorhandenen Wissens über den bestehenden europäischen sozialen Dialog seitens der nationalen Mitgliedsorganisationen und auf die Identifikation der Bedürfnisse und Erwartungen der nationalen Mitgliedsorganisationen betreffend das EGBW und den europäischen sozialen Dialog.

Europäische sektorale Sozialpartner in der Bildung fördern das Potenzial ihres Dialogs durch Wissenstransfer und Schulung. Das ESSDE-Projekt zum Ausbau von Fähigkeiten II

Am 5. Juni 2015 startete das ESSDE-Projekt zum Ausbau von Fähigkeiten II erfolgreich mit dem ersten Runden Tisch in Nikosia, Zypern. EGBW und EFEE hatten die Förderung ihres sozialen Dialogs als eines der Hauptziele innerhalb ihres Arbeitsprogramms für die Jahre 2014/15 definiert (ebenso wie auch im vorhergehenden und im kürzlich angenommenen Programm für 2016/17)¹⁸⁷. Das Festhalten an dieser Aufgabe zeigt, dass die Sozialpartner die Bedeutung eines gut etablierten sozialen Dialogs anerkennen

¹⁸⁶ <https://www.csee-etuice.org/en/documents/publications/714-survey-report-promoting-the-potentials-of-the-european-sectoral-social-dialogue-in-education-by-addressing-new-challenges-and-exploring-experience-and-knowledge-2014>.

¹⁸⁷ https://www.csee-etuice.org/images/attachments/FINAL_ESSDE_WP_2016-2017.pdf.

Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von Qualität in der Bildung

und dass dessen weitere Verbesserung hohe Priorität für sie hat. Die Stärkung der Fähigkeiten des ESSDE durch die Verbesserung seiner Strukturen und seines Inhalts, aber auch durch die Erhöhung des Engagements der Delegierten scheint wesentlich dafür zu sein, ihn möglichst wirksam und effizient zu machen. Um dieses Ziel erreichen zu können, werden derzeit nun in Form von Runden Tischen unter Einbeziehung der nationalen Mitgliedsorganisationen mehr Anstrengungen und Arbeit in diesen Prozess investiert. Ziel der Sitzungen war in diesem Zusammenhang, das Wissen der nationalen Sozialpartner über den europäischen und nationalen sektoralen und sektorübergreifenden sozialen Dialog und andere damit verbundene Themenfelder zu verbessern. Über die Präsentationen sollte Expertenwissen zu Themen, die mit dem sozialen Dialog zusammenhängen, vermittelt werden, wie etwa die Entwicklung der europäischen Sozialpolitik, Systeme industrieller Beziehungen auf nationaler und europäischer Ebene, die Ziele und das Funktionieren des europäischen sektoralen sozialen Dialogs, die Notwendigkeit engerer Netzwerke zwischen Delegierten des sozialen Dialogs und das ESSDE-Arbeitsprogramm und die Ergebnisse. Die TeilnehmerInnen vertieften auch ihre Kenntnisse über sektorübergreifende Themen, wie die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den sozialen Dialog auf EU-Ebene, die Herausforderungen des demografischen Wandels in Europa, die Europa 2020-Strategie für Wachstum, die europäische Beschäftigungsstrategie und andere. Das EGBW sensibilisierte die Teilnehmenden für jüngste Entwicklungen im Hinblick auf die Initiative der EU-Kommission zum Neustart des sozialen Dialogs und die Agenda der Kommission für bessere Regulierung¹⁸⁸. Der Hauptschwerpunkt lag auch weiterhin auf möglichen Wegen zur Stärkung der Verbindungen zwischen dem Dialog auf nationaler und auf europäischer Ebene.

Im Zusammenhang mit dem derzeitigen gemeinsamen Projekt bereiten EGBW und EFEE alle Sitzungen zusammen vor. Insgesamt wurden acht Sitzungen in Zypern, Polen, Ungarn, Bulgarien, Lettland, Estland, Spanien und Serbien organisiert.

8.3 Sektorübergreifender sozialer Dialog

Das EGBW nimmt auch an vielen sektorübergreifenden Aktivitäten des sozialen Dialogs teil, sofern sie für den Bildungssektor maßgeblich sind. In dieser Hinsicht nimmt das EGBW regelmäßig am Sozialdialogs-Verbindungsforum teil, um seinen eigenen Arbeitsablauf im sozialen Dialog des Sektors Bildung oder Ergebnisse darzulegen und um Updates betreffend der Arbeitsschwerpunkte verschiedener Sektoren des Sozialen Dialogs zu erhalten. Die Sitzungen decken Sektor übergreifende Themen ab, um europäischen Sozialpartnern ein breiteres Bild der Entwicklungen im europäischen sozialen Dialog zu liefern.

Das EGBW ist ein europäischer Gewerkschaftsverband innerhalb des Europäischen Gewerkschaftsbunds EGB. Deshalb nimmt das EGBW am sektorübergreifenden Sozialdialog teil, sofern er für den Bildungssektor relevant ist. 2013 war das EGBW Mitglied der Verhandlungsdelegation über den *Aktionsrahmen für die Beschäftigung junger ArbeitnehmerInnen*, der eine zentrale Priorität der europäischen Sozialpartner in ihrem Arbeitsprogramm für 2012-2014 darstellte. Ziel war es, Lösungen für das zunehmende Problem der Jugendarbeitslosigkeit in Europa zu finden und zu entwickeln. In dem

¹⁸⁸ http://ec.europa.eu/smart-regulation/index_en.htm.

Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von Qualität in der Bildung

gemeinsamen Dokument, das im Juni 2013 angenommen wurde, forderten europäische Sozialpartner nationale Sozialpartner, öffentliche Stellen und andere Interessengruppen dazu auf, in diesem Bereich zusammenzuarbeiten und konkrete Fortschritte zur Unterstützung der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit zu erzielen.¹⁸⁹

Das EGBW nahm an zwei wichtigen ersten themenbezogenen und von der GD EMPL eingesetzten Arbeitsgruppen für die europäischen Sozialpartner teil. Zur EGBW-Delegation gehörten VertreterInnen von EGB, EGBW und UNI Europa in Vertretung der sektoralen Sozialpartner sowie auch sieben nationale EGB-Mitgliedsorganisationen. Business Europe stellte eine Delegation als Counterpart zu den Gewerkschaften. EU-Mitgliedstaaten wurden von ihren EU-DelegationsvertreterInnen vertreten und die GD EMPL führte den Vorsitz über die Sitzungen.

Die Gruppe zum Thema *Sozialer Dialog, wirtschaftliche Regierungsführung und Aufbau von Fähigkeiten* konzentrierte sich auf das Hauptziel der möglichen Verbesserung des sozialen Dialogs, sowohl auf EU- als auch auf nationaler Ebene mit Schwerpunkt auf der Einbeziehung der europäischen und nationalen Sozialpartner in die wirtschaftliche Regierungsführung. Beim Mandat der Gruppe ging es eindeutig nicht um die Aushandlung von Reformen, sondern vielmehr um paritätische Diskussionen über die künftige Richtung des sozialen Dialogs mit dem Ziel der Ausarbeitung einer Position, die den Rat von der Notwendigkeit einer Stärkung des sozialen Dialogs auf allen Ebenen überzeugen könnte.

Erörtert wurden zwei Themen: 1. Verbesserung des Funktionierens und der Effektivität des sozialen Dialogs und Aufbau der Fähigkeiten der Sozialpartner auf nationaler Ebene (Bedingungen, die zu einem wirksamen sozialen Dialog beitragen usw. / Indikatoren zur Messung der Wirksamkeit des sozialen Dialogs) und 2. Verbesserung der Einbeziehung (europäischer und nationaler) Sozialpartner in das Europäische Semester und in die Bewertung, Gestaltung, Vereinbarung und Umsetzung einschlägiger Reformen / Politischer Strategien (europäische und nationale).

Das Ergebnis sollte in die Umsetzung des gemeinsamen Arbeitsprogramms 2015-2017 der branchenübergreifenden Sozialpartner einfließen. Ziel war die Ausarbeitung von Schlussfolgerungen, die als Empfehlungen dienen könnten, einer gemeinsamen Meinung, von Vorschlägen für konkrete Maßnahmen oder eines anderen Ergebnisses, das als Teil des so genannten Neustarts des Sozialdialogsprozesses verwendet werden könnte und der EU-Kommission, dem Sozialdialogsausschuss, anderen einschlägigen Institutionen, dem Verbindungsforum, den sektoralen Sozialdialogsausschüssen und anderen vorgelegt würde. Die themenbezogene Gruppe für *sozialen Dialog, Politikgestaltung und Gesetzgebung* arbeitete nach demselben Schema und ergänzte die Diskussionen der anderen Arbeitsgruppe.

Insgesamt haben sich die Verhandlungsdelegationen auf eine *gemeinsame Erklärung zu einem Neustart für einen starken sozialen Dialog* geeinigt. Der Prozess ist derzeit noch im Gange. Das Dokument soll, sobald es angenommen und veröffentlicht wurde, an alle verschickt werden.

¹⁸⁹ Das Dokument ist zu finden auf: <https://www.etuc.org/framework-actions-youth-employment>.

Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von Qualität in der Bildung

Die Europäische Kommission brachte in der Folge ihrer Konferenz über die so genannte „Neubelebung des sozialen Dialogs“ andere Aktivitäten auf den Weg. Die GD EMPL setzte beispielsweise eine „informelle Arbeitsgruppe zum SD Kommunikation“ ein, mit dem Ziel der verstärkten Sichtbarkeit des europäischen sektoralen sozialen Dialogs und dessen Ergebnissen und eines verbesserten Informationsflusses zwischen der Europäischen Kommission, sektoralen Sozialpartnern und den sektoralen Sozialdialogsausschüssen. Das EGBW wurde für die Beteiligung an der Arbeit dieser Gruppe, die am 12. Juni 2015 startete, ausgewählt und die Ergebnisse der Diskussionen wurden dem Verbindungsforum im Herbst 2015 vorgestellt. Die Diskussionen betrafen die Einbeziehung von Sozialpartnern, die auf europäischer Ebene relativ gut, auf nationaler Ebene aber nicht so gut entwickelt ist. Die Gruppe stellte auch Überlegungen an zur Bedeutung des Aufbaus von Kompetenz bei der Verbesserung von sozialem Dialog und wie die Sozialpartner zu beteiligen sind in Angelegenheiten, die nicht in Art. 153 des EU-Vertrags enthalten sind, z. B. wie Langzeitarbeitslosigkeit anzugehen ist und wie die Arbeitsmarktmobilität verbessert werden kann. Die Europäische Kommission bestätigte ihr Interesse an einer tiefer gehenden Einbeziehung der Sozialpartner durch bessere Nutzung bestehender Mechanismen des sozialen Dialogs und Zusammenschaltung zwischen den Arbeitsprogrammen der europäischen Sozialpartner und der Europäischen Kommission. Am 27. Juni 2016 informierte das EGBW-Sekretariat seine Mitgliedsorganisationen über das erfolgreiche Ergebnis dieser Erörterungen: Die branchenübergreifenden Sozialpartner (EGB, BusinessEurope, UEAPME und CEEP) und die Europäische Kommission, vertreten durch den stellvertretenden Vorsitzenden des Projektteams *Euro und sozialer Dialog*, Valdis Dombrovskis, und die Kommissarin für Beschäftigung, soziale Angelegenheiten, Qualifikationen und Arbeitskräftemobilität, Marianne Thyssen, unterzeichneten die Erklärung zu einem *Neustart für den sozialen Dialog*¹⁹⁰. Die Erklärung umfasst auch die europäischen sektoralen Sozialpartner und verpflichtet sie dazu, den sozialen Dialog zu fördern und die Umsetzung von Abkommen in allen EU-Mitgliedstaaten sicherzustellen. In der Erklärung wird ganz klar das Engagement der Europäischen Kommission bekräftigt, Erörterungen und Verhandlungen zwischen den europäischen Sozialpartnern und EU-Institutionen, einschließlich über das Europäische Semester, zu fördern und zu verbessern. Festgehalten ist auch die Verpflichtung des Vorsitzes des Europäischen Rates, die Einbeziehung nationaler Sozialpartner in die Konsultationen rund um länderspezifische Empfehlungen sicherzustellen.

9. Europarat

Das EGBW ist ein anerkannter Beobachter im Lenkungsausschuss für Bildungspolitik und -praxis des Europarats (CDPPE). Die Debatte im Lenkungsausschuss konzentrierte sich in erster Linie auf laufende Projekte im Bereich der interkulturellen Bildung und Geschichte, mit Schwerpunkt auf Bildung, die den aktiven Bürger in einer modernen Demokratie zum Ziel hat. Der Europarat (ER) unterstützt folglich nachdrücklich das Konzept einer rechtsstaatlich geregelten Bildung als öffentliches Gut.

Der ER ist ein Verbündeter im Kampf darum, zu verhindern, dass Bildung auf ein Instrument für wirtschaftliche Entwicklung reduziert wird. Das EGBW ist im CDPPE vertreten, der einmal pro Jahr

¹⁹⁰ <https://www.csee-etuice.org/en/news/archive/1534-a-new-start-for-social-dialogue-statement-signed>.

Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von Qualität in der Bildung

(gelegentlich zweimal) zusammentritt, und ist Vollmitglied einer vom CDPPE eingesetzten Ad-Hoc-Gruppe für Hochschulbildung.

Zwei Projekte waren in den vergangenen Arbeitsjahren von großer Bedeutung. Das erste bezog sich auf die Entwicklung eines Sets an Kompetenzen, Deskriptoren und Indikatoren für Bildung in einer demokratischen Kultur, einschließlich interkulturellen Verständnisses¹⁹¹. Dieses Modell wurde im April 2016 auf der Europarat-Ministerkonferenz auf den Weg gebracht. Das zweite Projekt heißt ETINED (*Paneuropäische Plattform für Ethik, Transparenz und Integrität in der Bildung*)¹⁹² und befasst sich mit Ethik in der Bildung auf allen Ebenen, einschließlich aller maßgeblichen Akteure, angefangen von Eltern, Ministerien, anderen Behörden und Privatunternehmen bis hin zu Lernenden und Lehrkräften. Das EGBW konnte erfolgreich darlegen, dass jegliche Debatte über Ethik in der Bildung sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene auf dem Set an berufsbezogenen Standards, das von der BI und den nationalen Mitgliedsorganisationen erarbeitet wurde, basieren muss. Anders formuliert ist es unmöglich, in irgendeinem Bildungssystem oder vor irgendeinem Hintergrund eine Ethik zu entwickeln, ohne auf das von den beruflichen Gremien beim BI und dessen Mitgliedsorganisationen erarbeitete Set an Standards zurückzugreifen. Dies wurde schließlich weithin anerkannt und BI-VertreterInnen wurden bei Konferenzstart im Oktober 2015 in zwei Gremien aufgenommen.

10. Europäische Projekte

Mit dem Ziel, seine Mitgliedsorganisationen in zentralen Angelegenheiten weiter zu unterstützen, führt das EGBW mehrere Projekte durch, die von der Europäischen Kommission mitfinanziert werden. Die meisten dieser Projekte werden dem EGBW unter den Haushaltstiteln der Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Integration (GD EMPL) und der Generaldirektion für Bildung und Kultur (DG EAC) finanziert¹⁹³. In den meisten Fällen gewährt die Europäische Union Organisationen aus der EU und Kandidatenländern Fördermittel. In den letzten Jahren hat sich allerdings deutlich der Trend abgezeichnet, dass die Europäische Kommission den Anwendungsbereich für Projektpartnerschaften ausweitet, um auch Partnerorganisationen aus Ländern, die in die EU-Nachbarschaftspolitik involviert sind, zuzulassen¹⁹⁴. Das EGBW nutzt diese Gelegenheit folglich voll und ganz, um Mitgliedsorganisationen aus Nicht-EU-Ländern/Nicht-Beitrittskandidaten weitere Möglichkeiten dafür zu bieten, von der Arbeit auf europäischer Ebene zu profitieren und sich aktiv daran zu beteiligen. Darum bemüht, Fördermittel für Tätigkeiten und Veranstaltungen zu Themen sicherzustellen, die für Bildungsgewerkschaften in Ländern der europäischen Region der BI, die nicht zur EU gehören, von Belang sind, hat das EGBW seine Bemühungen im Hinblick auf die Beantragung von Fördermitteln intensiviert, beispielsweise um ihre Arbeit im Bereich der Friedenserziehung voranzubringen. Im Hinblick darauf, seinen Mitgliedsorganisationen weitere Informationen über verschiedene Finanzierungsmöglichkeiten in Europa bereitzustellen, wie etwa von der Europäischen Union bereitgestellte Fördermittel wie der Europäische Sozialfonds (ESF) oder Stiftungen, wie beispielsweise

¹⁹¹ http://www.coe.int/t/dg4/education/competences_en.asp.

¹⁹² http://www.coe.int/t/DG4/EDUCATION/etined_en.asp.

¹⁹³ In den einzelnen Kapiteln wird eine Auswahl an Projekten beschrieben. Ein Überblick über die Projekte ist in den Anhängen dieses Berichts verfügbar.

¹⁹⁴ http://ec.europa.eu/world/enp/index_en.htm

Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von Qualität in der Bildung

die Friedrich Ebert-Stiftung, aktualisierte das EGBW seine Broschüre über¹⁹⁵ Projektmöglichkeiten für MOE-Länder, die beim MOE-Rundtischgespräch 2015 in Bukarest vorgestellt wurde und stellte Mitgliedsorganisationen den *Bericht über Fördermöglichkeiten für Bildungsgewerkschaften für Bildung und Berufsbildung im Rahmen des Europäischen Sozialfonds 2014-2020 (Report on Funding opportunities for teacher unions for education and training under the European Social Fund 2014-2020)*¹⁹⁶ (September 2015) zur Verfügung.

Neben seinen eigenen Projekten, die in einer detaillierten Liste im Anhang dieses Berichts zu finden sind, unterstützt das EGBW auch zahlreiche Projekte als Projektpartner. Diese von der europäischen Union finanzierten Projekte werden entweder von Mitgliedsorganisationen, europäischen Sozialpartnern oder anderen InteressenvertreterInnen im Bildungsbereich durchgeführt. Einige davon sind in den vorhergehenden Kapiteln beschrieben. Andere umfassen Projekte wie das laufende EGBW-geleitete Projekt, an dem auch das EGBW beteiligt ist: **Verbesserung der Einbeziehung der Sozialpartner in EU-Unterstützung für öffentliche Investitionen in Bildung und Berufsbildung** (2015 – 2017). Das Projekt zielt darauf ab, die Rolle von Sozialpartnern auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene bei Förder- und Investitionsmöglichkeiten für Bildung und Berufsbildung zu stärken. Das Projekt leistet einen Beitrag zur Umsetzung des europäischen Fonds für strategische Investitionen und die verbesserte Implementierung und Verwendung von Fördermitteln, die vom Europäischen Sozialfonds (ESF) und von der Europäischen Investitionsbank (EIB) bereitgestellt werden. Im Verlauf des Projekts sind zwei Forschungsstudien vorgesehen. Die erste Studie untersucht die aktuelle Lage in Bezug auf EU-Fördermittel und -Investitionen, die für öffentlich bereitgestellte Bildung und Berufsbildung, zugewiesen werden. Die zweite Studie analysiert, wie Fördermittel und Investitionen im Hinblick auf verschiedene Bildungs- und Berufsbildungsprogramme, Infrastruktur und technische Ausrüstung auf nationaler, lokaler und regionaler Ebene implementiert werden. Ferner wird die Rolle von Sozialpartnern bei diesen öffentlichen Fördermöglichkeiten untersucht. Als dem EGBW angeschlossene Organisation hat das EGBW eine beratende, überwachende und bewertende Rolle. Es nimmt an allen Projektsitzungen teil, lädt seine Mitgliedsorganisationen zu den Projektkonferenzen und Befragungen ein und bindet sie ein, nimmt an Beratungsausschüssen und Konferenzen zu Projekten teil, trägt zur Ausarbeitung der Tagesordnung von Sitzungen bei und prüft den abschließenden Projektbericht.

Ein von einer EGBW-Mitgliedsorganisation, nämlich der SEB in Bulgarien, durchgeführtes Projekt, war die **CPD-Einrichtung für Lehrkräfte auf dem Balkan: Institut für Lehrkräfteausbildung auf dem Balkan - BTTI**. Mit diesem fünfmonatigen Projekt sollte die Rolle von EGBW und SEB als Partner in einem EU-Sozialfondsprojekt etabliert werden, um die Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften (CPD) zu verbessern und zu stärken, Möglichkeiten und Hindernisse in Bezug auf die Einrichtung des BTTI zu umreißen, konkrete Pläne für das BTTI zu erstellen, bei denen die finanziellen und administrativen Verantwortlichkeiten für alle Beteiligten, einschließlich der Regierung(en), aufgezeigt werden,

¹⁹⁵ Die Broschüre steht für den Download bereit unter: <https://www.csee-etuice.org/en/documents/publications/1119-project-opportunities-for-central-and-eastern-european-countries-september-2015>.

¹⁹⁶ https://csee-etuice.org/images/attachments/ESF_Operational_Programme2014-2020_Education-priorities.pdf.

Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von Qualität in der Bildung

strategische Pläne dazu, wie das BTTI mit anderen Ländern in der Region, einschließlich mit Gewerkschaften und Regierungen, arbeiten könnte, aufzuzeigen und die Möglichkeiten für das EGBW in Betracht zu ziehen, eine Verbindung vom BTTI zu einer europäischen CPD-Einrichtung für Lehrkräfte herzustellen.

Ein anderes laufendes Projekt, in das das EGBW als assoziierter Partner involviert ist, ist **COSME - Ein paneuropäischer Hub für unternehmerisches Lernen** (2015 -2017). Dieses Projekt wird von JA-YE Europa, dem europäischen Anbieter von Programmen für die Herausbildung unternehmerischer Kompetenz, EuroChambers/SEECEL, dem südosteuropäischen Zentrum für unternehmerisches Lernen und EUproVET, den europäischen Berufsbildungs-Anbietern, organisiert. Ziel des Projekts ist die Bildung eines Netzwerks um eine paneuropäische Initiative für unternehmerisches Lernen zu entwickeln, die die auf europäischer und nationaler Ebene vorhandene Fachkompetenz zusammenbringt. Der Schwerpunkt liegt bei diesem Projekt ganz stark auf Politikgestaltung und auf Anregung der Weiterentwicklung der Herausbildung unternehmerischer Kompetenz in ganz Europa und es wird angestrebt, zu einem beratenden Gremium für Politiker und EU-Institutionen zu werden. Der Hub ist anfangs kein formelles Gremium, sondern eher eine Gruppierung von Organisationen und Einzelpersonen, die sich für die Herausbildung unternehmerischer Kompetenz engagiert. Ausgehend vom Lernen von bestehenden bewährten Verfahren und von Informationsaustausch zielen die Aktivitäten, auch auf die Ausweitung der Verbreitung und der Wirkung von unternehmerischer Kompetenz in ganz Europa. Die Initiative fördert und unterstützt das Netzwerken unter Politikentscheidern, Lehrkräften, Praktikern, Forschern, Wirtschaftsführern, Unternehmern und Fachexperten in ganz Europa, die ein ausgeprägtes Interesse an der Entwicklung der Bildung hinsichtlich unternehmerischer Kompetenzen und an der Vertiefung der Zusammenarbeit auf EU-Ebene auf diesem Gebiet haben.

Was IKT in der Bildung betrifft, so ist das EGBW ein Partner bei der laufenden Initiative **tMAIL (Teacher Mobile Application for Innovative Learning / Mobile Lehrkräfte – App für innovatives Lernen)** der Fellow Research Foundation Flandern, Fachbereich Erziehungswissenschaften der Vrije Universiteit Brüssel (2015 – 2017). Hauptziel dieses Projekts ist die Entwicklung und Prüfung einer mobilen Fortbildungs-App für Lehrkräfte, die personalisierte Fortbildung im Bereich der Arbeit mit selbstregulierten Lernstrategien in der Primarschulbildung bereitstellt. Zudem wird die App Daten, die eine Informationsquelle für Studierende, Lehrkräfte, LehrerInnenausbilder und die Politik auf verschiedenen Ebenen sein könnten, sammeln und verarbeiten. Die Aktivitäten des Projekts sind in mehreren Teilabschnitten organisiert. Managementorientierte Teilabschnitte erstrecken sich über zwei Jahre, wohingegen die inhaltsorientierten Teilabschnitte festen Zeitplänen folgen und in kurzen Zeitabständen aufeinander folgen. Das EGBW leistet Beiträge zu den Vorstandssitzungen des Projektmanagements und ist aktiv an zwei Projektseminaren beteiligt.

Zudem war das EGBW assoziierter Partner des vom Europäischen Schulnetz geleiteten **ENABLE-Think Tanks** (2014 – 2016). Das europäische Netzwerk gegen Mobbing in Lern- und Freizeitumfeldern soll Mobbing auf ganzheitliche Art und Weise angehen, indem junge Menschen dabei unterstützt werden, ihre Grundrechte zu Hause, in der Schule, im Klassenzimmer und in der Gemeinschaft (sprich in der Peer-Gruppe) auszuüben. Ziel des Projekts war die Entwicklung sozialer und emotionaler

Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von Qualität in der Bildung

Lernkompetenzen als Mittel zur Entwicklung einer Mobbing-Resilienz bei jungen Menschen, sodass sie ein besseres Verständnis entwickeln und in ihren sozialen On- und Offline-Interaktionen verantwortungsbewusster und effektiver werden.

Das EGBW engagierte sich auch im Projekt **Teacher Induction PAEDIA** (Berufseinmündungsphase für Lehrkräfte) von der Respect Network Foundation. Das Comenius-Entwicklungsprojekt wurde von 2013 bis 2015 durchgeführt und zielte auf Lehramtsstudenten ab. Der Schwerpunkt lag dabei auf der gemeinsamen Verantwortung von Ausbildung von Lehrkräften und Schulen für die Erstausbildung, die berufsqualifizierende Einführungsphase und die berufliche Fort- und Weiterbildung.

Ein anderes in diesem Zeitraum durchgeführtes Projekt ist **REINVENT** (*Reflecting on Innovation policy and inclusiveness in education systems*), das von der **Gruppe für Bildungsforschung und -Bewertung des Instituts für angewandte und Computermathematik** aus Kreta durchgeführt wurde. Das von 2013 bis 2014 dauernde Zweijahresprojekt basierte auf der Schnittstelle zwischen den Anforderungen für kluges und integratives Wachstum und den Vorkehrungen für die Lernangebote, die jungen Menschen mit dem Ziel bereitgestellt werden, sie mit Fähigkeiten, Wissen und Haltungen auszustatten, um ihr wirksames „Navigieren“ im Kontext einer sich wandelnden Gesellschaft basierend auf Grundsätzen der Gerechtigkeit, Inklusivität, Nachhaltigkeit und des Zusammenhalts zu ermöglichen. Das Projekt entwickelte eine EU-weite politische Strategie zur Förderung der Umsetzung von Kernkompetenzen in der Schulbildung.

11. Leitung, Verwaltung und Informationen

11.1 Finanzbericht 2012 – 2015

BI-Europa (2012 – 2015)

Die Rechnungsabschlüsse von EGBW-CSEE der Jahre 2012 bis 2015 wurden jährlich von den externen Rechnungsprüfern Ernst & Young geprüft, die ihre Zufriedenheit über die Art der Verbuchung, Berichterstattung und Billigung sowie über die Darlegung der Jahresabschlüsse äußerten und einen uneingeschränkten Prüfungsvermerk abgaben.

Zusätzlich wurden während des vierjährigen Berichtszeitraums dieses Berichts die Abschlüsse des EGBW jährlich von den internen Rechnungsprüfern geprüft. Die internen Rechnungsprüfer bestätigten die Umsetzung der finanziellen Entscheidungen der EGBW-Konferenz, zeigten sich auch mit den Jahresabschlüssen zufrieden und gaben einen positiven Prüfungsvermerk ab.

Einkünfte

Die Einkünfte des EGBW, sowohl die abgegrenzten (projektbezogenen) als auch die nicht abgegrenzten Einnahmen (Zusatzbeiträge), stammten aus Zusatzbeiträgen von Mitgliedsorganisationen, Fördermitteln (in erster Linie der Europäischen Kommission) und aus anderen Quellen, wie etwa Bankzinsen.

Das EGBW-Sekretariat ist für die Verwaltung der von seinen Mitgliedsorganisationen eingezogenen Beiträge und der Projektfördermittel von der Europäischen Kommission sowie für die angemessene

Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von Qualität in der Bildung

Verwendung dieser Einnahmen gemäß dem von der EGBW-Konferenz gebilligten Haushaltsprogramm und den jeweiligen mit der Kommission unterzeichneten Vereinbarungen verantwortlich.

Die Gesamteinnahmen für den Zeitraum 2012 bis 2015 beliefen sich auf €6.535.172. Dieser Betrag umfasste €4.982.047 an von Mitgliedsorganisationen entrichteten Zusatzbeiträgen, €1.541.251 Fördermitteleinkünfte von der Europäischen Kommission und €11.871 Zinseinkünfte. Anteilsmäßig ausgedrückt stammen 76 % der Einnahmen aus Zusatzbeiträgen, 23,85 % aus Projektmitteln seitens der Europäischen Kommission und 0,15 % aus Bankzinsen.

Zusatzbeiträge

Die Einnahmen aus Zusatzbeiträgen beliefen sich auf 32,085 % des Beitragssatzes der BI-Global pro Mitglied aus EU-/EFTA-Ländern und auf 7,085 % pro Mitglied aus Nicht-EU-/EFTA-Ländern.

Der im Zeitraum von 2012 bis 2015 von den Mitgliedern in Form von Zusatzbeiträgen eingezogene Betrag belief sich auf €4.982.047. Die verbuchten Beträge aus Zusatzbeiträgen waren: €1.242.539 in 2012; €1.240.333 in 2013; €1.231.919 in 2014 und €1.267.984 in 2015.

Von der Europäischen Kommission erhaltene Fördermittel

Die Anzahl und der Wert der Projekte, für die Fördermittel gewährt wurden, variierten von Jahr zu Jahr und hingen vom Interesse des EGBW und seinen Mitgliedsorganisationen an den vorgeschlagenen Programmen, der Verfügbarkeit von MitarbeiterInnen, der Projektdurchführungskapazität und den von der EU-Kommission vorgegebenen Anspruchskriterien ab.

Von 2012 bis 2015 implementierte und vollendete das EGBW 10 Projekte als Hauptantragsteller mit Beteiligung von vier bis sieben Mitgliedsorganisationen in verschiedenen Projekten. Ferner engagierte sich das EGBW erfolgreich als Partner in 10 von der Europäischen Kommission kofinanzierten Projekten. Insgesamt hatte das EGBW zwischen 2012 und 2015 Einkünfte aus Fördermitteln (Einnahmen) von €1.541.251. Die verbuchten Beträge aus Fördermitteln waren: €408.930 in 2012; €294.584 in 2013; €632.450 in 2014 und €205.287 in 2015.

Ende 2014 erhöhte die Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Integration die Projektlaufzeit von einem auf zwei Jahre. Dies wirkte sich nachhaltig auf die Projekteinnahmen aus, die dadurch im Durchschnitt jeweils um €135.000 im Jahr 2014 und um €155.000 im Jahr 2015 sanken. Das EGBW engagiert sich auch weiterhin in Projekten mit zweijähriger Laufzeit und erhielt den Zuschlag für zwei Projekte im Jahr 2014, dessen Tätigkeiten im Jahr 2016 abgeschlossen sein sollen. Zudem engagiert es sich in einem weiteren geförderten Projekt, das bis 2017 läuft.

Die von der Europäischen Kommission vergebenen Projekte unterliegen dem Prinzip der Co-Finanzierung, was bedeutet, dass die von der Europäischen Kommission gewährten Fördermittel nur den größten Teil der zuschussfähigen Ausgaben abdecken (75 % bis 90 %) und der Antragsteller die Differenz (10 % bis 25 %) beitragen sollte.

Im Allgemeinen hat sich die Kontrolle, die Nachverfolgung und die Berichterstattung für die von der Europäischen Kommission geförderten Projekte im Laufe der Jahre verbessert. Vorläufige interne Finanzberichte, die mit den an den jeweiligen Projekten beteiligten MitarbeiterInnen besprochen

Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von Qualität in der Bildung

wurden, gaben Gelegenheit dazu, gegebenenfalls Anträge auf Änderung der ursprünglichen Etats einzureichen, was dem EGBW folglich ermöglichte, größtmöglichen Nutzen aus den von der Europäischen Kommission gewährten Fördermitteln zu ziehen.

Verschiedene Einkünfte, in erster Linie Bankzinsen

Von 2012 bis 2015 hatte das EGBW ein Nettozinseinkommen (Einkünfte aus Bankzinsen abzüglich Zinsbelastung) von €11.871. Die Nettoeinkünfte (Bank-) Zinsen gingen von €5.904 im Jahr 2012 auf €2.549 im Jahr 2013; €2.184 im Jahr 2014 und €544 im Jahr 2015 zurück. Dies war in erster Linie auf den Rückgang der Bankzinsen auf dem Finanzmarkt und die gestiegenen Steuern auf Zinseinkommen zurückzuführen.

Ausgaben

Die von 2012 bis 2015 getätigten und verbuchten Ausgaben entsprachen dem von der EGBW-Konferenz 2012 zugewiesenen Gesamthaushalt. Im genannten Zeitraum hatte das EGBW Gesamtausgaben von €6.493.155.

Im Fall unvorhergesehener Entwicklungen oder Änderungen während des Zeitraums wurden vom EGBW-Büro und vom EGBW-Ausschuss Neuordnungen von Haushaltsmitteln zwischen den Einzeletats vorgenommen. Ab 2013 wurden neue Haushaltstitel eingeführt, um den Änderungen, die sich aus der neuen europäischen Struktur ergaben, Rechnung zu tragen.

Rückstellungen für die EGBW-Konferenz und die Sonderkonferenz wurden mit Blick darauf verbucht, die jährlichen Ausgaben regelmäßig und konstant zu halten. Um dies zu erreichen, wurde die Rückstellung, die erforderlich war, um 75 % der geschätzten Kosten der Konferenz von 2012 zu erzielen, zusammen mit einer Rückstellung verbucht, die 25 % der Sonderkonferenz von 2014 entsprach. Künftig wird das EGBW jährlich 25 % der geschätzten Kosten für jede EGBW-Konferenz und -Sonderkonferenz rückstellen.

Der Hauptkostenfaktor, der im Verlauf des Berichtszeitraums gestiegen ist und eine Herausforderung für das Sekretariat darstellt, sind die Personalkosten. Die Personalkosten stiegen insgesamt von €744.486 im Jahr 2012 auf €783.960 im Jahr 2013 und auf €851.000 im Jahr 2014. Aus verschiedenen Gründen beliefen sich die Gesamtkosten im Jahr 2015 auf €831.801. Der Anstieg der Personalkosten war in erster Linie durch eine obligatorische Indexierung von 2 % und damit verbundene Kosten für Altersvorsorge- und Krankenversicherungsleistungen bedingt. Bisher wurden die Fördermittel der Europäischen Kommission zur Deckung eines Teils der Personalkosten verwendet. Es ist wichtig, darauf hinzuweisen, dass laufend Projekte akquiriert werden und die Einnahmen aufrechterhalten werden müssen, um für die steigenden Ausgaben aufkommen zu können.

Finanzergebnis

Das Bestreben des EGBW in finanzieller Hinsicht ist, keinen Gewinn zu erzielen, sondern die Finanzmittel in angemessener Weise und entsprechend den Grundsätzen und Verfahren seiner Satzung zu verwenden. Dies sollte erreicht werden, indem sämtliche Haushaltsüberschreitungen und Ausgaben, die über die während des Zeitraums 2012 bis 2015 eingenommenen Einkünfte (Einkommen) hinausgehen, vermieden werden, um auf diese Weise ein ausgeglichenes Ergebnis zu erzielen.

Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von Qualität in der Bildung

In dieser Hinsicht erreichte das EGBW sein Ziel und sein finanzielles Ergebnis für den Zeitraum 2012 bis 2015 war positiv und wurde sowohl von den internen als auch von den externen Rechnungsprüfern gebilligt. 2012 und 2013 schloss das EGBW mit einem beträchtlichen Überschuss von jeweils €24.436 und €14.803 ab. 2014 und 2015 wiesen die Jahresabschlüsse des EGBW einen kleinen Überschuss von jeweils €325 und €547 auf.

EGBW-Stiftung (2012 -2015)

Um den neuen administrativen Anforderungen der Europäischen Kommission gerecht zu werden, sichert die CSEE-EGBW-Stiftung die Zuschussfähigkeit des EGBW als Empfängerin der Fördermittel der Europäischen Kommission für Projekte. Ab 2006 wurden alle Vereinbarungen für die von der Europäischen Kommission geförderten Projekte von der Stiftung unterzeichnet, die das EGBW-Sekretariat über ein Dienstleistungsabkommen dazu ermächtigt, sämtliche Tätigkeiten auszuführen.

Wie in der EGBW-Satzung dargelegt, generieren die Stiftungstätigkeiten mit der Europäischen Kommission keinerlei Gewinne und /oder Verluste. Die Stiftung trägt lediglich wiederkehrende Ausgaben, wie etwa Kosten für die Rechnungsprüfung, Publikationskosten und regionale Steuern. Alle Fördermittel (Vorschüsse und abschließende Auszahlung von Fördermitteln), die die Stiftung erhielt, wurden auf das Bankkonto des EGBW überwiesen.

Die Jahresabschlüsse der Stiftung für den Zeitraum 2012 bis 2015 wurden ebenfalls von den externen Rechnungsprüfern Ernst & Young geprüft, die sich zufrieden mit der Art und Weise der vorgenommenen Verbuchungen und Berichterstattung zeigten und bestätigten, dass das Finanzmanagement den belgischen Buchhaltungsgrundsätzen entspricht, und einen Prüfvermerk ohne Vorbehalte abgaben. Da die Stiftung als juristische Person in Belgien eingetragen ist, wurden die geprüften Abschlüsse von 2012 bis 2015 an die belgischen Behörden übermittelt und im öffentlichen belgischen Amtsblatt (Le Moniteur belge) veröffentlicht.

Das EGBW überwies der Stiftung für die oben genannten Ausgaben Beträge von €929,83 im Jahr 2012; €822,24 im Jahr 2013; €836,89 im Jahr 2014 und €844,40 im Jahr 2015. Die Stiftung schloss ihre Rechnungsabschlüsse für 2012 bis 2015 mit Überschüssen aufgrund von Bankzinsen, abzüglich Steuern und Bankgebühren von €1.086 im Jahr 2012; €234.10 im Jahr 2013; €81,54 im Jahr 2014 und €91,67 im Jahr 2015 ab.

11.2 Informationen

Informationsveranstaltungen

Im Verlauf der letzten vier Jahre begrüßte das EGBW eine Reihe von Studiendelegationen, um sie über die Arbeit, die das EGBW-Sekretariat für die Mitgliedsorganisationen leistet, über den sektoralen europäischen sozialen Dialog Bildung und Entwicklungen und Tendenzen im Bildungswesen auf EU-Ebene zu informieren. Das EGBW hielt folgende Informationssitzungen ab:

10.-11. März 2016 – Besuch einer Delegation von DLF/BUPL, FSL, GL, DM und Uddannelsesforbundet (Dänemark)

26. Januar 2016 – Delegationsbesuch LO (Schweden)

Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von Qualität in der Bildung

- 24. Juni 2015 – Delegationsbesuch DLF (Dänemark)
- 3. Juni 2015 – Delegationsbesuch KI (Island)
- 13. April 2015 – Weiterbildung SNUipp FSU
- 16. Juni 2014 – GEW (Deutschland) Besuch des Vorstands und MitarbeiterInnenExkursionsbesuch
- 27. Februar 2014 – EGI-Besuch junger Gewerkschaftsführer
- 25. Oktober 2013 – Delegationsbesuch UEN (Norwegen)
- 17. Oktober 2013 – Delegationsbesuch CNV (Niederlande)
- 13. Dezember 2012 – Delegationsbesuch Lärarförbundet (Schweden)

EGBW-Newsletter

Seit Juni 2014 wird der EGBW-Newsletter¹⁹⁷ in elektronischer Form an Mitgliedsorganisationen und Abonnenten verschickt (HTML). Dabei werden unmittelbar mit der EGBW-Website verlinkte Artikel-Teaser eingesetzt, um den LeserInnen einen schnelleren Überblick über die Themen-Highlights zu geben.

Der EGBW-Newsletter informiert seine LeserInnen über Tätigkeiten des EGBW, liefert aktuelle Informationen über die Entwicklungen der einzelnen EGBW-Projekte und berichtet über die Publikationen verschiedener Organisationen, wie etwa EGB, Eurydice und OECD.

Ferner enthält der Newsletter die Daten wichtiger EGBW-Veranstaltungen, wie satzungsgemäß stattfindende Tagungen, Konferenzen und Seminare.

EGBW-Pressemitteilungen

Mit dem Ziel, mehr Pressepräsenz zum Engagement des EGBW und eine breitere Veröffentlichung von Stellungnahmen zu Themen von besonderem Interesse für die Mitgliedsorganisationen zu erreichen, gibt das EGBW-Sekretariat häufig Pressemitteilungen heraus. Diese sind im Nachrichtenbereich der EGBW-Website archiviert.

EGBW-Berichte

Alle EGBW-Konferenzen und -Seminare wurden, wie bereits zuvor, mit der Veröffentlichung von Berichten begleitet¹⁹⁸, die auf breiter Basis an EGBW-Mitgliedsorganisationen und andere maßgebliche Interessengruppen in der Bildung und in der Gewerkschaftsbewegung verbreitet wurden.

EGBW-Broschüren

In den letzten vier Jahren gab das EGBW-Sekretariat auch Broschüren heraus. Diese Broschüren¹⁹⁹ enthalten die Zusammenfassung der im Rahmen von EGBW-Projekten geleisteten Arbeit sowie auch die Projektergebnisse in Form von Empfehlungen oder Leitlinien.

EGBW-Website

Im Oktober 2014 startete das Sekretariat eine neue EGBW-Website, die Informationen auf Englisch, Französisch und Russisch enthält. Der Domain-Name ist auch weiterhin www.csee-etu.org. Das

¹⁹⁷ <https://www.csee-etu.org/en/news/newsletter>.

¹⁹⁸ Siehe Liste der Berichte in den Anhängen.

¹⁹⁹ Die verschiedenen Broschüren sind im Anhang Veröffentlichungen aufgeführt.

Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von Qualität in der Bildung

verbesserte Design und die erneuerte Struktur sollen den BesucherInnen das Navigieren erleichtern und damit die Sichtbarkeit des EGBW und seiner Aktivitäten erhöhen. Die Website enthält den Bereich Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz für Lehrkräfte sowie den Bereich E-Learning (ELFE). Sie enthält allgemeine Informationen über die Organisation, ihre Mitgliedsorganisationen, Partner, MitarbeiterInnen sowie auch umfassende Informationen über laufende und abgeschlossene EGBW-Projekte.

Die EGBW-Website wird regelmäßig aktualisiert, und sämtliche EGBW-Aktivitäten und politischen Bereiche sind darin enthalten und jedes veröffentlichte Dokument sowie zahlreiche externe Links sind über die Website verfügbar. Zudem enthält sie Informationen über EU-Nachrichten aus dem Bildungsbereich, anstehende Veranstaltungen, EGBW-Tätigkeiten und Kontaktangaben und kann auch als Datenbank für die EGBW-Veröffentlichungen, Newsletter und Erklärungen verwendet werden.

Von Oktober 2014 bis Juli 2016 zählte das EGBW-Sekretariat 143.000 Einzelseitenaufrufe und durchschnittlich 230 Einzelseitenaufrufe pro Tag. Die meisten BesucherInnen nutzen die auf Englisch bereitgestellten Informationen (50%), gefolgt von Russisch (30% der NutzerInnen) und Französisch (20% der NutzerInnen).

EGBW-App

Um den Zugang der Mitgliedsorganisationen zu den Informationen weiter zu verbessern, entwickelte das EGBW-Sekretariat im September 2015 eine mobile App, damit die BesucherInnen einfachen Zugang zu Informationen über die Arbeit des EBW über ihre Mobiltelefone haben. Diese App kann von Google Play (Android) und vom Apple App Store (iPhones) heruntergeladen werden, damit die BesucherInnen überall dort, wo sie sich gerade befinden, die neuesten Nachrichten lesen, mehr über politische Angelegenheiten erfahren und die jüngsten Dokumente downloaden zu können. Was die Vorlieben der für den Zugang zu der vom EGBW bereitgestellten Information verwendeten Geräte betrifft, so verwenden 80 % der NutzerInnen auch weiterhin die Desktop-Version, wohingegen die mobile App mit steigender Tendenz von 20 % genutzt wird.

*Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von
Qualität in der Bildung*

12. Anhänge

12.1 Liste der Abkürzungen

ATEE	Verband für Lehrerbildung in Europa
BA	Berufsausbildung
BFUG	Bologna-Follow-Up-Gruppe
BI	Bildungsinternationale
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BTTI	Lehrkräfteausbildungseinrichtung auf dem Balkan
BusinessEurope	Europäischer Unternehmerverband
CDPPE	Lenkungsausschuss für Bildungspolitik und -praxis des Europarats
CE	Europarat
CEDEFOP	Europäisches Zentrum für die Förderung der Berufsbildung
CEENET	Mittelosteuropäisches Netzwerk
CEEP	Europäischer Zentralverband der Arbeitgeber und Unternehmen im Bereich der öffentlichen Dienste
CESI	Europäische Union der unabhängigen Gewerkschaften
CETA	Umfassendes Wirtschafts- und Handelsabkommen zwischen Kanada und der EU
CPD	Berufliche Fort- und Weiterbildung (Continuous professional development)
CSRs	Länderspezifische Empfehlungen (Country Specific Recommendations)
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DGVT	Generaldirektion für Berufsbildung, CEDEFOP
EACEA	Exekutivagentur Bildung, Audiovisuelles und Kultur
EaFA	Europäische Ausbildungsallianz
ECVET	Europäisches Kreditpunktesystem für die berufliche Bildung
EESC	Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss
EFEE	Europäischer Dachverband der Arbeitgeber im Bildungswesen
EFFAT	Europäische Föderation der Gewerkschaften für Nahrungsmittel, Landwirtschaft und Tourismus

*Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von
Qualität in der Bildung*

EFSI	Europäischer Fonds für strategische Investitionen
EFTA	Europäische Freihandelsassoziation
EGB	Europäischer Gewerkschaftsbund
EGBW	Europäisches Gewerkschaftskomitee für Bildung und Wissenschaft
EGÖD	Europäischer Gewerkschaftsverband Öffentlicher Dienst
EHR	Europäischer Hochschulraum
EIB	Europäische Investitionsbank
EK	Europäische Kommission
ELFE	Europäisches E-Learning-Forum für Bildung
ENETOSH	Europäisches Netzwerk für Aus- und Weiterbildung in Sicherheit und Gesundheitsschutz
ENQA	Europäischer Verband für Qualitätssicherung in der Hochschulbildung
EP	Europäisches Parlament
EPC	Europäischer Berufsausweis
EPNoSL	Europäisches Politiknetzwerk über Leitung schulischer Einrichtungen
EPSCO	Rat für Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucher
EQAR	Europäisches Register für Qualitätssicherung (in der Hochschulbildung)
EQAVET	Europäische Qualitätssicherung in der beruflichen Bildung
EQF	Europäischer Qualifikationsrahmen
ESCO	Europäische Fähigkeiten, Kompetenzen und Berufe (Taxonomie)
ESF	Europäischer Sozialfonds
ESHA	Europäischer Schulleiterverband
ESIF	Europäischer Struktur- und Investitionsfonds
ESL	Early School Leaving (frühzeitiger Schulabbruch)
ESSDE	Europäischer Sektoraler Sozialer Dialog im Bildungswesen
ESU	Dachverband der europäischen Studierendenschaften (European Students' Union)
ESWC	EGBW-Ausschuss für den Status von Frauen
ET2020	Aus- und Weiterbildung 2020 (Education and Training 2020)
ETF	Europäische Stiftung für Berufsbildung

*Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von
Qualität in der Bildung*

ETUF	Europäischer Gewerkschaftsverband
ETUI(-REHS)	Europäisches Gewerkschaftsinstitut für Forschung, Bildung und Arbeits- und Gesundheitsschutz
EU	Europäische Union
EUA	Europäischer Universitätsverband
EU-OSHA	Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz
EURASHE	Europäischer Verband der Einrichtungen in der Hochschulbildung
Eurocadres	Rat der europäischen Fach- und Führungskräfte
EURYDICE	Informationsnetzwerk für den europäischen Bildungsbereich
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum
FEMM	EP-Ausschuss Rechte der Frau und Gleichstellung der Geschlechter
FkB	Frühkindliche Bildung
FORTH	Griechische Stiftung für Forschung und Technologie – Hellas
FRA	Agentur der Europäischen Union für Grundrechte
GATS	Allgemeines Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen
GD	Generaldirektion
GD COMM	Generaldirektion Kommunikation
GD EAC	Generaldirektion für Bildung und Kultur
GD EMPL	Generaldirektion für Beschäftigung, Soziales und Integration
GD JUST	Generaldirektion für Migration und Justiz
GD MARKT	Generaldirektion für Binnenmarkt und Dienstleistungen
GD RESEARCH	Generaldirektion für Forschung und Innovation
HERSC	Ständiger Ausschuss für Hochschulbildung und Forschung
IAO	Internationale Arbeitsorganisation
ICS	Investorengerichtssystem
IKT	Informations- und Kommunikationstechnologie
ILGA	Internationale Lesben-, Schwulen-, Bisexuellen- und Transsexuellenvereinigung
INRO	Internationale Nichtregierungsorganisation
ISDS	Streitbeilegungsmechanismen zwischen einem Investor und dem Staat



*Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von
Qualität in der Bildung*

IGB	Internationaler Gewerkschaftsbund
KESK	Türkischer Dachverband der Gewerkschaften im Öffentlichen Dienst
LGBT	Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transsexuelle
LLL	Lebenslanges Lernen
MdEP	Mitglied des Europäischen Parlaments
MOE	Mittel- und Osteuropa
NEET	Ohne Arbeit, Aus- und Weiterbildung
OBESSU	Organisationsbüro der europäischen Schülerverbände
OECD	Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
OKM	Offene Koordinierungsmethode
REFIT	Regulatorische Fitness und Performance
RESAVER	Retirement Savings Vehicle for European Research Institutions
SGA	Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz
SIP	Nachhaltigkeitsbewertung (Sustainable Impact Assessment)
SWP	Stabilitäts- und Wachstumspakt
TALIS	Internationale Lehr- und Lernerfrage (OECD)
TISA	Abkommen für den Handel mit Dienstleistungen
TSIA	Nachhaltigkeitsbewertung im Handel (Trade Sustainable Impact Assessment)
TTIP	Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft
UEAPME	Europäische Union des Handwerks und der Klein- und Mittelbetriebe
UNESCO	Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur
UNI-EUROPA	Europäischer Gewerkschaftsverband für Dienstleistungen und Kommunikation
WTO	Welthandelsorganisation

*Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von
Qualität in der Bildung*

12.2 Liste der Mitglieder des EGBW-Ausschusses 2012 -2016

Präsidentin			
Vereinig. Königreich	NUT	BLOWER	Christine
Stellvertretende PräsidentenInnen			
Frankreich	SNES FSU	CORDELIER	Odile
Deutschland	GEW	KELLER	Andreas
Niederlande	AOb	DRESSCHER	Walter
Russland	ESEUR	MERKULOVA	Galina
Slowenien	ESTUS	STRUKEJ	Branimir
Schweden	Läraryförbundet	ENGWALL	Paula
Ländersitze			
Albanien	FSASH	DOBRUSHI	Xhafer
Armenien	CRSTESA	GHARIBYAN	Grigor
Österreich	GOD	SKALA	Helmut
Aserbaidshjan	ARCITUEEI	HUMBAT	Naghiyev
Belarus	SBPES	BOIKA	Aleksandr
Belgien	COV	VAN ROMPAEY	Lies
Bosnien- Herzegowina	ITUPE BiH	ŠATOROVIĆ	Selvedin
Bulgarien	SEB	TAKEVA	Janka
Kroatien	TUWPSEC	STRUGAR	Božena
Zypern	POED	APOSTOLIDIS	Apostolos
Tschech. Republik	CMOS	DOBSIK	Frantisek
Dänemark	DLF	LANGE	Dorte
Estland	EEMU	RANDMA	Elis

*Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von
Qualität in der Bildung*

Finnland	OAJ	SEMI	Ritva
Frankreich	UNSA Education	CHEVALIER	Christian
Georgien	ESFTUG	KOBAKHIDZE	Maia
Deutschland	VBE	FRANKE-ZÖLLMER	Gitta
Griechenland	OLME	ZOGRAFAKI-TELEME	Heleni
Ungarn	SEHUN	GALLÓ	Piroska
Island	KI	HJALTESTED	Thordur A.
Irland / EGBW- Schatzmeister	IFUT	JENNINGS	Mike
Israel	ITU	WASSERMAN	Joseph
Italien	FLC CGIL	FRANCHI	Claudio
Kasachstan	KTUESW	AMANTAYEVA	Maira
Kirgistan	TUESWK	TOKTOGULOV	Asylbek
Lettland	LIZDA	GRIGORJEVS	Edgars
Litauen	FLESTU	BABRAUSKIENE	Tatjana
Luxemburg	SNE	RIES	Claude
Mazedonien	SONK	NEDELKOV	Jakim
Malta	MUT	BONELLO	Kevin
Moldau	ESTU	IVANOV	Dumitru
Montenegro	ITUESCSM	PAVICEVIC	Zvonko
Die Niederlande	CNVO	VAN DEN BERG	Helen J.
Norwegen	UEN	SKYVULSTAD	Terje
Polen	SKOiW Solidarnosc	KONCZYK	Monika
Portugal	FENPROF	MENDONÇA	Manuela
Rumänien	ALMA MATER	BOBULESCU	Razvan

*Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von
Qualität in der Bildung*

Russland			
Serbien	TUS	PAVLOVIC	Branislav
Slowakei	OZPSaV	ONDEK	Pavel
Slowenien			
Spanien	FETE-UGT	LOPEZ CORTIÑAS	Carlos
Schweden	LR	JANSSON	Bo
Schweiz	SER	ROHRBACH	Samuel
Tadschikistan	RC-STES	ODINAEV	Ramazon
Türkei	Egitim Sen	KARACA	Kamuran
Ukraine	STESU	TRUKHANOV	Georgiy
Vereinigkt.Königreich	ATL	WOOD	Andy
Vereinigkt.Königreich	EIS	FLANAGAN	Larry
Vereinigkt.Königreich	UCU	COPELAND	Rob
Mitglieder von Amts wegen			
Europ. Mitglieder Weltvorstand	GEW Germany	TEPE	Marlis
Europ. Mitglieder Weltvorstand	UNSA France	ESCURE	Laurent
Europ. Mitglieder Weltvorstand	ZNP Poland	BRONIARZ	Slawomir
Europ. Mitglieder Weltvorstand	Läraryörbundet Sweden	JAARA ÅSTRAND	Johanna
Europ. Mitglieder Weltvorstand	NASUWT UK	ROACH	Patrick
BeobachterInnen			



*Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von
Qualität in der Bildung*

Vorsitz HERSC	DM Dänemark	VRAA-JENSEN	Jens
Vorsitz Ständiger Gleichstellungs- ausschuss	UIL Scuola Italien	BENEDETTI	Rossella

*Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von
Qualität in der Bildung*

12.3 Liste der internen Sitzungen und Konferenzen

2016

Sitzung des EGBW-Beratungsgremiums für das Bildungswesen (Education Advisory Panel)

Datum: 19. Januar 2016

Tagungsort: Brüssel, Belgien

EGBW-Sonderarbeitsgruppe zum Lehrberuf im 21. Jahrhundert und zur Nutzung von IKT

Datum: 20. Januar 2016

Tagungsort: Brüssel, Belgien

EGBW-Weiterbildungsseminar - Projekt: Sozialpartner fördern angemessene Arbeitsplätze in der Bildung

Datum: 29. Januar 2016

Tagungsort: London, Vereinigtes Königreich

Plenarsitzung des europäischen sektoralen sozialen Dialogs im Bildungswesen

Datum: 19. Februar 2016

Tagungsort: Brüssel, Belgien

Sitzung des EGBW-Büros

Datum: 22. Februar 2016

Tagungsort: Brüssel, Belgien

EGBW-Sonderarbeitsgruppe zum Lehrberuf im 21. Jahrhundert und zur Nutzung von IKT

Datum: 24. Februar 2016

Tagungsort: Brüssel, Belgien

EGBW-Weiterbildungsseminar - Projekt: Stärkung der Einbeziehung von Bildungsgewerkschaften in das Europäische Semester

Datum: 29. Februar - 1. März 2016

Tagungsort: Valetta, Malta

Sitzung des ständigen EGBW-Gleichstellungsausschusses

Datum: 2. - 3. März 2016

Tagungsort: Brüssel, Belgien

EGBW-ETUI-Seminar über die Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern im Lehrberuf durch sozialen Dialog

Datum: 8. - 11. März 2016

Tagungsort: Sliema, Malta

EGBW-Rundtischgespräch – Projekt: Stärkung des sozialen Dialogs

Datum: 5. April 2016

Tagungsort: Madrid, Spanien

Tagung des Ständigen Ausschusses für Hochschulbildung und Forschung (HERSC)

Datum: 6. -7. April 2016

Tagungsort: Bologna, Italien



*Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von
Qualität in der Bildung*

EGBW-Bürositzung

Datum: 11. April 2016

Tagungsort: Brüssel, Belgien

Sitzung des Ausschusses für den Status von Frauen

Datum: 11. April 2016

Tagungsort: Brüssel

Tagung des EGBW-Ausschusses

Datum: 11. -12. April 2016

Tagungsort: Brüssel, Belgien

EGBW-Runder Tisch – Projekt: Stärkung des sozialen Dialogs

Datum: 21. April 2016

Tagungsort: Riga, Lettland

Sitzung des EGBW-Beratungsgremiums (Education Advisory Panel) für das Bildungswesen

Datum: 11. Mai 2016

Tagungsort: Brüssel, Belgien

**EGBW-ETUI-Seminar über die Verbesserung der beruflichen Ausbildung für Lehrkräfte und
Ausbilder in der Berufsbildung für eine hochwertige Berufsbildung und Lehre**

Datum: 17. -18. Mai 2016

Tagungsort: Helsinki, Finnland

Sitzung des EGBW-Büros

Datum: 30. Mai 2016

Tagungsort: Brüssel, Belgien

EGBW-Runder Tisch – Projekt: Stärkung des sozialen Dialogs

Datum: 1. Juni 2016

Tagungsort: Tallinn, Estland

EGBW-Konferenz über Friedenserziehung

Datum: 2. - 3. Juni 2016

Tagungsort: Nabran, Aserbaidschan

Europäischer sektoraler sozialer Dialog im Bildungswesen - Arbeitsgruppe für Hochschulbildung

Datum: 3. Juni 2016

Tagungsort: Brüssel, Belgien

EGBW-Konferenz - Projekt: Sozialpartner fördern angemessene Arbeitsplätze in der Bildung

Datum: 9. - 10. Juni 2016

Tagungsort: Bukarest, Rumänien

EGBW-Konferenz - Projekt: Stärkung des sozialen Dialogs

Datum: 21. - 22. Juni 2016

Tagungsort: Amsterdam, Niederlande



*Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von
Qualität in der Bildung*

2015

EGBW-EGÖD Seminar über TTIP

Datum: 15. -16. Januar 2015

Tagungsort: Wien, Österreich

EGBW-Bürositzung

Datum: 9. Februar 2015

Tagungsort: Brüssel, Belgien

Sitzung des EGBW-Beratungsgremiums (Education Advisory Panel) für das Bildungswesen

Datum: 2. März 2015

Tagungsort: Brüssel, Belgien

EGBW-BI-Konferenz über die Leitung schulischer Einrichtungen

Datum: 3. - 4. März 2015

Tagungsort: Dublin, Irland

HERSC-Ausschusssitzung

Datum: 12. - 13. März 2015

Tagungsort: Riga, Lettland

EGBW-Bürositzung

Datum: 17. März 2015

Tagungsort: Brüssel, Belgien

Sitzung des Ausschusses für den Status von Frauen

Datum: 17. März 2015

Tagungsort: Brüssel, Belgien

Sitzung ständiger EGBW-Gleichstellungsausschuss

Datum: 17. März 2015

Tagungsort: Brüssel, Belgien

Sitzung des EGBW-Ausschusses

Datum: 18. - 19. März 2015

Tagungsort: Brüssel, Belgien

EGBW-Konferenz über Berufsbildung:

Datum: 8. - 10. April 2015

Tagungsort: Gdansk, Polen

**EGBW-ETUI-Seminar über die Verbesserung der Kompetenzen von Lehrkräften und Ausbildern in
der Berufsbildung**

Datum: 15. -17. April 2015

Tagungsort: Barcelona, Spanien

**Sitzung der EGBW-Sonderarbeitsgruppe zum Lehrberuf im 21. Jahrhundert und zur Nutzung von
IKT**

Datum: 27. Mai 2015



*Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von
Qualität in der Bildung*

Tagungsort: Brüssel, Belgien

EGBW-Runder Tisch – Projekt: Stärkung des sozialen Dialogs

Datum: 5. Juni 2015

Tagungsort: Nikosia, Zypern

Sitzung der EGBW-Arbeitsgruppe für Gleichstellung

Datum: 10. Juni 2015

Tagungsort: Brüssel

EGBW-Runder Tisch – Projekt: Stärkung des sozialen Dialogs

Datum: 8. September 2015

Tagungsort: Warschau, Polen

**Sitzung der EGBW-Sonderarbeitsgruppe zum Lehrberuf im 21. Jahrhundert und zur Nutzung von
IKT**

Datum: 10. September 2015

Tagungsort: Brüssel, Belgien

Sitzung des Ständigen Ausschusses für Hochschulbildung und Forschung (HERSC)

Datum: 15. - 16. Oktober 2015

Tagungsort: Brüssel

CEENET-Sitzung

Datum: 19. Oktober 2015

Tagungsort: Bukarest, Rumänien

Runder Tisch Mittel- und Osteuropa (MOE)

Datum: 19. - 21. Oktober 2015

Tagungsort: Bukarest, Rumänien

EGBW-Runder Tisch – Projekt: Stärkung des sozialen Dialogs

Datum: 4. November 2015

Tagungsort: Sofia, Bulgarien

Sitzung des EGBW-Büros

Datum: 9. November 2015

Tagungsort: Brüssel, Belgien

Sitzung des Ausschusses für den Status von Frauen

Datum: 9. November 2015

Tagungsort: Brüssel, Belgien

EGBW-Ausschusssitzung

Datum: 9. - 10. November 2015

Tagungsort: Brüssel, Belgien

**Sitzung der EGBW-Sonderarbeitsgruppe zum Lehrberuf im 21. Jahrhundert und zur Nutzung von
IKT**



*Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von
Qualität in der Bildung*

Datum: 23. November 2015

Tagungsort: Brüssel, Belgien

1. EGBW-Weiterbildungsseminar - Projekt: Sozialpartner fördern angemessene Arbeitsplätze in der Bildung

Datum: 11. Dezember 2015

Tagungsort: Madrid, Spanien

Europäischer sektoraler sozialer Dialog im Bildungswesen - Arbeitsgruppe für Hochschulbildung

Datum: 14. Dezember 2015

Tagungsort: Brüssel, Belgien

2014

EGBW-Runder Tisch – Projekt: Stärkung des sozialen Dialogs

Datum: 20. Februar 2014

Tagungsort: Bukarest, Rumänien

EGBW-Bürositzung

Datum: 24. Februar 2014

Tagungsort: Brüssel, Belgien

HERSC-Sitzung

Datum: 6. - 7. März 2014

Tagungsort: Brüssel, Belgien

Sitzung des EGBW-Beratungsgremiums für das Bildungswesen (Education Advisory Panel)

Datum: 17. März 2014

Tagungsort: Brüssel, Belgien

EGBW-ETUI-Seminar über die Rolle der Bildungsgewerkschaften bei der Qualitätssicherung in allen Formen der Berufsbildung

Datum: 7. - 9. April 2014

Tagungsort: Wien, Österreich

EGBW-Bürositzung

Datum: 14. April 2014

Tagungsort: Brüssel, Belgien

Sitzung des Ausschusses für den Status von Frauen

Datum: 14. April 2014

Tagungsort: Brüssel, Belgien

EGBW-Ausschusssitzung

Datum: 14. -15. April 2014

Tagungsort: Brüssel, Belgien

EGBW-Seminar über die Förderung von Geschlechtergleichstellung in Bildungsgewerkschaften und im Lehrberuf in Zeiten der Sparpolitik

Datum: 7. Mai 2014



*Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von
Qualität in der Bildung*

Tagungsort: Utrecht, Niederlande

Sitzung des ständigen EGBW-Gleichstellungsausschusses

Datum: 2. - 3. Juni 2014

Tagungsort: Brüssel, Belgien

EGBW-Runder Tisch – Projekt: Stärkung des sozialen Dialogs

Datum: 4. Juni 2014

Tagungsort: Ljubljana, Slowenien

EGBW-Runder Tisch – Projekt: Stärkung des sozialen Dialogs

Datum: 5. Juni 2014

Tagungsort: Zagreb, Kroatien

EGBW-Bürositzung

Datum: 11. September 2014

Tagungsort: Brüssel, Belgien

**EGBW-Konferenz über die Überwindung der Krise und öffentliche Anhörung zu Qualität in der
Bildung**

Datum: 22. September 2014

Tagungsort: Brüssel, Belgien

**EGBW-Konferenz - Projekt: Förderung von Geschlechtergleichstellung in Bildungsgewerkschaften
und im Lehrberuf**

Datum: 25. - 26. September 2014

Tagungsort: Sofia, Bulgarien

Europäischer sektoraler sozialer Dialog im Bildungswesen - Arbeitsgruppe für Hochschulbildung

Datum: 29. September 2014

Tagungsort: Brüssel, Belgien

EGBW-Rundtischgespräch über sozialen Dialog

Datum: 1. Oktober 2014

Tagungsort: Vilnius, Litauen

Sitzung des EGBW-Beratungsgremiums für das Bildungswesen (Education Advisory Panel)

Datum: 7. - 8. Oktober 2014

Tagungsort: Brüssel, Belgien

HERSC-Sitzung

Datum: 9. - 10. Oktober 2014

Tagungsort: Brüssel, Belgien

EGBW-Ausschusssitzung

Datum: 13. - 14. Oktober 2014

Tagungsort: Brüssel, Belgien

EGBW-Runder Tisch – Projekt: Stärkung des sozialen Dialogs



*Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von
Qualität in der Bildung*

Datum: 17. Oktober 2014
Tagungsort: Podgorica, Montenegro

EGBW-Runder Tisch – Projekt: Stärkung des sozialen Dialogs

Datum: 28. Oktober 2014
Tagungsort: Bratislava, Slowakei

EGBW-Konferenz - Projekt: Förderung des sozialen Dialogs durch Stärkung von Fähigkeiten und Wissen auf nationaler Ebene

Datum: 4. - 5. November 2014
Tagungsort: Brüssel, Belgien

Plenarsitzung des europäischen sektoralen sozialen Dialogs im Bildungswesen

Datum: 6. November 2014
Tagungsort: Brüssel, Belgien

CEENET-Sitzung

Datum: 24. November 2014
Tagungsort: Wien, Österreich

EGBW-Sonderkonferenz

Datum: 24. - 27. November 2014
Tagungsort: Wien, Österreich

2013

Europäischer sektoraler sozialer Dialog im Bildungswesen - Sitzung der Arbeitsgruppe für Hochschulbildung

Datum: 8. Februar 2013
Tagungsort: Brüssel, Belgien

ETUI-EGBW-Seminar über Alternativen zu Sparmaßnahmen im Bildungssektor in Europa

Datum: 25. - 27. Februar 2013
Tagungsort: Brüssel, Belgien

ETUI-EGBW-Seminar über Durchführung von Kampagnen für hochwertige Bildung

Datum: 19. - 20. März 2013
Tagungsort: Rom, Italien

EGBW-Bürositzung

Datum: 26. März 2013
Tagungsort: Brüssel, Belgien

HERSC-Sitzung

Datum: 15. -16. April 2013
Tagungsort: Helsinki, Finnland

Sitzung des EGBW-Beratungsgremiums für das Bildungswesen (Education Advisory Panel)

Datum: 18. April 2013
Tagungsort: Brüssel, Belgien



*Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von
Qualität in der Bildung*

EGBW-Bürositzung

Datum: 25. April 2013

Tagungsort: Brüssel, Belgien

Sitzung des Ausschusses für den Status von Frauen

Datum: 25. April 2013

Tagungsort: Brüssel, Belgien

EGBW-Ausschusssitzung

Datum: 25. -26. April 2013

Tagungsort: Brüssel, Belgien

1. EGBW-Peer Learning-Aktivität – Projekt: Bildungsgewerkschaften in Solidarität für Sicherheit und Gesundheitsschutz in der Wirtschaftskrise

Datum: 13. Mai 2013

Tagungsort: London, Vereinigtes Königreich

EGBW-Konferenz über Friedenserziehung

Datum: 17. - 18. Mai 2013

Tagungsort: Zypern

ETUI-EGBW-Seminar über die Verbesserung von Anwerbung und Bindung und berufliche Fort- und Weiterbildung in der Berufsbildung

Datum: 27. - 29. Mai 2013

Tagungsort: Ljubljana, Slowenien

EGBW-Seminar über die Entwicklung des Lehrberufs in Zeiten der Wirtschaftskrise

Datum: 30. Mai 2013

Tagungsort: Ljubljana, Slowenien

2. EGBW-Peer Learning-Aktivität – Projekt: Bildungsgewerkschaften in Solidarität für Sicherheit und Gesundheitsschutz in der Wirtschaftskrise

Datum: 3. Juni 2013

Tagungsort: Lissabon, Portugal

EGBW-Bürositzung

Datum: 12. September 2013

Tagungsort: Brüssel, Belgien

EGBW-Workshop - Projekt: Bildungsgewerkschaften verhindern frühzeitigen Schulabbruch durch Einsatz von IKT in der Bildung

Datum: 20. September 2013

Tagungsort: Athen, Griechenland

MOE-Runder Tisch Datum: 26. - 28. September 2013

Tagungsort: Baku, Aserbaidschan

Sitzung des EGBW-Beratungsgremiums für das Bildungswesen (Education Advisory Panel)

Datum: 8. Oktober 2013



*Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von
Qualität in der Bildung*

Tagungsort: Brüssel, Belgien

**EGBW-Konferenz - Projekt: Bildungsgewerkschaften in Solidarität für Sicherheit und
Gesundheitsschutz in der Wirtschaftskrise**

Datum: 10. - 11. Oktober 2013

Tagungsort: Madrid, Spanien

EGBW-Bürositzung

Datum: 22. Oktober 2013

Tagungsort: Brüssel, Belgien

Sitzung des Ausschusses für den Status von Frauen

Datum: 22. Oktober 2013

Tagungsort: Brüssel, Belgien

Sitzung des ständigen EGBW-Gleichstellungsausschusses

Datum: 21. - 22. Oktober 2013

Tagungsort: Brüssel, Belgien

EGBW-Ausschusssitzung

Datum: 23. - 24. Oktober 2013

Tagungsort: Brüssel, Belgien

EGBW-Sondersitzung 'Schließt euch für hochwertige Bildung zusammen'

Datum: 23. Oktober 2013

Tagungsort: Brüssel, Belgien

Plenarsitzung des europäischen sektoralen sozialen Dialogs im Bildungswesen

Datum: 12. November 2013

Tagungsort: Brüssel, Belgien

EGBW-Konferenz über die Entwicklung des Lehrberufs

Datum: 13. - 14. November 2013

Tagungsort: Berlin, Deutschland

**EGBW-Konferenz - Projekt: Bildungsgewerkschaften verhindern frühzeitigen Schulabbruch durch
Einsatz von IKT in der Bildung**

Datum: 28. - 29. November 2013

Tagungsort: Bratislava, Slowakei

2012

**EGBW-Konferenz - Projekt: Maßnahmen von Bildungsgewerkschaften zur Bekämpfung von
Geschlechterstereotypen und Geschlechtertrennung auf dem Arbeitsmarkt**

Datum: 11. - 12. September 2012

Tagungsort: Warschau, Polen

EGBW-Bürositzung

Datum: 17. September 2012

Tagungsort: Brüssel, Belgien



*Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von
Qualität in der Bildung*

HERSC-Sitzung

Datum: 18. - 19. September 2012

Tagungsort: Brüssel, Belgien

**Europäischer sektoraler sozialer Dialog im Bildungswesen - Sitzung der Arbeitsgruppe für
demografische Herausforderungen**

Datum: 24. September 2012

Tagungsort: Brüssel, Belgien

EGBW-Bürositzung

Datum: 8. Oktober 2012

Tagungsort: Brüssel, Belgien

Sitzung des Ausschusses für den Status von Frauen

Datum: 8. Oktober 2012

Tagungsort: Brüssel, Belgien

EGBW-Ausschusssitzung

Datum: 8. - 9. Oktober 2012

Tagungsort: Brüssel, Belgien

**EGBW-Konferenz - Projekt: Sozialpartner im Bildungswesen besorgt über Gewalt an Schulen: Wie
Gewalt durch Dritte und Belästigung an Schulen verhindert und abgeschwächt werden kann**

Datum: 22. - 23. Oktober 2012

Tagungsort: Brüssel, Belgien

Sitzung des EGBW-Beratungsgremiums für das Bildungswesen (Education Advisory Panel)

Datum: 29. Oktober 2012

Tagungsort: Brüssel, Belgien

EGBW-Bürositzung

Datum: 30. Oktober 2012

Tagungsort: Brüssel, Belgien

Plenarsitzung des europäischen sektoralen sozialen Dialogs im Bildungswesen

Datum: 8. November 2012

Tagungsort: Brüssel, Belgien

EGBW-Konferenz 2012

Datum: 26. - 28. November 2012

Tagungsort: Budapest

*Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von
Qualität in der Bildung*

12.4 Arbeitsprogramm für den Europäischen Sektoralen Sozialen Dialog im Bildungswesen

2014-2015

HINTERGRUND: Der europäische sektorale soziale Dialog Bildung (ESSDE) wurde 2010 gemäß den Artikeln 154-155 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union aufgenommen. Dies erfolgte nach vier Jahren anhaltenden Initiations- und Anlaufverfahren seitens des EGBW, seit Anfang 2009 gemeinsam mit EFEE. Die erste Sitzung des ESSDE fand im Juni 2010 statt.

ERGEBNISSE DES SOZIALEN DIALOGS IM RAHMEN DER ARBEITSPRORAMME 2010-2011 UND 2012-2013

Auf der zweiten Sitzung des ESSDE im Januar 2011 setzten die europäischen Sozialpartner im Bildungsbereich drei Arbeitsgruppen (AGs) zu speziellen Themen ein:

- AG 1: Qualität im Bildungswesen
- AG2: Die demografischen Herausforderungen
- AG3: Hochschulbildung und Forschung

Ferner wurde 2013 eine zusätzliche Arbeitsgruppe zum Thema öffentliches/privates Bildungswesen eingesetzt.

In den Jahren 2010/2011 arbeiteten die europäischen Sozialpartner im Bildungswesen gemeinsam an drei Projekten jeweils mit Fokus auf speziellen Themen:

- Transregionale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des lebenslangen Lernens zwischen InteressenvertreterInnen im Bildungsbereich (Leitung EGBW)
- Leitung und Verwaltung schulischer Einrichtungen als Instrument zur Verbesserung der schulischen Leistungen der SchülerInnen und zu deren Vorbereitung auf lebenslanges Lernen (Leitung EFEE)
- Arbeitsbedingter Stress von Lehrkräften: Europaweite Umfrage - Bewertung, Vergleich und Bewertung der Auswirkungen psychosozialer Faktoren auf Lehrkräfte an ihrem Arbeitsplatz in der EU (Leitung EGBW)
- Förderung, Sensibilisierung und Verbreitung der multisektoralen Richtlinien für die Bekämpfung von Gewalt durch Dritte und Belästigung am Arbeitsplatz

Und 2010-2011 einigte sich der ESSDE auf zwei **gemeinsame** Texte:

- Gemeinsame Erklärung zu Investitionen in Bildung
- Gemeinsame Richtlinien zu transregionaler Zusammenarbeit auf dem Gebiet des lebenslangen Lernens zwischen BildungsvertreterInnen

Von 2012-2013 wurden folgende mit dem ESSDE verknüpften Projekte durchgeführt:

Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von Qualität in der Bildung

- MitarbeiterInnenanwerbung und -bindung im Bildungssektor, ein Thema für den sozialen Dialog (Leitung EGBW)
- Sozialpartner im Bildungswesen besorgt über Gewalt an Schulen: Wie kann Gewalt und Belästigung durch Dritte an Schulen verhindert und eingedämmt werden? (Leitung EGBW)
- Selbstevaluation von Schulen und Lehrkräften als Instrument zur Erkennung künftiger beruflicher Erfordernisse (Leitung EFEE)
- Bildungsgewerkschaften verhindern frühzeitigen Schulabbruch durch Einsatz von IKT in der Bildung (Leitung EGBW)
- Entwicklung des Lehrberufs in Zeiten der Wirtschaftskrise als zentrale Aufgabe für Sozialpartner im Bildungswesen. Erkennen gemeinsamer Strategien zur Stärkung der Verbindungen zwischen Bildung und Arbeitsmarkt (Leitung EGBW)
- Europäisches Politiknetzwerk im Bereich der Leitung schulischer Einrichtungen (Leitung FORTH Forschungsinstitut in Partnerschaft mit EFEE und EGBW)

Und 2012-2013 einigte sich der ESSDE auf fünf **gemeinsame** Texte:

- Gemeinsame Stellungnahme zur Richtlinie über Berufsqualifikationen
- Gemeinsame Empfehlungen zu Anwerbung und Bindung im Bildungssektor, ein Thema für den sozialen Dialog
- Anleitung für den Bildungssektor zur Umsetzung der multisektoralen Richtlinien für die Bekämpfung von Gewalt und Belästigung durch Dritte an Schulen
- Gemeinsamer Bericht der Sozialpartner im Bildungssektor über die Umsetzung der multisektoralen Richtlinien für die Bekämpfung von Gewalt durch Dritte und Belästigung an Schulen
- Gemeinsame Erklärung zu Selbstevaluation von Schulen und Lehrkräften

Der Kontext für das gemeinsame Arbeitsprogramm 2014/15

Die europäischen Sozialpartner im Bildungsbereich sind auch weiterhin besorgt über die auch weiterhin kritische aktuelle wirtschaftliche und soziale Lage in Europa. Wir möchten unsere gemeinsame Arbeit auch weiterhin auf Themen ausrichten, die eine hinreichend gemeinsame Basis für Diskussionen und Initiativen und einen deutlichen Mehrwert für die Zusammenarbeit auf europäischer Ebene haben. Wir möchten zur Verbesserung der Qualität in der Bildung in Europa beitragen, indem wir uns auf die Modernisierung des Bildungssektors, seine Verwaltungen und sein Lehrpersonal konzentrieren. Bei unserer gesamten Arbeit müssen wir stets den Grundsatz der Geschlechtergleichstellung berücksichtigen.

Die europäischen Sozialpartner im Bildungswesen werden folglich auch weiterhin in engem und häufigem Kontakt zueinander stehen, um zu gewährleisten, dass sie gegebenenfalls gemeinsam Lobby bei der Europäischen Kommission und anderen Organisationen machen.

Tabellarisches Arbeitsprogramm 2014-2015

Im gemeinsamen Arbeitsprogramm für 2014-2015 wird die Fortführung bereits aufgenommener Arbeit mit neuen Tätigkeiten kombiniert. In der Tabelle unten werden Themen, Vorgehensweise, Zeitplan und mögliche Ergebnisse zusammengefasst.

*Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von
Qualität in der Bildung*

ESSDE-Sitzungen 2014-2015

Insgesamt werden 4 Sitzungen (oder Arbeitsgruppen) organisiert: zwei i 2014 und zwei 2015. Die erste Sitzung findet statt am **4. April 2014**. Während dieser Veranstaltung wird ein aktueller Überblick über die Entwicklung der im detaillierten Arbeitsprogramm (AP) unten aufgeführten Aktivitäten gegeben. Zudem wird eine Reihe von Themen erörtert (siehe 3. Block des AP). Die erste Sitzung steht allen EFEE- und EGBW-Mitgliedern offen. Die zweite AG findet am **26. Juni 2014** statt. Diese AG ist EFEE-/EGBW-Mitgliedern, die mit Hochschulbildung und Forschung befasst sind, vorbehalten. Während dieser Sitzung wird ein aktueller Überblick über die ersten Erkenntnisse des Projekts über „Unterstützung von Nachwuchsforschern in der Hochschulbildung in Europa“ gegeben. Auch weitere Themen sind vorgesehen.

Die allen EFEE-/EGBW-Mitgliedern offenstehende Plenarsitzung des ESSDE-Ausschusses ist für den 6. November geplant.

Die Termine und Themen für die Sitzungen im Jahr 2015 werden im Verlauf von 2014 festgelegt.

ESSDE-Arbeitsprogramm 2014-2015

THEMENLISTE FÜR ESSDE-SITZUNGEN				
THEMEN	VORGEHENSWEISE	WER	ZEITPLAN ERWARTETES ERGEBNIS	
Zusammenarbeit mit GD Bildung und Kultur (EAC) der EK	Im ESSDE-Kontext Erörterung der Zusammenarbeit europäischer (sektoraler) Sozialpartner mit der GD EAC bei Themen wie: <ol style="list-style-type: none"> 1. Strategien für Anwerbung, Bindung und Entwicklung hochwertiger Lehrkräfte, sowohl Lehrkräfteerstausbildung als auch berufliche Entwicklung während gesamter Berufslaufbahn; 2. Ergebnisorientierte Methoden für Schulen, Berufsbildung und Hochschulbildung. 	EFEE-/EGBW-Mitglieder	2014 –2015 Fortlaufender Prozess	Mögliche gemeinsame Sichtweise für Sitzungen mit GD EAC
Öffentliche/private Entwicklungen im Bildungswesen	Fortsetzung der Diskussion über öffentliches/privates Bildungswesen	EFEE-/EGBW-Mitglieder	2014 –2015 Thema für eine der Sitzungen	Gemeinsames Verständnis von Terminologie betreffend öffentliche, unabhängige und private Bildung.

*Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von
Qualität in der Bildung*

Öffnen der Bildung	Erörterung jüngster Trends im Bildungssektor betreffend die Öffnung von Bildung (IKT, OER, MOOCs usw.)	EFEE-/EGBW-Mitglieder	2014 –2015 Thema für eine der Sitzungen	Aktualisiertes Wissen über Änderungen in der Nachfrage und Erteilung von Bildung, Schulen und Universitäten des 21. Jahrhunderts
Wie Bildung Beschäftigung unterstützt	Diskussion darüber, wie wir als Sozialpartner zu Themen wie Jugendarbeitslosigkeit, alternde Gesellschaft oder Geschlechtergleichstellung beitragen können	EFEE-/EGBW-Mitglieder	2014 –2015 Thema für eine der Sitzungen	Gemeinsames Verständnis und aktualisiertes Wissen über die Notwendigkeit von Bildungsreformen zur Anhebung der Qualität in der Bildung
Schulen des 21. Jahrhunderts	Diskussion darüber, wie wir als Sozialpartner zur Verbesserung von Fähigkeiten und Kompetenzen von LehrerInnen und Schulleitung, und der Arbeitsbedingungen beitragen können	EFEE-/EGBW-Mitglieder	2014 –2015 Thema für eine der Sitzungen	Gemeinsames Verständnis und aktualisiertes Wissen über die Notwendigkeit von Bildungsreformen zur Anhebung der Qualität in der Bildung
Förderung des sozialen Dialogs	Gemeinsame Überlegung dazu, wie der nationale soziale Dialog und die Weiterentwicklung des europäischen sektoralen sozialen Dialogs im Bildungswesen gefördert werden können	ESSDE-Sozialpartner	2014 –2015 Fortlaufender Prozess	Vereinbarte Richtlinien, gemeinsame Stellungnahme oder andere von den europäischen Sozialpartnern im Bildungswesen festzulegende Ergebnisse

ÜBERPRÜFUNG DES FOLLOW-UPS DER ESSDE-ERGEBNISSE

THEMEN	VORGEHENSWEISE	WER	ZEITPLAN	ERWARTETES ERGEBNIS
Follow-up der Arbeit zu Lebenslangem Lernen	Fortsetzung der gemeinsamen Bewertung der Umsetzung der gemeinsamen Richtlinien für lebenslanges Lernen, auf die man sich im Januar 2011 geeinigt hatte	ESSDE-Sozialpartner	Bewertung begann 2013, abgeschlossen Q1 2014	Kurze Umfrage über Implementierung auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene von LLL-Richtlinien

Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von Qualität in der Bildung

Follow-up der Arbeit der WG 2, Demografische Herausforderungen	Bewertung der nationalen Maßnahmen der Gemeinsamen Empfehlungen zu Anwerbung und Bindung im Bildungssektor, ein Thema für den sozialen Dialog	ESSDE-Sozialpartner	2014 –2015 Vorgehensweise ist noch festzulegen	Kurzer Umsetzungsbericht zu den Empfehlungen. Gegebenenfalls Nachverfolgung des gemeinsamen Handelns zu Empfehlungen.
Follow-up der Arbeit der WG 1: Qualität im Bildungswesen	Bewertung nationaler Maßnahmen der Gemeinsamen Erklärung zu Selbstevaluation von Schulen und LehrerInnen auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene	ESSDE-Sozialpartner	2014 –2015 Vorgehensweise ist noch festzulegen	Übersetzte Fassungen der gemeinsamen Erklärung auf nationaler/lokaler Ebene verbreitet. Falls erforderlich Follow-up durch gemeinsames Handeln.
Follow-up von Projekten über Gewalt und Belästigung durch Dritte	Bewertung nationaler Maßnahmen zu Anleitung für den Bildungssektor zur Umsetzung der multisektoralen Richtlinien für die Bekämpfung von Gewalt und Belästigung durch Dritte an Schulen	ESSDE-Sozialpartner	2014 –2015 Vorgehensweise ist noch festzulegen	Kurzer Umsetzungsbericht über die Auswirkungen der Anleitung. + Input für Arbeit auf branchenübergreifender Ebene

AKTUELLE UND KÜNFTIGE ESSDE-PROJEKTE UND AKTIVITÄTEN

THEMEN	VORGEHENSWEISE	WER	ZEITPLAN	ERWARTETES ERGEBNIS
Projekt über Hochschulbildung und Forschung	Fortführung der Arbeit der ESSDE AG 3 mit dem Projekt über Unterstützung von Nachwuchsforschern in der Hochschulbildung in Europa ; unter der Leitung des EFEE-Mitglieds UCEA aus dem Vereinigten Königreich in enger Zusammenarbeit mit EFEE und EGBW als Projektpartner/Co-	Steht allen Hochschulbildungs-Mitgliedern von EGBW/EFEE offen	29. September 2014	Aktualisierung und Erörterung vorläufiger Ergebnisse des Projekts
		Steht allen Hochschulbildungsmitgliedern von EGBW/EFEE offen	21. November 2014	Abschlusskonferenz in London

*Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von
Qualität in der Bildung*

	Antragsteller. Hauptaugenmerk wird auf weibliche Nachwuchsforscherinnen gelegt.			
Projekt zu Schulleitung	Fortführung der Arbeit zum Thema Schulleitung. Gemeinsames Projekt unter Leitung des EFEE-Mitglieds Secondary Education Council NL in enger Zusammenarbeit mit EFEE und EGBW als Projektpartner/Co-Antragsteller zu Beruflicher Autonomie, Verantwortlichkeit und professionelle Führung	Offen für EFEE/EGBW Mitglieder	25. April NL 10.-11. Juni MT 17.-18. Sept. UK	3 Peer Learning-Besuche (NL, UK, MT) + Berichte
		Offen für EFEE/EGBW Mitglieder	13. November 2014	Abschlusskonferenz + mögliches gemeinsames ESSDE-Ergebnis

Zusatzinformation:

- 2014-2015 werden sowohl EFEE als auch EGBE weiterhin in das Europäische Politiknetzwerk im Bereich Schulleitung involviert sein (Projekt geleitet vom Forschungsinstitut FORTH).
- Im Falle gemeinsamer Erklärungen oder ähnlicher Dokumente ist es notwendig, dass sowohl der ArbeitgeberInnen als auch Gewerkschaften sich auf die Übersetzungen einigen können, um jegliches Missverständnis zu vermeiden.

2016-2017

Der Kontext für das gemeinsame Arbeitsprogramm 2016-2017

Als europäische Sozialpartner im Bildungsbereich erachten wir es als wichtig, bei unserer Arbeit die Auswirkungen wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und demografischer Entwicklungen im Bildungssektor zu berücksichtigen und unsere gemeinsame Arbeit auch weiterhin auf Themen auszurichten, die eine hinreichend gemeinsame Basis für Diskussionen und Initiativen und einen deutlichen Mehrwert für die Zusammenarbeit auf europäischer Ebene aufweisen. Dabei berücksichtigen wir auch die Agenda der Europäischen Kommission auf den Gebieten Bildung, Beschäftigung und Soziales, insbesondere die Arbeit der GD Bildung und Kultur und der GD Beschäftigung, Soziales und Integration. Wir möchten zur Verbesserung der Qualität in der Bildung in Europa beitragen, indem wir uns auf die Modernisierung des Bildungssektors, seine Verwaltungen und sein Lehrpersonal konzentrieren. Bei unserer gesamten Arbeit berücksichtigen wir den Grundsatz der Geschlechtergleichstellung.

Die europäischen Sozialpartner im Bildungswesen werden folglich auch weiterhin in engem und häufigem Kontakt zueinander stehen, um zu gewährleisten, dass sie - gegebenenfalls - gemeinsam Einfluss auf die Europäische Kommission und andere Organisationen nehmen.

*Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von
Qualität in der Bildung*

Tabellarisches Arbeitsprogramm 2016-2017

Im gemeinsamen Arbeitsprogramm für 2016-2017 wird die Fortführung bereits aufgenommener Arbeit mit neuen Tätigkeiten kombiniert. In der Tabelle unten werden Themen, Vorgehensweise, Zeitplan und mögliche Ergebnisse zusammengefasst.

ESSDE-Sitzungen 2016-2017

Insgesamt werden 4 Sitzungen pro Jahr organisiert: eine Lenkungsausschusssitzung, zwei Arbeitsgruppensitzungen und eine Plenarsitzung. Für 2016 wurden folgende Termine gewählt:

- 18. Januar 2016: Lenkungsausschusssitzung
- 3. Juni 2016: Sitzung der Arbeitsgruppe für Hochschule und Forschung
- 30. September 2016: Arbeitsgruppensitzung zu Themen, die im Arbeitsprogramm festgelegt sind
- 8. November 2016: Plenarsitzungen

Die Termine und Themen für die Sitzungen im Jahr 2017 werden im Verlauf von 2016 festgelegt.

ESSDE-ARBEITSPROGRAMM 2016-2017

THEMENLISTE FÜR ESSDE-SITZUNGEN				
THEMEN	VORGEHENSWEISE	WER	ZEITPLAN ERWARTETES ERGEBNIS	
Zusammenarbeit mit GD Bildung und Kultur und GD Beschäftigung, Soziales und Integration	Erörterung im ESSDE-Kontext der Einbindung europäischer (sektoraler) Sozialpartner in mit ET2020 verbundene Initiativen und das Europäische Semester	EFEE/EGBW-Mitglieder	2016 –2017 Fortlaufender Prozess	Aktualisiertes Wissen über ET2020-Initiativen und verbesserter Input vom ESSDE
Private/öffentliche Entwicklungen in der Bildung	Fortführung der Diskussion über private/öffentliche Bildung	EFEE/EGBW-Mitglieder	2016 -2017 Thema für eine der Sitzungen	Gemeinsames Verständnis betreffend Entwicklungen in öffentlicher, unabhängiger und privater Bildung
Erklärung von Paris und Erleichterung der Integration	Erörtern, wie wir als Sozialpartner zur Förderung von staatsbürgerlicher Bildung, interkulturellem Dialog und demokratischer Staatsbürgerschaft in Bildung und Ausbildung im Allgemeinen sowie auch zu anderen maßgeblichen Kompetenzen beitragen können, um insbesondere die Integration von Migranten in die Bildungs- und sozioökonomischen	EFEE/EGBW-Mitglieder	2016 -2017 Thema für eine der Sitzungen	Aktualisiertes Wissen und Peer Learning darüber, wie Sozialpartner zum Follow-Up der Erklärung von Paris und zur Erleichterung der Integration von Migranten beitragen können

*Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von
Qualität in der Bildung*

	Umgebungen ihrer Gastländer zu erleichtern.			
Offene und innovative allgemeine und berufliche Bildung	Erörterung jüngster Trends im Bildungssektor betreffend offene und innovative Bildung (einschl. digitales Zeitalter)	EFEE/EGBW-Mitglieder	2016 -2017 Thema für eine der Sitzungen	Aktualisiertes Wissen über Änderungen in der Nachfrage und Erteilung von Bildung, Schulen und Universitäten des 21. Jahrhunderts
Unterstützung von Lehrkräften, Ausbildern und SchulleiterInnen	Erörtern, wie wir als Sozialpartner zur Verbesserung des Berufsprofils von Lehrkräften, Ausbildern und SchulleiterInnen beitragen können, indem wir die wirksame Erstausbildung, frühzeitige Unterstützung im Beruf verbessern und den Blick auf kontinuierliche berufliche Weiterbildung und -entwicklung richten .	EFEE/EGBW-Mitglieder	2016 -2017 Themen für eine der Sitzungen	Gemeinsames Verständnis, aktualisiertes Wissen und Peer Learning über Verbesserung der Unterstützung für Ausbilder, einschl. berufliche Weiterentwicklung
Den Lehrberuf attraktiver machen	Erörtern, wie wir als Sozialpartner zur Umgestaltung des Lehrberufs in einen auf Professionalität, hohe Erwartungen, Teamwork und Vielfalt an beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten basierenden Beruf beitragen können	EFEE/EGBW-Mitglieder	2016 -2017 Themen für eine der Sitzungen	Gemeinsames Verständnis, aktualisiertes Wissen und Peer Learning dazu, wie man den Lehrberuf attraktiver machen kann
Berufsbildung und Lehre	Erörtern, wie wir als Sozialpartner zur Verbesserung folgender Punkte beitragen können: - Verknüpfung Berufsbildung/Lehre und Arbeitsmarkt - Rolle von Lehrkräften in der Berufsbildung, Ausbildern und LeiterInnen von Berufsbildungseinrichtungen bei Ausbildungsprogrammen	EFEE/EGBW-Mitglieder	2016 –2017 Themen für eine der Sitzungen	Ist mit Experten für Berufsbildung und Lehre zu erörtern

*Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von
Qualität in der Bildung*

	- Förderung der Europäischen Ausbildungsallianz			
Hochschulbildung & Forschung	Erörtern, wie wir als Sozialpartner zur Verbesserung folgender Punkte beitragen können: -Verknüpfung Hochschulbildung und Arbeitsmarkt -Mobilität (von Professoren und Forschern) - Geschlechtergleichstellung (Themen sind mit Mitgliedern Hochschulbildung und Forschung zu erörtern)	EFEE/EGBW-Mitglieder	2016 –2017 Themen für eine der Sitzungen	Zu erörtern mit Mitgliedern Hochschulbildung & Forschung
Hochwertige Fähigkeiten und Kompetenzen	Erörtern, wie wir als Sozialpartner zur Entwicklung maßgeblicher und hochwertiger Fähigkeiten und Kompetenzen, einschl. der Initiativen der Europäischen Kompetenzagenda beitragen können	EFEE/EGBW-Mitglieder	2016 –2017 Themen für eine der Sitzungen	Aktualisiertes Wissen und verbesserter Input des ESSDE gegenüber der Europäischen Kompetenzagenda und anderen Initiativen zur Förderung der Entwicklung hochwertiger Fähigkeiten und Kompetenzen
Förderung des sozialen Dialogs	Gemeinsame Überlegung dazu, wie der nationale soziale Dialog und die Weiterentwicklung des europäischen sektoralen sozialen Dialogs im Bildungswesen gefördert werden können	ESSDE-Sozialpartner	2016 –2017 Fortlaufender Prozess	Vereinbarte Richtlinien, gemeinsames Positionspapier oder andere von den europäischen Sozialpartnern im Bildungswesen festzulegende Ergebnisse
Überprüfung des Follow-Ups der ESSDE-Ergebnisse	Bewertung der Umsetzung von ESSDE-Ergebnissen	ESSDE-Sozialpartner & EGBW/EFEE-Mitglieder	2016 –2017 Fortlaufender Prozess	Überprüfung Berichte über Follow-Up der ESSDE-Ergebnisse

*Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von
Qualität in der Bildung*

Kommunikationsstrategie	Bessere Verwendung von Kommunikationsmitteln, um Sichtbarkeit des ESSDE zu verbessern	ESSDE-Sozialpartner	2016 –2017 Fortlaufender Prozess	Gemeinsamer ESSDE-Newsletter
--------------------------------	---	---------------------	----------------------------------	------------------------------

AKTUELLE UND KÜNFTIGE ESSDE-PROJEKTE UND AKTIVITÄTEN				
THEMEN	VORGEHENSWEISE	WER	ZEITPLAN	SITZUNG
Aufbau von Fähigkeiten II Projekt	Fortsetzung der Arbeit des gemeinsamen Projekts europäische sektorale Sozialpartner in der Bildung fördern das Potenzial ihres Dialogs durch Wissenstransfer und Schulung ; Leitung EGBW	Offen für EGBW/EFEE-Mitglieder in Gastländern	Verschiedene Termine erste Hälfte 2016	Rundtischgespräche in HU, EE, ES, LV und Serbien
		Steht allen Hochschulbildungs-Mitgliedern von EGBW/EFEE offen	21. Juni 2016	Schlusskonferenz in Amsterdam
Projekt über Angemessene Arbeitsplätze	Fortsetzung der Arbeit des gemeinsamen Projekts zum Thema Sozialpartner fördern angemessene Arbeitsplätze im Bildungssektor für ein gesünderes Arbeitsleben ; Leitung EGBW	Offen für EFEE/EGBW Mitglieder aus UK, DE, PL, CZ, HU, SK, SI, LT, EST, LV, NL, SE, DK, IE	29. Januar 2016	Schulungsseminar in London
		Offen für alle EFEE/EGBW Mitglieder	9.-10. Juni	Schlusskonferenz in Bukarest

Zusatzinformationen:

- 2016 und 2017 werden EFEE und EGBW auch weiterhin in das Europäische Politiknetzwerk für Schulleitung (EPNoSL) involviert sein.
- 2016 und 2017 werden EFEE und EGBW in das branchenübergreifende Sozialpartnerprojekt „Verbesserung der Einbeziehung der Sozialpartner in EU-Unterstützung für öffentliche Investitionen in allgemeine und berufliche Bildung“ involviert sein, Leitung EGB.
- Im Falle gemeinsamer Erklärungen oder ähnlicher Dokumente ist es notwendig, dass sowohl der ArbeitgeberInnen als auch Gewerkschaften sich auf die Übersetzungen einigen können, um jegliches Missverständnis zu vermeiden.

*Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von
Qualität in der Bildung*

12.5 Liste der EGBW-Stellungnahmen, Richtlinien und Empfehlungen

EGBW-Stellungnahmen

März 2016	EGBW-Antwort auf die EK-Konsultation zur Überprüfung der europäischen Strategie für Menschen mit Behinderungen
Februar 2016	EGBW-Ansichten zu „Eine Agenda für neue Kompetenzen für Europa“ der Europäischen Kommission
November 2015	Erklärung MOE-Runder Tisch
Oktober 2015	EGBW-Ansichten zum Entwurf eines gemeinsamen Berichts über ET2020 der Europäischen Kommission
September 2015	Flüchtlinge und Bildung: Menschenrechte für alle
Juli 2015	Gemeinsamer EGBW-EGÖD-Brief an Abgeordnete des EPs betreffend die TTIP-Empfehlungen des EPs
Juni 2015	Gemeinsamer EGBW-EGÖD-Brief an die Abgeordneten des EPs betreffend die TTIP-Empfehlungen des EPs
Januar 2015	Gemeinsame EFEE/EGBW-Erklärung zur „Unterstützung von Nachwuchsforschern in der Hochschulbildung in Europa“
Januar 2015	Gemeinsame EFEE/EGBW-Erklärung zu „Führungsstil in Schulen“
Dezember 2014	EGBW-Position zum Investitionsplan für Europa
Oktober 2014	Aufruf der Hochschulbildungs- und Forschungsgewerkschaften zur Wahrung von Europas naturwissenschaftlichem, geisteswissenschaftlichem und akademischem Potenzial
Oktober 2014	Stellungnahme zu Investitionsschutz bei EU-Investitionsvereinbarungen
Juni 2014	Gemeinsame EGBW und EGB-Position zu ET2020
Juni 2014	EGBW-Position zu Schlussfolgerungen des Rates zu Qualitätssicherung zur Unterstützung von allgemeiner und beruflicher Bildung
Juni 2014	EGBW-Position zum Vorschlag der Europäischen Kommission zu den länderspezifischen Empfehlungen 2014-2015 des Europäischen Semesters
Juni 2014	EGBW-Position zu künftigen Zielsetzungen der EU2020-Strategie zu allgemeiner und beruflicher Bildung
Juni 2014 Lehrkräften	EGBW-Position zu Schlussfolgerungen des Rates zu effektiver Ausbildung von

Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von Qualität in der Bildung

April 2014	Stellungnahme zum Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaftsabkommen
März 2014	Gemeinsame EGB-EGBW-Position zur öffentlichen Konsultation über einen europäischen Kompetenz- und Qualifikationsraum
Dezember 2013	Stellungnahme zur Mitteilung der Kommission zur Öffnung von Bildung
September 2013	Erklärung MOE- Runder Tisch
Mai 2013	Gemeinsame Stellungnahme von EGB, EGBW, EGÖD, EUROCADRES und CEPLIS zur Änderungsrichtlinie zur Richtlinie über berufliche Qualifikationen
Mai 2013	EGBW-Stellungnahme der Sitzung über Friedenserziehung
Mai 2013	EGBW-Stellungnahme zum 2020 Aktionsplan für Unternehmertum
März 2013	EGBW-Stellungnahme zur Unterstützung der EGB-Demonstration - 14. März 2013
September 2012	EGBW-Stellungnahme zum Entwicklungsrahmen nach dem Jahr 2015 und zur Zukunft der Millenniumsentwicklungsziele

EGBW-Richtlinien und Empfehlungen

Empfehlungen des ständigen EGBW-Gleichstellungsausschusses zu Sozialdialog und Chancengleichheit, 2015

Praktische Richtlinien für Bildungsgewerkschaften für die weitere Umsetzung und Verstärkung von Bildungsgewerkschaftsmaßnahmen zu Geschlechtergleichstellung in Zeiten der Sparpolitik, 2014

Empfehlungen des ständigen EGBW-Gleichstellungsausschusses zum Mainstreaming von Vielfalt und Überwindung von Ungleichheiten, 2014

Praktische EGBW-Richtlinien dazu, wie vorzeitiger Schulabbruch durch den Einsatz von IKT in der Bildung verhindert werden kann, 2014

Praktische Empfehlungen zur Förderung von gesunden und sicheren Arbeitsbedingungen in der Bildung in Zeiten der Wirtschaftskrise, 2014

EGBW-Richtlinien zur öffentlichen Konsultation der EK über Modalitäten für den Investitionsschutz und ISDS im TTIP, 2014

HERSC-Empfehlungen zur Organisation von Forschern, 2013

Hochrangige Vorschläge der Sozialpartner als Anleitung für den Weg nach vorn für eine gestärkte Zusammenarbeit zwischen den Diensten für allgemeine und berufliche Bildung der Kommission und den europäischen Sozialpartnern, 2013



*Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von
Qualität in der Bildung*

Richtlinien des ständigen EGBW-Gleichstellungsausschusses für die Umsetzung der 2011/12
Gleichstellungsempfehlungen, 2013

EGBW-Richtlinien dazu, wie Bildungsgewerkschaften zur Abschwächung und Bekämpfung von
Geschlechterstereotypen in der Bildung und Geschlechtertrennung auf dem Arbeitsmarkt beitragen
können

Wie kann Gewalt und Belästigung durch Dritte an Schulen verhindert und eingedämmt werden:
Anleitung für den Bildungssektor zur Umsetzung der multisektoralen Richtlinien für die Bekämpfung
von Gewalt und Belästigung durch Dritte an Schulen, 2013

*Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von
Qualität in der Bildung*

12.6 Liste externer EGBW-Vertretung

EUROPÄISCHE KOMMISSION

Offenes Verfahren von Koordinierungs-Arbeitsgruppen

- AG 1: Modernisierung der Hochschulbildung
- AG 2: Bewertung von Kernkompetenzen:
- AG 3: Berufliche Entwicklung von Lehrkräften
- AG 4: Mathematik, Naturwissenschaft und Technologie
- AG 5: Sprachen und Beschäftigung
- AG 6: Heranbildung unternehmerischer Kompetenz
- AG 7: IKT und Bildung
- AG 8: Berufliche Entwicklung von Berufsauszubildenden und Fortbildenden
- AG 9: Qualitätssicherung in der Erwachsenenbildung
- AG 10: Finanzierung der Erwachsenenbildung
- AG 11: Frühzeitiger Schulabbruch
- AG 12: Frühkindliche Bildung und Betreuung

Andere Gruppen

- Ausschuss für lebenslanges Lernen
- Eine Beratungsgruppe für einen strategischen Ansatz bei der schulischen Zusammenarbeit
- Richtlinie über Berufsqualifikationen und Ausweis
- Strukturierter Dialog (aktive europäische Bürgerschaft)
- Europäischer sozialer Dialog, Verbindungsforum
- Große Koalition für digitale Arbeitsplätze

BOLOGNA-PROZESS

BFUG-Sitzungen

- Sitzung der Follow-Up-Gruppe von Bologna
- Arbeitsgruppe für Transparenzmechanismen
- Arbeitsgruppe für internationale Offenheit
- Arbeitsgruppe für Mobilität
- Arbeitsgruppe für Berichterstattung über die Implementierung

Europäisches Register für Qualitätssicherung in der Hochschulbildung (European Quality Assurance Register for Higher Education EQAR))

- EQAR Register-Ausschuss
- Jährliche EQAR-Generalversammlung
- Weitere Vertretungen in Verbindung mit dem Register für Qualitätssicherung in der Hochschulbildung*
- EHR (Europäischer Hochschulraum) - Informations- und Förderungsnetzwerk

EGB

- EGB-Vorstand
- EGB-Frauenausschuss
- Sitzung der einzelstaatlichen Koordinatoren
- Arbeitsgruppe lebenslanges Lernen



*Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von
Qualität in der Bildung*

Arbeitsgruppe Migration und Inklusion
Wirtschafts- und Beschäftigungsausschuss
Koordinierungsausschuss für Kollektivverhandlungen
Arbeitsgruppe Sozialschutz
Arbeitsgruppe Gesetzgebung und Sozialpolitik
Arbeitsgruppe wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhalt
Ständiger EGB-Ausschuss für internationale Angelegenheiten, Handel und internationale Entwicklung

Verschiedenes

IKT-Koalition „für ein sicheres Internet für Kinder und junge Menschen“
Grundrechteplattform der Grundrechteagentur
Europäische Netzwerk Aus- und Weiterbildung in Sicherheit und Gesundheitsschutz - ENETOSH
Kampagne für gesunde Arbeitsplätze von der Europäischen Agentur für Sicherheit und
Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz
Council of Europe Steering Committee for Education Policy and Practice (CDPPE)

*Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von
Qualität in der Bildung*

12.7 Liste der EGBW-Berichte

- 07.2016 Bericht über die BI/EGBW-Mission in die Türkei
- 06.2016 Bericht über das EGBW-Schulungsseminar über Investitionen in Bildung, Stärkung der Einbeziehung von Bildungsgewerkschaften in das europäische Semester im Hinblick auf allgemeine und berufliche Bildung
- 05.2016 Umfragebericht über sozialen Dialog und kollegiale Leitung in Hochschulbildung und Forschung
- 04.2016 Bericht über den Stand der Förderung in der Bildung, Arbeitsbedingungen von Lehrkräften, sozialen Dialog und Gewerkschaftsrechte in westeuropäischen Ländern
- 03.2016 Bericht über das gemeinsame EGBW-ETUI-Schulungsseminar über die Förderung der Geschlechtergleichstellung im Lehrberuf durch sozialen Dialog
- 02.2016 Bericht über das zweite Schulungsseminar des EGBW- und EFEE-Projekts 'Sozialpartner fördern menschenwürdige Arbeitsplätze für ein gesünderes Arbeitsleben' (2016)
- 01.2016 Bericht über das erste Schulungsseminar des EGBW- und EFEE-Projekts 'Sozialpartner fördern angemessene Arbeitsplätze für ein gesünderes Arbeitsleben'
- 08.2015 Abschlussbericht über die Unterstützung von Nachwuchsforschern in der Hochschulbildung in Europa: die Rolle von ArbeitgeberInnen und Gewerkschaften
- 07.2015 Bericht über das EGBW-ETUI-Schulungsseminar über die Verbesserung der Kompetenzen von Lehrkräften und Ausbildern in der Berufsbildung
- 05.2015 Broschüre: Projektmöglichkeiten für mittel- und osteuropäische Länder
- 04.2015 Gemeinsamer EGBW-/EFEE-Projektbericht: Berufliche Autonomie, Verantwortlichkeit und effiziente Leitung
- 03.2015 Bericht vom EGÖD, EGBW, AK und ÖGB-Schulungsseminar „Infragestellung der Liberalisierung von öffentlichen Diensten durch TTIP und darüber hinaus“
- 02.2015 Entwurf eines Berichts über den Stand der Finanzierung in der Bildung, Arbeitsbedingungen von Lehrkräften, sozialen Dialog und Gewerkschaftsrechte in osteuropäischen Ländern
- 01.2015 Bericht über EU-Fördermöglichkeiten für allgemeine und berufliche Bildung nach dem Europäischen Sozialfonds 2014-2020
- 06.2014 Bericht über die Abschlusskonferenz über die Entwicklung des Expertenwissens von Bildungsgewerkschaften über die Bewältigung der Krise durch hochwertige Bildung
- 05.2014 Umfragebericht: Förderung des Potenzials des europäischen sektoralen sozialen Dialogs im Bildungswesen durch Auseinandersetzung mit neuen Herausforderungen und Ausloten von Erfahrung und Wissen

*Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von
Qualität in der Bildung*

- 04.2014 Umfragebericht: Geschlechtergleichstellung in Bildungsgewerkschaften in Zeiten der Sparpolitik
- 03.2014 Projektbericht Förderung von Geschlechtergleichstellung in Bildungsgewerkschaften und im Lehrberuf - Umsetzung und Stärkung des Handelns von Bildungsgewerkschaften zur Geschlechtergleichstellung in Zeiten der Sparpolitik
- 02.2014 Bericht über die Abschlusskonferenz über Umsetzung und Stärkung des Handelns von Bildungsgewerkschaften zur Geschlechtergleichstellung in Zeiten der Sparpolitik
- 01.2014 Bericht über das EGBW-Seminar 'Förderung von Geschlechtergleichstellung in Bildungsgewerkschaften und im Lehrberuf in Zeiten der Sparpolitik'
- 09.2013 Bericht über das EGBW-ETUI-Seminar über Förderung des europäischen sektoralen sozialen Dialogs Bildung
- 08.2013 Projektbroschüre „Bildungsgewerkschaften in Solidarität für gesunde und sichere Arbeitsplätze in der Wirtschaftskrise“
- 07.2013 Bericht über die Abschlusskonferenz des EGBW-Projekts „Bildungsgewerkschaften in Solidarität für gesunde und sichere Arbeitsplätze in der Wirtschaftskrise“
- 06.2013 Bericht über EGBW-Workshop „Verhinderung von frühzeitigem Schulabbruch durch Einsatz von IKT in der Bildung“
- 05.2013 Bericht der EGBW-Umfrage - 'Die anhaltenden Auswirkungen der Krise für Lehrkräfte in Europa'
- 04.2013 Bericht über die EGBW-Konferenz über Friedenserziehung
- 03.2013 Mittel- und osteuropäische Länder: Projektmöglichkeiten für MOE-Länder
- 02.2013 Bericht über die zweite regionale Peer Learning-Aktivität des EGBW-Projekts „Bildungsgewerkschaften in Solidarität für gesunde und sichere Arbeitsplätze in der Wirtschaftskrise“
- 01.2013 Bericht über die Zweite regionale Peer Learning-Aktivität des EGBW-Projekts „Bildungsgewerkschaften in Solidarität für gesunde und sichere Arbeitsplätze in der Wirtschaftskrise“
- 08.2012 Broschüre: Bekämpfung von Geschlechterstereotypen in der Bildung und Geschlechtertrennung auf dem Arbeitsmarkt
- 07.2012 Bericht von der Schlusskonferenz über Gewalt durch Dritte im Bildungssektor: Sozialpartner im Bildungswesen besorgt über Gewalt an Schulen: „Wie kann Gewalt und Belästigung von dritter Seite an Schulen verhindert und eingedämmt werden“
- 06.2012 Bericht über die Abschlusskonferenz über Maßnahmen von Bildungsgewerkschaften zur Bekämpfung von Geschlechterstereotypen und Geschlechtertrennung auf dem Arbeitsmarkt.



Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von
Qualität in der Bildung

12.8 Liste der EGBW-Projekte 2013 - 2015

Projekte, die bewilligt wurden und bei denen das EGBW ein führender Projektpartner ist.

Name des Projekts	Zweck	Anstehende Veranstaltungen
<p>Sozialpartner fördern angemessene Arbeitsplätze im Bildungssektor für ein gesünderes Arbeitsleben</p> <p>Projektpartner: NUT (UK) FECCOO (Spanien) FSLE (Rumänien) VBE (Deutschland)</p> <p>Assoziierte Partner: EFEE: SeGEC (Belgien) AFiEE (Finnland)</p> <p>Projektlaufzeit: 24 Monate 01.12.2014 - 01.12.2016</p> <p>Projektzuschuss: 344.122,02 €</p>	<p>Dieses Projekts hat das Ziel, die Initiativen der Sozialpartner zur Förderung gesünderer und sicherer Arbeitsplätze im Bildungssektor für ein gesünderes Arbeitsleben als Grundvoraussetzung für hochwertige Bildung voranzutreiben. Aktiv als assoziierte Organisation ist der Europäische Dachverband der Arbeitgeber im Bildungswesen (EFEE) involviert. Es sollen konkrete und praktische Wege zur Vermeidung und Bekämpfung von arbeitsbedingtem Stress im Bildungswesen aufgezeigt werden, wobei der Schwerpunkt auf gemeinsamen Sozialpartnerinitiativen und der Entwicklung konkreter und praktischer Richtlinien dazu liegen soll, wie gemeinsame Sozialpartnerinitiativen auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene gefördert werden können, um psychosozialen Risiken im Bildungswesen vorzubeugen und sie zu bewältigen.</p> <p>Im Rahmen des Projekts sind zwei Forschungsaktivitäten (Online-Umfrage und Fallstudien) sowie auch drei Sitzungen (Schulungsseminare und Abschlusskonferenz) vorgesehen. Um dem Projekt ein hochwertiges Profil zu verleihen, begleitet ein Filmteam die Fallstudien und produziert ein kurzes Video über das Projekt.</p> <p>Die speziellen Ziele dieses Projekts sind:</p> <ol style="list-style-type: none">mittels einer Online-Umfrage Material sammeln für bestehende Gesetzgebung über Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz, Sozialpartnerabkommen und -maßnahmen sowie Maßnahmen, die auf Schulebene ergriffen werden, um psychosoziale Risiken und arbeitsbedingten Stress zu verhindern;in einer Reihe von Fallstudien praktische und konkrete Wege zur Vermeidung und Bekämpfung von arbeitsbedingtem Stress im Bildungswesen mit Fokus auf gemeinsamen Sozialpartnerinitiativen zu identifizieren;	<p>Die sechste Sitzung der Beratungsgruppe findet am 15. September 2016 in Brüssel statt.</p>



*Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von
Qualität in der Bildung*

	<ul style="list-style-type: none">c. die Aufnahme von Präventivmaßnahmen gegen psychosoziale Risiken und arbeitsbedingten Stress in Tarifverträge im Bildungssektor weiter voranzutreiben;d. Bildungsgewerkschaften und ArbeitgeberInnenorganisationen dabei zu unterstützen, in ihren nationalen Sozialdialogstrukturen aktiver zu werden, wenn es um den Umgang mit und die Einführung von Strategien für Sicherheit und Gesundheitsschutz an Schulen geht;e. die Debatte über dieses Thema im Ausschuss des europäischen sektoralen sozialen Dialogs Bildung zu unterstützen;f. konkrete und praktische Richtlinien dazu zu erstellen, wie man gemeinsame Sozialpartnerinitiativen auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene fördert, um psychosoziale Risiken im Bildungswesen zu verhindern und zu bekämpfen (in EN, FR, DE, RO, FR, ES, SK, RU);g. die Grundlage für eine gemeinsame Erklärung von EGBW und EFEE zur Vermeidung von psychosozialen Risiken und arbeitsbedingtem Stress im Bildungssektor zu schaffen.	
<p>Europäische sektorale Sozialpartner im Bildungswesen fördern das Potenzial ihres Dialogs durch Wissenstransfer und Schulung. Das ESSDE-Kapazitätsaufbauprojekt II</p> <p>Projektpartner: NSZZ Solidarnosc (Polen) LIZDA (Lettland), SEB (Bulgarien) PSZ-SEH (Ungarn) FETE-UGT (Spanien) EEMU (Estland) OLTEK (Zypern)</p>	<p>Mit diesem Projekt sollen die Fähigkeiten des europäischen sektoralen sozialen Dialogs Bildung (ESSDE) schrittweise aufgebaut werden, um ihn wirksamer zu machen. Es ist sowohl im Hinblick auf die anvisierten Länder als auch auf den Inhalt eine größer angelegte Version des Vorläufer-Projekts. Sehr wichtig ist allerdings, dass der Europäische Dachverband der Arbeitgeber im Bildungswesen (EFEE) aktiv als assoziierte Organisation involviert ist.</p> <p>Bei Runden Tischen in jedem Projektland und in einem EU-Beitrittsland soll tiefer gehendes Wissen über Inhalte, Verfahren und Instrumente zum ESSDE und damit zusammenhängenden Angelegenheiten erworben werden.</p> <p>Die speziellen Ziele des Projekts sind:</p> <ul style="list-style-type: none">a. Themen mit Bezug zum europäischen sozialen Dialog zu präsentieren, wie etwa die Entwicklung des europäischen Systems auf nationaler und europäischer Ebene, die Ziele und die Funktionsweise des Dialogs, die Rolle der europäischen Sozialpartner, die Notwendigkeit von Netzwerken und anderen wichtigen Stakeholdern, das Arbeitsprogramm und Errungenschaften des ESSDE;	<p>Die Schlusskonferenz findet vom 21.-22. Juni 2016 in Amsterdam statt.</p>



*Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von
Qualität in der Bildung*

<p>Assoziierter Partner: EFEE:</p> <p>Projektlaufzeit: 24 Monate 01.12.2014 – 30.11.2016</p> <p>Projektzuschuss: 331.760,89 €</p>	<ul style="list-style-type: none">b. sicherzustellen, dass Wissenstransfer und Erfahrungsaustausch auch über sektor übergreifende Themen stattfinden, wie etwa die Auswirkungen der Wirtschaftskrise, insbesondere auf die ArbeitgeberInnen-/ArbeitnehmerInnenbeziehungen, den demografischen Wandel, die Europa 2020-Strategie und andere;c. sicherzustellen, dass das Projekt als Teil eines langfristigen und nachhaltigen Prozesses, an dem kontinuierlich gearbeitet werden muss, verstanden wird;d. Multiplikatoreffekte zu garantieren, indem gegenüber den TeilnehmerInnen betont wird, wie wichtig es ist, dass sie ihre erworbenen Fähigkeiten innerhalb ihrer Organisationen weitergeben und dabei gleichzeitig eine Verknüpfung zur europäischen Ebene herstellen;e. die mit ESSDE-Delegierten erworbenen Erkenntnisse auszutauschen, um eine weitere Stärkung der Beziehung zwischen den Sozialpartnern auf europäischer und nationaler Ebene zu erzielen;f. das Entstehen einer Vertrauenskultur, Zusammenarbeit und Netzwerken zwischen ESSDE-Delegierten und insbesondere jenen aus alten Mitgliedstaaten und jenen aus neuen EU-Mitgliedstaaten und - im Zuge einer frühzeitigen Vorbereitung auf künftige etwaige Vergrößerungsrunden - auch aus Beitrittskandidaten zu fördern;g. Arbeitsmaterial zur späteren Verwendung im ESSDE zu sammeln und zusammenzustellen;h. sich auf eine „Gemeinsame EGBW/EFEE-Erklärung zur Stärkung des europäischen sektoralen Sozialdialogs im Bildungssektor“ zu einigen, die den Wunsch der europäischen sektoralen Sozialpartner, die Qualität ihres Dialogs zu stärken und ihn wirksamer zu machen, bekräftigen wird.	
<p><i>In Bildung investieren: Stärkung der Einbeziehung von Bildungsgewerkschaften in das Europäische Semester zu allgemeiner und beruflicher Bildung</i></p> <p>Projektpartner:</p>	<p>Dieser innovative Vorschlag ist das erste Projekt im Bildungsbereich zur Förderung der Teilnahme von Bildungsgewerkschaften am Europäischen Semester mit Blick darauf, sie für EU-Politikgestaltung zu sensibilisieren und den nationalen und europäischen sozialen Dialog zu diesem Thema zu fördern. Es wird zudem zu einem Zeitpunkt unterbreitet, zu dem Gewerkschaften im Bildungswesen und nationale Sozialdialogstrukturen infolge der Wirtschaftskrise unter zunehmenden Druck geraten sind.</p> <p>Der Projektvorschlag legt nahe, dass der Beitrag von Bildungsgewerkschaften zum Europäischen Semester signifikant verbessert werden könnte, indem ein besseres Verständnis</p>	<p>2016-2017 sind fünf Schulungsseminare angesetzt: vom 29. Februar - 1. März 2016 in Malta; vom 18.-19. Mai 2016 in Kopenhagen; vom 12.-</p>



*Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von
Qualität in der Bildung*

<p>MUT (Malta) FLC-CGIL (Italien) ESTUS (Slowenien) FLESTU(Litauen)</p> <p>Projektlaufzeit: 12 Monate 01.11.2015 - 31.10.2017</p> <p>Projektzuschuss: 256.592,42 €</p>	<p>der Hauptthemen vermittelt wird. Ein tiefer gehendes Wissen über die Ziele, Prozesse, Mechanismen, beteiligten Akteure und das Timing von Maßnahmen des Europäischen Semesters, wird das Engagement für das Erreichen der EU 2020-Hauptziele im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung und der Arbeit auf europäischer Ebene stärken. Es wird auch ihre Zusammenarbeit mit nationalen Akteuren und Politikentscheidern verbessern. Deshalb ist Schulung, Informationsaustausch und die Bereitstellung von Nachweisen eines der Hauptziele innerhalb dieses Projekts. Die Projektergebnisse sollen künftige Diskussionen über das Europäische Semester zu allgemeiner und beruflicher Bildung mit Arbeitgebern im Bildungsbereich im Rahmen des europäischen sektoralen sozialen Dialogs in der Bildung und in der künftigen Arbeit von Bildungsgewerkschaften auf europäischer und nationaler Ebene anstoßen.</p> <p>Einige der spezifischen Ziele dieses Projekts sind:</p> <ol style="list-style-type: none">Das Bewusstsein für die Themen des Europäischen Semesters im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene zu schärfen und Bildungsgewerkschaften in ganz Europa ein spezifisches Know-how bereitzustellen, das sie benötigen, um zu den länderspezifischen Empfehlungen, nationalen Reformprogrammen und Haushaltsplanungen beitragen zu können;Zu analysieren, Erfahrungen und Informationen dazu auszutauschen, wie auf nationaler Ebene zum europäischen Semester im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung, mit Blick auf hochwertige Bildung und der Leistung eines Beitrags zur Erzielung der Europa 2020-Hauptziele im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung beigetragen werden kann;Material für die Auswirkungen der europäischen Semester-Politik-Koordination auf nationale Reformen für allgemeine und berufliche Bildung, die sich verändernde Natur der Investitionen im Bildungsbereich und auf öffentliche/private Entwicklungen zu liefern;Die Umsetzung des EGBW-Aktionsplans zum Europäischen Semester zu bewerten und die EGBW-Mitgliedsorganisationen dabei zu unterstützen, weitere Aktionen im besonderen Kontext des Europäischen Semesters zu allgemeiner und beruflicher Bildung durchzuführen;	<p>13. September 2016 in Vilnius; vom 3.-4. November 2016 in Rom und vom 17.-18. Januar 2017 in Ljubljana.</p> <p>Die zweite Sitzung der Projekt-Beratungsgruppe findet am 9. März 2017 in Brüssel statt. Die Schlusskonferenz des Projekts ist für den 13. Juni 2017 in Brüssel geplant. Die dritte Sitzung der Projekt-Beratungsgruppe findet am 14. Juni 2017 in Brüssel statt.</p>
--	--	--



*Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von
Qualität in der Bildung*

	<p>e. Die Fähigkeit nationaler Bildungsgewerkschaften zu verbessern, sich im Rahmen des Europäischen Semesters über allgemeine und berufliche Bildung positiv am nationalen Sozialdialog mit Arbeitgebern im Bildungsbereich beteiligen zu können.</p> <p>f. Die weitere Förderung künftiger ESSDE-Diskussionen voranzutreiben, indem das Bewusstsein für die Notwendigkeit der Stärkung des sozialen Dialogs im Rahmen des Europäischen Semesters auf nationaler und europäischer Ebene geschärft wird.</p>	
<p><i>Förderung des Potenzials des europäischen sektoralen sozialen Dialogs im Bildungswesen durch Auseinandersetzung mit neuen Herausforderungen und Untersuchung von Erfahrung und Wissen</i></p> <p>Projektpartner: FLESTU(Litauen) ESTUS (Slowenien) FSLE (Rumänien) IURHEEC (Kroatien) OPZSAV (Slowakei) TUEM (Montenegro)</p> <p><u>Projektlaufzeit:</u> 12 Monate 20.12.2013 – 19.12.2014</p> <p><u>Projektzuschuss:</u> 183.601,96 €</p>	<p>Mit diesem Projekt soll eine Konzentration auf die Förderung des großen vorhandenen Potenzials des ESSDE und eine weitere Verbesserung seines wirksamen Funktionierens erreicht werden. Es wird sich auf Mitgliedstaaten mit wenig ausgeprägter Tradition des sozialen Dialogs konzentrieren. ESSDE-Delegierte und ihre nationale Organisation werden mit dem langfristigen Ziel, Fähigkeiten für ein stärkeres Engagement für den wichtigen sozialen Dialog auf europäischer Ebene aufzubauen, zu Projektaktivitäten eingeladen werden.</p> <p>Eine positive Entwicklung der europäischen Sozialpartnerschaft im Bildungsbereich, die erst vor ein paar Jahren eingeführt wurde, würde den Sozialpartnern sicherlich dabei helfen, sich mit den zunehmend dringender werdenden Themen im Zusammenhang mit der europäischen Beschäftigungs- und Sozialpolitik und insbesondere mit den EU 2020-Strategien für Wachstum und Beschäftigung auseinanderzusetzen.</p> <p>Die spezifischen Projektziele sind:</p> <p>a. Wissenslücken auf nationaler Ebene aufzudecken und zu füllen im Hinblick auf nationale und europäische sektorale Systeme des sozialen Dialogs, relevante Themen, wie etwa die Entwicklung der europäischen Sozialpolitik, ArbeitgeberInnen-/ArbeitnehmerInnenbeziehungen auf nationaler und europäischer Ebene, die Ziele und die Funktionsweise des europäischen sektoralen sozialen Dialogs, die Rolle der europäischen Sozialpartner, die Notwendigkeit der Bildung von Netzwerken zwischen Delegierten und anderen wichtigen InteressenvertreterInnen, das Arbeitsprogramm und die Errungenschaften des ESSDE;</p>	



*Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von
Qualität in der Bildung*

	<p>b. Wissenstransfer sicherzustellen zu Themen von derzeit Sektor übergreifender Bedeutung, wie etwa den Auswirkungen der Wirtschaftskrise, zum demografischen Wandel, zur Europa 2020-Strategie für Wachstum, zur europäischen Beschäftigungsstrategie usw.;</p> <p>c. Die Sicherung von Nachhaltigkeit durch einen signifikanten Multiplikatoreneffekt, indem SeminarteilnehmerInnen dazu ermutigt werden, das, was sie gelernt haben, weiterzugeben, um ihren nationalen sozialen Dialog zu stärken und gleichzeitig eine Verknüpfung zur europäischen Ebene herzustellen;</p> <p>d. Im Rahmen des Ausschusses des europäischen sektoralen sozialen Dialogs Bildung gewonnene Erkenntnisse auszutauschen und eine breite Diskussion zu diesem Thema anzustoßen, was zu einer weiteren Stärkung der Beziehung zwischen den Sozialpartnern im Bildungssektor auf europäischer und nationaler Ebene führt;</p> <p>e. Die Zusammenarbeit und das Netzwerken zwischen ESSDE-Delegierten und insbesondere jenen aus alten Mitgliedstaaten und jenen aus neuen EU-Mitgliedstaaten und - im Zuge einer frühzeitigen Vorbereitung auf künftige etwaige Vergrößerungsrunden - auch aus Beitrittskandidaten zu fördern;</p> <p>Eine Broschüre in Englisch, Französisch und in den Sprachen der teilnehmenden Länder zu verfassen, die Seminarthemen, Hintergrundmaterial, Präsentationen und Ergebnisse zur Informationsverbreitung unter Bildungssozialpartnern auf unterschiedlichen Ebenen enthält.</p>	
<p><i>Aufbau von Expertenwissen bei den Bildungsgewerkschaften über die Bewältigung der Krise durch hochwertige Bildung</i></p> <p>Projektpartner: OLME (Griechenland) TUI (Irland)</p>	<p>Im Rahmen dieses Projekts wird gute Praxis, die Bildungsgewerkschaften in den am meisten von der Krise betroffenen Ländern zur Bewältigung der Krise eingesetzt haben, benannt, erkundet und ausgetauscht werden, um das Fachwissen im Hinblick auf die ArbeitgeberInnen-/ArbeitnehmerInnenbeziehung und den sozialen Dialog sowohl unter ihnen als auch unter ihren KollegInnen in allen anderen Mitgliedsorganisationen des EGBW aus ganz Europa zu verbessern. Ergebnisse aus Fallstudien werden in eine Projektkonferenz einfließen, die eine Anhörung zu hochwertiger Bildung in Europa einschließen wird, bei der Bildungsgewerkschaften in der Lage sein werden, direkt mit europäischen Politikentscheidern</p>	



*Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von
Qualität in der Bildung*

<p>FLC-CGIL (Italien) FNE (Portugal) FECCOO (Spanien)</p> <p>Projektlaufzeit: 12 Monate 01.12.2013 – 30.11.2014 Projektzuschuss: 178.342,49 €</p>	<p>zu Themen der Qualität in der Bildung im Kontext der Krise, der Beschäftigung und Sozialpolitik sowie auch des sozialen Dialogs zu interagieren.</p> <p>Die Projektaktivitäten und -ergebnisse werden gesammelt und in Form eines Films verbreitet werden.</p>	
<p><i>Förderung von Geschlechtergleichstellung in Bildungsgewerkschaften und im Lehrberuf II - Umsetzung und Verstärkung von Aktionen der Bildungsgewerkschaften zu Geschlechtergleichstellung in Zeiten der Sparpolitik</i></p> <p>Projektpartner: UIL Scuola (Italien) UNSA (Frankreich) ASTI (Irland) AOB (Niederlande) SEB (Bulgarien) ZNP (Polen) Läraryförbundet (Schweden)</p> <p><u>Projektlaufzeit</u>: 12 Monate</p>	<p>Das Projekt wird dem EGBW und seinen Mitgliedsorganisationen Gelegenheit dazu bieten, Wege zur Untersuchung unterschiedlicher nationaler Herangehensweisen im Hinblick auf die Förderung von Geschlechtergleichstellung in Bildungsgewerkschaften und im Lehrberuf in Zeiten der Sparpolitik zu identifizieren und zu analysieren, wie die verschiedenen Beteiligten in diesen Prozess eingebunden sind.</p> <p>Diese Initiative wird auf der Arbeit des EGBW betreffend die Auswirkungen der Sparmaßnahmen, die dem Bildungssektor auferlegt wurden, aufbauen, und zwar aus der Perspektive ihrer Folgen für die Arbeitsbedingungen von Lehrkräften, insbesondere weiblicher Lehrkräfte.</p> <p>Die spezifischen Projektziele sind:</p> <ol style="list-style-type: none">Weitere Sensibilisierung der EGBW-Mitgliedsorganisationen für Fragen der Geschlechtergleichstellung in Bildungsgewerkschaften und im Lehrberuf sowie auch im Hinblick auf EU-Schwerpunktbereiche, -Politik und -Instrumente in diesem Bereich mit dem Ziel der Sicherung und Verbesserung von Qualität in der BildungAnalyse der derzeitigen Lage bei der Geschlechtergleichstellung und die Auswirkungen der Krise auf die Geschlechtergleichstellung im Bildungssektor und innerhalb nationaler Bildungsgewerkschaftsstrukturen in den EU-/EFTA- und Beitrittsländern.	



*Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von
Qualität in der Bildung*

<p>01.12.2013 – 30.11.2014</p> <p><u>Projektzuschuss</u>: 181.447,30 €</p>	<p>c. Unterstützung von Bildungsgewerkschaften bei der weiteren Umsetzung und Überwachung des EGB-UNICE/UEAPME-CEEP-Aktionsrahmens für Geschlechtergleichstellung und der EGB-Charta für Gender Mainstreaming in Gewerkschaften im Bildungssektor auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene.</p> <p>d. Bewertung der Umsetzung des EGBW-Aktionsplans für Geschlechtergleichstellung und Unterstützung der EGBW-Mitgliedsorganisationen bei der Durchführung weiterer Maßnahmen zu Geschlechtergleichstellung vor dem besonderen Hintergrund der Sparpolitik.</p>	
<p><i>Entwicklung des Lehrberufs in Zeiten der Wirtschaftskrise als zentrale Aufgabe für Sozialpartner im Bildungswesen. Erkennen gemeinsamer Strategien zur Stärkung der Verbindungen zwischen Bildung und Arbeitsmarkt</i></p> <p>Projektpartner: GEW (Deutschland) FETE-UGT (Spanien) FLESTU (Litauen) ESTUS (Slowenien) EFEE</p> <p><u>Projektlaufzeit</u>: 12 Monate 20.12.2012 – 20.12.2013</p>	<p>Übergeordnetes Projektziel war dabei, das Bewusstsein der Öffentlichkeit für die Auswirkungen des dramatischen Mangels an qualifizierten LehrerInnen in den Kernfächern zu schärfen. Der Lehrberuf leidet unter einem Statusmangel, was sich in den Jahren der Wirtschaftskrise noch verschärft hat. Das Projekt soll zeigen, dass solche neuen Trends weit reichende Auswirkungen auf andere Sektoren und auf den gesamten Arbeitsmarkt haben. Das Projekt wendet sich an nationale und europäische Entscheider im Bereich der Beschäftigungspolitik und verweist insbesondere darauf, dass mehr in Bildung investiert werden muss, um die EU 2020-Ziele erreichen zu können.</p> <p>Die spezifischen Ziele sind:</p> <p>a) Erkennen nationaler und regionaler aktueller mit Lehrkräftemangel verbundener Entwicklungen und von den nationalen Sozialpartnern, Arbeitsämtern, Studierenden-/SchülerInnenverbänden, Elternverbänden und anderen Beteiligten ergriffener Maßnahmen, mit dem Ziel, entweder das Bewusstsein der Öffentlichkeit zu schärfen oder das Prestige und den Status des Lehrberufs zu verbessern;</p> <p>b) Empfehlungen zu neuen Strategien auf europäischer Ebene zu entwickeln, die europäischen und nationalen Politikentscheidern vorgelegt werden sollen, um vor dem prognostizierten Mangel an qualifizierten Lehrkräften zu warnen;</p>	



*Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von
Qualität in der Bildung*

<p><u>Projektzuschuss:</u> 162.656,22 €</p>	<p>c) Bildungsgewerkschaften und Arbeitgeber im Bildungsbereich dazu ermuntern, aktiver in ihren nationalen Sozialdialogstrukturen zu werden, wenn es um das Image und die Attraktivität des Lehrberufs geht;</p> <p>d) Vorbereitung der Debatte zu diesem Thema im Ausschuss für den europäischen sektoralen Sozialdialog Bildung und dabei zu helfen, die Beziehung zwischen den Sozialpartnern im Bildungssektor auf europäischer und nationaler Ebene zu stärken;</p>	
<p><i>Bildungsgewerkschaften in Solidarität für sichere und gesunde Arbeitsplätze in der Wirtschaftskrise</i></p> <p>Projektpartner: UIL Scuola (Italien) UNSA (Frankreich) NASUWT (UK) Solidarnosc (Polen) Läraryförbundet (Schweden) FECCOO (Spanien)</p> <p><u>Projektlaufzeit:</u> 12 Monate 01.12.2012 – 30.11.2013</p> <p><u>Projektzuschuss:</u> 162.044,24 €</p>	<p>Dieses Projekt, das sich mit den übergreifenden Herausforderungen der EU-Beschäftigungs- und Sozialpolitik befasst, soll die Solidarität zwischen den Bildungsgewerkschaften in Europa zur Unterstützung der Aufrechterhaltung und Förderung gesunder und sicherer Arbeitsbedingungen stärken, insbesondere im Hinblick auf die Vorbeugung psychosozialer Risiken und die Vereinbarung von Berufs- und Familienleben in Zeiten steigenden Drucks infolge der Wirtschaftskrise. Ziel ist es, das Wohlergehen und die Sicherheit von Lehrkräften als Grundvoraussetzung für hochwertige Bildung zu fördern. Im Rahmen des Projekts soll herausgefunden werden, ob die Wirtschaftskrise und die damit einhergehenden Veränderungen für die Arbeitsbedingungen von Lehrkräften Auswirkungen auf die Gesundheit und Sicherheit von Lehrkräften haben und es soll ein Bündel von konkreten und praktischen Empfehlungen für Bildungsgewerkschaften in Europa auf nationaler und regionaler Ebene und für deren Mitglieder an der Basis zu dem Thema, wie gesunde und sichere Arbeitsbedingungen in Zeiten der Wirtschaftskrise gefördert werden können, entwickelt werden.</p> <p>Die spezifischen Ziele sind:</p> <p>a) anhand einer Online-Umfrage zu untersuchen, ob sich die Arbeitsbedingungen von Lehrkräften, insbesondere das psychosoziale Wohlergehen, infolge der Wirtschaftskrise verschlechtern;</p> <p>b) anhand einer Reihe von Interviews die Strategien und Maßnahmen nationaler Bildungsgewerkschaften im Hinblick auf die Vermeidung psychosozialer Risiken und die</p>	



*Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von
Qualität in der Bildung*

	<p>Vereinbarung von Berufs- und Familienleben in Zeiten zunehmenden Drucks aufgrund der Wirtschaftskrise herauszufiltern;</p> <p>c) die Aufnahme psychosozialer Risiken in Kollektivvereinbarungen im Bildungssektor weiter zu fördern;</p> <p>d) Bildungsgewerkschaften dabei zu unterstützen, in ihren nationalen Sozialdialogstrukturen proaktiver zu werden, wenn es um den Umgang mit und die Einführung von Strategien für Sicherheit und Gesundheit an Schulen geht;</p> <p>e) die Debatte über dieses Thema im Ausschuss des europäischen sektoralen sozialen Dialogs Bildung vorzubereiten;</p> <p>f) ein Bündel an konkreten und praktischen Empfehlungen (in EN, FR, DE, ES) für Bildungsgewerkschaften in Europa auf nationaler und regionaler Ebene und deren Mitglieder an der Basis dazu zu entwickeln, wie gesunde und sichere Arbeitsbedingungen in Zeiten zunehmenden Drucks infolge der Wirtschaftskrise gefördert werden können.</p>	
<p><i>Bildungsgewerkschaften verhindern frühzeitigen Schulabbruch durch Einsatz von IKT in der Bildung</i></p> <p>Projektpartner: GL (Dänemark) AOB (Niederlande) OZPSaV (Slowakei) OLME (Griechenland) FNE (Portugal) ESEUR (Russland) AITUCEW (Aserbaidschan)</p>	<p>Im Rahmen dieses Projekts soll untersucht werden, wie IKT und innovative, auf IKT basierende Unterrichtsmethoden dabei helfen können, einzelne SchülerInnen, bei denen die Gefahr eines Ausschlusses aus dem formalen Bildungssystem besteht, zu motivieren/wieder in die Schule zurückzuholen. Es wird untersucht, wie Lehrkräfte das Potenzial der IKT dazu nutzen können, die Kluft zwischen dem, was einzelne SchülerInnen zu Hause lernen/erfahren und der Schule zu überbrücken. Im Hinblick auf eine Übertragung der Methoden/besten Praktiken auf andere Länder wird die Arbeit von Bildungsgewerkschaften in Europa und ihre Rolle dabei untersucht, die Anpassung der besten Praktiken an ihren einzelstaatlichen Kontext zu unterstützen..</p> <p>Ausgehend von 4 Fallstudien (1 Ausbildungseinrichtung für Lehrkräfte, 2 Schulen/pro Land) wird ein Entwurf von Richtlinien für den Einsatz von IKT im Unterricht zur Motivation/Zurückholung von SchülerInnen in die Schulen bei einem Workshop erstellt und bei einer Konferenz evaluiert werden.</p>	



*Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von
Qualität in der Bildung*

<p>Assoziierte Partner: EFEE OBESSU (Organising Bureau of School Students Union)</p> <p><u>Projektlaufzeit:</u> 30 Monate 01.11.2011 – 30.04.2014</p> <p><u>Projektzuschuss:</u> 343. 536,00 €</p>	<p>Die Richtlinien dienen dem Ausschuss des europäischen sektoralen sozialen Dialogs Bildung als Arbeitsgrundlage.</p> <p>Die Ergebnisse werden in Form einer Broschüre veröffentlicht werden, und um SchülerInnen/LehrerInnen das Thema nahezubringen und sie zu sensibilisieren, werden Postkarten in 23 EU-Sprachen und Russisch gedruckt werden.</p>	
--	--	--



*Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von
Qualität in der Bildung*

EGBW-Projektpartnerschaften

Name des Projekts	Beantragende Organisation	Zweck	Antragsstatus/ Anstehende Veranstaltungen
<p>CPD –Einrichtung (Fortbildung) für Lehrkräfte auf dem Balkan: LehrerInnenbildungs-institut auf dem Balkan - BTTI</p> <p><u>Projektlaufzeit:</u> 5 Monate</p> <p>15.02.2016 – 15.06.2016</p> <p>Projektpartner: EGBW SEB</p>	<p>SEB</p>	<ol style="list-style-type: none">Etablierung der Rolle von EGBW und SEB (und möglicherweise FSIL) als Partner in einem EU-Sozialfondsprojekt zur Verbesserung und Stärkung der beruflichen Fort- und Weiterbildung von Lehrerinnen.Umreißen der Möglichkeiten und Hindernisse in Bezug auf die mögliche Einrichtung des BTTI.Entwickeln konkreter Pläne für das BTTI, wobei die finanziellen und administrativen Verantwortlichkeiten für alle Beteiligten, einschließlich der Regierung(en) aufgezeigt werden.Festlegen konkreter Arbeitsbereiche für das BTTI.Erstellen strategischer Pläne für die Zusammenarbeit des BTTI mit anderen Ländern in der Region, einschließlich der Gewerkschaften und Regierungen.Prüfung der Möglichkeiten für das EGBW, eine Verbindung vom BTTI zu einer europäischen Fortbildungseinrichtung für Lehrkräfte - ETTI - herzustellen.	<p>Der vorläufige Forschungsbericht ist für den 1. Juni 2016 geplant.</p>



*Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von
Qualität in der Bildung*

<p>Europäisches Politiknetzwerk für Führungsverhalten in der Bildung</p> <p>Projektlaufzeit: 18 Monate 01.03.2014 – 30.09.2015 (Folgeprojekt im Rahmen eines 4-jährigen Rahmenvertrags)</p> <p>28 Partner: EGBW, EFEE, Europäische Elternvereinigung, Prof. Woods, Universität Innsbruck, Universität Cambridge, einige der Ministerien, die Teil des Führungsnetzwerks sind, ein Forschungszentrum in Berlin, das nationale Forschungszentrum in Italien, ein Partner aus Portugal, Prof. Moos, eine Gruppe von Schulen aus der Türkei, Tempus Agentur aus Ungarn, überwiegend akademische/Forschungseinrichtungen, aber nicht ausschließlich auf diese beschränkt.</p>	<p>Forschungs- und Evaluationsgruppe Bildung des Instituts für angewandte und computergestützte Mathematik, Kreta</p>	<p>Das Netzwerk umfasst Akademien für Führung an Schulen, Erziehungsministerien und weitere bildungspolitische/Forschungsakteure. Das Gesamtziel des Netzwerks ist die Unterstützung einzelstaatlicher Bildungsministerien bei ihren Überlegungen zur Festlegung einer Politik in Bezug auf die Leitung schulischer Einrichtungen.</p> <p>Geplante Tätigkeiten:</p> <ol style="list-style-type: none">zielgerichtete Diskussionen mit der Sachverständigengruppe zur Definition von Hauptlinien, die bei den politischen Weichenstellungen thematisiert werden müssen,Identifizierung 'guter Praktiken', einschließlich der Probleme und Herausforderungen der Übertragung politischer Vorgaben an die Zielgruppe,Peer-Learning zwischen den Bildungsministerien (mit Beteiligung sowohl des EGBW als auch der Sachverständigen) wird erforderlich seinEntwurf von Politikempfehlungen (einzelstaatliche und EU-Perspektiven). <p>Die Rolle des EGBW: Engagiert sich aktiv in PLAs und unterzeichnet Absichtserklärungen. Legt einen Aktionsplan für das EGBW fest und stellt sicher, dass die Stimme von Fachleuten in den Aktionsplan aufgenommen wird.</p>	<p>Eine Peer Learning-Veranstaltung im Bereich der Schulleitung ist für den 15. und 16. Juni 2017 in Malta geplant</p>
--	--	---	--



*Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von
Qualität in der Bildung*

		Engagiert sich im Wissensaustausch und muss dafür sorgen, dass die Stimme von Leuten aus der Praxis bei nationalen Netzwerken und Wissensaustausch im Rahmen von EPNoSL-Tätigkeiten/Prozessen gehört wird.	
<p>Gestaltung eines europäischen Qualitätsrahmens für Ausbildung und arbeitsbasiertes Lernen</p> <p>Projektpartner: EGBW (Antragsteller) TUC (UK) (Co-Antragsteller) EGBW</p> <p>Projektlaufzeit: 24 Monate 01.09.2014-30.09.2016</p>	EGB	<p>Das Projekt trägt zur Umsetzung der europäischen Ausbildungsallianz (EAfA) bei. Es soll im Rahmen eines Berichts untersuchen, welches die Hindernisse für die Umsetzung der europäischen Ausbildungsallianz auf nationaler und sektoraler Ebene sind und wie Qualifikations- und Transparenzinstrumente der EU zur Gestaltung eines europäischen Qualitätsrahmens für Ausbildung und arbeitsbasiertes Lernen beitragen können. Am Ende des Projekts soll ein europäischer Qualitätsrahmen für Ausbildung und arbeitsbasiertes Lernen als Instrument zur Implementierung der europäischen Ausbildungsallianz definiert werden.</p> <p>Die Rolle des EGBW: EGBW-CSEE als EGB-Mitgliedsorganisation im Projekt ist zuständig für:</p> <ul style="list-style-type: none">• eine beratende, überwachende und evaluierende Rolle im Hinblick auf die Projektarbeit.• Teilnahme an allen Projektsitzungen• Mitarbeit bei der Erstellung der Tagesordnungen der Sitzungen• enge Zusammenarbeit mit dem EGB-Sekretariat	Sitzungen der Projektlenkungsgruppe und Projektpartnersitzungen finden in regelmäßigen Abständen statt.



*Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von
Qualität in der Bildung*

<p>COSME - Ein gesamteuropäischer Hub für unternehmerisches Lernen</p> <p>Projektpartner: Bergische Universität Wuppertal Child and Youth Finance International GV Partners IESE Business School Internationale Arbeitsorganisation (IAO) Dänische Stiftung für Unternehmertum Dublin Institute of Technology J.J. Strossmayer University in Osijek Manchester Academy University of Cambridge (Centre for Entrepreneurship) WKO (Österreichische Handelskammer) Lappeenranta University of Technology University of Warwick (Zentrum für Bildung und Industrie) EU-Ministerien EP-VertreterInnen aus CULT-, EMPL- und ITRE-Ausschüssen EY Cisco</p>	<p>JA-YE Europe (europäischer Anbieter von Programmen für unternehmerische Bildung) / EuroChambers/ SEECCEL (Südosteuropäisches Zentrum für unternehmerisches Lernen) / EUpromVET (Europäische Anbieter von Berufsbildung)</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Überprüfung des endgültigen Projektberichts <p>Ziel des Projekts ist die Bildung eines Netzwerks, um eine paneuropäische Initiative für unternehmerisches Lernen zu entwickeln, die auf europäischer und nationaler Ebene vorhandene Fachkompetenz vereint. Der Schwerpunkt liegt bei diesem Projekt ganz stark auf Politikgestaltung und auf Anregung der Weiterentwicklung der Bildung für unternehmerische Kompetenz in ganz Europa und es wird angestrebt, zu einem beratenden Gremium für Politiker und EU-Institutionen zu werden. Der Hub wird anfangs kein formelles Gremium sein, sondern eher eine Gruppierung von Organisationen und Einzelpersonen, die sich für die Herausbildung unternehmerischer Kompetenz engagiert.</p> <p>Die Aktivitäten richten sich auf die Ausweitung der Verbreitung und der Wirkung von Ausbildung von unternehmerischer Kompetenz in ganz Europa, ausgehend vom Lernen aus bestehenden bewährten Verfahren und von Informationsaustausch. Die Initiative fördert und unterstützt das Netzwerken unter Politikentscheidern, Lehrkräften, Praktikern, Forschern, Wirtschaftsführern, Unternehmern und Fachexperten in ganz Europa, die ein ausgeprägtes Interesse an der Entwicklung unternehmerischer Kompetenzen und an</p>	
--	--	--	--



*Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von
Qualität in der Bildung*

<p>Intel Microsoft HP VISA AXA Rovio</p> <p>Projektlaufzeit: 36 Monate 01.01.2015-31.12.2017</p>		<p>der Vertiefung der Zusammenarbeit auf EU-Ebene auf diesem Gebiet haben.</p> <p>Konkreten Zielsetzungen sind, Folgendes zu erreichen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. eine systematischere Struktur für den Austausch von Informationen und Erfahrung 2. ein Rahmen für Überwachung des Prozesses gemäß vereinbarten Indikatoren 3. ein unterstützendes Netzwerk und virtuelles Drehkreuz für unternehmerisches Lernen. Die Tätigkeiten werden ein breites Spektrum formeller Bildung von der Grundschule bis zur Universität abdecken und das Netzwerk kann Arbeitsgruppen mit speziellem Fokus einsetzen. <p>Die Rolle des EGBW: Das EGBW ist assoziierter Partner und hat als solcher eine beratende Rolle in diesem Projekt.</p>	
<p>ENABLE-Think tank</p> <p>Projektpartner: Crimes against Children Research Center, USA Yale Center for Emotional Intelligence, USA EU KidsOnline, UK UNICEF, Serbien Telethon Kids Institute, Australien</p>	<p>Europäisches Schulnetz</p>	<p>Das europäische Netzwerk ENABLE (European Network Against Bullying in Learning and Leisure Environments) gegen Mobbing im Umfeld von Lernen und Freizeit soll Mobbing auf ganzheitliche Art und Weise angehen, indem junge Menschen dabei unterstützt werden, ihre Grundrechte zu Hause, in der Schule, im Klassenzimmer und in der Gemeinschaft (d.h. in der Peer-Gruppe) auszuüben.</p> <p>Ziel des Projekts ist die Entwicklung sozialer und emotionaler Lernkompetenzen als Mittel zur</p>	<p>Verschiedene Online-Sitzungen sind in regelmäßigen Abständen angesetzt.</p>



*Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von
Qualität in der Bildung*

<p>COFACE, Tschechische Republik EGBW, Belgien Educação do Instituto Politécnico de Santarém, Portugal ProfDigitale, Italien Child Line, Litauen Aarhus University, Dänemark</p> <p>Projektlaufzeit: 24 Monate 01.10.2014-30.09.2016</p>		<p>Entwicklung einer Mobbing-Resilienz bei jungen Menschen, sodass sie ein besseres Verständnis entwickeln und in ihren sozialen On- und Offline-Interaktionen verantwortungsbewusster und effektiver werden.</p> <p>ENABLE wird in sechs Ländern in ganz Europa implementiert werden und soll 6.000 junge Menschen im Alter von 11-14 Jahren, 2.000 Eltern und mindestens 30 Schulen erfassen.</p> <p>Die Rolle des EGBW: Einen Beitrag aus der Bildungsgewerkschaftsperspektive leisten und an den regelmäßig stattfindenden Online-Netzwerksitzungen/-diskussionen teilnehmen.</p>	
<p>Zentralasien - Consortiumsprojekt</p> <p>Projektpartner: Bildungsinternationale/EGBW Australische Bildungsgewerkschaft Lärrarforbundet UEN</p> <p>Projektlaufzeit: 48 Monate 01.01.2013-31.12.2016</p>	<p>Bildungsinternationale/EGBW</p>	<p>Dies ist ein Projekt für Entwicklung und Zusammenarbeit, mit dem der Übergang der BI-Mitgliedsorganisationen in Zentralasien von Regierungsfunktionären zu demokratischeren, unabhängigen, transparenten starken und nachhaltigen Organisationen gefördert werden soll. Derzeit wird das Projekt in Kasachstan und Tadschikistan durchgeführt.</p> <p>Das Projekt umfasst mehrere Schulungseinheiten für Oblast- und Rayon-LeiterInnen pro Land. Sie konzentrieren sich auf die von den Bildungsgewerkschaften und Projektpartnern benannten</p>	<p>In Kasachstan sind fünf Workshops über Menschen- und Gewerkschaftsrechte und die Nationale Evaluations- und Planungssitzung im Jahr 2016 angesetzt.</p> <p>In Tadschikistan sind für 2016 vier Workshops über die IAIO-UNESCO-Empfehlungen über den Status von Lehrkräften; vier Workshops über</p>



*Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von
Qualität in der Bildung*

		und als prioritär eingestuften Themen, wie etwa sozialer Dialog, Geschlechtergleichstellung, Kinderarbeit usw.	Kapazitätsaufbau und eine Nationale Evaluations- und Planungs-Sitzung angesetzt.
<p>tMAIL (Mobile Lehrkräfte-App für innovatives Lernen)</p> <p>Projektpartner: Universidad Autonoma, Madrid University of Hull, Universität Wien, Youth Entrepreneurial Service Foundation, Skopje European Distance and E-Learning Network, UK Kidimedia BVBA, Brüssel</p> <p>Projektlaufzeit: 24 Monate 01.11.2015-31.12.2017</p>	<p>Fellow Research Foundation Flanders (FWO) Fachbereich Erziehungswissenschaften Vrije Universiteit Brüssel, Belgien</p>	<p>Hauptziel dieses Projekts ist die Entwicklung und Prüfung einer mobilen Fortbildungs-App für Lehrkräfte, die personalisierte Fortbildung im Bereich der Arbeit mit selbstregulierten Lernstrategien in der Primarschulbildung erteilt. Zudem wird die App Daten sammeln und verarbeiten, die Studierende, Lehrkräfte, Ausbilder von Lehrkräften und die Politik auf verschiedenen Ebenen informieren könnten.</p> <p>Die Projektaktivitäten sind auf mehrere Arbeitsabschnitte aufgeteilt. Managementorientierte Arbeitsabschnitte erstrecken sich über zwei Jahre, wohingegen die inhaltsorientierten Arbeitspakete festen Zeitplänen folgen und in kurzen Zeitabständen aufeinander folgen.</p> <p>Die Rolle des EGBW: Das EGBW leistet Beiträge zu den Vorstandssitzungen des Projektmanagements und ist aktiv an zwei Projektseminaren beteiligt.</p>	<p>Jeden Monat sind virtuelle Sitzungen angesetzt. Die nächsten Lenkungsgruppensitzungen sind für 27.-28. Juni 2016 in Wien und 19.-20. Januar 2017 in Madrid geplant.</p>



*Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von
Qualität in der Bildung*

<p>Verbesserung der Einbeziehung der Sozialpartner in EU-Unterstützung für öffentliche Investitionen in allgemeine und berufliche Bildung</p> <p>Projektpartner: EGB CEEP EGBW-CSEE EFEE</p> <p>Projektlaufzeit: 24 Monate 15.12.2015-15.11.2017</p>	<p>EGB</p>	<p>Hauptziel des Projekts ist es, die Rolle von Sozialpartnern auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene bei Förder- und Investitionsmöglichkeiten für Bildung und Berufsbildung zu stärken. Das Projekt wird einen Beitrag zur Umsetzung des europäischen Fonds für strategische Investitionen und die verbesserte Implementierung und Verwendung von Fördermitteln, die vom ESF und von der EIB bereitgestellt werden, leisten.</p> <p>Im Verlauf des Projekts werden zwei Studien durchgeführt werden. Die erste Studie untersucht die aktuelle Lage in Bezug auf EU-Fördermittel und -Investitionen, die für öffentlich bereitgestellte Bildung und Berufsbildung, zur Verfügung gestellt werden. Die zweite Studie wird analysieren, wie die Fördermittel und Investitionen im Hinblick auf öffentliche Finanzierung verschiedener Bildungs- und Berufsbildungsprogramme, Infrastruktur und technischer Ausrüstung auf nationaler, lokaler und regionaler Ebene eingesetzt werden. Ferner wird die Rolle von Sozialpartnern bei diesen öffentlichen Fördermöglichkeiten untersucht werden.</p> <p>Die Rolle des EGBW: Als dem EGB angeschlossene Organisation hat das EGBW eine beratende, überwachende und bewertende Rolle. Es nimmt an allen Projektsitzungen teil, lädt seine</p>	<p>Die erste Sitzung des Projektaufsichtsausschusses ist für April 2016 geplant.</p>
--	------------	---	--



*Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von
Qualität in der Bildung*

		Mitgliedsorganisationen zu den Projektkonferenzen und Befragungen ein und bindet sie ein, nimmt an Beratungsausschüssen und den Konferenzen zu Projekten teil, trägt zur Ausarbeitung der Tagesordnung von Sitzungen bei und prüft den abschließenden Projektbericht.	
<p>Europäisches Forum für verbesserte Zusammenarbeit der Lehre (European Forum for Enhanced Collaboration in Teaching (EFFECT)) – eine Machbarkeitsstudie</p> <p>Projektpartner: Konferenz von Rektoren akademischer Schulen in Polen Europäischer Verband für Fernuniversitäten ESU EGBW The Higher Education Academy Ungarische Rektorenkonferenz Deutsche Rektorenkonferenz Universität von Lettland Universität von Ostfinnland Universität Porto Irischer Universitätsverband</p>	EUA (Europäischer Universitätsverband)	<p>Das Projekt konzentriert sich auf folgende miteinander verknüpfte Zielsetzungen:</p> <p>Erleichterung des Austausches und der Zusammenarbeit unter europäischen Akteuren und Interessenten für die Verbesserung der Lehre an den Hochschulen;</p> <p>Erkennen guter Praktiken und Entwicklung neuer und innovativer Ansätze für die Verbesserung von Lehren und Lernen;</p> <p>Unterstützung von Institutionen bei der Entwicklung strategischer Ansätze gegenüber der Verbesserung von Lehren und Lernen;</p> <p>Entwicklung eines Modells für eine nachhaltige europäische Struktur für die Verbesserung von Lehren und Lernen.</p> <p>Das Projekt ist insofern problembasiert als es durch seine Aktivitäten Antworten auf große Herausforderungen für die Lehre an den Hochschulen</p>	<ol style="list-style-type: none">1. Anfangsphase 02.12.2012 – 29.02.20162. Phase der Zusammenarbeit der Arbeitsgruppe3. Pilotphase4. Evaluationsphase



*Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von
Qualität in der Bildung*

<p>Stille Partner: CEL Centre of Education and Learning Universität für angewandte Wissenschaften und Kunst Westschweiz Universität Estland</p> <p>Projektlaufzeit: 36 Monate 01.12.2015 – 30.11.2018</p>		<p>sucht, wie etwa die größer und immer vielfältiger werdende Studentenschaft sowie stagnierendes Personal und finanzielle Mittel; Studienabbruch und Bindung; Maximierung von Möglichkeiten und Bewältigung von Herausforderungen IKT-basierten Lernens; Anerkennung von Exzellenz in der Lehre und deren Zusammenhang mit dem Erfolg von Studierenden. Mit dem Ziel der Verbesserung des Hochschulunterrichts an Einrichtungen könnte es auch Empfehlungen für die politische Ebene, insbesondere im Hinblick auf eine europäische Perspektive liefern.</p> <p>Die Rolle des EGBW: Das EGBW ist einer der Projektpartner und hat als solcher eine beratende Rolle in diesem Projekt.</p>	
<p>Europäisches Politiknetzwerk für Führungskompetenz an Schulen</p> <p><u>Projektlaufzeit:</u> 18 Monate 01.03.2014 – 30.09.2015 (Folgeprojekt im Rahmen eines 4-jährigen Rahmenvertrags)</p> <p>28 Partner: EGBW, EFEE, die Europäische Elternvereinigung, Prof. Woods,</p>	<p>Bildungsforschungs- und Bildungsevaluationsgruppe des Instituts für angewandte und computergestützte Mathematik, Kreta</p>	<p>Das Netzwerk umfasst Akademien für Führungsfähigkeit an Schulen, Erziehungsministerien und weitere bildungspolitische/Forschungseinrichtungen. Gesamtziel des Netzwerks ist die Unterstützung einzelstaatlicher Bildungsministerien bei ihren Überlegungen zur Formulierung einer Politik in Bezug auf die Leitung schulischer Einrichtungen.</p> <p>Geplante Tätigkeiten: zielgerichtete Diskussionen mit der Sachverständigengruppe zur Definition von Hauptlinien,</p>	



*Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von
Qualität in der Bildung*

<p>Universität Innsbruck, Universität Cambridge, einige der Ministerien, die im SchulleiterInnennetzwerk sind, ein Forschungszentrum aus Berlin, das nationale Forschungszentrum in Italien, ein Partner aus Portugal, Prof. Moos, eine Gruppe von Schulen aus der Türkei, Tempus Agentur aus Ungarn, überwiegend akademische/Forschungseinrichtungen, aber nicht ausschließlich auf diese beschränkt.</p>		<p>die bei den politischen Weichenstellungen thematisiert werden müssen, Identifizierung 'guter Praktiken', einschließlich der Probleme und Herausforderungen bei der Übertragung politischer Vorgaben an die Zielgruppe, Peer-Learning zwischen den Bildungsministerien (mit Beteiligung sowohl des EGBW als auch der Sachverständigen) wird beim Entwurf von Politikempfehlungen erforderlich sein (einzelstaatliche und EU-Perspektiven). Die Rolle des EGBW: Engagiert sich aktiv in PLAs und unterzeichnet eine Absichtserklärung. Legt einen Aktionsplan für das EGBW fest und stellt sicher, dass die Meinung von Fachleuten in den Aktionsplan aufgenommen wird. Engagiert sich im Wissensaustausch und muss dafür sorgen, dass die Stimme von Leuten aus der Praxis bei EPNoSL-Tätigkeiten/Prozessen gehört wird.</p>	
<p>Berufsqualifizierende Ausbildungsphase von LehrerInnen am Arbeitsplatz <u>Projektlaufzeit:</u> 36 Monate 01.01.2013 – 30.12.2015 Partner: Gazi Universty, Türkei</p>	<p>Respect Network Foundation</p>	<p>Im Mittelpunkt dieses Comenius-Entwicklungsprojekts stehen LehramtsstudentInnen. Dabei wird die gemeinsame Verantwortung der Ausbildung von Lehrkräften und Schulen für die Erstausbildung, die berufsqualifizierende Ausbildungsphase am Arbeitsplatz und die berufliche Fort- und Weiterbildung hervorgehoben. Im Rahmen des Projekts</p>	



*Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von
Qualität in der Bildung*

<p>Demirlibahçe İlköğretim Okulu (Türkische Grundschule) Cağrıbey Anadou Lisesi Professionshøjskolen University college Sydnddanmark, Dänemark Escola Superior de Educação do Instituto Politecnio do Port, Portugal Jyvâskulân Yliopisto, Finnland Jyskän Koulu, Schule in Finnland Mâkelânmäen Koulu, Schule in Finnland Karslstads Universitet, Schweden Skivedskolan, Schule in Schweden Kronoparkskolan, Schule in Schweden</p> <p>27 assoziierte Partner von europäischen Universitäten und Ausbildungseinrichtungen für Lehrkräfte und OAJ und EGBW</p>		<p>a. werden Merkmale für eine persönliche, soziale und berufliche Befähigung junger Lehrkräfte und angehender junger Lehrkräfte (z.B. LehramtsstudentInnen) herausgearbeitet werden, indem Programme für die berufsqualifizierende Ausbildungsphase am Arbeitsplatz entwickelt und umgesetzt werden;</p> <p>b. wird die Bedeutung von Schlüsselkompetenzen für lebenslanges Lernen junger Menschen und der Rolle von Lehrkräften als Förderer von Wandel und Veränderungen betont, indem europäische kulturübergreifende Wochen des Austausches im Rahmen der Programme für berufsqualifizierende Ausbildungsphasen am Arbeitsplatz organisiert werden;</p> <p>c. werden die Rollen und Kompetenzen für Ausbilder von Lehrkräften, SchulleiterInnen und MentorInnen in Programmen für berufsqualifizierende Ausbildungsphasen bestimmt, indem ein fünftägiger Comenius-berufsbegleitender-Kurs im Rahmen von beruflicher Fortbildung organisiert wird;</p> <p>d. wird eine Plattform zur Erörterung der Ausbildung von Lehrkräften, der Berufseinstiegsphase und der beruflichen Fort- und Weiterbildung durch Bereitstellung jährlicher berufsbegleitender Comenius-In-Service-Kurse, internationaler und</p>	
--	--	---	--



Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von
Qualität in der Bildung

		<p>nationaler Symposien, moderner Kommunikationstechnologie und Publikationen eingerichtet.</p> <p>Die Rolle des EGBW: Als assoziierter Partner wird das EGBW an einschlägigen Sitzungen teilnehmen, um Feedback zu Plänen für die Einführung von Lehrerinnen zu geben und die Projektergebnisse zu verbreiten.</p>	
<p>REINVENT (Reflecting on Innovation policy and inclusiveness in education systems) Überlegungen zu innovativer Politik und Inklusion in Bildungssystemen</p> <p><u>Projektlaufzeit:</u> 36 Monate 01.01.2012 - 30.12.2014</p> <p>28 Partner: EGBW, EFEE, Europäische Elternvereinigung, Prof. Woods, Universität Innsbruck, Universität Cambridge, einige der Ministerien, die Teil des Führungsnetzwerks sind, ein Forschungszentrum in Berlin, das nationale Forschungszentrum in Italien, ein Partner aus Portugal, Prof. Moos, eine Gruppe von Schulen aus der</p>	<p>Bildungsforschungs- und Evaluationsgruppe des Instituts für angewandte und computergestützte Mathematik, Kreta</p>	<p>REINVENT gründet auf der Schnittstelle zwischen den Anforderungen für ein kluges und integratives Wachstum und den Vorkehrungen für das Lernangebot für Kinder und Jugendliche mit dem Ziel, sie mit Fähigkeiten, Wissen und einer entsprechenden Einstellung auszustatten, sodass sie sich erfolgreich durch eine sich wandelnde Gesellschaft bewegen können, die auf den Grundsätzen der Gerechtigkeit, Inklusivität, Nachhaltigkeit und Kohäsion beruht.</p> <p>Im Rahmen des Projekts soll eine EU-weite Strategie zur Förderung der Implementierung von Kernkompetenzen in der Schulbildung entwickelt werden.</p> <p>Die Rolle des EGBW: Als vollständiger Projektpartner nimmt das EGBW an allen Sitzungen des Konsortiums teil und ist für die Organisation einer --Konferenz von InteressenvertreterInnen in der zweiten Hälfte der Projektlaufzeit zuständig.</p>	



*Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von
Qualität in der Bildung*

<p>Türkei, Tempus Agentur aus Ungarn, überwiegend akademische/Forschungseinrichtungen, aber nicht ausschließlich auf diese beschränkt.</p>			
<p>Berufliche Autonomie, Verantwortlichkeit und effiziente Leitung</p> <p><u>Projektlaufzeit:</u> 12 Monate 01.12.2013 – 30.11.2014</p> <p>Projektpartner: EFEE Kultus- und Bildungsministerium von Malta Verband der lokalen Gebietskörperschaften des Vereinigten Königreichs</p> <p>EGBW AOB (Niederlande)</p>	<p>Rat für Sekundarbildung der Niederlande (VO-Raad)</p>	<p>In dieser Studie sind ArbeitgeberInnen-/ArbeitnehmerInnenbeziehungen und Beschäftigungsbeziehungen unser Ausgangspunkt, aber sie werden aus der Perspektive der Verbesserung von Bildungsqualität und -leistung beschrieben. Im Grunde genommen können Leitungsstrukturen in der Bildung als Hierarchien mit verschiedenen Behörden und Verantwortlichkeiten, die auf unterschiedlichen Ebenen festgelegt werden, beschrieben werden.</p> <p>In einer Auswertung der Fachliteratur werden Schlüsselkonzepte wie funktionale Dezentralisierung, geteilte Schulleitung, Typen der Verantwortlichkeit und Selbstevaluation von Schulen erörtert und klargestellt und der aktuelle Stand bei der effektiven Schulleitung und Schulevaluation wird zusammengefasst werden.</p> <p>Folgende Fragen werden behandelt werden:</p> <p>a. Wie ist der soziale Dialog im Bildungswesen im Peer Learning-Land organisiert? Wie sind Sozialpartner in die Schulleitung involviert?</p>	



*Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von
Qualität in der Bildung*

		<ul style="list-style-type: none">b. Welches sind die Kernanliegen und -sorgen von Arbeitgebern und Gewerkschaften im Hinblick auf Zielsetzung, Mechanismen zur Verbesserung der Qualität und Aufteilung von Zuständigkeitsbereichen zwischen den Hauptakteuren?c. Muster funktionaler Dezentralisierung im Hinblick auf Verantwortlichkeit und Evaluation im Sinne von wer über einen bestimmten Aspekt entscheidet, z. B. werden standardisierte Tests eingesetzt, die Verwendung absoluter und relativer Normen, wer ist verantwortlich für die Verwaltung von Feedback?d. Welches sind die entscheidenden Hebel für die Verbesserung ausbildungsbezogener Effektivität auf unterschiedlichen Verantwortungsebenen Schulverwaltungen, SchulleiterInnen und Lehrkräfte?e. Welches ist der letzte Stand in Bezug auf Schulen, die Informationen aus interner und externer Evaluation zur Verbesserung von Unterricht und Lernen verwenden?f. Welches sind die nachweislichen Erfolge und guten Praktiken in Peer Learning-Ländern und alternativ dazu, welches sind die problematischen Bereiche und „schwarzen Punkte“ auf den unterschiedlichen nationalen Schauplätzen?	
--	--	---	--



*Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von
Qualität in der Bildung*

		Die Rolle des EGBW: Als Co-Antragsteller nimmt das EGBW an den Steuerungsgruppensitzungen teil, leistet Unterstützung bei der Sicherung der Qualität der Forschungsarbeit und bei der Verbreitung der Projektergebnisse an seine Mitgliedsorganisationen.	
<p>Unterstützung von Nachwuchsforschern in der Hochschulbildung in Europa und die Rolle von Arbeitgebern und Gewerkschaften</p> <p>Projektlaufzeit: 12 Monate 20.10.2013-19.10.2014</p> <p>Partner: EFEE EGBW</p>	<p>Arbeitgeberverband Universitäten und Hochschulen des Vereinigten Königreichs (UCEA)</p>	<p>Dieses Projekt ist mit den Erörterungen in der Arbeitsgruppe 3 für Hochschulbildung des Sozialdialogs verknüpft. Seine Hauptziele sind:</p> <ol style="list-style-type: none">Erzielen eines gemeinsamen Verständnisses und möglicherweise eines ESSDE-Ergebnisses zu den spezifischen Herausforderungen für Nachwuchsforscher in Europa, wobei die Perspektiven und Rollen von Gewerkschaften und Arbeitgebern und die verfügbaren Optionen zur Reaktion auf diese Herausforderungen eingearbeitet werdenDen europäischen Sozialpartnern im Bildungswesen Einsicht dazu zu gewähren, was wir tun können, um die ArbeitgeberInnen-/ArbeitnehmerInnenbeziehungen und die Beschäftigungsverhältnisse für Nachwuchsforscher zu verbessernzu untersuchen, ob Dialog zwischen nationalen Sozialpartnern die Bedingungen für Nachwuchsforscher verbessert	



*Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von
Qualität in der Bildung*

		<ul style="list-style-type: none">d. Das Bewusstsein zu verbessern für die bestehende Arbeit im Bereich von Nachwuchsforschern (unter anderem die Europäische Charta für Forscher, die Verhaltensgrundsätze für die Anwerbung von Forschern, die HR-Strategie für Forscher und das Logo „HR Excellence in Research“ der EU, die UNESCO-Empfehlung, der EGBW-Bericht) ihre Umsetzung und Vorteile bei der Verbesserung der Forschungsqualität durch die Bereitstellung hochwertiger Unterstützung für Nachwuchsforscher.e. Trends beim beruflichen Weiterkommen weiblicher Forscherinnen, einschließlich Bereiche des Fortschritts, zu verstehen und Initiativen zu identifizieren, die erfolgreich für die Verbesserung der Gleichstellung beim beruflichen Weiterkommen sind, insbesondere jene Initiativen, die Nachwuchsforschern Unterstützung bieten.f. Einen Satz an Ressourcen, einschließlich Fallstudien, einer mehr praxisorientierten Forschungsarbeit und politischer Anleitung, zu erstellen, um die bestehende internationale Arbeit auf diesem Gebiet zu ergänzen.g. Das Peer Learning unter nationalen Sozialpartnern im Bildungssektor, insbesondere im Bereich der Hochschulbildung, zu erleichtern; beste Praxis und Lernerfahrungen auszutauschen.	
--	--	---	--



*Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von
Qualität in der Bildung*

		<p>h. Zum europäischen Sozialdialog zwischen Arbeitgeberorganisationen und Gewerkschaften im Bildungssektor und spezifischer noch zur laufenden Arbeit der Arbeitsgruppe 3 für Hochschulbildung und Forschung und zur Verbesserung der Koordination, des Funktionierens und der Effektivität des europäischen sektoralen sozialen Dialogs Bildung beizutragen.</p> <p>Die Rolle des EGBW: Als Co-Antragsteller nimmt das EGBW an den Lenkungsgruppensitzungen teil, leistet Unterstützung bei der Sicherung der Qualität der Forschungsarbeit und bei der Verbreitung der Projektergebnisse an seine Mitgliedsorganisationen.</p>	
--	--	--	--



12.9 Arbeitsprogramm 2013 – 2016

EGBW – Europäische Regionalstruktur der Bildungsinternationalen

Arbeitsprogramm 2013-2016

Die Umsetzung des Programms wird mit den Aktivitäten des BI-Programms koordiniert werden und den fünf beim 6. Weltkongress festgelegten Schwerpunkten folgen

WIRTSCHAFT: KRISE, PRIVATISIERUNG, EINFLUSS VON UNTERNEHMEN

(Die grundsätzlichen Vorgehensweisen in Bezug auf die Krise sind in diesem spezifischen Abschnitt auch als Leitprinzipien für weiter unten folgende Abschnitte zu verstehen)

- Anprangerung und Bekämpfung der ideologisch motivierten Sparpolitik, die als Ausweg aus der Wirtschafts- und Finanzkrise betrachtet wird, mittels Durchführung von Kampagnen zusammen mit Mitgliedsorganisationen.
- Förderung und Befürwortung alternativer und inklusiverer Lösungen für die Wirtschafts- und Finanzkrise innerhalb der BI und zusammen mit dem EGB.
- Zusammen mit Schwesterorganisationen Teilnahme an den EGB-Aktivitäten um innerhalb des EGB eine Plattform für öffentliche Dienste zur Bewältigung der Krise zu sichern.
- Schwerpunktlegung auf den Lehrberuf in Zeiten der Sparpolitik, Dokumentation der Abwertung des Berufs und der Notwendigkeit professioneller Unterstützung, kontinuierlicher Entwicklung und verteilter Leitungsfunktionen.
- Einflussnahme auf die Bildungspolitik der Europäischen Kommission und Berücksichtigung der Auswirkungen der Krise auf Bildung und Lehrkräfte.



*Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von
Qualität in der Bildung*

aktive Unterstützung von Mitgliedsorganisationen nach ihrem Wunsch

- In Zusammenarbeit mit anderen Sozialpartnern und einschlägigen Organisationen die Entwicklungen der Wirtschafts- und Finanzkrise als übergeordnetes Thema in alle Aktivitäten einbringen, wobei darauf geachtet wird, globale Aspekte einzubeziehen.
- Fortsetzung der Analyse der Wirtschaftspolitik der Europäischen Union und der Eurozone aus der Perspektive der Bildungsgewerkschaften, um praktikable Alternativen zu prüfen.
- Mit Blick auf eine Einflussnahme auf die Politikentwicklung Beobachtung und Auswertung der Arbeit der EU-Institutionen und -Entwicklungen in Bezug auf die europäischen Verträge, den EU-Haushalt, Privatisierungstendenzen und damit zusammenhängende Angelegenheiten. Beobachtung und Dokumentation der Folgen des Europäischen Semesters für die Bildung.
- Fortsetzung der Arbeit an Kampagnen, einschließlich der Kampagnen zur europäischen Finanztransaktionssteuer, zu Reformen der Rechenschaftspflicht und Geschäftsführung von Großunternehmen sowie zu anderen Bereichen als Teil alternativer Lösungen für die Krise innerhalb der BI und zusammen mit dem EGB/EGI und einschlägigen Partnern.
- Erleichterung von Kontakten unter Mitgliedsorganisationen im internen Projekt *Crisis LINK*, sodass für Mitgliedsorganisationen eine Möglichkeit für den Austausch von Informationen über die Auswirkungen der Krise in den einzelnen Ländern geschaffen wird, womit das Ziel verfolgt wird, dass die Mitgliedsorganisationen diese Information in der nationalen Debatte verwenden und Unterstützung in der Solidarität und Zusammenarbeit unter Mitgliedsorganisationen suchen.
- Fortführung der Lobbyarbeit beim europäischen Parlament, um innerhalb des Parlaments über eine starke Plattform zur Unterstützung des öffentlichen Bildungssektors zu verfügen.
- Aufzeichnung und Dokumentation der zunehmenden Privatisierung und öffentlich-privaten Partnerschaften.
- Fortführung der globalen Planung von Aktionen innerhalb der BI und mit dem EGB zur Wirtschaftskrise und deren Auswirkungen, wobei darauf zu achten ist, dass die Tätigkeiten an die Entwicklungen angepasst und in regelmäßigen Abständen neu ausgerichtet werden.

Sitzungen, Projekte und Studien / Befragungen:



*Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von
Qualität in der Bildung*

- Verbindung zu und Unterstützung der Entwicklung der globalen Arbeit der BI auf dem Gebiet der Wirtschaftskrise. Verbindung des BI-Weltaktionstags 2013 und der damit verbundenen Tätigkeiten mit speziellen europäischen Aktionen.
- Integration von Forschung über die Folgen der Krise in die Zusammenarbeit mit dem BI-Forschungsinstitut, dem EGI und Mitgliedsorganisationen.
- Organisation einer Sondersitzung zur Wirtschaftskrise für Mitgliedsorganisationen in Ländern, die am stärksten von der Krise betroffen sind.
- Kontinuierliche Beobachtung der Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Bildungssektor in Europa durch wiederholte Durchführung von Mini-Umfragen zu relevanten Themen und Verbreitung der aus den Ergebnissen gewonnenen Schlussfolgerungen.
- Stellung eines Antrags bei der Kommission für ein gemeinsames EGBW/EFEE-Projekt über den Lehrberuf in der Wirtschaftskrise, einschließlich einer wissenschaftlichen Umfrage zu den Maßnahmen und einer Konferenz im Jahr 2013 mit der EU-Kommission, den europäischen Regierungen und Sozialpartnern.
- Stellung eines Antrags bei der Kommission für ein gemeinsames EGBW/EFEE-Seminar im Hinblick auf die EU-Unternehmensplattform und Einladung progressiver großer europäischer Unternehmen zu einem Seminar über den Lehrberuf in Zeiten der Sparmaßnahmen.
- Bitte um Unterstützung durch den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss zur Einflussnahme auf EU-Politik im Bereich des Lehrberufs und ihn dazu auffordern, eine Konferenz in Zusammenarbeit mit dem EGBW zu initiieren.
- Einladung der europäischen Bildungsminister zu einem Gipfel (Konferenz) darüber, wie der Bildungssektor im Jahr 2013 von der Wirtschafts- und Finanzkrise betroffen ist.
- Ständiges Sammeln von Dokumentation: Statistiken, Gesetzesänderungen und Änderungen von Bestimmungen für LehrerInnen, Tätigkeiten der Mitgliedsorganisationen - einschließlich der Auswirkungen und Konsequenzen in Nicht-EU-Ländern - und Verbreitung dieser Information.

BILDUNGSPOLITIK

ALLGEMEINE BILDUNG UND BILDUNGSQUALITÄT / DER EU-2020-PROZESS

- Fortsetzung der Beteiligung am Prozess der Umsetzung der Leitinitiativen EU 2020 und allgemeine und berufliche Bildung 2020.
- Optimierung der Einflussnahme auf die EU-Bildungspolitik auf nationaler Ebene .



*Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von
Qualität in der Bildung*

- Nachverfolgung und Befürwortung der Umsetzung positiver Ergebnisse der EU-Politik auf dem Gebiet der Bildung in Drittländern und Aufrechterhaltung der Verbindung zu maßgeblichen EU-Institutionen und -Agenturen im Hinblick auf deren Umsetzung (z. B. ETF).
- Untersuchung von Möglichkeiten zur Einflussnahme auf die Erstellung neuer Indikatoren und Benchmarks und deren Umsetzung.
- Beobachtung von EU-Initiativen zur Verknüpfung von Bildung mit Beschäftigung, Kompetenzen, Arbeitsplätzen, Lernen und Beschäftigungsprognosen sowie zur Beschäftigung von Jugendlichen.
- Beteiligung an der Schaffung und Beobachtung der Durchführung der EU-Politik zu allen Schwerpunktbereichen des Bildungswesens, beispielsweise Lernmobilität, Fremdsprachenunterricht, Heranbildung unternehmerischer Kompetenz, Mathematik- und Naturwissenschaftsunterricht, Bildung für nachhaltige Entwicklung usw.
- Fortsetzung der aktiven Beteiligung an den Arbeitsgruppen mit offener Koordinierungsmethode (OKM-Arbeitsgruppe) der Europäischen Kommission und versuchen, auch eine Beteiligung an weiteren thematischen Arbeitsgruppen der Europäischen Kommission zu erreichen.
- Befürwortung der Bereitstellung hochwertiger Bildung und Überwachung der Schaffung von Qualitätssicherungsmechanismen auf europäischer und nationaler Ebene; Aufrechterhaltung der Verbindung zu den maßgeblichen EU-Institutionen und -Agenturen (z. B. CEDEFOP) bezüglich der Umsetzung dieser Mechanismen.
- Nachverfolgung und Versuch der Einflussnahme auf die Annahme und Umsetzung der Beschlüsse des Rates zur Lesekompetenz, die von der zyprischen Ratspräsidentschaft anzunehmen sind.
- Suche nach weiteren Möglichkeiten, bei EU-Veranstaltungen, -Konferenzen, temporären und permanenten Arbeitsgruppen und Sachverständigengruppen für Bildungspolitik vertreten zu sein.
- Fortführung der Zusammenarbeit und Suche nach neuen Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit mit anderen im Bildungsbereich tätigen Gewerkschaften und Berufsorganisationen, wie etwa EFEE, EGB, EGÖD, ESU, ATEE usw.



*Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von
Qualität in der Bildung*

Sitzungen, Projekte und Studien / Befragungen:

- Fortsetzung des Versendens von Rundschreiben mit speziellen Informationen über den Prozess der allgemeinen und beruflichen Bildung 2020 an Mitgliedsorganisationen.
- Fortsetzung der Abhaltung von Sitzungen mit dem EGBW-Beratungsgremium für Bildung zur Beobachtung der EU-Initiativen im Bildungsbereich.

FRÜHKINDLICHE BILDUNG (FkB)

- Prüfung der Arbeit der GD Bildung und Kultur der Europäischen Kommission im Bereich der PädagogInnen für frühkindliche Bildung.
- aktive Fortsetzung der Vertretung an der und Versuch der Einflussnahme auf die Ausarbeitung von EU-Politiken in diesem Bereich über die *Arbeitsgruppe mit offener Koordinierungsmethode für frühkindliche Bildung*.
- Fortsetzung der Vertretung bei und Anstreben einer Einflussnahme auf die Ausarbeitung von EU-Politiken in diesem Bereich über die *Interessengruppe für Schulabbruch und frühkindliche Bildung* der Europäischen Kommission.
- In dieser Hinsicht Suche nach weiteren Möglichkeiten für aktive Vertretung bei EU-Veranstaltungen, -Konferenzen, temporären und permanenten Arbeitsgruppen und Sachverständigengruppen auf diesem Gebiet.
- Fortführen und Anstreben von Zusammenarbeit mit anderen in diesem Bildungsbereich tätigen Gewerkschaften und Berufsorganisationen.
- Nachverfolgung und Beobachtung der Umsetzung des EGBW-Strategiepapiers zur frühkindlichen Bildung.

Sitzungen, Projekte und Studien / Befragungen:

- Bericht über die Umsetzung des EGBW-Strategiepapiers zur frühkindlichen Bildung.

VORZEITIGER SCHULABBRUCH

- Beobachtung der EU-Politik auf dem Gebiet des vorzeitigen Schulabbruchs und der Umsetzung von Benchmarks der EU 2020-Leitinitiative zu vorzeitigem Schulabbruch.



*Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von
Qualität in der Bildung*

- Versuch der Einflussnahme auf die Ausarbeitung von EU-Politiken in diesem Bereich über die *Arbeitsgruppe mit offener Koordinierungsmethode für vorzeitigen Schulabbruch und Fortsetzung der aktiven Mitgliedschaft* in dieser Gruppe.
- Anstreben einer Einflussnahme auf die Ausarbeitung von EU-Politiken auf diesem Gebiet über die *Interessengruppe für Schulabbruch und frühkindliche Bildung* der Europäischen Kommission *und Fortsetzung der aktiven Mitgliedschaft* in dieser Gruppe.
- Erkundung weiterer Möglichkeiten, bei EU-Veranstaltungen, Konferenzen, temporären und permanenten Arbeitsgruppen und Sachverständigengruppen in diesem Bereich vertreten zu sein.
- Vorantreiben und Anstreben weiterer Zusammenarbeit mit anderen in diesem Bildungsbereich tätigen Gewerkschaften und Berufsorganisationen.

Sitzungen, Projekte und Studien / Befragungen:

- Fortsetzung der Durchführung des Projekts für die Nutzung von IKT in der Bildung zur Verhinderung von vorzeitigem Schulabbruch

BERUFLICHE BILDUNG UND BERUFSAUSBILDUNG

- Aufmerksame Beobachtung der Entwicklung des Kopenhagen-Prozesses und der Umsetzung des Kommuniqués von Brügge in allen europäischen Ländern.
- Detaillierte Prüfung und Beobachtung der von CEDEFOP veröffentlichten Politikempfehlungen und Studien.
- Überwachung der Umsetzung der Verknüpfung nationaler Systeme mittels der EQF, EQAVET, ECVET und ECTS.
- Fortsetzung der aktiven Mitgliedschaft an und Versuch der Einflussnahme auf die Ausarbeitung von EU-Politiken auf diesem Gebiet mittels der *Arbeitsgruppe mit offener Koordinierungsmethode für berufliche Weiterbildung von Ausbildern im Bereich der Berufsbildung*.



*Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von
Qualität in der Bildung*

- Aufgreifen weiterer Möglichkeiten für eine aktive Vertretung bei EU-Veranstaltungen, -Konferenzen, temporären und permanenten Arbeitsgruppen und Sachverständigengruppen auf diesem Gebiet.
- Analyse und Information der Mitgliedsorganisationen über die Qualitätssicherungsmechanismen in der Berufsbildung und die Annahme des Europäischen Referenzrahmens zur Qualitätssicherung in der beruflichen Aus- und Weiterbildung (EQARF).
- Aufmerksame Beobachtung von und Einflussnahme auf die Annahme und Umsetzung der *Empfehlungen des Rates zur Validierung des nicht formalen und informellen Lernens*, die von der zypriotischen Ratspräsidentschaft anzunehmen sind.
- Aktive Nachverfolgung der EU-Politik zur Verbesserung der Qualifikationen und der Vorhersage des Qualifikationsbedarfs.
- Weiterführende Zusammenarbeit mit dem EGB im Hinblick auf die aktive Vertretung in CEDEFOP-Sitzungen, im Beratenden Ausschuss für Berufsbildung (ACVT) und im Beratenden Ausschuss für den EQF.
- Fortführen und Anstreben weiterer Zusammenarbeit mit anderen in diesem Bildungsbereich tätigen Gewerkschaften und Berufsorganisationen.
- Fortsetzung der Organisation von Veranstaltungen/Seminaren für LehrerInnen, AusbilderInnen und Berufsbildungs-ExpertInnen im Bereich der beruflichen Aus- und Weiterbildung.
- Aufmerksame Beobachtung und Nachverfolgung der Umsetzung des EGBW-Strategiepapiers zur Berufsbildung.

Sitzungen, Projekte und Studien / Befragungen:

- Bericht über die Umsetzung des EGBW-Strategiepapiers zur Berufsbildung.
- Suche nach Möglichkeiten für ein Projekt für im Bereich der Berufsbildung tätigen Lehrkräfte

SCHULLEITUNG

- Sorgfältige Nachverfolgung dieses Politikbereichs mit Blick darauf, einen Beitrag zur Entwicklung der EU-Politik auf dem Gebiet der Schulleitung zu leisten.



*Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von
Qualität in der Bildung*

- Weitere Ausweitung der aktiven Teilnahme am *Europäischen Politiknetzwerk für SchulleiterInnen* (EPNoSL).
- Suche nach weiteren Möglichkeiten, um bei EU-Veranstaltungen, -Konferenzen, temporären und permanenten Arbeitsgruppen und Sachverständigengruppen in diesem Bereich Beiträge zu leisten.
- Ausweitung und Aufnahme neuer Zusammenarbeit mit anderen Gewerkschaften, Berufsorganisationen und Agenturen, die in diesem Bildungsbereich tätig sind, z. B. mit ESHA, EFEE, OECD.
- Mit Blick auf die Sicherstellung der Anwendung der Empfehlungen sorgfältige Nachverfolgung der Umsetzung des EGBW-Strategiepapiers zur Schulleitung.

Sitzungen, Projekte und Studien / Befragungen:

- Bericht über die Umsetzung des EGBW-Strategiepapiers zur Schulleitung.
- Organisation einer europäischen Tagung über die Schulleitung in Verbindung mit der globalen BI-Konferenz über Schulleitung.

HOCHSCHULBILDUNG UND FORSCHUNG

- Richten besonderer Aufmerksamkeit auf Internationalisierung und Modernisierung von Hochschulbildung, Mobilität, Geschlechtergleichstellung, Universitätsranking usw. bei der Überwachung der Umsetzung des europäischen Hochschulraums mit Blick auf eine Einflussnahme auf EU-Politiken zu Hochschulen und Forschung im EU 2020-Prozess
- Weitere Beteiligung am Bologna-Prozess als aktives Mitglied der Bologna-Follow-Up-Group mit dem Ziel der Einflussnahme auf den Prozess
- Befürwortung der Verbesserung der Qualität in der Hochschulbildung und Forschung mit Hilfe eines unterstützenden Umfelds.
- Fortführung der bestehenden Zusammenarbeit und Suche nach neuen Wegen der Zusammenarbeit mit anderen Gewerkschaften, Berufsorganisationen und Agenturen, die in diesem Bildungsbereich tätig sind, z.B. mit der E4-Gruppe



*Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von
Qualität in der Bildung*

- Einflussnahme auf diesen politischen Bereich als ein Mitglied des Europäischen Registers für Qualitätssicherung in der Hochschulbildung (EQAR) und dem Verband und Europäischen Qualitätssicherungsforum (EQAF).
- Suche nach einer Möglichkeit, Mitglied der E4-Gruppe zu werden.
- Nutzung des Einflusses des EBGW auf die Annahme der EU-Initiativen in der Forschungspolitik, die Umsetzung des Rahmens für den Europäischen Forschungsraum und die Annahme der Horizont 2020-Initiative.
- Beobachtung der Arbeit des Europäischen Technologieinstituts.
- Erkundung von Möglichkeiten zur Organisierung von Forschern, weitere aktive Teilnahme an den Sitzungen der EGB-Arbeitsgruppe zur Organisierung von Forschern.
- Weiterführung der aktiven Teilnahme an den *Arbeitsgruppen mit offener Koordinierungsmethode für die Modernisierung von Universitäten* mit dem Ziel, die Ausarbeitung von EU-Politiken auf diesem Gebiet stärker zu beeinflussen.
- Suche nach weiteren Möglichkeiten, um bei EU-Veranstaltungen, -Konferenzen, temporären und permanenten Arbeitsgruppen und Sachverständigengruppen in diesem Bereich Beiträge zu leisten.

Sitzungen, Projekte und Studien / Befragungen:

- Fortsetzung der Sitzungen und Koordinierung von Tätigkeiten mit dem HERSC.
- Organisation einer Veranstaltung in Zusammenarbeit mit der Bologna-Follow-Up-Group im Jahr 2014.
- Erstellung eines Berichts/einer Studie für die nächste Bologna-Ministertagung 2015 (Jerewan, Armenien)
- Präsentation eines Strategiepapiers über Promotionsstudium/Nachwuchsforscher bei der nächsten IHERSC-Konferenz 2014

LEBENSLANGES LERNEN

- Mit Blick auf eine Einflussnahme auf die EU-Politiken für lebenslanges Lernen Beobachtung der Entwicklungen in diesem Politikbereich, was die Entwicklung im formellen, informellen und nicht formalem Lernen betrifft.



*Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von
Qualität in der Bildung*

- Ergreifen von Maßnahmen zur Überwachung der Implementierung des Unterrichts von Schlüsselkompetenzen, um den Einfluss des EGBW bei künftigen EU-Initiativen zur Erneuerung der Schlüsselkompetenzen geltend zu machen
- Überwachung der Verabschiedung und Implementierung der Programminitiative *Erasmus für Alle*, nämlich dem neuen *Programm für lebenslanges Lernen*, das 2013 verabschiedet werden soll.
- Fortführung der Überwachung der Umsetzung des Nationalen Qualifikationsrahmens (NQF)
- Fortführung der aktiven Vertretung des EGBW im *Ausschuss des Programms für lebenslanges Lernen der Europäischen Kommission (künftiges Erasmus für alle)*, um Einfluss auf die künftige Gestaltung des Programms zu nehmen
- Beobachtung der Umsetzung der *Europäischen Agenda für Erwachsenenbildung (2012-2014)*, um die angemessenen Handlungsschritte vorbereiten zu können.
- Einflussnahme auf die Ausarbeitung von EU-Politiken in diesem Bereich mittels der *Arbeitsgruppe mit offener Koordinierungsmethode für Qualitätssicherung in der Erwachsenenbildung*.
- Als Mitglied der *Arbeitsgruppe mit offener Koordinierungsmethode für die Finanzierung von Erwachsenenbildung* versuchen, Einfluss auf die Ausarbeitung von EU-Politiken in diesem Bereich zu nehmen.
- Suche nach weiteren Möglichkeiten, um bei EU-Veranstaltungen, -Konferenzen, temporären und permanenten Arbeitsgruppen und Sachverständigengruppen in diesem Bereich Beiträge zu leisten.
- Weitere Beteiligung an der EGB-Arbeitsgruppe für „Lebenslanges Lernen“.
- Ausweitung und Prüfung neuer Möglichkeiten zur Zusammenarbeit mit anderen Gewerkschaften, Berufsorganisationen und Agenturen, die in diesem Bildungsbereich tätig sind, z.B. mit EGB, EUCIS-LLL.



*Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von
Qualität in der Bildung*

NEUE TECHNOLOGIEN UND FERNUNTERRICHT

- Als aktives Mitglied der *Arbeitsgruppe mit offener Koordinierungsmethode IKT und Bildung* versuchen, Einfluss auf die Ausarbeitung der EU-Politiken in diesem Bereich zu nehmen.
- Durchführung des Projekts über den Einsatz von IKT in der Bildung zur Verhinderung von vorzeitigem Schulabbruch (ELFE-ESL).
- Beobachten und weiter verfolgen , wie die ELFE-Empfehlungen von den Mitgliedsorganisationen auf nationaler Ebene umgesetzt werden.
- Untersuchung und Überwachung von EU-Initiativen, die mit der Stärkung des Potenzials von IKT als Instrument, das lebenslanges Lernen ermöglicht, verknüpft sind.
- Die Entwicklungen der Digitalen Agenda auch weiterhin verfolgen, um entsprechende Handlungsschritte vorbereiten zu können.
- Fortführung der Untersuchung und Beobachtung von und Information über Studien darüber, wie Fertigkeiten und Kompetenzen durch IKT unterstützt werden.
- Prüfung von Möglichkeiten zur Zusammenarbeit und wechselseitiges Lernen mit einzelstaatlichen Ausbildungseinrichtungen für Lehrkräfte bei der Frage, wie Lehrkräfte auf den Einsatz von IKT in ihrem Unterricht vorbereitet werden .
- Fortführung der aktiven Mitgliedschaft des EGBW in Foren und Gruppen verschiedener InteressenvertreterInnen und der EU-Kommission im Bereich der IKT in der Bildung, der digitalen Kompetenzen usw.

Sitzungen, Projekte und Studien / Befragungen:

- Prüfung von Möglichkeiten für die Finanzierung eines neuen ELFE-Projekts auf Grundlage der Ergebnisse des ELFE-ESL-Projekts.



*Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von
Qualität in der Bildung*

HANDEL UND BILDUNG

- Untersuchung der Auswirkungen des neuen Abkommens in Bezug auf Entwicklungen beim GATS.
- Prüfung der Entwicklungen in der EU-Politik im Hinblick auf die Modernisierung der Behandlung von öffentlichen Diensten in EU-Handelsabkommen mit dem Ziel, entsprechende Handlungsschritte vorzubereiten.
- Aufmerksame Beobachtung der und gegebenenfalls Einflussnahme auf die Entwicklungen bei den EU-Handelsabkommen und deren Einfluss auf den Bildungssektor im Hinblick auf Länder wie Kanada, die USA, Kolumbien, Indien, China usw.
- Fortführung der Nachverfolgung der einschlägigen Sitzungen bei GD Handel

LEHRKRÄFTEAUSBILDUNG, QUALIFIKATION & MOBILITÄT

- Überprüfung der jeweiligen EU-Politiken mit dem Ziel der Befürwortung einer Verbesserung der Erstausbildung von LehrerInnen, der beruflichen Einführungsphase und der beruflichen Weiterbildung von LehrerInnen.
- Fortführung der Einflussnahme auf das künftige politische Paket „Qualifikationen neu überdenken“ der Europäischen Kommission, damit die negativen Auswirkungen der Krise auf den Lehrberuf und die Lehrkräfteausbildung berücksichtigt werden.
- Bewertung der EU-Politiken zu Lehrkräfteausbildern mit dem Ziel der Ausarbeitung geeigneter Handlungsschritte.
- Fortsetzung der Prüfung von und Einflussnahme auf die Überarbeitung der *Richtlinie über die Anerkennung von Berufsqualifikationen*, um Freizügigkeit von Lehrkräften in der EU zu gewährleisten.



**Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von
Qualität in der Bildung**

- Fortsetzung der Einflussnahme auf die Ausarbeitung von EU-Politiken in diesem Bereich mittels der *Arbeitsgruppe mit offener Koordinierungsmethode für berufliche Weiterbildung von Lehrkräften* und aktive Mitgliedschaft in dieser Gruppe.
- Als aktives Mitglied der *Arbeitsgruppen mit offener Koordinierungsmethode für die Weiterbildung von Ausbildern* versuchen, Einfluss auf die Ausarbeitung von EU-Politiken in diesem Bereich zu nehmen.
- Erkundung weiterer Möglichkeiten, bei EU-Veranstaltungen, -Konferenzen, temporären und permanenten Arbeitsgruppen und Sachverständigengruppen in diesem Bereich vertreten zu sein.
- Fortführung der bestehenden Zusammenarbeit und Suche nach neuen Wegen der Zusammenarbeit mit anderen Gewerkschaften, Berufsorganisationen und Agenturen, die in diesem Bildungsbereich tätig sind, z.B. mit ATEE.
- Einbringen der Lehrkräfteausbildung in den sektoralen sozialen Dialog.

Sitzungen, Projekte und Studien / Befragungen:

- Erkundung neuer Finanzierungsmöglichkeiten für ein Projekt über Lehrkräftebildung und den Lehrberuf.

ARBEITSBEDINGUNGEN, SOZIALSCHUTZ, GESUNDHEIT UND SICHERHEIT

- Aufmerksame Verfolgung der Entwicklungen im Hinblick auf die EU-Gesetzgebung zu:
 - Arbeitszeit
 - Elternurlaub
 - Übertragbarkeit von Zusatzrentenansprüchen
 - Chancengleichheit für Männer und Frauen
 - Vereinbarkeit von Privat- und Berufsleben
- Erörterung der Angelegenheiten psychosozialer Risiken, wie etwa Stress, Gewalt und Belästigung mit dem EFEE innerhalb des sektoralen Ausschuss für den sozialen Dialog, wie im vereinbarten Arbeitsprogramm für 2012-2013 vorgesehen.



*Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von
Qualität in der Bildung*

- Nachverfolgung des überarbeiteten Aktionsplans für arbeitsbedingten Stress aus dem Projekt „arbeitsbedingter Stress von Lehrkräften“ durch Umsetzung des EGBW-Aktionsplans.
- Ausweitung der Partnerschaft mit der Europäischen Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz im Rahmen der Kampagne für „gesunde Arbeitsplätze“ und künftiger Kampagnen für „Zusammenarbeit zur Risikoprävention“.
- Vorschlag an die Europäische Kommission, dass Eurydice/Eurostat eine spezielle Umfrage zu den Arbeitsbedingungen von Lehrkräften durchführen und Statusindikatoren erstellen soll.
- Nachverfolgung des überarbeiteten EGBW-Aktionsplans für die Prävention und Verhinderung von Gewalt an Schulen durch Förderung der Prävention von Gewalt durch Dritte.
- Recherche und Bericht über die konkreten Beziehungen zwischen beruflicher Laufbahnentwicklung und leistungsorientierten Vergütungssystemen in der EU. Ausarbeitung der politischen Position des EGBW.
- Fortführung der aktiven Vertretung des EGBW in EGB-Arbeitsgruppen.

Sitzungen, Projekte und Studien / Befragungen:

- Suche nach Möglichkeiten für die Finanzierung eines Projekts für gesunde und sichere Arbeitsplätze (EU-Projekt)
- Fortführung der gemeinsamen BI-/EGBW-Forschungsumfragen über die Vergütung von Lehrkräften (mit dem EGI).
- Einsetzung einer Arbeitsgruppe für Recherchen zu und Vorbereitung der EGBW-Position betreffend Pensionen für Lehrkräfte / Pensionsysteme innerhalb der EU.
- Durchführung einer Umfrage über Leistungen zum sozialen Schutz und ergänzende Maßnahmen / Vorkehrungen seitens der Mitgliedsorganisationen (z.B. Gruppenversicherungen) für Lehrkräfte in der EU in Zusammenarbeit mit Mitgliedsorganisationen
- Veranstaltung eines verschobenen Seminars über die Vergütung von Lehrkräften.
- Fortsetzung der regelmäßigen Aktualisierung der Website für Gesundheit und Sicherheit (www.edu-osh.eu)



*Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von
Qualität in der Bildung*

MENSCHEN- UND GEWERKSCHAFTSRECHTLICHE ANGELEGENHEITEN

- Fortsetzung der Proklamierung von Menschen- und Gewerkschaftsrechten für nachhaltige Gesellschaften in Europa
- Auf Anfrage Unterstützung von Mitgliedsorganisationen in Bezug auf Verhandlungen/Konflikte mit Regierungen/Arbeitgebern
- Fortsetzung der Beobachtung der Entwicklungen und Information der Mitgliedsorganisationen über die Entwicklungen betreffend europäischer Bürgerschaft mittels der Gruppe „Aktives europäisches bürgerschaftliches Engagement“

Sitzungen, Projekte und Studien / Befragungen:

- Information über Tätigkeiten im Rahmen des Europäischen Jahres der europäischen Bürgerinnen und Bürger (2013)

CHANCENGLEICHHEIT

- Fortführung der Beobachtung und Lobbyarbeit bei der EU-Kommission im Hinblick auf die EU-Integrationspolitik (Roma, MigrantInnen, sozioökonomisch benachteiligte Gruppen usw.) und versuchen, Einfluss auf ihre Arbeit zu nehmen, indem nach dem Vorbild der Überblicks-Studie über gewerkschaftliche Antidiskriminierungs-Praktiken vorgegangen wird.
- Sorgfältige Prüfung künftiger Entwicklungen betreffend die Strategie für die Gleichstellung von Männern und Frauen 2010-2015
- Regelmäßige Berichterstattung an die Mitgliedsorganisationen über künftige Entwicklungen in Bezug auf die Richtlinie des Rates zur Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Männern und Frauen und die Umsetzung der Pekinger Aktionsplattform.
- Mit Blick darauf, die Mitgliedsorganisationen auf dem neuesten Stand zu halten, regelmäßige Beobachtung der künftigen Entwicklungen im Hinblick auf die Richtlinie zum Schutz vor Diskriminierung außerhalb des Berufslebens und die Richtlinie zum Mutterschafts- und Erziehungsurlaub sowie den Vorschlag zum Elternurlaub.



*Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von
Qualität in der Bildung*

- Aufmerksame Nachverfolgung von und Information der EGBW-Mitgliedsorganisationen über die Entwicklungen auf EU-Ebene im Bereich der Bildungsmöglichkeiten für Migrantenkinder, benachteiligte Kinder und Kinder ethnischer Minderheiten.
- Ergreifen aktiver Maßnahmen zur weiteren Förderung der Umsetzung des EGBW-Aktionsplans zur Antidiskriminierung.
- Förderung konkreter Maßnahmen zur Fortsetzung der Umsetzung des EGBW-Aktionsplans für Geschlechtergleichstellung und Untersuchungen im Bereich der Vereinbarkeit von Arbeits-, Privat- und Familienleben.
- Fortführung der Zusammenarbeit mit dem EGB in Fragen der Geschlechtergleichstellung und Entwicklungen im europäischen Sozialdialog in diesem Bereich (Frauen in Gewerkschaften, Lohngleichheit und Gewalt gegen Frauen).
- Fortführung der aktiven Mitgliedschaft bei der Grundrechteplattform der EU-Agentur für Grundrechte.
- Stärkung der Zusammenarbeit mit dem Europäischen Institut für Gleichstellungsfragen mit Blick auf eine Verbesserung der Möglichkeiten für künftiges Handeln

Sitzungen, Projekte und Studien / Befragungen:

- Prüfung von Möglichkeiten für neue Projektanträge zur Begleitung der Umsetzung des EGBW-Aktionsplans für Geschlechtergleichstellung.
- Fortsetzung der Prüfung neuer Finanzierungsmöglichkeiten für die Entwicklung eines neuen Projekts über nichtdiskriminierende hochwertige Bildung für Roma-Kinder, einschließlich eines Seminars über EU und Minderheiten.
- Erfahrungsaustausch mit anderen BI-Regionen über Angelegenheiten betreffend Chancengleichheit.

SOZIALER DIALOG

- Mit dem EFEE auf der Grundlage des vereinbarten Arbeitsprogramms 2012/2013 ein gemeinsames Dokument (Vereinbarung, Empfehlung, Erklärung...) abstimmen
- Umsetzung des EU-Sozialdialogs auf der Grundlage des vereinbarten Arbeitsprogramms 2012/2013



*Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von
Qualität in der Bildung*

- Ausarbeitung des Arbeitsprogramms für den „Sektoralen Sozialdialogsausschuss Bildung“ für die kommenden Jahre
- Unterstützung der EGBW-Mitgliedsorganisationen im Hinblick auf die nationale Koordinierung betreffend die Ernennung eines/r Delegierten für den ESSDE (neue EU-Mitgliedstaaten)
- Fortführung der nationalen Lobbyarbeit zur Verbesserung der Arbeitgebervertretung auf einzelstaatlicher und EU-Ebene
- Unterstützung des EFEE im Hinblick auf die Verbesserung seiner Vertretung im Bereich der Hochschulbildung
- Nutzung der politischen Vorteile des „Sektoralen Ausschusses für sozialen Dialog im Bereich Bildung“ auf EU-Ebene zur Stärkung des sozialen Dialogs in Ländern außerhalb der EU/EFTA.
- Fortführung der Vertretung in den dreigliedrigen Dialogsitzungen zusammen mit dem EGB.

Sitzungen, Projekte und Studien / Befragungen:

- Durchführung des neuen EGBW/EFEE-Projekts über „Die Entwicklung des Lehrberufs in Zeiten der Wirtschaftskrise als zentrale Aufgabe für Sozialpartner im Bildungswesen“. Erkennen gemeinsamer Strategien zur Stärkung der Verbindungen zwischen Bildung und Arbeitsmarkt
- Beantragung eines gemeinsamen EGBW/EFEE-Projekts zu einem der 3 Themen des ESSDE-Arbeitsprogramms (Qualität, Demografie, allgemeine und berufliche Bildung 2020).
- Erfolgreicher Abschluss des Projekts: Einstellung und Bindung von Arbeitskräften: „Einstellung und Bindung im Bildungssektor, eine Frage des sozialen Dialogs“
- Erfolgreicher Abschluss des Projekts: „Selbstevaluation von Schulen und LehrerInnen als Instrument für die Bestimmung künftiger beruflicher Erfordernisse“
- Erfolgreicher Abschluss des Projekts: „Berufliche Autonomie, Verantwortlichkeit und effiziente Leitung“
- Durchführung hochrangiger Sozialdialogseminare für Mitgliedsorganisationen in EU 15- und EU 12-Ländern.

EUROPARAT

- Gewährleistung einer angemessenen Vertretung in der neuen Struktur der INGO-Konferenz und in deren einschlägigen Ausschüssen und Arbeitsgruppen.
- Fortsetzung der aktiven Zusammenarbeit mit dem Europarat im Bologna-Prozess.



*Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von
Qualität in der Bildung*

- Aufmerksame Verfolgung der Arbeit des Ministerausschusses, der parlamentarischen Versammlung und des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas.
- Aktiver Beitrag zu und aktive Teilnahme an den Programmen und Veranstaltungen des Europarats sofern relevant.

EUROPÄISCHE PROJEKTE

- Sofern geeignet und zweckmäßig in Bezug auf mögliche EU-Finanzierung weitere Entwicklung von Projekten zur Unterstützung des EGBW-Aktionsprogramms.
- Beobachtung der und Bereitstellung von Informationen für die Mitgliedsorganisationen der und a über die Entwicklung von Programmen für 2007-2013 und darüber hinaus.
- Bereitstellung von Informationen für die Mitgliedsorganisationen über die erweiterten einzelstaatlichen Möglichkeiten für vom Europäischen Sozialfonds (ESF) finanzierte Bildungsprojekte und Beratung im Hinblick auf Modelle der Zusammenarbeit mit einzelstaatlichen Ministerien.
- Bereitstellung von Informationen zur Stärkung der Verbindungen zwischen den Mitgliedsorganisationen und den nationalen Institutionen, die die Programme umsetzen..

GOVERNANCE, VERWALTUNG UND INFORMATION

- Weiterhin Angebot von Informationsveranstaltungen für Delegationen zu Studienzwecken
- Fortführung der Veröffentlichung und Aktualisierung:
 - Newsletter
 - Rundschreiben über allgemeine und berufliche Bildung 2010/20
 - EGBW-Berichte
 - EGBW-Infoblätter
 - EGBW-Website
 - Website für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz für LehrerInnen



*Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von
Qualität in der Bildung*

- E-Learning-Website



*Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von
Qualität in der Bildung*



*Bildungsgewerkschaften stärken: Der Schlüssel zur Förderung von
Qualität in der Bildung*



**EUROPEAN TRADE UNION COMMITTEE FOR EDUCATION
COMITE SYNDICAL EUROPEEN DE L'EDUCATION**

5, bd du Roi Albert II - 9^{ème}
B-1210 Brussels, Belgium
Tel. +32-(0)2 224 06 91 / 92
secretariat@csee-etuce.org
www.csee-etuce.org



**EDUCATION INTERNATIONAL
INTERNACIONALE DE L'EDUCATION
INTERNACIONAL DE LA EDUCACIÓN**

5, bd du Roi Albert II
1210 Brussels, Belgium
Tel. +32-(0)2 224 06 11
Fax +32-(0)2 224 06 06
headoffice@ei-ie.org
www.ei-ie.org